

gesis

Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

soFid

Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst

Osteuropaforschung

2009|1

Osteuropaforschung

Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst
soFid

Osteuropaforschung

Band 2009/1

bearbeitet von

Natalija Schleinstein

mit einem Beitrag von
Stefan Meister

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften 2009

ISSN: 0942-2498
Herausgeber: GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften
Abteilung Fachinformation für die Sozialwissenschaften
bearbeitet von: Natalija Schleinstein
Programmierung: Siegfried Schomisch
Druck u. Vertrieb: GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften
Lennéstr. 30, 53113 Bonn, Tel.: (0228)2281-0
Printed in Germany

Die Mittel für diese Veröffentlichung wurden im Rahmen der institutionellen Förderung von GESIS durch den Bund und die Länder gemeinsam bereitgestellt.

© 2009 GESIS. Alle Rechte vorbehalten. Insbesondere ist die Überführung in maschinenlesbare Form sowie das Speichern in Informationssystemen, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Einwilligung des Herausgebers gestattet.

Inhalt

Vorwort	7
---------------	---

Stefan Meister

Sozialwissenschaftliche Forschung zu Wahlen in Russland und im postsowjetischen Raum (2006-2008).....	9
--	---

Sachgebiete

1	Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa, einschließlich USA / europäische Integrationsprozesse.....	19
2	Allgemeine Aspekte der Transformation innerhalb der osteuropäischen Länder.....	41
3	Russland / Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	
3.1	Internationale Beziehungen.....	62
3.2	Politische Transformation und ihre Folgen.....	77
3.3	Geschichte.....	89
3.4	Wirtschaft / Recht.....	99
3.5	Kunst / Kultur / Medien.....	104
3.6	Nationalitätenpolitik / Migration.....	106
3.7	Verschiedenes.....	109
4	Balkanländer.....	116
5	Baltische Länder.....	131
6	Polen.....	135
7	Rumänien.....	148
8	Tschechische Republik / Slowakische Republik.....	153
9	Ungarn.....	160

Register

Hinweise zur Registerbenutzung.....	167
Personenregister.....	169
Sachregister.....	175
Institutionenregister.....	191

Anhang

Hinweise zur Originalbeschaffung von Literatur.....	195
Zur Benutzung der Forschungsnachweise.....	195

Vorwort
zum soFid „Osteuropaforschung“

GESIS bietet mit dem „Sozialwissenschaftlichen Fachinformationsdienst“ (soFid) zweimal jährlich aktuelle Informationen zu einer großen Zahl spezieller Themenstellungen an. Jeder soFid hat sein eigenes, meist pragmatisch festgelegtes Profil. Gewisse Überschneidungen sind deshalb nicht zu vermeiden.

Quelle der im jeweiligen soFid enthaltenen Informationen sind die von GESIS produzierten Datenbanken SOLIS (Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem) sowie SOFIS (Forschungsinformationssystem Sozialwissenschaften – bisher FORIS).

Die Datenbank SOLIS stützt sich vorwiegend auf deutschsprachige Veröffentlichungen, d.h. Zeitschriftenaufsätze, Monographien, Beiträge in Sammelwerken sowie auf Graue Literatur in den zentralen sozialwissenschaftlichen Disziplinen. In SOLIS ist bei einigen Hinweisen unter „Standort“ eine Internet-Adresse eingetragen. Wenn Sie mit dieser Adresse im Internet suchen, finden Sie hier den vollständigen Text des Dokuments.

Wesentliche Quellen zur Informationsgewinnung für SOFIS sind Erhebungen in den deutschsprachigen Ländern bei Institutionen, die sozialwissenschaftliche Forschung betreiben. Zur Meldung neuer Projekte steht unter <http://www.gesis.org/SOFIS/Erhebung/> permanent ein Fragebogen zur Verfügung.

Literaturhinweise sind durch ein "-L" nach der laufenden Nummer gekennzeichnet, Forschungsnachweise durch ein "-F". Im Gegensatz zu Literaturhinweisen, die jeweils nur einmal gegeben werden, kann es vorkommen, dass ein Forschungsnachweis in mehreren aufeinander folgenden Diensten erscheint. Dies ist gerechtfertigt, weil Forschungsprojekte häufig ihren Zuschnitt verändern, sei es, dass das Projekt eingeengt, erweitert, auf ein anderes Thema verlagert oder ganz abgebrochen wird. Es handelt sich also bei einem erneuten Nachweis in jedem Falle um eine aktualisierte Fassung, die Rückschlüsse auf den Fortgang der Arbeiten an einem Projekt zulässt.

* * *

Der soFid „Osteuropaforschung“ ist eine regional ausgerichtete Sammlung von Forschungsprojekten und Literatur der Sozialwissenschaften. Er bietet dem Leser einen Überblick über das breite Spektrum des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandels in den osteuropäischen Staaten.

In den ersten beiden Kapiteln des soFid „Osteuropaforschung“ sind Nachweise zusammengestellt, in denen sich die gesellschaftlichen Veränderungen in Europa widerspiegeln. Darüber hinaus wird die Entwicklung der Ost-West-Beziehungen dokumentiert, wie sie sich in Europa, aber auch in der übrigen Welt zur Geltung bringt.

Die historische Aufarbeitung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Prozesse in der ehemaligen Sowjetunion bzw. die Transformation in den heutigen GUS-Staaten stellt sich innerhalb der Osteuropaforschung als besonderer Schwerpunkt dar. Diese Tatsache findet auch in den Datenbanken SOFIS und SOLIS durch eine große Anzahl von Nachweisen ihren Niederschlag.

Um dem Leser das Auffinden der Informationen in diesem soFid zu erleichtern, werden die Nachweise dieser Ländergruppe nach inhaltlichen Schwerpunkten wie Internationale Beziehungen, Politische Transformation und ihre Folgen, Geschichte, Wirtschaft, Recht, Kultur sowie Nationalitätenpolitik und Migration weiter untergegliedert.

In den nachfolgenden Kapiteln werden die Nachweise alphabetisch nach Ländernamen bzw. -gruppen aufgelistet.

In dieser soFid-Ausgabe veröffentlichen wir den Beitrag „Sozialwissenschaftliche Forschung zu Wahlen in Russland und im postsowjetischen Raum (2006-2008)“. Er wurde verfasst von Dr. Stefan Meister, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum Russland/Eurasien der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik.

Wir bedanken uns bei dem Autor für die gute Kooperation.

Sozialwissenschaftliche Forschung zu Wahlen in Russland und im postsowjetischen Raum (2006-2008)¹

Stefan Meister

Die postsowjetischen Staaten haben seit dem Zerfall der Sowjetunion mindestens fünf Wahlperioden erlebt und sollten auf dem Weg einer Konsolidierung ihrer politischen Systeme sein. Zwar führten die Farbenrevolutionen zu Regimewechseln, die eine seit Mitte der 1990er Jahre andauernde Demokratisierungswelle in den postkommunistischen Staaten abschließen (Bunce/Wolchik 2006). Gleichzeitig konnten sich jedoch Lukašenka in Belarus sowie das System Putin in Russland behaupten und die russische Führung erfolgreich die Wahlen 2007/08 in ihrem Sinne entscheiden. Wie die russische Führung die politischen Strukturen so verändert hat, dass das gewünschte Ergebnis bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen erreicht werden konnte, ist das beherrschende Thema der aktuellen sozialwissenschaftlichen Literatur zu Wahlen im postsowjetischen Raum. Deshalb liegt hier der Schwerpunkt der folgenden Übersicht. Vor allem als Lehre aus den Farbenrevolutionen hat die russische Elite diese Wahlen systematisch vorbereitet und dabei nichts dem Zufall überlassen. Autoren sprechen auch von „überorganisierten Wahlen“ oder „over-managed democracy“ (Vogel 2007, Wilson 2007b). Zentrale Analysebereiche sind die Veränderung der Wahl- und Parteiengesetzgebung, die spezifische Entwicklung von Parteien, die Neutralisierung der Opposition und die Verbesserung der Methoden zur Beeinflussung von Wahlen. Dabei wird nach dem Typ und der Stabilität des politischen Systems gefragt.

Wahlen ohne Demokratie

Eine zentrale Herausforderung für die sozialwissenschaftliche Forschung zu den postsowjetischen Staaten ist die Erklärung von Wahlen ohne Demokratie. Wahlen in autoritären oder semi-autoritären Systemen haben ganz andere Funktionen als in westlichen Demokratien. Es herrscht eine Koexistenz von demokratischen Regeln und autokratischen Methoden: Zwar finden regelmäßig Wahlen statt und erfolgen keine zu offensichtlichen Eingriffe in den Wahlprozess (Levitsky/Way 2002). Jedoch werden diese bereits im Vorfeld durch die Nutzung so genannter administrativer Ressourcen und durch die Beeinflussung der öffentlichen Meinungsbildung (Politiktechnologie) manipuliert (Coalsen 2008). Diese Methoden werden insbesondere in Vorbereitung auf die aktuellen russischen Wahlen analysiert. Dazu zählen, dass der Opposition der Medienzugang verwehrt wird, Oppositionskandidaten unter Druck gesetzt und in einigen Fällen auch die Wahlergebnisse beeinflusst werden. Ziel ist es zwar, Macht durch Wahlen zu legitimieren, diese aber nicht durch Wettbewerb zu gefährden (Levitsky/Way 2002).

Für Russland und eine große Mehrheit der postsowjetischen Staaten (ausgenommen sind hier grundsätzlich die Baltischen Staaten, die mit ihrer Integration in die EU einen eigenen Weg gegangen sind) wird festgestellt, dass die institutionellen Veränderungen seit 1991 nicht in erster Linie der strategischen Entwicklung des Landes dienen, sondern dem Ziel des Machterhalts der jeweils herrschenden Elitengruppe (Rjabow 2007, Holmberg 2008). Dies gilt in Russland auch für die Phase unter Boris El'cin, der das gemischte Wahlsystem im Oktober 1993 einführte, um die Duma als oppositionelles Organ gegenüber dem Präsidenten zu schwächen. Zur Wiederwahl El'cins 1996 wurden erstmals in größerem Umfang die Medien manipuliert, oppositioneller Kandidaten kompromittiert und administrative Ressourcen genutzt (Beeinflussung der Registrierung von Parteien, der Stimmenauszählung, personeller und finanzieller Einsatz bei Wahlkampagnen, Nutzung der Gerichte

¹ Der Betrag ist zuerst erschienen in Wahlen im postsowjetischen Raum, Recherche Spezial 09/2008, Seite 9–17. <http://www.sowiport.de/themen/schwerpunkte/recherche-spezial.html#c1012>

zum Ausschluss von Parteien und Kandidaten). Putin hat mit Einführung der „gelenkten Demokratie“ diese Methoden systematisiert und effizienter eingesetzt (Wilson 2005). Die Stärkung der Machtvertikale verbunden mit einer Reform der Wahl- und Parteiengesetzgebung haben Wahlen besser kontrollierbar und vorhersehbar gemacht. Wichtige Voraussetzungen waren eine Konzentration der Macht beim Präsidenten und eine Reduzierung der Zahl autonomer politischer Akteure (Rjabow 2007). Ebenso gelangt es mit dem Zusammenschluss der vom Kreml gegründeten Partei „Einheitliches Russland“ erstmals in der nachsowjetischen Ära, in Russland eine das Parlament dominierende „Partei der Macht“ zu etablieren.

Wahl- und Parteiengesetzgebung

Wichtiger Schlüssel für berechenbare Wahlen war die Veränderung der Wahl- und Parteiengesetzgebung. In diesem Zusammenhang wird die Reform der formellen Regeln untersucht und in ihrer Auswirkung auf die Wahlen und die Parteien betrachtet (Nußberger/Marenkov 2007, Pleines/Schröder 2007, Pleines/Schröder 2008). Putin hat in seiner Amtszeit im Gegensatz zu seinem Vorgänger mehrfach die Bedeutung von Parteien für das politische System hervorgehoben und gleichzeitig in die Gesetzgebung für Parteien und Wahlen massiv eingegriffen. Der Übergang von einem Mischwahl- zu einem reinen Verhältniswahlsystem und damit der vollständigen Bildung der Duma durch Parteilisten seit 2005 sollte, laut Präsident Putin, der Stärkung des Parteiensystems dienen. Tatsächlich konnte die „Partei der Macht“ bis dahin auf Grundlage von Parteilisten insbesondere in den Regionen keine qualifizierten Mehrheiten erreichen und war immer wieder auf den Beitritt unabhängiger Abgeordneter angewiesen. Somit sollte der Übergang zum proportionalen Wahlrecht den Sieg von „Einheitliches Russland“ sichern.

Durch die Anhebung der Sperrklausel von 5 auf 7%, der Erschwerung der Zulassung neuer Parteien bis hin zu Verboten, konnten unliebsame Parteien oder Kandidaten vom politischen Prozess ausgeschlossen werden (Siegert 2007). Der Erfolg zeigte sich im komfortablen Sieg der Partei „Einheitliches Russland“ bei den Dumawahlen im Dezember 2003 (300 von 450 Sitzen). Neben der Korrektur von Defiziten des Wahlsystems von 2002 wurde so das Parlament in die Machtvertikale integriert (Nußberger/Marenkov 2007). Autoren kommen zu dem Ergebnis, dass die Wahl- und Parteienreformen Putins weder dazu geführt hat, politische Parteien zu stärken, noch sämtliche oppositionelle Parteien von den Wahlen auszuschließen. Die Reformen dienen dazu, das Parteiensystem zu systematisieren, die Zahl der Parteien zu reduzieren und die Entstehung eines kontrollierten Zwei-Parteien-Systems zu fördern. Sie verhindern die Gründung regionaler Parteien und in Verbindung mit der Ernennung der Gouverneure mindern sie den regionalen Einfluss auf die gesamtstaatliche Politik (Kenneth Wilson 2006). Wäre die einzige im Parlament noch vorhandene oppositionelle Partei, die Kommunistische Partei (KPRF), von den Wahlen ausgeschlossen worden, dann hätte dies auch in der russischen Bevölkerung zu Widerstand führen können und wäre die demokratische Fassade vollständig zerstört worden.

Ein weiterer Themenblock befasst sich mit der Abschaffung der Wahl der Gouverneure, die im Zusammenhang mit der Reform des Föderalismus in Russland untersucht wird. Die Moskauer Führung nutzte die Tragödie von Beslan 2004 dazu, die Wahl der Gouverneure abzuschaffen und damit nach dem Parlament auch die regionale Exekutive in die Machtvertikale zu integrieren. Die de facto Ernennung der Gouverneure durch den Präsidenten war auch eine Reaktion darauf, dass mit anderen Mitteln die Regionen nicht unter vollständige Kontrolle zu bringen waren und die regionalen Eliten nicht die gewünschten Wahlergebnisse brachten (Goode 2007). Im Frühjahr 2006 gehörten bereits 68 von 88 Leitern der Subjekte der Partei „Einheitliches Russland“ an. Mit der

Abhängigkeit der Gouverneure vom Präsidenten erhielten diese die Aufgabe, in den Regionen den Sieg bei Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Sinne des Kremls zu organisieren (Rjabow 2007). Die Manipulation von Wahlen erfolgt besonders stark außerhalb großer Städte und in ländlichen Gebieten (Holmberg 2008). Besonders loyal zeigten sich dabei die Führungen der ethnischen Republiken wie Tatarstan, Baschkortostan oder Inguschetien, die offizielle eine Wahlbeteiligung von bis zu 98% (oder mehr) erzielten (Coalsen 2008).

All diese Schritte dienten letztlich der Vorbereitung auf die Wahlen 2007/08, mit denen Putin einen kontrollierten Mechanismus zum Erhalt und Transfer von politischer Macht geschaffen hat (Rogoza 2008).

Parteien

Für die westliche Forschung stellt sich grundsätzlich die Frage, warum das russische Mehrparteiensystem so schwach entwickelt ist. Dies lässt sich einerseits mit der fehlenden Verankerung von Parteien in der Bevölkerung und andererseits mit deren Manipulation durch die Exekutive erklären. Sowohl in der El'cin'schen Verfassung als auch noch verstärkt unter Putin wurde das Parlament geschwächt, ohne das die Parteien dafür eine Kompensation erhielten. Den Parteien gelang es nicht, sich im Bewusstsein der Bevölkerung als vollwertige politische Akteure zu etablieren, die Exekutive blieb auf der zentralen und regionalen Ebene der entscheidende Akteur. Hinzu kommt, dass Demokratie in der Bevölkerung nicht mit parteipolitischem Wettbewerb oder Gewaltenteilung verbunden wird, sondern vor allem mit Wohlstand und Gleichheit (Buhbe/Makarenko 2007). Grundsätzlich war die Wahl von Parteienlisten in Russland nie populär, da nationale Parteien in den Regionen schwach verankert sind und die Bevölkerung traditionell auf Personen und nicht Parteien fixiert ist. Für die Gouverneure war es gerade in den 1990er Jahren wichtig, sich als überparteilich zu präsentieren, um so unabhängiger von Moskaus radikalem Reformprozess zu erscheinen (Rjabow 2007).

Es wird festgestellt, dass Wahlen in Russland nicht frei und politische Parteien nicht dazu in der Lage sind, als Opposition gegenüber der Machtelite zu agieren. Obwohl Putin bei den Parlamentswahlen 2007 die Wahlliste von „Einheitliches Russland“ angeführt und sich damit erstmals als russischer Präsident zu einer Partei bekannt hat, zeigte er mit seinem Nichtbeitritt Abneigung gegenüber Parteien. Damit war Putin bei den Parlamentswahlen 2007 parteilich ohne eine Parteimitgliedschaft zu haben (Hale 2007). Dass Parteien weiterhin keine echten politischen Akteure sind und keine reale Opposition darstellen, fördert nicht ihre Anerkennung in der Bevölkerung. Sie dienen in erster Linie dazu, Unterstützung zu mobilisieren und das existierende System zu legitimieren. Parteien in Russland sind entweder konstruiert, manipuliert oder befriedet. Echte oppositionelle Gruppierungen wie Jabloko, die KPRF und die Union der Rechten Kräfte werden als befriedete Oppositionsparteien bezeichnet (Holmberg 2008).

Opposition

Als weiteres Element einer funktionsfähigen Demokratie wird die Rolle der Opposition als zentrales Element für Wettbewerbswahlen untersucht. Als Konsequenz daraus, dass es bereits bei den Wahlen 2003 keiner liberalen Partei gelungen war, die noch geltende 5%-Hürde zu überwinden, verhandelten diese die gesamte Legislaturperiode über Zusammenschlüsse oder Koalitionen. Dabei scheiterten sie vor allem an inhaltlichen Differenzen der Führungskräfte und an den neuen

rechtlichen Regelungen, die Zusammenschlüsse erschwerten (Siegert 2007). Liberale Parteien wie Jabloko oder die Union der Rechten Kräfte als auch Außenseiter wie Gari Kasparow oder Michail Kasjanow haben sich nicht an die gegenwärtigen Spielregeln angepasst, wozu sie sich hätten vereinen und ihre Differenzen überwinden müssen. Nur so hätten sie eine gewisse Autorität erhalten und eine Chance gehabt, die 7% Hürde zu überwinden. Mit der Einführung einer zweiten großen Kreml-Partei, „Gerechtes Russland“, wurden Opposition und Wettbewerb vorgetäuscht. Diese erhielt das Image einer Pro-Putin Partei, die aber im Gegensatz zu „Einheitliches Russland“ stand (Wilson 2007b). Um erfolgreich zu sein, hätte die Opposition drei Lektionen aus der Orangen Revolution lernen müssen: Einheit, ein neues Image und kein Geld aus diskreditierten Quellen annehmen (Wilson 2007a).

Ein für die postsowjetischen Staaten besonderes Merkmal offizieller Opposition ist die Möglichkeit, auf dem Stimmzettel „gegen alle“ anzukreuzen. Untersucht werden die bisherige Bedeutung und die möglichen Auswirkungen der Abschaffung dieses Spezifikums in Russland. Bei den vorangegangenen Wahlen drückte insbesondere der junge, städtische und gut ausgebildeten Teil der Bevölkerung damit seinen Protest aus. Gründe dafür waren, die Unzufriedenheit über fehlende Rechtsstaatlichkeit und die fehlende Vertretung durch die vorhandenen politischen Parteien. Die Konsequenz aus der Abschaffung einer weiteren offiziellen Protestmöglichkeit könnte ein Rückgang der Wahlbeteiligung sein und die Zunahme von Protest in Form sozialer Bewegungen außerhalb des Parlaments. (McAllister/White 2008).

Mobilisierung

Ein Autorenkreis fragt nach der Mobilisierung der Wähler im Zusammenhang zwischen Innen- und Außenpolitik und zeigt, wie die „Politiktechnologien“ des Kremls im Vorfeld der Wahlen Feindbilder aufbauen, um diese für innenpolitische Herausforderungen, z.B. das Gewinnen von Wahlen zu nutzen (Preißler 2007). War es bei den Wahlen 1999/00 mit dem Krieg in Tschetschenien noch ein innerer Feind, der die Wähler mobilisieren sollte, so stand jetzt die Konfrontation mit dem Westen im Vordergrund. Die zunehmende Verschlechterung der Beziehungen zum Westen in den letzten Jahren wird nicht in erster Linie mit dem „Willen zur Weltmacht“ begründet, sondern mit dem Ziel des Machterhalts bei den heimischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen. Die russische Führung wollte nichts dem Zufall überlassen und bezichtigte das westliche Ausland, auf Prozesse in Russland Einfluss nehmen zu wollen. Das bedeutet nicht, dass keine Konflikte existieren, jedoch werden diese instrumentalisiert und wäre Russland ohne anstehende Wahlen weniger aggressiv damit umgegangen. Dieses Mittel der Mobilisierung diene auch der Abwehr einer möglichen „bunten Revolution“, indem potentielle oppositionelle Kandidaten und Parteien sowie NGOs als vom Ausland finanziert bezeichnet wurden (Stykov 2007, Saari 2007). Die Beziehungen zum Westen wieder zu verbessern, ist eine der wichtigsten Aufgaben des neuen Präsidenten Medvedev.

Der Wechsel von Putin auf Medvedev

Ein überwiegender Teil der aktuellen Literatur beschäftigt sich mit der Durchführung der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen und dem für die politische Elite erfolgreichen Machtwechsel von Putin auf Medvedev. Bereits die Parlamentswahlen Ende 2007 dienten der Vorbereitung der Präsidentschaftswahl. Während „Einheitliches Russland“ seinen Stimmenanteil mit 56% im Gegensatz zu 2003 fast verdoppeln konnte, kamen traditionell liberale Parteien wie Jabloko und die

Union der Rechten Kräfte nicht über 2%. Der Kreml hat es geschafft, die Parlamentswahlen in ein Plebiszit für Putin zu verwandeln, dem mit Abstand populärsten Politiker des Landes (Holberg 2008, Saari 2007, Stykow 2007). Dies untermauert das Argument, dass die Wahl vor allem zur Legitimierung des Systems Putin diene, und damit die ausstehende Entscheidung für seine Nachfolge im Präsidentenamt bereits vorweg bestätigt werden sollte. Der aggressiv geführte Angriffswahlkampf gegen die „Feinde Russlands“ diene der maximalen Mobilisierung des Elektorats, für eine maximale Bestätigung von „Einiges Russland“ und des Systems insgesamt (Stykov 2007).

Der Akt der Übergabe des Präsidenschaftsposten erfolgte in drei Schritten: Der Präsident und seine Umgebung wählten einen vertrauenswürdigen Nachfolger aus, dieser musste dann von der Elite akzeptiert werden (Elitenkonsens) und als Letztes Legitimation durch die direkt Wahl erhalten (Schröder 2008a). Nachdem „Einiges Russland“ am 2. Dezember eine Zweidrittelmehrheit erhalten hatte, wurde Dmitrij Medvedev am 17.12. von dieser Partei zum Präsidenschaftskandidaten gekürt. Der eigentliche Auswahlprozess vollzog sich in einem geschlossenen Kreis innerhalb der Führung, weder transparent noch demokratisch (Schröder 2008b, Saari 2007). Medvedev gewann die Wahl mit mehr als 70%, indem Putin ihn als seinen Nachfolger auserkoren hatte. Die anderen Kandidaten sollten mit ihrer Teilnahme den Anschein von Pluralismus wecken.

Beide Wahlen werden als formal demokratisch bezeichnet (allgemeine und geheime Wahl, mit mehreren Kandidaten), jedoch ohne die wirkliche Alternativen zum vorher von der Elite ausgewählten Kandidaten bestanden (Rogoza 2008). Gleichzeitig wird der Wahlkampf als einer der schmutzigsten seit dem Ende der Sowjetunion bezeichnet und dies als Reaktion auf die Orangene Revolution gewertet. Viele Methoden wurden bei den belarussischen Präsidenschaftswahlen im März 2006 das erste Mal getestet: Diffamierung und Verhaftung von Oppositionellen sowie die Besetzung der Straße durch die vom Kreml gegründete Jugendorganisation „Naši“ (Wilson 2007b). Ebenso veränderte die russische Wahlkommission die Bedingungen für internationale Wahlbeobachter so, dass die OSZE sich zurückziehen musste. Russische Behörden stellten zu spät und zu wenige Visa (70 von 450) aus, um eine aussagekräftige Beobachtung durchführen zu können (Siegert 2007).

Bewertung von Wahlen und Demokratie

Die Hoffnung auf eine Demokratisierung Russlands wird für einen großen Teil der Autoren mit Putins „managed democracy“ begraben. Durch die Manipulation von Wahlen wurden diese zum falschen Instrument zur Messung von Demokratie und waren nicht dazu in der Lage, die Demokratisierung Russlands zu fördern. Russland fehlte es an formellen und informellen Strukturen und Verhaltensmuster zur Sicherung von Demokratie zum Zeitpunkt der Entstehung freier Wahlen. Wiederholte Konkurrenzahlen (competitive elections) führten nicht gleichzeitig zu demokratischen Regieren oder schafften Demokratie. Die politische Kultur führte eben nicht zu Koalitionen zwischen Wählern und Politikern sondern zu konjunkturellen Allianzen und Organisationen. Fehlende Gewaltenteilung und eine schwache Opposition nutzte der Präsident zur Stärkung seiner Position (Smyth 2006). Das Machtgleichgewicht zwischen Akteuren in Staat, Wirtschaft und Verwaltung wird durch Putin als den Garanten der akkumulierten Besitzstände gehalten. Somit ist der Erhalt des Status quo das Ziel der heutigen Nomenklatura. Das Verwirrspiel mit den Institutionen der Verfassung und das Fehlen formeller Regeln für den Machtwechsel zeigen, dass Russlands politisches System sich weiterhin in der Übergangsphase befindet (Vogel 2007). Neben der Moderation der Elitenkonflikte hat Putin die Aufgabe, Akzeptanz für das Regime in der Gesellschaft zu schaffen (Schröder 2007b). Die eigentliche Gefahr für die innenpolitische Stabilität Russlands

geht weniger von einer unzufriedenen Bevölkerung oder systemischen Opposition aus, sondern von der Spaltung innerhalb der herrschenden Elite (Styckow 2007).

Während die Ukraine seit dem Sieg der „Orangenen Revolution“ erstmals wieder Wettbewerb zugelassen hat, gilt dies nicht für Russland, Belarus oder Kasachstan. Vier Schlüsselemente müssen für die erfolgreiche Manipulation von Wahlen in einer virtuellen Demokratie gegeben sein: Das Machtmonopol der Elite, passive Wähler, Informationskontrolle und die Unterbindung des Einflusses von außen. Das Beispiel der Ukraine zeigt, dass diese unter bestimmten Voraussetzungen nicht unbedingt von Dauer sein müssen (Wilson 2005).

Der postsowjetische Raum

In den anderen postsowjetischen Staaten dominiert die Literatur zur Ukraine und die Frage, wie es mit den Staaten der „Farbenrevolutionen“ in Bezug auf Wahlen und Demokratisierung weitergeht. Auch wenn die ukrainischen Wähler aufgrund instabilerer Mehrheiten im Parlament seit der „Orangenen Revolution“ mehrfach zu den Urnen gerufen wurden, erfolgte dies in einem System das weitgehend freie und faire Wahlen zulässt (Durkot 2007). Einerseits sehen Autoren die Chance, dass eine Demokratisierung der Ukraine als zweitgrößtes postsowjetisches Land auch positive Auswirkungen auf Russland und die anderen postsowjetischen Staaten haben könnte (Kempe 2007). Andererseits wird von anderer Seite hervorgehoben, dass kein wirklicher Elitenwechsel sondern ein Generationswechsel stattgefunden hat, was einen Systemwechsel verhindern könnte (Mark 2006). Noch immer spielt in der Ukraine die Personalisierung von Macht eine entscheidende Rolle, der Staatsapparat ist weiterhin Element des Kampfes zwischen Eliten (Zimmer 2008).

Das autoritäre System Lukašenka hat mit der Manipulation der Präsidentschaftswahlen 2006 und dem brutalen Vorgehen gegen die Opposition und friedliche Demonstranten einmal mehr den unbedingten Willen zum Machterhalt unter Beweis gestellt (Lindner 2006, Rothacher 2007). Ebenso zeigen sich in den zentralasiatischen Staaten ähnliche Muster von Wahlbeeinflussung, jedoch sind die Methoden nicht so verfeinert worden wie in Russland. Dabei sind diese Staaten stärker isoliert und ein Pluralismus innerhalb der Elite weniger ausgeprägt. Für praktisch alle postsowjetischen Staaten wird eine enge Verflechtung von Wirtschaft und Staat festgestellt, die zu Intransparenz und Korruption führen. Klientelismus und politische Seilschaften existieren sowohl in Russland als auch der Ukraine (Samoletova 2007, Gilka-Bötzows/Kropp 2006). Informelle Regeln prägen diese politischen Systeme, die formal Wahlen durchführen, aber das Volk nur in wenigen Fällen tatsächlich entscheiden lassen. Somit sind sie von einer Konsolidierung ihrer Wahlsysteme noch weit entfernt.

Literatur

- Buhbe, Matthes / Gorzka, Gabriele (Hg.) (2007): *Russland heute. Rezentralisierung des Staates unter Putin*, Wiesbaden: VS Verlag.
- Ders. / Makarenko, Boris I. (2007): *Das Mehrparteiensystem im neuen Russland*, in: Matthes Buhbe / Gabriele Gorzka (Hg.): *Russland heute. Rezentralisierung des Staates unter Putin*, Wiesbaden: VS Verlag, S. 273-291.
- Bunce, Valerie J. / Wolchik, Sharon L. (2006): *International diffusion and postcommunist electoral revolutions*, in: *Communist and Post-Communist Studies*, Vol. 39, Nr. 3, S. 283-304.

- Coalson, Robert (2007): Five myths about Russia's elections, Zürich: International Relations and Security Network, http://www.isn.ethz.ch/news/sw/details_print.cfm?id=18418, 16.08.2008.
- Ders. (2008): How the Kremlin manages to win, Zürich: International Relations and Security Network, 2008, http://www.isn.ethz.ch/news/sw/details_print.cfm?id=18739, 16.08.2008.
- Durkot, Juri (2007): Neue Chance für Orange? Erneuter Machtwechsel nach vorgezogenen Parlamentswahlen in der Ukraine, in: KAS-Auslands-Informationen, Nr. 10, S. 28-47, http://www.kas.de/db_files/doku-mente/auslandsinformationen/7_dokument_dok_pdf_12352_1.pdf, 18.08.2008.
- Gilka-Bötzow, Agnes / Kropp, Sabine (2006): Institutionenentwicklung in Russland und der Ukraine: Vertikale Machtverteilung als Triebfeder, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 37, Nr. 4, S. 778-794.
- Goode, Paul J. (2007): The Puzzle of Putin's Gubernatorial Appointments, in: Europe-Asia Studies, Vol. 59, Nr. 3, S. 365-399.
- Hale, Henry E. (2007): The upcoming 2007 Duma elections and Russia's party system, Russian Analytical Digest, Nr. 31, S. 2-4, <http://se1.isn.ch/serviceengine/FileContent?serviceID=PublishingHouse&fileid=6623DFCF-F31F-8103-FA64-E9AA0F021769&lng=en>, 16.08.2008.
- Holmberg, Carl (2008): Managing Elections in Russia. Mechanisms and Problems. FOI Report, Stockholm, FOI, <http://www2.foi.se/rapp/foir2474.pdf>, 4.08.2008.
- Kempe, Iris (2007): Certainty in Ukraine's uncertainty: the impact of the 2007 parliamentary elections, (CAP Policy Analysis, No. 7), München, <http://www.cap.lmu.de/download/2007/CAP-Policy-Analysis-2007-07.pdf>, 18.08.2008.
- Levitsky, Steven / Way, Lucan A. (2002): The Rise of Competitive Authoritarianism, Journal of Democracy, Vol. 13, Nr. 2, S. 51-65.
- Lindner, Rainer (2006): "Präsidentchaftswahl" in Belarus: autoritäres Regime, abhängige Staatswirtschaft, internationale Isolation, SWP-Studie, S 6, Berlin, http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?id=1638, 18.08.2008.
- Mark, Rudolf A. (2006): Kehrt! Auf halbem Weg?: die Ukraine nach der orangenen Revolution, in: Aktuelle Ostinformationen: Ereignisse und Entwicklungen, Jg. 38, Nr. 3/4, S. 13-21, URL: http://www.gesw.de/ao/ao_34_2006.pdf, 18.08.2008.
- McAllister, Ian / White, Stephen (2008): Voting "against all" in postcommunist Russia, in: Europe-Asia Studies, Vol. 60, Nr. 1, S. 67-87.
- Nußberger, Angelika / Marenkov, Dmitry: Wahlgesetz als Steuerungsmechanismus: Zu den neuen rechtlichen Grundlagen der Duma-Wahlen im Dezember, Russland-Analysen (Bremen), Nr. 146, S. 2-5, <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen146.pdf>, 16.08.2008.
- Petrov, Nikolaj (2007): The consequences of the State Duma elections for Russia's electoral system, Russian Analytical Digest (Bremen), Nr. 32, S. 5-8, <http://se1.isn.ch/serviceengine/FileContent?serviceID=PublishingHouse&fileid=CFD3A48C-5AFA-25C5-BC86-B51B811B662A&lng=en>, 16.08.2008.
- Pleines, Heiko / Schröder, Hans-Henning (Hg.) (2007): Die russischen Wahlen 2007/2008: Teil 1: Parlamentswahlen 2007, (Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa, Nr. 90), Bremen, 2007, <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de/images/stories/pdf/ap/fsoAP90.pdf>, 16.08.2008.

- Dies. (Hg.) (2008): Die russischen Wahlen 2007/2008: Teil 2: Präsidentenwahl 2008, (Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa, No. 94), <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de/images/stories/pdf/ap/fsoAP94.pdf>, 16.08.2008.
- Preißler, Franz (2007): Großmachtpolitik oder Wahlagitation?: Russlands Außenpolitik in den Jahren 2007/2008, Potsdam : Univ.-Verl.
- Rjabow, Andrei W. (2007): Gelenkte Wahlen 2007 - 2008: Gesetzgebungsreform und Veränderungen innerhalb der Regierung, in: Matthes Buhbe / Gabriele Gorzka (Hg.): Russland heute. Rezentralisierung des Staates unter Putin, Wiesbaden: VS Verlag, S. 255 - 272.
- Rogoza, Jadwiga (2008): The presidential election in Russia, and its consequences for Russia and the world, Warsaw: Centre for Eastern Studies, (CES Commentary; No. 1), <http://osw.waw.pl/en/epub/ecomment/2008/080303/Commentary1.htm>, 16.08.2008.
- Rothacher, Albrecht (2007): Europas letzter Diktator: wird Lukaschenko das Jahr 2008 überleben?, in: Europäische Rundschau : Vierteljahresschrift für Politik, Wirtschaft und Zeitgeschichte, Jg. 35/2007, Nr. 4, S. 87-99.
- Saari, Sinikukka (2007): A collapsing façade? The Russian Duma election in perspective, Helsinki: UPI Briefing Paper, Nr. 14, http://www.upi-fii.fi/document.php?DOC_ID=235, 16.08.2008.
- Samoletova, Alla M. (2007): Different paths of party system consolidation: Which factors matter for political justice?, in: Sabine Fischer / Heiko Pleines / Hans-Henning Schröder (Hg.): Movements, migrants, marginalisation: Challenges of societal and political participation in Eastern Europe and the enlarged EU, Stuttgart: Ibidem.
- Schröder, Hans-Henning (2007): Sufficient Legitimation for a "Shadow President"? Russian Analytical Digest, Nr. 32, S. 2-5, <http://se1.isn.ch/serviceengine/FileContent?serviceID=PublishingHouse&fileid=CFD3A48C-5AFA-25C5-BC86-B51B811B662A&lng=en>, 16.08.2008.
- Ders. (2007b), Von Putin zu Putin. Inszenierung eines Präsidentenwechsels, SWP-aktuell, Nr. 54, http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=4422, 16.08.2008.
- Ders. (2008a): Chance für einen neuen Anfang?, Russland-Analysen, Nr. 160, S. 2-3, <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen160.pdf>, 16.08.2008.
- Ders. (2008b): Die Neuordnung der politischen Führung in Russland, in: SWP-Aktuell, Nr. 42, http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=4994, 16.08.2008.
- Siebert, Jens (2007): Der Dumawahlkampf 2007, Russland-Analysen (Bremen), Nr.150, S. 2-17, <http://www.russlandanalysen.de/content/media/Russlandanalysen150.pdf>, 16.08.2008.
- Smith, Mark A. (2008): The Russian presidential succession, Shrivenham: CSRC (Russian Series, 08/01), <http://www.da.mod.uk/colleges/csrc/document-listings/russian/08%2801%29MAS.pdf>, 16.08.2008.
- Smyth, Regina (2006), Candidate strategies and electoral competition in the Russian Federation. Democracy without foundation, Cambridge[u.a.]: Cambridge University Press.
- Styckow, Petra: Russland wählt: Die Bedeutung der Dumawahlen am 2. Dezember, in: Russland-Analysen (Bremen), Nr. 151, S. 2-5, <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen151.pdf>, 30.11.2007.
- Vogel, Heinrich (2007): Machtwechsel als Hütchenspiel, Russlandanalysen, Nr. 154, S. 2-5.

Wilson, Andrew (2005), *Virtual Politics: Faking Democracy in the Post-Soviet World*, New Haven, Conn. [u.a.]: Yale University Press.

Ders. (2007a): Hat Russland noch eine Opposition?, in: *Russland-Analysen* (Bremen), Nr. 145, S. 2-9, <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen145.pdf>, 16.08.2008.

Ders. (2007b), *Russia's over-managed democracy*, ECFR, http://www.ecfr.eu/content/entry/commentary_wilson_on_russia_election_results, 16.08.2008.

Wilson, Kenneth (2006): Party-system development under Putin, in: *Post-Soviet affairs*, Vol. 22, Nr. 4, S. 314 – 348.

Zimmer, Kerstin (2008): Formal institutions and informal politics in Ukraine, in: Gerd Meyer (Hg.): *Formal institutions and informal politics in Central and Eastern Europe: Hungary, Poland, Russia and Ukraine*, Opladen: Budrich.

Zur Person

Dr. Stefan Meister, Studium der Politikwissenschaft und Osteuropäischen Geschichte an den Universitäten Jena, Leipzig und Nizhnij Novgorod; Promotion in Politikwissenschaft zum Thema „Die Transformation des russländischen Hochschulwesens“; seit Anfang 2008 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum Russland/Eurasien der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Forschungsschwerpunkte: Russische Innen- und Außenpolitik, Föderalismus in Russland, Wahlen/ Wahlbeobachtung im postsowjetischen Raum, Polnische Ostpolitik.

Kontakt

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Zentrum Russland/Eurasien, Rauchstraße 17/18, 10787 Berlin; meister@dgap.org.

1 Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa, einschließlich USA / europäische Integrationsprozesse

[1-L] Azmanova, Albena:

Transition without emancipation?: 1989 and the fate of the European Social Model,

(Working Paper Series of the Research Network 1989, 11), Berlin 2008, 23 S. (Graue Literatur; nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ss0ar-27055)

INHALT: "1989 triggered parallel transformation in the ideological landscape on both sides of the former iron curtain. The geo-political opening after the end of the Cold War made global integration a highly salient factor in political mobilisation, opting out to replace the capital-versus-labour dynamics of conflict that had shaped the ideological families of Europe during the twentieth century. This has resulted in splitting the traditional constituencies of the Left and the Right and reorganising them along new fault-lines: those shaped by attitudes to globalisation and EU enlargement (in the West) and attitudes to EU accession and global economic competition (in the East). Thus, an ideational convergence between East and West is taking place in Europe, radically altering the structure of political competition in the early twenty-first century. As the new political cleavage cuts across, rather than runs along the left-right ideological continuum, it is eroding the societal alliances that had supported the post-war European Social Model. The emerging structure of political competition enables substantive changes in the European Social Model in the direction of deepening labour commodification, thus defeating the emancipatory potential that earlier labour-market policies had contained." (author's abstract)

[2-L] Baasner, Frank (Hrsg.):

Von welchem Europa reden wir?: Reichweiten nationaler Europadiskurse, (Denkart Europa, 5), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2008, 240 S., ISBN: 978-3-8329-3277-0 (Standort: UB Siegen(467)-31PEN11973)

INHALT: "Die traditionellen Konzepte und Bilder, mit denen Europa über lange Zeit in den westlichen Ländern der Europäischen Union beschrieben worden ist, entsprechen nicht mehr der Realität einer nun auf 27 Mitgliedstaaten gewachsenen EU. Eine genaue Analyse der vorhandenen europäischen Denkmuster in Politik und Gesellschaft ist daher dringend erforderlich, um eine gehaltvolle Debatte über die Frage nach der Zukunft der EU führen zu können. In 11 Beiträgen werden in diesem Band die Europa-Diskurse in einzelnen Mitgliedstaaten untersucht, weitere Beiträge fragen nach einzelnen Aspekten der französischen Europadebatte, nach dem Verhältnis zur Türkei und nach der Selbstbeschreibung der Europäischen Union. Der Untersuchungszeitraum konzentriert sich in der Regel auf die Zeit zwischen dem Dezembergipfel 2003 und den Referenden im Mai-Juni 2005 in Frankreich und den Niederlanden." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Hélène Miard-Delacroix: "Denk ich an Europa in der Nacht..." - Europa-Narration in Deutschland vom Ersatz für die Nation zur Interessen- und Wertegemeinschaft (17-32); Stefan Seidendorf: "Die Quadratur des Kreises" oder: Wie gehen Nation und Europa zusammen? (33-54); Julia Lieb: Die französische Kampagne zum Referendum über den Vertrag über eine Verfassung für Europa - Probleme mit der europäischen Wirklichkeit (55-76); Christine Normann: Vor dem Beitritt - nach dem Beitritt: Hat sich das

polnische Europabild gewandelt? (77-94); Catherine Perron: Eine realistische Vision der europäischen Integration? - Der tschechische Europadiskurs (95-116); Susi de Pretis, Frank Baasner: Italien und Europa zwischen historischer Evidenz und Indifferenz (117-132); Zsuzsanna Vidra: Die EU-Darstellung in der ungarischen Presse während des Erweiterungsprozesses (1996-2004) (133-154); William E. Paterson: Eine eigene Kategorie - Das Vereinigte Königreich und die europäische Integration (155-164); Wolfram Vogel: Narrative lost - Der Diskurs der EU-Kommission zur Zukunft Europas (165-182); Claire Demesmay: "Je t'aime - moi non plus": Eine vergleichende Analyse der Türkei-Debatte in Deutschland und Frankreich (183-202); Susanne Gehrig: "Too focused on the past"? - Die Wahrnehmung und Beschreibung Europas in den politischen Diskursen der Vereinigten Staaten (203-238).

[3-L] Babayev, Azer:

Strategie und Demokratie: Azerbajdzan und die EU-Nachbarschaftspolitik, in: Osteuropa : interdisziplinäre Monatszeitschrift zur Analyse von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Zeitgeschichte in Osteuropa, Ostmitteleuropa und Südosteuropa, Jg. 57/2007, H. 2/3, S. 201-208 (Standort: USB Köln(38)-M-AP04813; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Im November 2006 hat Azerbajdzan zwei wichtige Schritte in Richtung Europa gemacht. Baku und Brüssel unterzeichneten ein Memorandum über eine Energiepartnerschaft sowie als Teil der Europäischen Nachbarschaftspolitik einen Aktionsplan. Die Aliev-Regierung in Baku verpflichtet sich damit auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Vieles spricht dafür, dass dies nur Lippenbekenntnisse sind. Das energiepolitische und sicherheitspolitische Interesse der EU an einer Partnerschaft mit Azerbajdzan ist viel zu groß, als dass sie es wegen der azerbajdzanischen Innenpolitik aufs Spiel setzen würde. Darüber hinaus hat Baku mit Russland einen alternativen Kooperationspartner in der Hinterhand, dem noch weniger an Bürger- und Menschenrechten gelegen ist." (Autorenreferat)

[4-L] Berndt, Michael:

EU und ihre Beziehungen zu USA/ Russland und NATO, in: Gerald Mader, Thomas Roithner (Hrsg.): Europäische Friedenspolitik : Inhalte, Differenzen, Methoden und Chancen, Münster: Lit Verl., 2008, S. 190-209, ISBN: 978-3-7000-0764-7 (Standort: UB Tübingen(21)-48A6553)

INHALT: Der Beitrag analysiert die Lage der EU im Dreieck der Beziehungen EU-Russland-USA. Die USA setzt bei der Konfliktbearbeitung auf nationale Sicherheitsinteressen, die notfalls auch "präventiv" mit militärischen Mitteln im Alleingang oder mit einer "coalition-of-the-willing" durchgesetzt werden. Russland setzt seit 2000 auf den Energiereichtum des Landes und die zunehmende Abhängigkeit Europas von russischen Energielieferungen. Um die Rolle der EU in diesem Beziehungsgeflecht einer kritischen Betrachtung zu unterziehen und schließlich im Kontext einer Strategie für eine "Europäische Friedenspolitik" Alternativen zur gegenwärtigen Politik vorzustellen, wird zunächst die Geschichte der Akteurswerdung der EU bezüglich außen- und sicherheitspolitischer Fragen rekapituliert. In einem zweiten Schritt wird das Bild der "getriebenen EU" einer genaueren Betrachtung unterzogen. Abschließend wird untersucht, welche Rolle die EU sowohl bezüglich der konsensualen wie der konfliktiven Themen spielt. Die herausgearbeiteten Ergebnisse werden daraufhin diskutiert, inwieweit die EU Potentiale für eine "Europäische Friedenspolitik" in sich trägt und wie diese gestärkt werden können. (ICA2)

[5-L] Boatca, Manuela:

Wie weit östlich ist Osteuropa?: die Aushandlung gesellschaftlicher Identitäten im

Wettkampf um Europäisierung, in: Karl-Siegbert Rehberg (Hrsg.): Die Natur der Gesellschaft : Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006.

Teilbd. 1 u. 2, Frankfurt am Main: Campus Verl., 2008, S. 2231-2239, ISBN: 978-3-593-38440-5

INHALT: "Die historisch tradierte 'ontologische Unsicherheit' (Nicole Lindstrom) der Zugehörigkeit Osteuropas zu Europa als Sinnbild okzidentaler Rationalität, Zivilisation und Moderne ist als zyklisch wiederkehrende 'Erfindung Osteuropas' (Larry Wolff) thematisiert und für die Entstehung von 'Balkanismus' (Maria Todorova) und 'eingenistete Orientalismen' (Milica BakicHayden) als ausschlaggebend betrachtet worden. Im Kontext der EU-Osterweiterung sowie der Herausbildung 'neuer' geopolitischer Antagonismen (Westen vs. Islam) nach den Anschlägen des 11. September gewinnen diese Analysekategorien zunehmend an Relevanz. Der Zusammenbruch kommunistischer Regimes und der gleichzeitig beginnende Wettkampf um die Integration in europäische und transatlantische Strukturen hatten daher die Wiederaufnahme der Identitätsdiskurse zur Folge, die das Verhältnis der Region zum Westen Europas Jahrhunderte zuvor geprägt hatten. In Anlehnung an die von Edward Said und Bakic-Hayden entwickelten Konzepte wird im Beitrag die These vertreten, dass der Orientalismus als westlicher Diskurs über 'den Osten' in den aktuell ausgehandelten, unterschiedlichen Identitätskonstruktionen ost- und ostmitteleuropäischer Gesellschaften eine bedeutende Rolle spielt. Um die Abgrenzung vom negativ aufgeladenen 'Osten' in Gestalt des Balkanraums einerseits und des asiatischen Raums andererseits zu vollziehen, rekurrieren politische, intellektuelle und mediale Diskurse auf kognitive Landkarten, die ihren jeweiligen Standort im Hinblick auf ihre Geschichte, Konfessionszugehörigkeit, zivilisatorischen Beitrag und/ oder Geographie als '(west)europäisch' erscheinen lassen. Die Auswirkungen des politischen und ökonomischen Desiderats der 'Europäisierung' und der dabei vorgenommenen Reduktion des europäischen Status auf die Mitgliedschaft in westeuropäischen Institutionen auf die Verfestigung bestehender Stereotype werden in dem Vortrag in historisch-vergleichender Perspektive aufgezeigt." (Autorenreferat)

[6-L] Challand, Benoît:

1989, the 'others' of Europe and some implications for a political Europe, (Working Paper

Series of the Research Network 1989, 14), Berlin 2008, 16 S. (Graue Literatur;

nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-27132)

INHALT: "An enlarged EU might be structurally integrated, but the ways in which pre-1989 EU members used to imagine their counterparts during the Cold War period have profoundly influenced the ways in which 'east' Europe has been and still is thought nowadays (hence the remaining ideational divergences within a political Europe). The paper argues that European construction and post-1989 enlargement of the EU towards East imply a form of subtle and untold domination of the Western part of the continent subtlety and at times unconsciously by institutions of the EU or by academic discourses on Central and Eastern Europe. Such domination, as an unintended consequence, is best explored on the ideational level and through the central role that 1989 has taken in this process. Discussing slope-metaphors and allochronisms in the field of a European common memory, this paper shows how artificial distances are created between Eastern and Western Europe. By combining allochronism and heteronomy, we have coined the new term of 'heterochrony' to express the situation in which a given

group does not have the capacity of choosing its own laws and the cognitive means to think of itself and where such situation is due to reasons of different time location (in that case in a backward situation) than other autonomous groups. Such heterochrony might lead to a halt of transnational cooperation in Europe and have negative impacts on the self-perception of Europe." (author's abstract)

[7-F] Chardon, Matthias, M.A. (Leitung):

Erweiterung, Entwicklungsszenarien für das große Europa (Teilprojekt im Rahmen des Gesamtprojekts "Das Größere Europa. Entwicklung eines politischen und institutionellen Ordnungsrahmens für die erweiterte Europäische Union")

INHALT: Der Schwerpunkt des Projekts ist die Analyse der veränderten Machtkonstellationen in der EU-27, die sich aus der Bildung neuer strategischer Partnerschaften unter alten und neuen Mitgliedstaaten ergeben. Im Rahmen des Projekts ist die Erstellung einer 'Interessen- und Konfliktlandkarte' vorgesehen. Sie wird als Grundlage für Entwicklungsszenarien für das große Europa, die Konzeption von Modellen differenzierter Integration und die Ableitung konkreter Handlungsempfehlungen bei sich abzeichnenden Konflikten in einzelnen Politikfeldern dienen. Ziel ist die Entwicklung eines Führungskonzeptes für die große EU, das eine politikfeldspezifische Vertiefung des Integrationsprozesses durch Teilgruppen von Mitgliedstaaten erlaubt. Das Konzept setzt am strategischen Steuerungspotential einer 'Gestalterkoalition' an. Parallel dazu wird in der Erweiterungsperspektive einer EU-27+ die Frage nach der konzeptionellen und materiellen Gestaltung der nächsten Erweiterungswellen aufgegriffen. Dabei sollen in die Entwicklung von länderspezifischen Heranführungsstrategien konzeptionelle Überlegungen über die Ausgestaltung eines Systems abgestufter Mitgliedschaften einfließen. Einen ersten Anwendungsfall bilden dabei die Staaten des westlichen Balkans. Ein besonderer Schwerpunkt soll in diesem Zusammenhang aber auf der Begleitung des Beitrittsprozesses der Türkei liegen. Schließlich sollen aus der begleitenden Analyse des 'Wider Europe'-Konzeptes der Europäischen Union konzeptionelle Empfehlungen für eine neue Nachbarschaftspolitik abgeleitet und mit den Überlegungen für eine differenzierte Erweiterungsstrategie für die EU-27+ verknüpft werden. Auf diese Weise würde ein fließender Übergang zwischen 'Ins' und 'Outs' ermöglicht. In gesamteuropäischer Perspektive soll weiterhin das Modell eines geschichteten Handlungsraumes konzipiert werden, der sich im Inneren der Europäischen Union als ein flexibles Geflecht differenzierter Integrationsformen in einer Vielzahl von Politikfeldern darstellt; passgenaue Heranführungsstrategien für künftige EU-Beitrittskandidaten, vor allem im westlichen Balkan, bereit stellt sowie über ein abgestuftes System von Voll- und Teilmitgliedschaften verfügt, das u.a. einen besonderen Status für die Türkei oder selbst die Ukraine ermöglicht; im Rahmen seiner künftigen EU-Nachbarschaftspolitik der Entstehung neuer Trennlinien zu Staaten ohne Mitgliedschaftsperspektive entgegen wirkt. Erforderlich ist eine systematische Weiterentwicklung des Instrumenten-Mix von Partnerschafts- und Assoziierungsabkommen sowie Formen grenzüberschreitender Regional Kooperation. Im Kern zielt die Projektarbeit in dieser Säule darauf ab, die Europäische Union nachhaltig als kontinentalen Stabilitätsanker zu etablieren. Dies setzt voraus, dass ihre Nachbarstaaten die Beziehungen zur Europäischen Union nicht weiterhin auf das ausschließliche Ziel eines EU-Beitritts ausrichten, sondern stärker als wichtigen Impulsgeber der eigenen Transformation verstehen. Von EU-Seite sollte durch die Entwicklung eines abgestuften Systems, das einen nahtloseren Übergang von Voll- und Teilmitgliedschaften zu besonderen Nachbarschaftsbeziehungen ermöglicht, ihre transformationspolitische Akteursrolle stärker betont werden. Für die Konzep-

tion eines entsprechend differenzierten Instrumentariums im Rahmen des Arbeitsvorhabens soll vor allem die länderspezifische Expertise aus dem Transformationsprojekt 'Den Wandel gestalten' genutzt werden. *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Europäische Union, westlicher Balkan

ART: *BEGINN*: 2004-07 *ENDE*: 2007-12 *AUFTRAGGEBER*: keine Angabe *FINANZIERER*: Bertelsmann Stiftung

INSTITUTION: Universität München, Sozialwissenschaftliche Fakultät, Centrum für angewandte Politikforschung -C.A.P.- Forschungsgruppe Europa (Maria-Theresia-Str. 21, 81675 München)

KONTAKT: Leiter (e-mail: matthias.chardon@lrz.uni-muenchen.de)

[8-L] Cox, Michael:

1989 and why we got it wrong, (Working Paper Series of the Research Network 1989, 1), Berlin 2008, 14 S. (Graue Literatur; nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-16282)

INHALT: "The Cold War generated more discussion and controversy than any other topic since 1945. Yet, the possibility that the Cold War might end was neither on the radar of scholars nor of politics and the military. This essay seeks to explain why 'we' got it wrong by focusing in the main on how 'we' in the West understood the Soviet system. Part one thus deals with the Cold War itself and its impact on what came to be known as western 'Soviet Studies'. Part two then looks at the way in which the USSR was understood by an emerging group of new social scientists in the 1970s and 1980s. Part three considers the Gorbachev problem. And part four examines the ways in which the socialist left thoughts about the USSR in the context of the Cold War. In conclusion, I offer reflections on how the generally flawed understanding of the Soviet Union precluded the anticipation of Soviet collapse." (author's abstract)

[9-L] Dieringer, Jürgen; Oispuu, Jane:

Parteiensystementwicklung in Osteuropa und Europäische Integration, in: Ellen Bos, Dieter Segert (Hrsg.): Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? : Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts, Opladen: B. Budrich, 2008, S. 55-74, ISBN: 978-3-86649-161-8 (Standort: UB Bonn(5)-2008/3983)

INHALT: Für die Politikwissenschaft (Lipset/Rokkan) bündeln und formulieren Parteien neue Themen innerhalb bestehender Ideologien. Strukturierend sind hier "cleavages", anhand derer sich die Parteifamilien ausrichten. Die Trennlinien verlaufen zwischen Kapital vs. Arbeit, säkular vs. religiös, Stadt vs. Land, Zentrum vs. Peripherie. Politische Parteien institutionalisieren diese Konfliktlinien im nationalen Parteiensystem. In diesem Sinne interpretiert der Beitrag die osteuropäischen Parteien als "Weltanschauungsparteien", also als "Prisma", durch das die europäische Integration wahrgenommen und in den Wertehaushalt und die Präferenzordnung von Akteuren eingeordnet wird. Eine Übersicht zeigt die Zuordnung der Cleavages zu den europapolitischen Vorstellungen europäischer Parteifamilien. Das europäische Parlament hat Fraktionen hervorgebracht, die weitestgehend deckungsgleich sind mit denen der meisten Mitgliedstaaten. Die Ausführungen verdeutlichen die Wechselwirkung zwischen Top-Down- und Bottom-Up-Wirkungen: Europa beeinflusst die Parteiensysteme der Neumitglieder - und die Neumitglieder beeinflussen das europäische Parteiensystem. Die langsam einsetzende Po-

litisierung der EU findet in den Parteien ihren Widerhall. So könnte auf der Grundlage von Politikpräferenzen ein neuer europäischer Basiskonsens entstehen. (ICA2)

[10-L] Dieringer, Jürgen:

Der Beitritt Rumäniens und Bulgariens zur Europäischen Union, in: Martin Große Hüttmann, Matthias Chardon, Siegfried Frech (Hrsg.): *Das neue Europa*, Schwalbach: Wochenschau Verl., 2008, S. 46-58, ISBN: 978-3-89974-355-5 (Standort: UB Bielefeld(361)-IE960/N4E8)

INHALT: "Mit dem Beitritt Rumäniens und Bulgariens ist die Osterweiterung der Europäischen Union (EU), die 1993 mit der Ausformulierung der Kopenhagener Kriterien begann, beendet. Die beiden Nachzügler hatten und haben noch umfangreiche politische und wirtschaftliche Probleme. Dies ist mithin ein Grund, warum trotz aller Reformen Bulgariens und Rumäniens der politische Vertrauensvorschuss zunächst stark begrenzt war. Wenn auch Rumänien und Bulgarien die beiden ärmsten Länder der EU sind, zeigt das bemerkenswerte Wirtschaftswachstum, dass hier eine dynamische Region beigetreten ist. Durch den Beitritt wird die EU zwar heterogener werden, weil sie - betrachtet man die wirtschaftlichen Parameter - am unteren Ende der Skala wächst. Trotzdem werden vom Beitritt letztlich beide Seiten profitieren: Die Altmitglieder von der Stabilität einer komplexen und historisch explosiven Region, die beiden Neumitglieder durch den Zugang zu einem riesigen Markt und einer Zone der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts." (Autorenreferat)

[11-L] Domnitz, Christian:

The mapping of Europe and ideas of integration: in the new member countries, national meanings of European culture determine debates about the desired European Union's mission, (Working Paper Series of the Research Network 1989, 10), Berlin 2008, 15 S. (Graue Literatur; nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-27019)

INHALT: "With EU enlargement, peculiar Central European ideas and traditions of integration emerged in European politics. In the discussions on a European constitution, the representatives of the new member states surprised the 'old' Europe with meanings of Europe that were situated far beyond the canonised Western concepts of pragmatic political integration. Central European politicians and political essayists discussed a canon of cultural and religious European values and the role of the nations in the European Union. Research on the contemporary history of Central Europe brings light into the traditions and the development of Central European meanings of Europe. Before 1989 and East of the 'Iron curtain', Europe rather served as a place of desire than as a concrete concept, a mechanism of integration or an institutional framework. The cases of Poland and the Czech Republic (respectively the former Czechoslovakia) show that the salient feature of their meanings of Europe in history is the high significance of the nation. In the Eastern bloc, Europe was construed along terms of culture and civilisation. Party officials, dissidents and journalists framed Europe nationally. Regarding ideas of integration, 1989 stands for continuity in Central European meanings of Europe. The historical East-West difference in the 'thinking of Europe' and former mappings of Europe in the new member countries re-shape the present new European Union. Exclusive meanings of Europe in Central Europe challenge policies of integration, migration, citizenship and governance. There is a drift towards demarcating a European self and towards defining a collective in cultural terms. This trend strengthens the paradigm of neighbourhood vis-à-vis transnatio-

nalisation and unification in the E.U. In the debates on the foreign relations of the Union, exponents of a cultural European identity address questions of self-demarkation and self-delimitation." (author's abstract)

[12-L] Fischer, Sabine:

Die EU und Russland - eine "strategische Partnerschaft?", in: Martin Große Hüttmann, Matthias Chardon, Siegfried Frech (Hrsg.): Das neue Europa, Schwalbach: Wochenschau Verl., 2008, S. 191-211, ISBN: 978-3-89974-355-5 (Standort: UB Bielefeld(361)-IE960/N4E8)

INHALT: "Mehr als 15 Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion ist der Prozess der politischen Neuordnung in Europa weiterhin in vollem Gange. Nach der Osterweiterung der EU im Jahre 2004 und dem Beitritt von Bulgarien und Rumänien ist es ein wichtiges Anliegen der EU, einen 'Ring gut regierter Länder' zu schaffen und dabei die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit auf die neuen Nachbarstaaten auszuweiten. Russland nimmt schon aufgrund seiner Größe, seines politischen Gewichts und seines Wirtschaftspotentials hierbei eine Sonderrolle ein. Obwohl Russland in wirtschaftlichen Standards eine 'Teileuropäisierung' vollzogen hat, bietet der Kreml der EU eher eine Interessen- statt eine Wertegemeinschaft an. Unter pragmatischen Gesichtspunkten wird eine Kooperation mit westlichen Industriestaaten durchaus angestrebt und eine Modernisierungspolitik propagiert. Gleichzeitig jedoch will sich Russland als Großmacht in der internationalen Politik rehabilitieren. Dies erschwert eine konsistente Politik der EU gegenüber Russland und dem postsowjetischen Raum. Der Beitrag von Sabine Fischer analysiert die Beziehungen zwischen der EU und Russland, um Aussagen über ihre Potenziale für eine strategische Partnerschaft machen zu können. Die Motive für den schwankenden Europakurs Russlands und die eher zurückhaltende Position der EU sind nur nachvollziehbar, wenn die oft widersprüchlichen innen- und außenpolitischen Entwicklungen Russlands aufgezeigt werden. Zu diesem Zweck erfolgt zunächst ein knapper Rückblick auf die Entwicklung der Beziehungen seit der Entstehung der Europäischen Union im Vertrag von Maastricht 1992 und dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991/92. Daran anschließend werden in drei Konfliktfeldern Probleme nachgewiesen, welche die Beziehungen belasten." (Autorenreferat)

[13-L] Frölich-Steffen, Susanne:

Populismus im Osten und im Westen als parallele Entwicklung?, in: Ellen Bos, Dieter Segert (Hrsg.): Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? : Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts, Opladen: B. Budrich, 2008, S. 303-321, ISBN: 978-3-86649-161-8 (Standort: UB Bonn(5)-2008/3983)

INHALT: Der Beitrag geht der Frage nach, ob die weite Verbreitung des Populismus in Osteuropa wirklich vorrangig den postsozialistischen Gelegenheitsstrukturen geschuldet ist oder ob die augenfällige Zunahme des Gewichts und des Einflusses populistischer Parteien sowohl in West- als auch in Osteuropa nicht vielmehr dafür spricht, dass es europaweite Entwicklungen gibt, die eben diese Gruppe von Parteien begünstigen. Diese Frage wird anhand einiger osteuropäischer Beispiele diskutiert. Die Ausführungen zeigen, dass sich fast zwei Jahrzehnte nach dem Zusammenbruch des Sozialismus und einige Jahre nach dem EU-Beitritt der ostmitteleuropäischen Länder sich das Aufkommen populistischer Parteien im ehemaligen Ostblock nicht mehr vorrangig mit den Besonderheiten des Postsozialismus erklären lässt. Die Partei-

enforschung muss vielmehr zur Kenntnis nehmen, dass das Aufkommen des Populismus ein europaweites, wenn nicht sogar ein weltweites Phänomen darstellt. Valide Prognosen lassen sich in jedem Fall nur dann abgeben, wenn der Populismus nicht nur aus einem nationalen oder regionalen Kontext begriffen wird, sondern als Teil einer europaweiten Entwicklung. (ICA2)

[14-L] Gosewinkel, Dieter:

West- gegen Osteuropa?: gibt es verschiedene historische Entwicklungspfade der Staatsangehörigkeit?, in: Dirk Lange (Hrsg.): Migration und Bürgerbewusstsein : Perspektiven politischer Bildung in Europa, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2008, S. 27-41, ISBN: 978-3-531-15773-3

INHALT: Der Verfasser untersucht die Frage, ob es im Europa des 20. Jahrhunderts entgegengesetzte Entwicklungspfade der Staatsangehörigkeit gab, die den Zugang zu staatsbürgerlichen Rechten auf Dauer offener bzw. geschlossener ausgestalteten und der Polarität West- und Osteuropas entsprechen. Eingangs werden Thesen und Gegenthesen zu einem polaren west-östlichen Entwicklungsmodell erörtert. Die Tragfähigkeit dieses polaren Entwicklungsmodells wird im Hinblick auf die Geschichte des Staatsangehörigkeitsrechts kritisch analysiert, und zwar für den Zusammenhang zwischen Nationskonzept und Erwerbprinzip der Staatsangehörigkeit. Vor dem Hintergrund eines Vergleichs, der Unterschiede und Gemeinsamkeiten verdeutlicht, wird abschließend die Frage nach möglichen Konvergenzen der Entwicklung im Rahmen der europäischen Integration erörtert. Im Mittelpunkt des Forschungsinteresses steht die Staatsangehörigkeit, diejenige rechtliche Institution, die über den Einschluss in die staatlich definierte politische Gemeinschaft und damit zugleich über den Zugang zu wesentlichen Rechten der Staatsbürgerschaft entscheidet. Die Staatsangehörigkeit ist in den meisten Rechtsordnungen Voraussetzung für die Ausübung der Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, insbesondere aber des Wahlrechts. Sie allein gewährt das Recht des unbeschränkten Aufenthalts und den Schutz vor Ausweisung im Falle oppositioneller öffentlicher Betätigung. (ICG2)

[15-L] Grosse Hüttmann, Martin:

Das neue Europa, Schwalbach: Wochenschau Verl. 2008, 298 S., ISBN: 978-3-89974-355-5 (Standort: UB Bielefeld(361)-IE960/N4E8)

INHALT: "Die geopolitischen Veränderungen zu Beginn der 1990er-Jahre haben den osteuropäischen Staaten Europas nicht nur die Freiheit gebracht, sondern auch zur Aufnahme einer ganzen Reihe mittel- und osteuropäischer Staaten in die Europäische Union (EU) geführt. Nach der Erweiterung um zwölf neue Mitgliedstaaten und der gescheiterten europäischen Verfassung steht die EU vor dem Problem, in angemessener Weise mit dem Wunsch weiterer Staaten, der EU beizutreten, umzugehen. Zudem stellen sich zahlreiche außen- und sicherheitspolitische Probleme, die sich mit Regionen verbinden, die durch die Erweiterung an die Grenzen der EU gerückt sind. Als Stichworte können hier genannt werden: Terrorismusabwehr, Zugriff auf Energieressourcen, zunehmende Arbeitsmigration in die EU sowie Demokratie- bzw. Friedenssicherung auf dem Balkan und im Kaukasus. Gleichzeitig gibt es innerhalb der Union keinen offenkundigen, einheitlichen Wunsch nach schneller Fortsetzung der Erweiterung und Vertiefung des Integrationsprozesses. Vor diesem Hintergrund hat die EU in den

letzten Jahren verschiedene Strategien und Politiken gegenüber ihren Nachbarn entwickelt." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Martin Große Hüttmann, Matthias Chardon, Siegfried Frech: Das neue Europa (7-16); Kai-Olaf Lang: Die Länder Ostmitteleuropas - zwischen Beitrittskrise und Mitgliedschaftsbegeisterung (17-45); Jürgen Dieringer: Der Beitritt Rumäniens und Bulgariens zur Europäischen Union (46-58); Martin Große Hüttmann, Matthias Chardon: Die EU-Beitrittsperspektiven der Türkei (59-93); Iris Kempe: Die Ukraine als Testfall für die Europäische Nachbarschaftspolitik (94-115); Barbara Lippert: Perspektiven der EU-Nachbarschaftspolitik und neue Ideen (116-140); Annegret Bendiek: Der Stabilitätspakt für Südosteuropa (141-167); Annette Jünemann: Die Euro-Mediterrane Partnerschaftspolitik - ein Überblick (168-190); Sabine Fischer: Die EU und Russland - eine "strategische Partnerschaft"? (191-211); Burkard Steppacher: Die Schweiz und die EU: Das Modell der bilateralen Verträge (212-227); Ulf Sverdrup, Hans-Jörg Trenz: Begrenzte Autonomie: Die norwegische Europapolitik im Spannungsfeld des EWR-Abkommens (228-247); Franco Algeri, Janis E. Emmanouilidis: Marginalisierung oder Neubestimmung? Zur Handlungsfähigkeit einer immer größer werdenden EU (248-272); Almut Möller: Das Europa der Projekte (273-288).

[16-L] Hanshew, Kenneth (Hrsg.):

EU=Europe?: Euroskepticism and European identity, (forost Arbeitspapier, Nr. 45), München 2008, 42 S., ISBN: 978-3-9810703-9-2 (Graue Literatur;
www.forost.lmu.de/fo_library/forost_Arbeitspapier_45.pdf)

INHALT: "Schon in seinen letzten Arbeitspapieren hat forost sich verstärkt den Fragen der europäischen Integration und dem umstrittenen Begriff der 'Europäisierung' zugewandt. Während unmittelbar nach 'der Wende' die Mitgliedschaft in der Europäischen Union für viele der ehemaligen Mitglieder des 'Warschauer Pakts' als Garantie für Freiheit und Wohlstand galt, wird in zunehmendem Maß Kritik an dieser Union laut. Die Integration stellt sich in den Augen ihrer Kritiker häufig als Einbahnstraße dar: eine Art der Zwanganpassung an die fest geschriebenen Inhalte des *Acquis Communautaire*, des 'gemeinsamen Besitzstands', die ihrer Meinung nach keine Chance auf Neubestimmung aufgrund der veränderten Bedingungen in Gesamt Europa zulassen. So scheint es, als ob diese Länder vom Regen in die Traufe gekommen wären. Europa, so die Forderung, darf nicht gleichgesetzt werden mit der Europäischen Union und die Besonderheit einzelner Nationen nicht der 'Gleichmacherei' westlicher Prägung geopfert werden. Auch wenn man diese Meinung nicht teilt, so setzt eine rationale Diskussion doch die Kenntnis der kritischen Argumente und Positionen voraus und der Quellen, aus der die Kritik gespeist wird. Im vorliegenden Band finden sich höchst unterschiedliche Perspektiven und Interpretation zur Frage was die oft beschworene 'Einheit in Vielfalt' denn ausmacht. Gleichzeitig ist die Heterogenität, die in den einzelnen Beiträgen zum Ausdruck kommt, ihrerseits Zeichen der vielfältigen Variationen dieser Diskussion." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Vladimir Gvozden: Some remarks on the relationship between European identity and the European Union (9-18); Andrej Nosko: Euroskepticism in Slovakia (19-26); Kenneth Hanshew: "Europeanism" Czech-style (27-34); Christoffer Gronstad: Norway and the EU: will Norway become a member? (35-40); Kenneth Hanshew: Reviewing Euroskepticism (41-42).

[17-F] Isic, Mirela (Bearbeitung):

EU-Ostpolitik. Neuorganisation der Sicherheit in Europa und an seinen Grenzen (Teilprojekt im Rahmen des Gesamtprojekts "Das Größere Europa. Entwicklung eines politischen und institutionellen Ordnungsrahmens für die erweiterte Europäische Union")

INHALT: Schwerpunkte: 1. Europäische Nachbarschaftspolitik: Zwischen den neuen Mitgliedstaaten und osteuropäischen Nachbarn der Union herrschen große sozioökonomische Asymmetrien aus denen sich sicherheitspolitische Risiken ergeben können. Um dieser Herausforderung zu begegnen hat die Kommission 2004 die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) verabschiedet. Entgegen den Erwartungen der nach Demokratie strebenden osteuropäischen Anrainer enthält die ENP keine Beitrittszusage. Außerdem leidet sie unter der geographischen Beliebigkeit den Mittelmeerraum mit den osteuropäischen Anrainern strategisch zu verknüpfen. Das Projekt initiiert eine ENP-Reformdiskussion für die Angleichung und Neuorientierung der Europäischen Nachbarschaftspolitik, um regionalen Bedürfnissen stärker gerecht zu werden. 2. Transformation und Integration Osteuropas: Die europäischen Nachbarstaaten versuchen sich teilweise vom Einfluss des Kreml als 'nahes Ausland' loszusagen und erklären in westliche Bündnissysteme hineinwachsen zu wollen, stehen jedoch weiterhin vor einer Vielzahl ungelöster innenpolitischer Herausforderungen. Verursacht durch die autokratische Herrschaft von Präsident Lukaschenka stellt Belarus die Europäische Union vor besondere Herausforderungen. Das Projekt begleitet und analysiert Schub- und Stagnationsentwicklungen der Transformation in Osteuropa. 3. Zukunft der europäisch-russischen Beziehungen: Russland verfolgt unter Vladimir Putin einen innenpolitischen Kurs der Machtzentralisierung mit zunehmend autokratischer Tendenz und tritt außenpolitisch mit einem auf Energieressourcen basierenden Großmachtanspruch auf. Die Folge ist eine zunehmende Wertelücke zwischen Russland und der Europäischen Union. Zugleich bleiben beide energie- und wirtschaftspolitisch voneinander abhängig. Unter diesen Vorzeichen sind Beziehungen entstanden, bei denen Kooperation auf der Ebene von Interessen notwendig bleibt, auf der Ebene von Werten jedoch Probleme verursacht. Das Projekt trägt dazu bei eine genuin europäische Russlandpolitik zu entwickeln. Dabei sollen jenseits nationaler Interessen die Besonderheiten einer asymmetrischen Partnerschaft gestaltet werden. 4. Neues Koordinatensystem der europäisch-russischen Beziehungen nach der Osterweiterung: Das Verhältnis der neuen EU-Mitglieder in Ostmitteleuropa zu Russland ist durch die geographische Nähe und historische Verflechtungen in besonderer Weise geprägt. Die daraus resultierenden bilateralen Beziehungen sind wie im Falle Polens und der baltischen Staaten derart belastet, dass sie auch ein Problem für die Europäische Union werden können. Im Selbstverständnis eines Frühwarnsystems analysiert das Projekt zusammen mit seinen Partnern in der Region die Chancen und Gefahren, die von der zukünftigen Entwicklung der Beziehungen zwischen Russland und den mittelosteuropäischen Staaten für europäische Politik ausgehen und entwickelt darauf aufbauende Handlungsempfehlungen. 5. Connecting Presidencies - Nachhaltige Entwicklung und Implementierung einer 'Neuen Ostpolitik': In der Ostpolitik treffen drei Interessensgruppen unter den Mitgliedstaaten aufeinander. Zum einen finden sich, vor allem in Mittelosteuropa, die Russland-Skeptiker, während in Westeuropa - darunter auch in Deutschland - sich eine Gruppe der pragmatischen Befürworter einer strategischen Partnerschaft gebildet hat. Die dritte Gruppe besitzt lediglich marginales Interesse an einem Ausbau der Beziehungen zu Russland. Das Projekt trägt zur Bildung von Allianzen für eine neue Ostpolitik bei. In diesem Rahmen leitet das Projekt seit 2005 eine intensive Zusammenarbeit zwischen den Planungsstäben des deutschen und des finnischen Auswärtigen Amtes. Das Projekt erfolgt unter Einbindung von und im Austausch mit Partnern in den mittel- und osteuropäischen Staaten, dem Baltikum, den Nachfolgestaaten

der Sowjetunion, sowie den westeuropäischen Hauptstädten und Verantwortlichen in der Europäischen Union. *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Europäische Union, Osteuropa, Russland

VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben *ARBEITSPAPIERE*: Isic, Mirela: What will be Medvedev's answer? The Russian president's first official visit to Berlin. München 2008 (Download unter: www.cap-lmu.de/aktuell/positionen/2008/medvedev.php).

ART: *BEGINN*: 2004-07 *ENDE*: 2007-12 *AUFTRAGGEBER*: keine Angabe *FINANZIERER*: Bertelsmann Stiftung

INSTITUTION: Universität München, Sozialwissenschaftliche Fakultät, Centrum für angewandte Politikforschung -C.A.P- Forschungsgruppe Europa (Maria-Theresia-Str. 21, 81675 München)

KONTAKT: Bearbeiterin (e-mail: mirela.isic@lrz.uni-muenchen.de)

[18-L] Jordan, Peter:

EU-Erweiterung und die europäische Identität, in: Iskra Schwarcz, Arnold Suppan (Hrsg.):

Quo vadis EU? : Osteuropa und die EU-Erweiterung, Münster: Lit Verl., 2008, S. 41-55, ISBN:

978-3-8258-1240-9 (Standort: LB Speyer (107)-1084267)

INHALT: Der Verfasser analysiert Kultur- und Gesellschaftstraditionen der Erweiterungsländer, die sich auf den Charakter der EU und ihre Identität auswirken. Es wird gezeigt, dass die Erweiterung der EU in das östliche Europa hinein nicht einfach eine Fortschreibung der westlichen Werte- und Sozialsysteme bedeutet. Es sind schwierige, vielleicht auch konfliktreiche kulturelle Anpassungsprozesse zu erwarten, wodurch die Weiterentwicklung der EU auf ihre politisch-gesellschaftlichen Ziele hin zumindest verzögert wird. Auch der Charakter und die Identität der bisherigen Union werden sich wahrscheinlich verändern. Infolge dessen wird es schwerer werden, eine gemeinsame und ausgeprägte europäische Identität zu entwickeln. Vor diesem Hintergrund wird der Frage nachgegangen, warum es überhaupt so wichtig ist, eine gemeinsame europäische Identität zu haben (oder zu entwickeln), und darauf zu achten, dass die Erweiterung nicht Identitäten einbezieht, die zur Identität der bisherigen Union in zu großer Spannung stehen. Innerhalb der EU werden, so der Autor, beträchtliche finanzielle Mittel horizontal umverteilt (von reicheren in ärmere Staaten und Gebiete). Von allen Mitgliedern kann (auch militärische) Solidarität in Krisenfällen eingefordert werden, auch wenn diese Krise das eine oder andere Mitglied nicht wirklich berührt oder betrifft. Es wird argumentiert, dass ohne einen geistigen Überbau in Form einer ausgeprägten Identität die dafür benötigte Solidarität auf Dauer nicht zu erwarten ist. Denn es sind Solidarität, Zusammengehörigkeitsgefühl oder Wir-Gefühl notwendig, um weniger entwickelte Teile der EU auf längere Sicht und auf Kosten des eigenen Wohlstands finanziell zu unterstützen. Erfahrungen zeigen, dass derartige Solidarität auf Dauer oft schon innerhalb des eigenen Landes kaum aufgebracht werden kann. Im Falle der EU werden aber Solidarität, Zusammengehörigkeitsgefühl, Wir-Gefühl nicht nur für den sozioökonomischen Disparitätenausgleich bis aufs Äußerste gefordert. Sie müssen notfalls auch dazu reichen, Gebiete der EU mit militärischen Mitteln, d.h. unter Einsatz des eigenen Lebens oder des Lebens der eigenen Kinder zu verteidigen oder sich in entscheidenden Fragen überstimmen zu lassen. Es ist kaum vorstellbar, so die These, dass dies ohne Rückbezug auf eine starke europäische Identität möglich ist. (ICF2)

[19-L] Kadelbach, Stefan (Hrsg.):

Europäische Identität, (Schriften zur Europäischen Integration und Internationalen

Wirtschaftsordnung, Bd. 11), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2008, 67 S., ISBN: 978-3-8329-3533-7

INHALT: "Der vorliegende Band vereinigt die Beiträge zum sechsten Walter Hallstein-Kolloquium, das am 5. November 2006 an der Frankfurter Johann Wolfgang Goethe-Universität stattfand. Dieses Kolloquium, das alljährlich zu Ehren des vormaligen Mitglieds der Frankfurter Juristischen Fakultät, Rektors der Universität und ersten Präsidenten der Europäischen Kommission veranstaltet wird, stand unter dem Titel 'Die europäische Identität'. Ein Nachdenken über die nächstliegenden identitätsstiftenden Faktoren wie Familie, soziale, regionale und nationale Herkunft, Alter und Geschlecht scheinbar hinausweisende Identifikationsgröße wirft vielschichtige Fragen auf, die aus den Blickwinkeln so verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen wie der Sozialpsychologie sowie der Religions-, Geschichts- und anderer Kulturwissenschaften zu beantworten sind: Gibt es jenseits der Identifikation mit dem Geburts- oder Wohnort, der Heimatregion und dem Nationalstaat ein europäisches Zugehörigkeitsgefühl? Woher kommen die Anknüpfungspunkte dafür und auf welche Vorstellung von 'Europa' beziehen sie sich? Wer ist von dieser europäischen Identität umfasst und wer nicht? Lassen sich normativ Kriterien entwickeln, die über die künftige Mitgliedschaft in der Europäischen Union entscheiden? Lässt sich die Identitätsbildung durch Verfassungsgebung beeinflussen? Und ergeben sich sonst Konsequenzen für eine europäische Gesellschaftsordnung? Einige dieser Fragen wurden auf dem sechsten Walter Hallstein-Kolloquium beleuchtet. Aus sozialwissenschaftlicher Sicht beschäftigte sich in einem ersten allgemeinen Teil des Kolloquiums das Eingangsreferat kritisch mit Versuchen, die Wurzeln einer neuen europäischen Identität in gesellschaftlichen, kulturellen oder politischen Zusammenhängen aufzufinden und so die Europäische Union mit Zumutungen zu konfrontieren, denen sie nicht gewachsen sein kann (Prof. Dr. Maurizio Bach, Passau). Nur begrenzt Gnade fand auch die Idee eines 'Europa als Wirtschafts- und Sozialmodell', da die in den europäischen Staaten bestehenden Modelle recht verschieden sind und die Stärke Europas gerade darin besteht, aus der Vielfalt und aus dem Austausch der Ideen zu lernen (Dr. Joachim Zweynert, Hamburg). Andererseits lässt sich mit Blick auf die europäische Geschichte sagen, dass es Elemente gemeinsamer Zivilisation, gesellschaftlicher Verknüpfung und Öffentlichkeit, aber auch ein konstitutionelles Erbe gibt, die hinreichen, um auf europäischer Ebene für die Zwecke der gemeinsamen Politikgestaltung eine der nationalen komplementäre "Identität durch Verfassung" zu stiften (Prof. Dr. Wilfried Loth, Essen). Der zweite Teil des Symposiums befasste sich zu Ehren der diesjährigen Trägerin des Walter Hallstein-Preises mit einer Region Europas, den baltischen Staaten. Er wurde mit einer historischen Rekonstruktion der Kulturen der drei baltischen Staaten und deren Projektionen auf Europa eingeleitet (PD Dr. Ulrike von Hirschhausen, Hamburg). Für den krönenden Abschluss sorgte die Preisträgerin selbst, die aus ihrer doppelten Perspektive als Staatsoberhaupt und als Wissenschaftlerin in den baltischen Staaten im Kleinen das für Europa charakteristische Nebeneinander in Vielfalt gespiegelt sah, das sich im freiheitlichen Zusammenschluss der Europäischen Union fortentwickeln kann." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Maurizio Bach: Kollektive Identität in Europa. Kritische Anmerkung zu einem Mythos der Gegenwart (17-24); Joachim Zweynert: Europa als Wirtschafts- und Sozialmodell? (25-38); Wilfried Loth: Identität durch Verfassung? Der Verfassungsvertrag zwischen europäischer Identität und europäischem Bewusstsein (39-50); Ulrike v. Hirschhausen: Zwischen lokaler, nationaler und europäischer Identität: Die Vielfalt der Zugehörigkeit in den balti-

schen Ländern nach 1990 (51-60); Vaira Vike-Freiberga: Der Wert der Vielfalt. Die baltischen Staaten und ihre europäische Erfahrung (61-66).

[20-L] Kahanec, Martin; Zaiceva, Anzelika:

Labor market outcomes of immigrants and non-citizens in the EU: an east-west comparison, (Discussion Paper / Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit GmbH, No. 3420), Bonn 2008, 22 S. (Graue Literatur; ftp.iza.org/dp3420.pdf)

INHALT: "The starkly different histories and institutions in the eastern and western member states of the European Union (EU) suggest different roles of being non-native in these two regions. In this paper we study the roles of foreign origin and citizenship in the comparative East-West perspective. Our results indicate that while it is immigrant status that is of key importance in the western EU member states, both immigrant status and citizenship matter in the eastern EU member states, their roles depending on gender. We find some evidence that it is the Russian ethnic minority in Estonia and Latvia that drives the relationships between being non-citizen and labor market outcomes that we find in the eastern EU member states." (author's abstract)

[21-L] Kancs, d'Artis; Kielyte, Julda:

Does talent migration increase the gap between East and West?, (Working Paper Series of the Research Network 1989, 8), Berlin 2008, 19 S. (Graue Literatur; nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-16427)

INHALT: In den letzten Jahren hat die Anzahl von fachlich hoch qualifizierten Migranten weltweit stark zugenommen, wie verschiedene empirische Studien belegen. Die Wanderungen erfolgen dabei überwiegend von Ost nach West, obwohl gleichzeitig Rückwanderungen in die rasch wachsenden osteuropäischen Ökonomien zunehmen. Unter der Annahme, dass das Humankapital eine wichtige Determinante für das Wirtschaftswachstum darstellt, könnte die Migration von hoch qualifizierten und begabten Personen die Entwicklungskluft zwischen Ost und West vergrößern. In der vorliegenden Studie wird diese Annahme empirisch überprüft und der Frage nachgegangen, ob und inwiefern die Migration von hoch Qualifizierten das Wirtschaftswachstum in den osteuropäischen Entsendestaaten auf kurz- und langfristiger Ebene beeinträchtigt. Theoretische Grundlage bildet das Konzept des "innovativen Kapitals" von D. Kancs und P. Ciaian aus deren Veröffentlichung: "Blue Cards, Blue Prospects?" in den International Migration Papers No. 91 (2008). (ICI)

[22-L] Kempe, Iris:

Die Ukraine als Testfall für die Europäische Nachbarschaftspolitik, in: Martin Große Hüttmann, Matthias Chardon, Siegfried Frech (Hrsg.): Das neue Europa, Schwalbach: Wochenschau Verl., 2008, S. 94-115, ISBN: 978-3-89974-355-5 (Standort: UB Bielefeld(361)-IE960/N4E8)

INHALT: "Die 'Orangene Revolution' in der Ukraine offenbarte eine bis dahin unbekannte Dynamik demokratischer Mitgestaltung und zivilgesellschaftlicher Aktivitäten. Viktor Juschtschenkos Wahlsieg kam einem Signal für einen demokratischen Umbruch in Osteuropa

gleich. War die Ukraine im Zuge des Transformationsprozesses über ein Jahrzehnt gezwungen, zweigleisig zu fahren und eine stete Balance zwischen der Europäischen Union (EU) und Russland zu wahren, erschien nach dem Wahlsieg von Viktor Juschtschenko ein Beitritt zur EU zunächst als logische Konsequenz. Nach nur zwei Jahren hat sich die Lage erneut geändert. Die Ukraine hat sich von westlichen Standards entfernt, die europäischen Aspirationen sind deutlich schwächer geworden und ein klarer Reformkurs ist nur schwer zu erkennen. Iris Kempe analysiert in ihrem Beitrag die verschiedenen Transformationswellen und bilanziert die ökonomischen Instabilitäten sowie die innen- und außenpolitischen Reformhindernisse. Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) - entstanden aus dem Handlungsdruck, den Anrainerstaaten der EU eine Alternative zum Beitritt zu eröffnen -, deren Tauglichkeit, Flexibilität und Attraktivität für die osteuropäischen Nachbarn wird am Beispiel der Ukraine einer kritischen Prüfung unterzogen. Das Fallbeispiel zeigt, dass die schwierige Aufgabe der EU nach wie vor darin besteht, der Ukraine eine unabhängige Politik und eine Annäherung an Europa zu ermöglichen, ohne dass darüber die ökonomischen und politischen Verbindungen zu Russland in Frage gestellt werden." (Autorenreferat)

[23-L] König, Helmut; Schmidt, Julia; Sicking, Manfred (Hrsg.):

Europas Gedächtnis: das neue Europa zwischen nationalen Erinnerungen und gemeinsamer Identität, (Europäische Horizonte, Bd. 3), Bielefeld: transcript Verl. 2008, 169 S., ISBN: 978-3-89942-723-3 (Standort: UB Siegen(467)-31PEN11876)

INHALT: "Die Gründungsverträge der Europäischen Gemeinschaft wurden am 25. März 1957 in Rom von Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland, Italien, Belgien, den Niederlanden und Luxemburg unterzeichnet. Zwischenzeitlich ist aus dem Europa der sechs ein Zusammenschluss von nunmehr 27 Staaten geworden. Von der Vision der europäischen Einigung geleitet, wonach Krieg in Europa nur durch friedlichen Zusammenschluss der Völker zu verhindern ist, hat sich in einem langen Integrations- und Vertiefungsprozess die Europäische Union entwickelt. Fünf Jahrzehnte nach der Gründung des institutionell verfassten gemeinsamen Europa muss die Frage diskutiert werden, ob die Gemeinschaft auch eine von den Menschen getragene Identität besitzt. Elementarer Bestandteil jeder Identität ist das Bewusstsein eines gemeinsamen Gedächtnisses. Gibt es dies in Europa überhaupt? Was wird erinnert? Nur das halbe Jahrhundert seit den Römischen Verträgen? Oder existiert ein tiefer reichendes historisches Erinnern der Europäer jenseits des jeweiligen nationalen Gedächtnisses?" (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Helmut König: Statt einer Einleitung: Europas Gedächtnis. Sondierungen in einem unübersichtlichen Gelände (9-37); Anthony Giddens: Acht Thesen zur Zukunft Europas (39-69); Norbert Frei: Deutschlands Vergangenheit und Europas Gedächtnis (71-84); Etienne Francois: Auf der Suche nach den europäischen Erinnerungsorten (85-103); Adolf Muschg: Europa - Identität und Andenken (105-120); Hans-Ulrich Wehler: Grenzen und Identität Europas bis zum 21. Jahrhundert (121-132); Bronislaw Geremek: Ost und West: geteilte europäische Erinnerung (133-146); Karl Schlögel: Europa neu vermessen: die Rückkehr des Ostens in den europäischen Horizont (147-167).

[24-L] Krastev, Ivan:

European Union and the Balkans: enlargement or empire?, in: Jahnna Deimel, Wim van Meurs (Hrsg.): *The Balkan prism : a retrospective by policy-makers and analysts*, Offenbach am Main: Sagner, 2007, S. 93-100, ISBN: 978-3-86688-000-9 (Standort: Martin-Opitz-B. Herne(364)-2008/0826)

INHALT: Der Beitrag rekonstruiert, dass und wie die südosteuropäische Politik der EU in den letzten 15 Jahren zwischen Erweiterung, guter Nachbarschaft und Großraumansprüchen (Empire) schwankt. Die Probleme auf dem Balkan waren und sind für die EU jedoch eher ein "Nebenkriegsschauplatz", da die internen Fragen der Finanzallokation, der Verfassung, der Akzeptanz durch die Bevölkerungen und die mangelnde Bereitschaft für weitere Erweiterungen die Aufmerksamkeit beanspruchen. Entgegen diesen Schwerpunktsetzungen sieht der Autor in der "Balkanfrage" einen Härtestest für die Glaubwürdigkeit und Leistungsfähigkeit der EU. Gerade bei den Ländern Südosteuropas kann und sollte die EU ihr transformatorisches Potenzial zeigen, anstatt den neu entstanden "Flickenteppich" von Kleinstaaten sich selbst zu überlassen. Der Autor resümiert: Die EU wird das Scheitern einer einheitlichen Verfassung überleben, nicht jedoch eine neues Srebrenica. (ICA)

[25-L] Krienke, Markus; Belafi, Matthias (Hrsg.):

Identitäten in Europa - europäische Identität, (Sozialwissenschaft), Wiesbaden: Dt. Univ.-Verl. 2007, VII, 391 S., ISBN: 978-3-8350-6050-0 (Standort: UB Bonn(5)-2008/6492)

INHALT: "Zu den vornehmsten Zielen des Deutsch-Italienischen Zentrums Villa Vigoni gehört die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Um diesem Ziel näher zu kommen, organisiert die Villa Vigoni seit einigen Jahren 'Europäische Doktorandenkolloquien'. Dank der finanziellen Unterstützung durch private oder öffentliche Geldgeber wie die Gerda Henkel-Stiftung oder die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat sich die Reihe der 'Europäischen Doktorandenkolloquien' als fester Bestandteil des Programms der Villa Vigoni einen Namen gemacht. Daher freut es uns besonders, dass zwei junge Wissenschaftler, Markus Krienke und Matthias Belafi, die an einem solchen Villa Vigoni-Kolloquium teilgenommen haben, dessen Ergebnisse nun als Buch vorlegen und damit einen wichtigen Mauerstein zum gemeinsamen 'Haus Europa' setzen. Denn darin sehen wir ein Hauptanliegen der Förderung, die wir vermitteln: Wir wollen eine Infrastruktur bereitstellen, die das wissenschaftliche Gespräch exzellenter junger Leute auf europäischer Ebene ermöglicht. So entspricht es der aktuellen europapolitischen Forderung, Europa müsse als 'Wissensraum' zusammenwachsen und sich als 'Wissenschaftsraum' stärker profilieren. Zugleich lebt unsere Initiative aber von dem Bewusstsein, dass dieser Wissensraum nicht erst erfunden, sondern permanent ausgebaut, vertieft und kritisch reflektiert werden muss. Schließlich ist er so alt wie Europa selbst, das niemals nur Feld politischer Aktionen, Kriegsschauplatz oder Rechtsraum war, sondern immer auch ein ideeller Ort der Freude am Denken und am Austausch von Wissen. 'Geist begeistert', lautet ein Motto im Jahr der Geisteswissenschaften, welches das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), das auf Seiten der Bundesrepublik für das Deutsch-Italienische Zentrum Villa Vigoni zuständig ist, 2007 ausrichtet. Das zeitliche Zusammentreffen dieser Initiative mit der Veröffentlichung der Beiträge des 'Europäischen Doktorandenkolloquiums' der Villa Vigoni war zwar nicht geplant, ist aber doch auch mehr als ein schöner Zufall. Es ist das Ergebnis eines gemeinsamen Enthusiasmus für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Traditionen, Kulturen und Wissensbeständen, die unser Denken, Handeln und Zusam-

menleben prägen. Sie sind Gegenstand des 'Europäischen Doktorandenkolloquiums', das traditionell 'europäische Identität' und 'Identitäten in Europa' thematisiert. Natürlich ist uns klar, dass der Begriff der 'Identität' seine Tücken hat. Benutzt man ihn jedoch kritisch, erweist er sich als durchaus brauchbares Vehikel, um nach den Praktiken und Konzepten zu fragen, mit denen sich einzelne und Gruppen in ihrer Besonderheit konstituieren und legitimieren. Dazu gehören Narrative von der gemeinsamen Vergangenheit ebenso wie Entwürfe für eine gemeinsame Zukunft. Insofern versteht sich die Rede von der 'europäischen Identität' auch nicht als exklusiver Normkatalog von Eigenschaften und Errungenschaften, sondern als Möglichkeit der Reflexion über das eigene Selbstverständnis und die eigenen Lebensbedingungen. Im Idealfall eines europäischen Gesprächs wird man sich auf friedliche, kollegiale Weise befragen und auch in Frage stellen lassen. Das gilt für die nationalen Wissenschaftskulturen ebenso wie für das europäische Selbstverständnis. Denn wenn auch gewiss zutrifft, was der Potsdamer Historiker Martin Sabrow schiebt, dass sich 'die historische Europäisierung als ein Entwicklungstrend von paradigmatischer Kraft' erweist, so sind Beharrungsvermögen und Plausibilität der nationalen oder regionalen Perspektiven nicht einfach leichthändig beiseite zu schieben. Es gilt denn auch weniger, die eine Perspektive zugunsten der anderen zu 'überwinden', als sie miteinander vertraut zu machen." (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: Carsten Kretschmann und Christiane Liermann: Identitäten in Europa - Europäische Identität: Anmerkungen zu einem kontroversen Begriff (9-16); Markus Krienke: Der Rechtsbegriff als Kategorie europäischer Identität (17-46); Matthias Belafi: Die christliche Identität Europas - Die Anerkennung einer Tatsache und ihr Nutzen für die Gesellschaft (47-76); Lazaros Miliopoulos: Die Frage der atlantischen Dimension politischer Identität Europas (77-102); J. Erika von Rautenfeld: Den neuen Europäer bilden - EU-Identitätspolitik an Universitäten (103-126); Stefan Raueiser: Europäische Identitäten - cusanische Perspektiven (127-148); Reiner Marowitz: Europäisierung Westdeutschlands? - Europabewusstsein und Europadebatte in der Bundesrepublik Deutschland 1945/49-1970 (149-166); Marie-Emmanuelle Reytier: Katholikentage als Instrumente der Identitätsbildung der deutschen Katholiken 1848-2004 (167-188); Heléna Tóth: "Keine bloßen Memoiren" - Ludwig Simon im Exil (189-208); Eva Oberloskamp: Geschichtsbild und Identität - Die historische Einordnung der Sowjetunion durch deutsche und französische Linksintellektuelle (1917-1939) (209-230); Márta Fazekas: Einige Überlegungen zum Zusammenhang zwischen der ungarischen Identität und Autonomiekonzeptionen im geographischen Raum "Karpatenbecken" (231-248); Bernd Söseman: Transnationale Kommunikation als Faktor eines differenzierten Integrationsprozesses in der Europäischen Union - Überlegungen zur Öffentlichkeit und europäischen Identität, zum "Eigensinn" der politischen Kulturen und zur Selbstmarginalisierung Europas (249-276); Ute Pannen: Dem deutschen Volke - Der Bevölkerung. Hans Haackes Reichstagsprojekt und das deutsche Selbstbild (277-302); Valerie Popp: Amerika in der Literatur deutschsprachiger Exilierter in den USA im Spannungsfeld von nationaler Identität und Alterität (303-324); Leonhard Herrmann: Europa, die Deutschen und ihre Klassiker - Zum Verhältnis von nationaler und europäischer Identität in der deutschen Literaturgeschichtsschreibung (335-346); Irene Vogt: Babylon neu entdecken - Ein Versuch zur Bestimmung der Rolle der Sprache(n) im europäischen Identitätsdiskurs und daraus resultierende Konsequenzen für den wissenschaftlichen Kommunikationsraum (347-366); Cornelia Bruell: EU à venir - Die Europäische Identität aus poststrukturalistischer Perspektive (367-388).

[26-L] Kubicek, Paul:

The European Union and democratization in Ukraine, in: Paul D'Anieri, Taras Kuzio (Eds.): *Democratization and elections in post-communist Ukraine*, Stuttgart: Ibidem-Verl., 2007, S. 199-231, ISBN: 978-3-89821-698-2 (Standort: UB Bonn(5)-2008/4206 (1))

INHALT: "The European Union (EU) has encouraged democratic development in a number of post-communist states. This article examines the extent of EU involvement in Ukraine and its results. It notes that there has been a substantial disconnect between the rhetoric of Ukraine's 'European Choice' and authoritarian trends in the country. Ukraine signed a series of agreements with the EU, but membership in the organization was never offered. The EU's interest in Ukraine, however, was rather meager and it never gained means to have much leverage. As authoritarianism became more pronounced, the EU began to disengage from the country. The article argues that part of the problem was that the EU never applied political conditionality to Ukraine as it had with other states. The 'Orange Revolution' opens up new possibilities and challenges, and the EU now must come to grips with a more democratically and Western-oriented leadership." (author's abstract)

[27-L] Lang, Kai-Olaf:

Die Länder Ostmitteleuropas: zwischen Beitrittskrise und Mitgliedschaftsbegeisterung, in: Martin Große Hüttmann, Matthias Chardon, Siegfried Frech (Hrsg.): *Das neue Europa*, Schwalbach: Wochenschau Verl., 2008, S. 17-45, ISBN: 978-3-89974-355-5 (Standort: UB Bielefeld(361)-IE960/N4E8)

INHALT: "Nach dem Beitritt der Länder Ostmitteleuropas zur Europäischen Union (EU), der als historischer Meilenstein gefeiert wurde, macht sich allenthalben Ernüchterung breit. Die 'alten' EU-Länder zweifeln die 'Absorptionsfähigkeit' einer größeren EU an und monieren den Umstand, dass die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union der Erweiterungsdynamik untergeordnet wird. Die neuen Mitgliedsländer hingegen befinden sich in einer Nachbeitrittskrise, die trotz der grundsätzlichen Bejahung der Mitgliedschaft eine gewisse Orientierungslosigkeit offenbart. Kai-Olaf Lang geht in seinem Beitrag mehreren Fragen nach: Wo stehen die Länder Ostmitteleuropas, die im Frühjahr 2004 der EU beitraten, heute? Welche Erfahrungen machte die EU bislang mit ihnen? Wie homogen ist die Gruppe der vom Baltikum bis an die Adria reichenden Neumitglieder aus Ostmitteleuropa eigentlich? Wie partikularistisch sind sie, und inwieweit sind sie in der Lage, konstruktive Beiträge für die Stärkung der europäischen Integration zu erbringen? Ungeachtet aller Ausdifferenzierung zeigt sich drei Jahre nach der Erweiterungsrunde, dass in den ostmitteleuropäischen Beitrittsländern eine wachsende Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft zu verzeichnen ist. Die Neankömmlinge in der EU betonen allesamt, wie wichtig für sie das Prinzip der europäischen Solidarität ist und mahnen gleichzeitig mit Blick z.B. auf die Energie- und Außenpolitik mehr 'Gemeinsames' an." (Autorenreferat)

[28-L] Lippert, Barbara:

Perspektiven der EU-Nachbarschaftspolitik und neue Ideen, in: Martin Große Hüttmann, Matthias Chardon, Siegfried Frech (Hrsg.): *Das neue Europa*, Schwalbach: Wochenschau Verl., 2008, S. 116-140, ISBN: 978-3-89974-355-5 (Standort: UB Bielefeld(361)-IE960/N4E8)

INHALT: "Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) der EU ist eine äußerst komplexe Politik, die konzeptionell und in ihrer institutionellen Ausprägung noch nicht abgeschlossen ist. Die Europäische Nachbarschaftspolitik resultiert zunächst aus dem Interesse der Europäischen Union (EU) an einer Stabilisierung ihres Nachbarschaftsraumes. Zugleich ist sie als Alternative zum Beitritt in die EU gedacht und verfolgt bislang über bilaterale Ansätze, die mit Anreizen für eine regionale Kooperation verbunden sind, die schrittweise Beteiligung der Nachbarn am Binnenmarkt der EU. Will man einen 'Raum des Wohlstands und der guten Nachbarschaft' schaffen, kommt zudem der Förderung von Demokratie, Good Governance, der Armutsbekämpfung und der Konfliktprävention ein hoher Stellenwert zu. Die Europäische Nachbarschaftspolitik liegt somit im Schnittpunkt von Außen- und Sicherheitspolitik, Erweiterungs- und Entwicklungspolitik. Gerade diese unterschiedlichen Perspektiven, die in die Konzeption der Europäischen Nachbarschaftspolitik eingeflossen sind, liefern Ideen zu deren Fortentwicklung. Ambivalenzen in der Zielsetzung - so das Resümee von Barbara Lippert - werden auch weiterhin bestehen bleiben. Der Erfolg wird mithin vom politischen, wirtschaftlichen und auch finanziellen Engagement der EU abhängen. Die wirtschaftliche Entwicklung und politische Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft, die Effektivität einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und nicht zuletzt die Beseitigung von Reformhindernissen in den ENP-Ländern sind weitere Faktoren, die den Erfolg der Europäischen Nachbarschaftspolitik bestimmen werden." (Autorenreferat)

[29-L] Marchetti, Andreas:

Eine neuerliche EU-Erweiterungsrunde?: deutsche und polnische Standpunkte zur Frage eines EU-Beitritts der Ukraine und der Türkei, in: Thomas Jäger, Daria W. Dylla (Hrsg.): Deutschland und Polen : die europäische und internationale Politik, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2008, S. 137-159, ISBN: 978-3-531-15933-1 (Standort: UB Bonn(5)-2008/4092)

INHALT: Der Autor untersucht in seinem Beitrag die Gründe für die Diskrepanz zwischen Polen und Deutschland hinsichtlich eines EU-Beitritts der Ukraine und der Türkei. Ausgehend von einer empirisch nachweisbaren Korrelation von Dauer der EWG/EG/EU-Mitgliedschaft und erhöhter Erweiterungsmüdigkeit einerseits sowie von Zahlungsbilanz und Einstellung zur Perspektive künftiger Erweiterungen andererseits beleuchtet er zunächst den Stellenwert der EU innerhalb Deutschlands und Polens. Er geht davon aus, dass die Sozialisierung innerhalb der europäischen Konstruktion, ebenso wie die zu erwartenden ökonomischen Implikationen, entscheidende Faktoren in der Beurteilung weiterer Erweiterungen darstellen. In einem zweiten Schritt untersucht er das deutsche und polnische Verhältnis zu den Beitrittskandidaten Ukraine und Türkei und zeigt anhand der außenpolitischen Positionierungen beider Staaten, dass eine prinzipiell höhere Erweiterungsbereitschaft nicht mit der gleichmäßigen Unterstützung aller Kandidaten einhergeht. Vielmehr ist eine deutliche Differenzierung je nach potentielltem Kandidat und in Bezug auf wirtschaftliche, strategische oder sicherheitspolitische Gesichtspunkte festzustellen. (ICI2)

[30-L] Moses, Arkadij:

Priorität gesucht: die EU, Rußland und ihre Nachbarn, in: Osteuropa : interdisziplinäre Monatszeitschrift zur Analyse von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Zeitgeschichte in Osteuropa, Ostmitteleuropa und Südosteuropa, Jg. 57/2007, H. 2/3, S. 21-33 (Standort: USB Köln(38)-M-AP04813; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die EU unterhält eine strategische Partnerschaft mit Russland und will mit den Nachbarstaaten im Osten privilegierte Beziehungen unterhalten. Zunehmend kollidieren die Interessen Russlands und der EU im Nachbarschaftsraum. Moskau wertet die Nachbarschaftspolitik als Versuch, Russland aus der Region zu drängen, und reagiert allergisch auf Demokratisierung. Doch wäre es falsch, wenn die EU ihr Engagement in diesem Raum verringert. Brüssel muss bereit sein, mehr Verantwortung zu übernehmen. Priorität sollten Demokratie und Marktwirtschaft, nicht aber eine geopolitische Umorientierung der Region haben. So könnten die Nachbarländer ihre Verbindungen mit Russland aufrechterhalten. Und Russland könnte der EU nicht länger unterstellen, eine Politik nach den Regeln des Nullsummenspiels zu betreiben." (Autorenreferat)

[31-L] Mungiu-Pippidi, Alina:

The EU as a transformation agent: lessons learned from governance reforms in East Central Europe, (Hertie School of Governance - working papers, No. 33), Berlin 2008, 26 S. (Graue Literatur; www.hertie-school.org/binaries/addon/584_hso_g_wp_no._33.pdf)

INHALT: "The paper analyzes the transformative impact of the European Union (EU) on good governance in East European new member countries. It argues that, since the transformation of these societies is still not fully accomplished and unfolds in parallel to their Europeanization the need emerges to bridge between broader political change theory and Europeanization theory. Quantitative assessments based on governance indicators produced by Freedom House and World Bank show rather modest improvements and often stagnation in the quality of governance over accession years. The illustrative examples ranging from ethnic power-sharing to anticorruption indicate that developments are missing when incentives for strategic actors are lacking. The article finds some evidence of backsliding after accession in some areas and countries. While enlargement remains a powerful incentive motivating change, the article argues that the companion of this political process, assistance policy, needs revisiting and adjustment with a view to further enlargements." (author's abstract)

[32-L] Riedel, Sabine:

Osteuropa und die EU-Integration, in: Iskra Schwarcz, Arnold Suppan (Hrsg.): Quo vadis EU? : Osteuropa und die EU-Erweiterung, Münster: Lit Verl., 2008, S. 25-40, ISBN: 978-3-8258-1240-9 (Standort: LB Speyer (107)-1084267)

INHALT: Die Verfasserin argumentiert, dass der Prozess der europäischen Integration offensichtlich an einem Punkt angekommen ist, an dem sich letztlich doch die Frage nach der Finalität stellt. Ohne ein klar formuliertes Ziel zur Reform der Europäischen Institutionen lassen sich zukünftig immer weniger Bürger vom Projekt der Europäischen Integration überzeugen. Strittig ist nicht nur die Neuverteilung der Kompetenzen innerhalb eines veränderten politischen Systems. Überdacht werden müssten ebenso die zukünftigen Außengrenzen der EU und da-

mit die grundsätzliche Frage, ob die beiden Prozesse der Integration und der Erweiterung weiterhin so erfolgreich parallel laufen werden wie bisher. Wissenschaftler haben bereits mögliche Szenarien entworfen und festgestellt, dass der Erweiterungsprozess durchaus auch zum Stillstand der Integration führen oder gar eine Desintegration der EU nach sich ziehen könnte. Legt man diesen theoretischen Rahmen zugrunde, wird der Lissabon-Vertrag zwar nicht als Meilenstein in die Geschichte der Europäischen Integration eingehen, aber als ein Zeichen der Konsolidierung der EU nach der Osterweiterung zu bewerten sein. (ICF2)

[33-L] Roth, Klaus (Hrsg.):

Europäisierung von unten?: Beobachtungen zur EU-Integration Südosteuropas, (forost Arbeitspapier, Nr. 44), (Tagung "'Europäisierung von unten' - das 'Projekt Europa' in seiner Geschichte, Wahrnehmung und Wirkung im östlichen Europa", 2007, Marburg), München 2008, 144 S., ISBN: 978-3-9810703-8-5 (Graue Literatur; www.forost.lmu.de/fo_library/forost_Arbeitspapier_44.pdf)

INHALT: Inhaltsverzeichnis: Klaus Roth: Europäisierung von unten? Das 'Projekt Europa' in seiner Wahrnehmung und Wirkung in Südosteuropa (5-10); Katerina Gehl, Petar Petrov: "Europa" als fremde Kultur. Bulgarische Europäisierungsdiskurse im 19. und frühen 20. Jahrhundert (11-26); Jutta Lauth Bacas: Nationale Identität und Wahrnehmung von Europa in Griechenland: Ansichten aus einem "alten" südosteuropäischen Mitgliedsland (27-42); Tanya Chavdarova: Die bulgarische EU-Integration: eine Chance für die Jugend? (43-68); Ivanka Petrova: Kleinunternehmer in Bulgarien im Prozess des EU-Beitritts: Erwartungen und Erfahrungen (69-82); Milena Benovska-Sabkova: Property relations and market agriculture in Bulgaria in its accession to the European Union (83-96); Cerasela Voiculescu: Confronting expert knowledge and local experience: peasants and farm directors facing EU regulations (97-114); Radost Ivanova: Für 20 Leva und eine Flasche Schnaps: der Schnaps im Leben des bulgarischen Dorfes (115-124); Cosmin-Gabriel Radu: Progressing cross-border securitisation: managing individuals, business and the state at the Romanian-Serbian border in the post-accession period (125-144).

[34-L] Samardzija, Visnja:

Southeastern Europe in an enlarged Europe, in: Jahna Deimel, Wim van Meurs (Hrsg.): *The Balkan prism : a retrospective by policy-makers and analysts*, Offenbach am Main: Sagner, 2007, S. 199-213, ISBN: 978-3-86688-000-9 (Standort: Martin-Opitz-B. Herne(364)-2008/0826)

INHALT: Der Beitrag analysiert den von der EU implementierten Stabilitätspakt für die Länder Südosteuropas hinsichtlich der Konsequenzen für die regionale Kooperation und für die mittel- und langfristige Integration des "Sorgenkinds" Balkan in die europäische Wertegemeinschaft. Die Autorin verweist hier auf die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit, zwischen programmatischen Absichtserklärungen und dem realistisch Machbaren. Dies wird am Beispiel einiger Politikfelder demonstriert, in denen ein bilateraler Integrationsprozess auf EU-Ebene und die Erfordernisse einer multilateralen regionalen Kooperation kollidieren. Die Liberalisierung des Handels, die Öffnung der Märkte und die Einbindung der Regionen in den internen Energiemarkt der EU stoßen schnell an die Grenzen der südosteuropäischen Länder. Eine "verordnete regionale Kooperation" vermag die durch die Bürgerkriege bedingten tiefen Gräben nicht von heute auf morgen überwinden. (ICA)

[35-L] Schwarcz, Iskra; Suppan, Arnold (Hrsg.):

Quo vadis EU?: Osteuropa und die EU-Erweiterung, (Europa Orientalis, Bd. 5), Hamburg: Lit Verl. 2008, 540 S., ISBN: 978-3-8258-1240-9 (Standort: LB Speyer (107)-1084267)

INHALT: "Der hier vorliegende Sammelband entstand aus der Ringvorlesung 'Quo vadis EU? Osteuropa und die EU-Erweiterung', die im Wintersemester 2006/07 im Institut für Osteuropäische Geschichte der Universität Wien durchgeführt wurde. Die Themen sind fächerübergreifend und umfassen Geschichte, Politikwissenschaft, Recht, Wirtschaft, Public Relations; die Europäische Union als Integrations- und Stabilisierungsfaktor; nationale, regionale und europäische Identität; europäische Integration und die kulturelle Vielfalt; kollektives Gedächtnis und Bewältigung der Vergangenheit; Chancen und Probleme der Erweiterung, die EU-Erweiterung und die neuen Nachbarländer; die EU und die Gleichstellungspolitik in den osteuropäischen EU-Ländern; die EU-Erweiterung im Spiegelbild der Presse." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Iskra Schwarcz, Arnold Suppan: Vorwort (9-16); Erhard Busek: Europa am Scheideweg (17-24); Sabine Riedel: Osteuropa und die EU-Integration (25-40); Peter Jordan: EU- Erweiterung und europäische Identität (41-56); Karl Peter Schwarz: Das subversive Gedächtnis - Anmerkungen zur Geschichtspolitik in den neuen EU-Mitgliedsstaaten (57-72); Alexander Siedschlag, Anja Oplitz: Die Sicherheitspolitik der EU und ihre 'Osterweiterung' (73-90); Iskra Schwarcz: Gleichstellung von Frauen und Männern in einer erweiterten Europäischen Union (91-116); Roland Burkart: Osteuropa und die EU-Integration: Einige Gedanken aus der Perspektive des Image-Managements (117-130); Roland Burkart, Lieselotte Stalzer: Das Image der Kommunikationsberufe in Ost(mittel)europa aus der Sicht österreichischer Studierender (131-144); Jana Starek: Die Tschechische Republik zwischen nationaler Identität und europäischer Integration (145-178); Silvia Miháliková: Slovakia in the European Union - Problems, Expectations (179-196); Andreas Oplatka, Ungarn und EU (197-206); Georg Kastner: Die jüngere Geschichte Ungarns und ihre Wirkung auf die ungarische Politik rund um den EU-Beitritt oder 'Ungarn ist anders' (207-222); Attila Pók: East and West as Historical-Political Concepts in Late and Post Communist Hungary (1968-2006) (223-236); Christoph Augustynowicz: Quo vadis, Polonia? - Eine Annäherung an die europäische Integration Polens in drei Schritten (237-250); Klaus Bachmann: Polens langer Weg nach Westen - Historische Konfliktlinien, Parteiensystem und europäische Integration nach 1989 (251-266); Michael Metzeltin: Der nationalstaatliche Diskurs und die Entstehung des rumänischen Nationalstaates (267-294); Andrei Corbea Hoisie: Rumäniens Beitritt zur NATO und EU (295-308); Peter Bachmaier: Die Bildungspolitik Bulgariens vom Staatssozialismus zum neoliberalen Modell (309-254); Dobrin Kanev: Bulgarien und die EU-Erweiterung (325-352); Petra Ziegler: Gleichstellung von Frauen und Männern in Slowenien und die Auswirkungen des EU-Beitritts (353-374); Alojz Ivanisevic: Eine Reflexion zur Geschichte Kroatiens und dessen Stellung in Europa heute (375-396); Florian Bieber: Europa-Vorstellungen in einem gespaltenen Serbien (397-412); Armina Galijas: Bosnien-Herzegowina - 'Lost in Transition' (413-434); Oliver Jens Schmitt: Albanien - zwischen Staatszerfall und hürdenreicher Annäherung an die Europäische Union (435-446); Konrad Clewing: Albanische Fragen, europäische Antworten: Makedonien und Kosovo als Prüfsteine für die EU als internationaler Akteur (447-478); Tatiana Zhurhenko: Die Ukraine auf dem Weg nach Europa - Traumziel "Mitgliedschaft", Endstation "Nachbarschaft"? (479-498); Martin Malek: Belarus - ein autoritärer Nachbar der EU (499-518); Martin Malek: Moldova - ein zerrissener Staat (519-534).

[36-L] Siedschlag, Alexander; Opitz, Anja:

Die Sicherheitspolitik der Europäischen Union und ihre "Osterweiterung", in: Iskra Schwarcz, Arnold Suppan (Hrsg.): Quo vadis EU? : Osteuropa und die EU-Erweiterung, Münster: Lit Verl., 2008, S. 73-89, ISBN: 978-3-8258-1240-9 (Standort: LB Speyer (107)-1084267)

INHALT: Die Realität, mit der sich die EU derzeit konfrontiert sieht, ist, so die Verfasser, dass sie mehr Verantwortung nicht nur für die eigene Sicherheit übernehmen, sondern auch weiter an der Schaffung eines Stabilitätsraums für ihre Nachbarregionen arbeiten muss. Für die effektive und erfolgreiche Zusammenarbeit in der ESVP und im Gesamtsystem der EU-Sicherheitspolitik ist es entscheidend, trotz der Heterogenität zwischen den Mitgliedstaaten Handlungsblockaden zu verhindern und Gefahren für die Kohärenz im sicherheitspolitischen Außenhandeln zu minimieren. Somit ist die Sorge um den Verlust dieser Kohärenz ein Faktor, der bei Fragen der Erweiterungsfähigkeit der Union eine wichtige Rolle spielt. Nicht wenige EU-Mitgliedstaaten sehen überdies die Gefahr, dass Neumitglieder die ESVP eher zur Unterbringung nationaler Eigeninteressen nutzen als sich nachhaltig an der Weiterentwicklung der zivilen und militärischen Fähigkeiten zu beteiligen. Die EU ist, so die These, letztlich eine Sicherheitsgemeinschaft, die durch die Gewährleistung des demokratischen Friedens Stabilität schaffen will. Nicht zuletzt aus diesem Grund gilt die Beitrittsperspektive als starker Anreiz für innenpolitische Reformprozesse in den jeweiligen Ländern. Gerade aber, wenn man die Sicherheitspolitik der EU als ein Projekt friedenspolitischer Gemeinschaftsbildung auffasst, wird man die Frage ernster nehmen müssen, ob die Union nicht dabei ist, die kulturellen Grenzen ihrer Erweiterungsfähigkeit zu überdehnen. Die Multidimensionalität der EU-Sicherheitspolitik führt die Analyse bis auf weiteres in ein Dilemma: Während im engeren Sinn sicherheitspolitisch gesehen ein großer Erweiterungsbogen einschließlich der Türkei empfehlenswert erscheint, ist die Union aus der weiteren Perspektive des politischen, ökonomischen und sozialen Systems einer Friedensgemeinschaft bereits mit ihrer bisherigen Osterweiterung eher zu weit oder jedenfalls zu schnell gegangen. (ICF2)

[37-L] Sumylo, Ol'ga:

Draußen vor der Tür: die ENP aus Sicht der Ukraine, in: Osteuropa : interdisziplinäre Monatszeitschrift zur Analyse von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Zeitgeschichte in Osteuropa, Ostmitteleuropa und Südosteuropa, Jg. 57/2007, H. 2/3, S. 173-184 (Standort: USB Köln(38)-M-AP04813; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Denjenigen Ukrainern, die ihr Land gerne in der EU sähen, gilt die Europäische Nachbarschaftspolitik als schlechter Ersatz. Auch Hoffnungen, die ENP werde Demokratisierung und Wirtschaftsreformen fördern, haben sich nicht erfüllt. Die Pläne der EU zur ENP-Reform geben aber diesen Hoffnungen neue Nahrung. Trotz mancher Defizite enthält das neue Konzept einige Punkte, die - sollten sie in die Tat umgesetzt werden - für die Ukraine eine stärkere Integration in die EU jenseits der Vollmitgliedschaft bedeuten könnten. Eine deutlichere Prioritätensetzung, klarere Anreize, mehr technische und finanzielle Unterstützung durch die EU und vor allem ein Ausbau der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen durch einen 'vertieften' Freihandel wären die beste Gewähr für einen Wirtschaftsaufschwung und eine Verankerung der Ukraine in Europa." (Autorenreferat)

[38-L] Vetter, Reinhold:

Wer sind die wahren Europäer?: Ostmitteleuropa angesichts der EU-Krise, in: Osteuropa : interdisziplinäre Monatszeitschrift zur Analyse von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Zeitgeschichte in Osteuropa, Ostmitteleuropa und Südosteuropa, Jg. 55/2005, H. 7, S. 103-116 (Standort: USB Köln(38)-M-AP04813; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Das drohende Scheitern der Ratifizierung des EU-Verfassungsvertrages und die tiefe Krise der Europäischen Union bedeuten für die neuen EU-Mitgliedstaaten in Ostmitteleuropa eine Zäsur und eine neue Herausforderung zugleich. Die Verantwortlichen in Warschau, Prag, Bratislava und Budapest spüren, dass auch sie nicht zur Tagesordnung übergehen können. In der Europadebatte geht es nun nicht mehr nur um das Für und Wider des Verfassungsvertrages, sondern um die künftige Gestalt der Union. Soll es zusätzliche Erweiterungen geben? Welche Integrationsschritte wären die Voraussetzung dafür? Und wer wird künftig Motor der Integration sein? Vieles spricht dafür, dass Ostmitteleuropa künftig stärker als europäisches Reformzentrum wirken wird." (Autorenreferat)

[39-L] Weidenfeld, Werner:

Reden über Europa - die Neubegründung des europäischen Integrationsprozesses, in: Thomas Meyer, Udo Vorholt (Hrsg.): Identität in Europa, Dortmund: Projekt-Verl., 2008, S. 78-100, ISBN: 978-3-89733-187-7 (Standort: ULB Düsseldorf(61)-his/d/2924)

INHALT: Der Beitrag stellt die Frage nach der Europäischen Identität und der Integration der erweiterten Union. Während kulturorientierte Ansätze eine europäische Geschichtsschreibung und die Festschreibung kultureller Werte und Symbole befürworten, betonen Vertreter einer politischen Identität die Notwendigkeit einer Demokratisierung und Politisierung der EU, da erst im demokratischen Prozess und in der Auseinandersetzung um die politische Ausgestaltung der EU ein Identitätsbewusstsein entstehen kann. Erfahrbarkeit, Öffentlichkeit und Partizipation sind hier wesentliche Stichworte. Europa als wirtschaftliches, politisches und sicherheitspolitisches Projekt, das in einem dynamischen Umfeld gleichermaßen nach innen und außen mitgestaltend wirkt: Diesen Begründungszusammenhang zu konkretisieren ist dabei entscheidend für die Vermittlung künftiger Integrationsschritte. Gleichzeitig müssen Kanäle geschaffen werden, die eine dialogische Rückkoppelung der öffentlichen Meinung an das strategische Entscheidungszentrum der Europäischen Union erlauben. (ICA2)

2 Allgemeine Aspekte der Transformation innerhalb der osteuropäischen Länder

[40-L] Adam, Frane; Tomsic, Matevz; Kristan, Primoz:

The elite character, development and type of capitalism: Slovenia and Estonia in a comparative perspective, in: Karl-Siegbert Rehberg (Hrsg.): Die Natur der Gesellschaft : Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006. Teilbd. 1 u. 2, Frankfurt am Main: Campus Verl., 2008, S. 3986-4000, ISBN: 978-3-593-38440-5

INHALT: "Slowenien und Estland als zwei kleine Staaten und soziale Systeme haben einige gemeinsame Charakteristika. Sie unterscheiden sich doch in vielerlei Hinsicht. Beide sind wirtschaftlich erfolgreich, Slowenien ist zwar nach den meisten Indikatoren wohlhabender, aber Estland ist dynamischer und wächst schneller. Während die slowenische Elite ihre wirtschaftliche Entwicklung und politische Stabilität auf Prinzipien (und der Ideologie) des so genannten Gradualismus aufgebaut hat (das gilt vor allem für den linksliberalen Block, der aber 12 Jahre an der Macht war - von 1992 bis 2004), hat dagegen Estland einen anderen Weg gewählt, die einheimische Elite entschloss sich für eine radikale (neo)liberale Wende und Deregulierung - Strategie mit allen (un)erwünschten sozialen Konsequenzen. Beide Entscheidungen sind teilweise historisch bedingt ('path dependency') teilweise aber auch Ausdruck der Eliten-Konfiguration, deren Interessenlage und der ideologischen Vorstellungen über künftige sozialwirtschaftliche Ordnung (oder Typ des Kapitalismus)." (Autorenreferat)

[41-L] Bos, Ellen; Segert, Dieter (Hrsg.):

Osteuropäische Demokratien als Trendsetter?: Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts, Leverkusen: B. Budrich 2008, 349 S., ISBN: 978-3-86649-161-8 (Standort: UB Bonn(5)-2008/3983)

INHALT: "Zeigt sich am Stand der Parteienentwicklung der Grad der Annäherung des Ostens an den Westen oder sieht man umgekehrt hier und in den Problemen des Ostens auch eine mögliche Zukunft des Westens? Auf wissenschaftlicher Grundlage präsentiert der Band die Entwicklung von Parteien und Parteiensystemen in den postsozialistischen Staaten Osteuropas. Die Analysen internationaler Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ermöglichen wichtige Einblicke in den Stand der Demokratie und zentrale Probleme der osteuropäischen Gesellschaften 15 Jahre nach dem Systemwechsel 1989. Die untersuchten Fälle decken nicht nur die wichtigsten postsozialistischen Länder ab, sondern auch solche, die seltener behandelt werden (Serbien, Kaukasusstaaten, Baltikum). Neben den Länderanalysen werden in einigen Beiträgen allgemeine Fragestellungen der Analyse von Parteienpolitik behandelt, so die Auswirkungen von Typen des Staatssozialismus auf die späteren demokratischen Parteiensysteme, die Verbreitung von Populismus in den postsozialistischen Staaten, die Frage, welcher Typ von Partei sich in Osteuropa herausgebildet hat, sowie übergreifend, ob aus einer solchen Analyse der besonderen Entwicklungswege der Parteien in Osteuropa auch etwas für die Parteiendemokratien des Westens gelernt werden kann." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Dieter Segert: Parteien und Transformation in Europa nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts (11-32); Guido Tiemann: "Cleavages" oder "Legacies"? Die Institutionalisierung und Struktur des politischen Wettbewerbs im postsozialistischen Osteuropa(33-54); Jürgen Dieringer, Jane Oispuu: Parteiensystementwicklung in Osteuropa und Europäische Integration (55-76); Dieter Bingen: Polen: Wie ein labiles Parteiensystem zu einer Stabilisierung der Demokratie beiträgt (77-90); Vít Hlousek, Jakub Sedo: Tschechien: Konsolidierung des Parteiensystems bei anhaltenden Problemen der Mehrheitsbildung (91-104); Marek Rybar: Slowakei: Vom Regimekonflikt zur Dominanz der sozioökonomischen Konfliktlinie (105-120); Zoltan Kiszelly: Ungarn: Auf dem Weg zum Kartellparteiensystem? (121-132); Christian Autengruber: Bulgarien: Zwischen anfänglichen Konsolidierungstendenzen und aktuellen Umbrüchen (133-147); Tina Olteanu: Rumänien: Vom Einparteiensystem zum Einheitsbrei? (147-166); Antje Helmerich: Kroatien: Vom "faktischen" Einparteiensystem zum polarisierten Pluralismus (167-186); Margareta Mommsen, Galina Michaleva: Russland: Autoritäre Macht und gelenktes Parteiensystem (187-208); Ellen Bos: Ukraine: Instabile Institutionen, informelle Netzwerke

und Regionalisierung des Parteiensystems (209-228); Axel Reetz: Baltische Staaten: Politiker als Fixpunkte und verschiedene Varianten von parteipolitischer Fluidität (229-252); Margarete Klein: Kaukasische Staaten: "Anderthalbparteiensysteme" mit schwacher gesellschaftlicher Verankerung (253-280); Dorothee de Néve: Parteien in der Krise? (281-302); Susanne Frölich-Steffen: Populismus im Osten und im Westen als parallele Entwicklungen? (303-322); Ellen Bos, Dieter Segert: Osteuropa als Trendsetter? Parteiensysteme in repräsentativen Demokratien unter mehrfachem Druck (323-338).

[42-L] Bos, Ellen; Segert, Dieter:

Osteuropa als Trendsetter?: Parteiensysteme in repräsentativen Demokratien unter mehrfachem Druck, in: Ellen Bos, Dieter Segert (Hrsg.): Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? : Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts, Opladen: B. Budrich, 2008, S. 323-336, ISBN: 978-3-86649-161-8 (Standort: UB Bonn(5)-2008/3983)

INHALT: Im abschließenden Beitrag des vorliegenden Sammelbands werden einige wichtige Ergebnisse der Länderstudien festgehalten und einige Vorschläge zu ihrer theoretischen Interpretation formuliert. Vor allem wird der Frage nachgegangen, ob sich nicht die Perspektive, von der aus bisher überwiegend vom Westen her auf den postsozialistischen Raum geblickt wurde - nämlich die Erwartung, es handele sich bei den politischen Wandlungen seit 1989 um einen mehr oder weniger erfolgreichen Nachvollzug bekannter Entwicklungsprozesse. Diese Annahme hat sich als einseitig erwiesen und muss insofern korrigiert werden. Als mögliche Gegenhypothese bietet sich an, den Osten als "Trendsetter" zu betrachten, als eine Art Frühwarnsystem, das auch den Westen auf mögliche Gefährdungen der Demokratie hinweisen kann. Insgesamt zeigt sich, dass die Perspektive einer "nachholenden Demokratisierung und Modernisierung" Osteuropas verlassen werden muss, in welcher Osteuropa nur nachvollzieht, was im Westen an Phänomenen bereits "mustergültig" vorgelebt wurde. Folgende These scheint sich heute zu bestätigen: Seit 1989 hat der Osten nicht nur das Institutionensystem des Westens übernommen, sondern auch viele seiner Funktionsprobleme. (ICA2)

[43-L] Brunce, Valerie; Wolchik, Sharon:

International diffusion and postcommunist electoral revolutions, in: Taras Kuzio (Ed.): Post-communist democratic revolutions in comparative perspective, 2007, S. 7-37, ISBN: 978-3-89821-820-7 (Standort: UB Bonn(5)-2008/4206 (6))

INHALT: "Over the past decade, a number of elections in postcommunist regimes perched between democracy and dictatorship have led to the triumph of liberal oppositions over illiberal incumbents or their anointed successors. The international diffusion of these electoral revolutions reflects the interaction among five factors: the long term development of civil society, expanded opportunities for democratic political change, the rise of collaborative networks among international democracy promoters, regional exporters of democracy and local oppositions, and, finally, careful application of an electoral approach to regime transition. The cross-national diffusion of the electoral model in this region, however, may have run its course, largely because of less supportive local and international conditions." (author's abstract)

[44-L] Cazes, Sandrine; Nesporova, Alena:

Flexicurity: a relevant approach in Central and Eastern Europe, Genève: Internat. Labour Office 2007, 262 S., ISBN: 978-92-2-119215-2

INHALT: "Die Suche nach einer ausgewogenen Kombination von Flexibilität und sozialer Sicherheit ist zu einer wichtigen Herausforderung innerhalb der Europäischen Union geworden und wird als unabdingbar für die Konkurrenzfähigkeit der Ökonomien angesehen. Gleichzeitig soll das europäische Sozialmodell erhalten werden. Die Studie bietet einen wichtigen Beitrag zur Debatte über das Wechselverhältnis von Flexibilität und sozialer Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt in den Ländern Ost- und Südosteuropas. Die beiden Autorinnen und ausgewiesene nationale Experten für die einzelnen Länderstudien stellen das Leitbild Flexibilität in den untersuchten Ländern dar. Der Titelschreiber schreibt die Analyse fort, die bereits in der vorhergehenden Studie 'Labour Markets in Transition' vorgelegt wurde. Das unterschiedliche Ausmaß von Flexibilität, wie die 'flexiblen Formen der Beschäftigung' werden untersucht. Veränderungen im Arbeitsrecht, bei Kollektivverhandlungen, Besteuerung der Arbeit sowie allgemein der Arbeitsmarktpolitik und ihre Auswirkungen auf die Schlüsselindikatoren des Arbeitsmarktes in der Periode von 1999 bis 2003 werden mit dem Zeitraum Ende der 90er Jahre verglichen. In den Länderstudien wird der Arbeitsmarkt von Kroatien, Ungarn, Litauen und Polen detailliert dargestellt. Diskutiert wird die Frage, inwieweit diese Länder ein Gleichgewicht zwischen Arbeitsmarktflexibilität und sozialer Sicherheit erreicht haben. Das Werk enthält zudem eine Diskussion zum Thema 'Lohnflexibilität'." (Autorenreferat)

[45-F] Dieringer, Jürgen, Dr. (Bearbeitung):

Parlamente in Mittel- und Osteuropa

INHALT: keine Angaben *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Mittel- und Osteuropa

ART: *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Universität Erlangen-Nürnberg, Philosophische Fakultät und Fachbereich Theologie, Institut für Politische Wissenschaft Lehrstuhl für Politische Wissenschaft I (Kochstr. 4, 91054 Erlangen)

KONTAKT: Institution (Tel. 09131-85-29009, Fax: 09131-85-22370)

[46-L] Ettl-Huber, Silvia:

Konzentration von Einflusspotenzialen in Mediennetzwerken: eine netzwerkanalytische Untersuchung von Eigentumsverflechtungen in den neuen EU-Staaten Mittel- und

Osteuropas, (Beiträge zur Medienökonomie, Bd. 8), Wien: Lit Verl. 2008, 383 S., ISBN: 978-3-7000-0799-9 (Standort: StUB Frankfurt(30)-8856647)

INHALT: "Medien sind einflussreich. Diese Vorstellung ist im Diskurs über die Medien allgegenwärtig. Einfluss wird dabei nicht selten als Macht formuliert. Alleine die Abfrage des deutschen Begriffspaares 'Medien und Macht' fördert in einer Google-Recherche knapp sieben Millionen Einträge zu Tage. Es wird unterstellt, dass Medien Einfluss haben, und es wird thematisiert, wo sie diesen haben. Dies vor allem im Rahmen der Medienwirkungsforschung, die in der Wissenschaft gut etabliert ist. Sie ist nicht Thema dieser vorliegenden Arbeit. Weniger klar als Forschungsfeld abgegrenzt ist die Frage des Einflusspotenzials, das die hinter den Medien stehenden EigentümerInnen und Eigentumsnetzwerke haben. Hier reihen sich viel-

mehr chronistisch festgehaltene Anekdoten über einzelne Akte der Einflussausübung von Medienunternehmerinnen oder Chefredakteurinnen aneinander. Diese verstellen häufig den Blick auf die strukturellen Einflusspotenziale zwischen und innerhalb der (Medien-)Unternehmen. Ansätze für die Beschäftigung mit dem Themenkomplex des Einflusspotenzials im Medienbereich finden sich in der Kommunikationswissenschaft in der Diskussion der Medienvielfalt (siehe Kapitel 4 'Vielfalt im Medienbereich'). Hier findet die Auseinandersetzung nicht unter dem Blickwinkel von Einflusspotenzialen, sondern unter dem Begriff der Vielfalt statt. An der Zahl der Publikationen gemessen wurde bisher einige wissenschaftliche Energie darauf verwendet, Vielfalt im Medienbereich zu definieren und zu messen. Die Frage der Konzentration von Einflusspotenzialen im Medienbereich wird in der Kommunikationswissenschaft im Kontext der Medienkonzentrationsdebatte geführt (siehe Kapitel 1. Konzentration im Medienbereich). Der Medienkonzentration werden verschiedene Auswirkungen auf Gesellschaft, Ökonomie und Politik zugeschrieben. Exemplarisch sei hier auf Sandra B. Hrvatin (2004a) verwiesen. Sie fasst in ihrer Einführungsrede zur Konferenz über MedieneigentümerInnenenschaft in Südosteuropa die Auswirkungen der Medienkonzentration aus ihrer Sicht zusammen. Medienkonzentration führe demnach dazu, dass Randgruppen vom Medienzugang ausgeschlossen, nicht-kommerzielle Anliegen eliminiert, politische Ansichten der Medieneigentümerinnen favorisiert, Journalismus in PR-Dienst verwandelt und Individuen als Zahlen, Prozente und Reichweitenanteile behandelt werden. Die (Medien-)Konzentrationsforschung liefert auch Ansätze für die Messung von Medienkonzentration. Hier steht sie vor der methodischen Herausforderung, Konzentration international ebenso wie medienübergreifend darzustellen. Gleichzeitig steht sie vor der Aufgabe, ökonomische gleich wie publizistische Konzentration zu messen. Die Methoden und Problemfelder der etablierten Medienkonzentrationsforschung werden in Kapitel 5.5. beschrieben. Die Frage, wer die Medien besitzt, ist in der Medienkonzentrationsforschung eine grundlegende. So einfach die Frage 'Wem gehören die Medien?' klingen mag, so schwierig ist ihre Beantwortung. Hinter den Medien stehen häufig komplexe Unternehmenskonstrukte, an deren Enden die konkreten Personen der EigentümerInnen oft schwer festzumachen sind. Zusätzlich ist der Informations- und Forschungsstand zur MedieneigentümerInnenenschaft national sehr unterschiedlich. So sind über die Besitzstruktur der Medienmärkte in Mittel- und Osteuropa zwar einige Studien angestrengt worden (siehe Kapitel 4.1. Der Stand der Forschung zu Medien in Mittel- und Osteuropa), es mangelt aber bisher an einer Analyse der Eigentumsstruktur. Die hier vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der methodologischen Frage, wie Einflusspotenziale in Mediennetzwerken messbar sind. Dabei wird diese Thematik gegenstandstheoretisch, methodologisch und empirisch-methodisch behandelt. Aufbauend auf die skizzierte Problemstellung gilt es für den Themenbereich der Analyse von Mediennetzwerken unter dem Blickwinkel von Einflusspotenzialen drei wissenschaftliche Aufgaben zu erledigen: 1.) ein gegenstandstheoretisches Gerüst für das Verständnis des Zusammenhangs von Medienkonzentration, Steuerung von Medienmärkten, Vielfaltsdebatte und Netzwerkanalyse herzustellen, 2.) eine methodologische Weiterentwicklung der Konzentrationsforschung zu leisten und 3.) exemplarisch einen Medienmarkt bzw. einen Medienraum anhand der Netzwerkanalyse zu beschreiben und damit die Tauglichkeit der neuen vorgeschlagenen Instrumentarien für die Beforschung von Mediennetzwerken zu überprüfen. Die hier vorgestellte und angewandte Untersuchungsmethode der Netzwerkanalyse sollte die Frage beantworten, welche Einflusspotenziale sich für einzelne Medieneigentümerinnen unter Berücksichtigung ihres Netzwerks ergeben. Dabei wird die Frage der Einflusspotenziale sowohl in der Konnotation als ökonomisches Einflusspotenzial (ausgehend von wirtschaftlicher Verfügungsgewalt) als auch als publizistisches Einflusspotenzial (ausgehend von publizistischem Einfluss) gestellt. Mit Hilfe der Netzwerkanalyse werden Maßzah-

len eingeführt, die eine neue Bemessung von Machtkonzentration zulassen sollen (methodologischer Teil). Exemplarischer Analyseraum sind die zehn neuen mittel- und osteuropäischen EU-Staaten (empirischer Teil). Analysewerkzeug ist das Instrument der Netzwerkanalyse. Schließlich sollte in der vorliegenden Arbeit erstmals Datenmaterial zum Medieneigentum aus Mittel- und Osteuropa zusammengestellt und analysiert werden. Dieses Vorgehen folgt dem Bestreben, den Blick der europäischen Medienforschung verstärkt auf die neuen EU-Staaten zu richten. Die zentrale forschungsleitende Fragestellung der vorliegenden Arbeit ist: Was kann die Netzwerkanalyse für die Klärung von Konzentration in Medienlandschaften leisten?" (Textauszug)

[47-L] Fehr, Helmut:

Von 1968 bis 1989: die Studentenproteste als Kristallisationspunkt für eine neue politische Generation in Ostmitteleuropa, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 21/2008, H. 3, S. 96-105

INHALT: "Der Autor richtet den Fokus auf die 68er-Bewegung in Polen und der Tschechoslowakei. Dabei beschreibt er zunächst die Rahmenbedingungen für die März-Proteste an den polnischen Hochschulen und die Demokratisierungsbestrebungen 'von unten' während des Prager Frühlings. In einem zweiten Schritt belegt er, dass das Jahr 1968 zugleich für einen politischen Generationenwechsel steht, der langfristig die Neuorientierung unabhängiger Sammlungsinitiativen in beiden Ländern bewirkte. Selbstorganisation, Pluralismus, Dialog und Bürgerrechte waren dabei die zentralen Konzepte der Dissidenten, mit denen diese eine Bürgergesellschaft entwickeln wollten. In Polen sind die Kontinuitäten mit 1968 vor allem im Ideenhorizont der Gewerkschafts-Bewegung Solidarnosc lebendig. In der Tschechoslowakei hingegen dauerte es bis Mitte der 1970er Jahre, ehe sich mit der Charta 77 wieder eine teil-öffentliche Plattform für Bürgerinitiativen bildete. Im Herbst 1989 schließlich war das Bürgerforum der Träger des demokratischen Umbruchs. Die zunächst spontanen Massenproteste, die einen Schwerpunkt unter den Studenten hatten, waren dabei getragen von einem neuen Generationenbewusstsein, in dem Pragmatismus und gegenkulturelle Orientierung mit einer Distanz gegenüber ideologischen Selbstbildern verbunden wurde. Vergleicht man 1968 und 1989, so wird die strukturbildende Rolle der zivilgesellschaftlichen Ideen in beiden Ländern ersichtlich. Der Autor zieht daher folgende Schlüsse: Das Jahr 1968 war ein kollektives Protestereignis, welches das politische Bewusstsein einer neuen Generation prägte. Der Prager Frühling war keine Bewegung, die von oben inszeniert wurde. Vielmehr handelte es sich um einen Protest von unten, der in der Tschechoslowakei wie auch in Polen zur Herausbildung von sozialen Bewegungen und bürgerschaftlichem Engagement führte. Die Studenten in Warschau und Prag verwendeten gewaltlose, symbolische und altersspezifische Techniken des Widerstands, womit sie sich an die Studentenproteste im Westen anlehnten. Allerdings verstanden sich insbesondere die polnischen Studenten nicht als Gegner Amerikas und des Vietnamkriegs. Vielmehr ging es um die Freiheit im eigenen Land und nicht um Anti-Amerikanismus." (Autorenreferat)

[48-F] Fester, Thomas, Dipl.-Volksw.; Jungfer, Joachim, Dr.; Pohl, Carsten (Bearbeitung):

Ordnungs-, finanz- und geldpolitische Rahmenbedingungen sowie Qualität des öffentlichen Dienstes in Polen, Tschechien und Ungarn - Messung des Anpassungsfortschritts an EU-Standards und Wirkungen von Defiziten auf Wachstum und Außenwert

INHALT: Weiterführung und Vertiefung der Untersuchung zu den Standortbedingungen in den genannten Ländern. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Polen, Tschechien, Ungarn

VERÖFFENTLICHUNGEN: Jungfer, J.: Die Entwicklung des tschechischen Kapitalmarktes. in: ifo Dresden berichtet, 9, 2002, 02, S. 21-32.+++Ders.: Korruptionsbekämpfung: Hintergründe, neue Messkonzepte und Ergebnisse. in: ifo Dresden berichtet, 8, 2001, 02, S. 29-38.

ART: *BEGINN:* 2001-01 *ENDE:* 2005-12 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution
INSTITUTION: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V. Niederlassung Dresden (Einsteinstr. 3, 01069 Dresden)

KONTAKT: Jungfer, Joachim (Dr. Tel. 0351-26476-25, Fax: 0351-26476-20, e-mail: jungfer@ifo.de)

[49-L] Fortin, Jessica:

Patterns of democracy?: counterevidence from nineteen post-communist countries, in:

Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, Jg. 2/2008, H. 2, S. 198-220

(www.vsjournals.de/index.php;do=show_article/sid=e6b85a05e7da665fb88356029408f283/site=zfv/area=pol/id=6872)

INHALT: "In seinem Buch 'Patterns of Democracy' behauptet Arend Lijphart (1999) nicht nur, dass demokratische Institutionen in zwei unterschiedlichen Formen auftreten, sondern auch dass Konsensdemokratie - verglichen mit Mehrheitsdemokratie - einen besseren Typus eines institutionellen Rahmens darstellt. Der vorliegende Beitrag zeigt, dass Lijpharts zweidimensionale Darstellung von Demokratie nicht auf post-kommunistische Länder übertragen werden kann, obwohl das Konzept auf etablierte Demokratien anwendbar ist. Dennoch verdeutlicht die empirische Überprüfung seines Ansatzes, dass nicht alle, aber durchaus einige Elemente des Konsensdemokratiemodells bei der Gestaltung und Weiterentwicklung neuer Verfassungen berücksichtigt werden sollten. Aus diesem Grund zweifeln die hier vorgestellten Ergebnisse die Relevanz der von Lijphart vorgenommenen Klassifikation für demokratische Regime in post-kommunistischen Ländern an." (Autorenreferat)

[50-L] Freise, Matthias:

Demokratie-Bildung: die Förderung der Zivilgesellschaft in Ostmitteleuropa, in: Osteuropa : interdisziplinäre Monatszeitschrift zur Analyse von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Zeitgeschichte in Osteuropa, Ostmitteleuropa und Südosteuropa, Jg. 55/2005, H. 8, S. 83-93

(Standort: USB Köln(38)-M-AP04813; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die wichtigste Aufgabe externer Demokratieförderung in Ostmitteleuropa ist die Unterstützung der Zivilgesellschaft. Die deutschen Parteistiftungen und vergleichbare kontinentaleuropäische Organisationen kooperieren bei ihrer politischen Bildungsarbeit mit festen einheimischen Partnerorganisationen. Die mit erheblichen Geldmitteln ausgestatteten angloamerikanischen Förderstiftungen setzen hingegen eher auf Schulungszentren und zivilgesellschaftliche Dachorganisationen. Die deutschen Stiftungen zielen auf eine enge Kooperation zwischen Gesellschaft und Staat. Die amerikanischen Stiftungen hingegen wollen die Zivilgesellschaft als eine unabhängige Instanz aufbauen, die den Staat kontrolliert. Externe Demokratieförderung sollte in Zukunft stärker koordiniert werden, ohne dass dabei die unterschiedlichen Ansätze aufgegeben werden." (Autorenreferat)

[51-L] Frejka, Tomas:

Determinants of family formation and childbearing during the societal transition in Central and Eastern Europe, in: Demographic Research, Vol. 19/2008, Art. 7, S. 139-170
(www.demographic-research.org/volumes/vol19/7/19-7.pdf)

INHALT: "Societal conditions for early and high rates of childbearing were replaced by conditions generating late and low levels of fertility common in Western countries. Central among factors shaping the latter behaviour (job insecurity, unstable partnership relationships, expensive housing, and profound changes in norms, values and attitudes) were the following: increasing proportions of young people were acquiring advanced education, a majority of women were gainfully employed, yet women were performing most household maintenance and childrearing duties. Two theories prevailed to explain what caused changes in family formation and fertility trends. One argues that the economic and social crises were the principal causes. The other considered the diffusion of western norms, values and attitudes as the prime factors of change. Neither reveals the root cause: the replacement of state socialist regimes with economic and political institutions of contemporary capitalism. The extraordinarily low period TFRs around 2000 were the result of low fertility of older women born around 1960 overlapping with low fertility of young women born during the 1970s." (author's abstract)

[52-L] Grinberg, Ruslan S.; Havlik, Peter; Havrylyshyn, Oleh (Hrsg.):

Economic restructuring and integration in Eastern Europe: experiences and policy implications, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2008, 472 S., ISBN: 978-3-8329-3417-0
(Standort: USB Köln(38)-35A9997)

INHALT: "Das Buch präsentiert die wichtigsten Ergebnisse des internationalen Forschungsprojekts INDEUNIS, koordiniert vom Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche und finanziert aus dem 6. EU Rahmenprogramm. Neben einer Analyse der Reform- und Integrationserfahrungen der NMS (New EU Member States) und ausgewählter NIS (Newly Independent States) werden Schlussfolgerungen für die Wirtschaftspolitik gezogen. Der langsamere Strukturwandel in den NIS beruht weitgehend auf verzögerten Reformen, hauptsächlich aufgrund fehlender politischer Reformbereitschaft. Für die künftige Wirtschaftspolitik in den NIS gibt es folgende Optionen: Fortsetzung des Liberalisierungsprozesses mit weiteren institutionellen Reformen; Erhöhung der staatlichen Finanzierung der Infrastruktur; Umsetzung einer Industriepolitik zur Unterstützung von Prioritätssektoren; Anwendung von Zöllen und anderen Schutzmaßnahmen zur temporären Unterstützung bedrohter Branchen. Zwei 'einfache' wirtschaftspolitische Empfehlungen für die NIS sind: Dem Beispiel des Transformationsprozesses in den NMS zu folgen und den wirtschaftlichen Übergang abzuschließen; nach dem bestmöglichen externen Anker zu suchen (v.a. WTO da ein EU-Beitritt nicht realistisch ist)." (Autorenreferat). Contents: By Peter Havlik and Oleh Havrylyshyn: Introduction (7-16); Oleh Havrylyshyn: Structural Change in Transition 1990-2005: A Comparison of New Member States and Selected NIS Countries (17-46); Peter Havlik: Economic Restructuring in the New EU Member States and Selected Newly Independent States: Effects on Growth, Employment and Productivity (47-72); Gábor Hunya: FDI in the New EU Borderland (73-94); Imre Fertő and Károly Attila Sods: Intra-Industry Trade Between the Old EU and the NMS Before Enlargement (95-118); Peter Havlik: Structural Change and Trade Integration on EU-NIS Borders (119-148); Valeri Mironov and Vladimir Dorogov: Industrial Restructuring and Competitiveness in Russia: From Price to Non-Price Determinants (149-168); Vladimir Filatov, Rus-

Ian Grinberg, Boris Porfiriev and Sergei Silvestrov: Industrial Restructuring and Economic Reforms in Russia (169-192); Olga Pindyuk: Ukraine: Foreign Trade and Industrial Restructuring (193-218); Alexander Libman: Explaining Structural Change in Kazakhstan (219-230); Alexander Libman: Moldova: Structural Change, Trade Specialization and International Integration (231-260); Nataliya Smorodinskaya: Kaliningrad on Its Crooked Way to Economic Modernization (261-280); Marek Tiits: Estonia's Economic Integration into Cross-Border Production Networks of the Baltic Sea Region (280-296); Kiryl Kurilionak, Stanislav Vassilevsky and Vitaly Medvedev: The Consequences of WTO Accession for Belarus (297-320); Svetlana Glinkina and Natalia Kulikova: Impact of EU Enlargement on Economic Restructuring in Russia (321-356); Peter Zashev, Peeter Vahtra and Kari Liuhto: Russia's Outward FDI: Lessons and Policy Recommendations (357-376); Julia Wörz, Olga Pindyuk, Mario Holzner and Vasily Astrov: Russia, Ukraine and Belarus: Effects of WTO Accession in the Medium and Long Run (377-396); Imre Fertő and Károly Attila Soós: Institutional Reforms and Evolution of Industry, Trade, Technology in the EU's New Borderland (397-412); Ruslan Grinberg: Restructuring and Economic Reforms in Russia: A Plea for an Effective Industrial Policy (413-416); Janusz Chojna, Ewa Kaliszuk, Krzysztof Marczewski and Ryszard Michalski: Economic Restructuring and FDI Policies for NIS: Lessons from the Polish Experience (417-428); Ildar Gazizulin: State Aid in Ukraine: Practice and Challenges (429-440); Gulnur Rakhmatulina: Kazakhstan: Diversification from Resource Intensity (441-452); Gábor Hunya: Can Internationalization Through Inward FDI be Advantageous for Russia? (453-462); Olga Pindyuk: Trade Restructuring in the NIS: Lessons of the NMS and Policy Recommendations (463-472).

[53-L] Hayoz, Nicolas; Hug, Simon (Hrsg.):

Tax evasion, trust and state capacities: how good is tax moral in Central and Eastern

Europe?, (Interdisciplinary studies on Central and Eastern Europe, 3), Bern: P. Lang 2007, 385 S., ISBN: 978-3-03910-651-6

INHALT: Die Bereitschaft, Steuern zu zahlen, ist unmittelbar mit dem gesellschaftlichen und politischen Vertrauen in den Staat verbunden, dessen Leistung von seiner Fähigkeit, Einnahmen zu sammeln, stark beeinflusst wird. Die Beiträge des Bandes zeigen, dass der Staat Vertrauen und somit eine positive Steuermoral durch eine hohe Verantwortlichkeit, Transparenz, effiziente demokratische Institutionen und eine gute Regierungsqualität schaffen kann. Das Ziel der Autoren ist, die Steuermoral in zentral- und osteuropäischen Transformationsstaaten im Unterschied zu westeuropäischen Staaten herauszustellen. Drei theoretisch orientierte Beiträge greifen zunächst die Notwendigkeit eines funktionierenden Rechtssystems auf und arbeiten Erfahrungen aus den USA sowie der Schweiz heraus. Feld und Frei beschreiben die hohe Steuermoral in der Schweiz als eine Folge der direkten Demokratie. In seinem regionalen Überblick kommt Torgler zu dem Ergebnis, dass die Staaten Zentral- und Osteuropas eine bessere Steuermoral aufweisen als die ehemaligen Mitgliedsstaaten der Sowjetunion. Neben einem weiteren regionalen Beitrag von Owsiak überzeugen auch die sechs regionalen Länderstudien. Ott zeigt beispielsweise, wie das Steuersystem in Kroatien durch institutionelles Redesign glaubwürdiger gemacht werden kann. Hamousek und Palda hingegen treffen Vorhersagen für die zukünftige Entwicklung der Steuerhinterziehung in der Tschechischen Republik. (ZPol, NOMOS). Contents: Nicolas Hayoz and Simon Hug: Introduction (7-16); Eric M. Uslaner: "Tax Evasion, Trust, and the Strong Arm of the Law" (17-50); John T. Scholz: Contractual Compliance: Tax Institutions and Tax Morale in the U.S (51-122); Lars P. Feld and

Bruno S. Frey: Tax Evasion in Switzerland: The Roles of Deterrence and Tax Morale (123-154); Benno Torgler: Tax Morale in Central and Eastern European Countries (155-186); Stanislaw Owsiak: Taxes in Post-Communist Countries - Old and New Challenges (187-226); Gerald M. Easter: Taxation and State Re-Formation in Russia: Policy, Capacity, Compliance (227-268); Béla Janky: Social Structure, Transition, and Public Attitudes towards Tax Evasion in Hungary (269-288); Katarina Ott: What do State Capacity and Trust Have to Do with the Evolution of the Informal Economy and Tax Evasion in Croatia? (289-306); Gabriel Badescu: Trust, Corruption and Tax Evasion in Romania (307-326); Jan Hanousek and Filip Palda: The Evolution of Tax Evasion in the Czech Republic: A Markov Chain Analysis (327-360); David Tumanyan: Tax Administration and Evasion in Armenia (361-376).

[54-L] Herrmann, Sebastian M.; Kanzler, Katja; Koenen, Anne; Kusmierz, Zoe A.; Schmieding, Leonard (Hrsg.):

Ambivalent Americanizations: popular and consumer culture in Central and Eastern Europe, (American Studies: A Monograph Series, Vol. 165), Heidelberg: Winter 2008, 281 S., ISBN: 978-3-8253-5488-6 (Standort: UB Köln(38)-35A9514)

INHALT: "This volume explores the 'Americanization' of Central and Eastern Europe during and after the Cold War. It seeks to revisit and expand this critical concept by investigating previously overlooked perspectives and new comparative constellations. The Iron Curtain has frequently been seen as a tightly sealed border between East and West. However, as the contributions to this collection illustrate, it proved remarkably permeable for American goods and lifestyles which generated and gratified a range of often ambivalent desires and fantasies. This book attends to the ensuing 'messiness' of cultural transfer and mixing, as well as to the role 'America' has played in these processes. In twelve case studies, a broad spectrum of disciplinary angles and diverse geo-biographical horizons come together to examine the elusive dynamics of ambivalent Americanizations in areas such as music, television, and material culture." (author's abstract). Contents: Sebastian M. Herrmann, Leonard Schmieding: Ambivalent Americanizations (7-24); Reinhold Wagnleitner: Jazz - The Classical Music of Globalization (25-50); Thomas Kolitsch: The Monotony of the Yeah, Yeah, Yeah - Official Ways of Dealing with Western Popular Music in the GDR (51-64); Leonard Schmieding: Of Windmills, Headspins, and Powermoves: Hiphop in the GDR 1983-1989 (65-88); Katja Kanzler: Kansas, Oz, and the Magic Land: A Wizard's Travels Through the Iron Curtain (89-104); Nevena Dakovic: City Foxes / East-West Soap (Belgrade / New York) (105-120); Nadine Swibenko: "Because I'm an 'Ossi'..." Asserting Identity by Consuming East German Goods (121-138); Ewa Grzeszczyk: American Models of Consumption and their Presence in Poland (139-166); Sebastian M. Herrmann: A Plastic Modernity? (167-186); Anne Koenen: Superior Taste - Mail Order in the GDR (187-210); Magdalena Ziolek: American Smiles on Polish Faces: American Culture in the Discourse of Globalization from the Perspective of the Polish Young Generation (211-232); Malgorzata Gajda-Laszewska: Why We Loved What They Told Us to Hate: Miscalculations of the Anti-American Propaganda in the Polish Posters of the Stalinist Period (233-252); Zoe A. Kusmierz: "The glitter of your kitchen pans": The Kitchen, Home Appliances, and Politics at the American National Exhibition in Moscow, 1959 (253-272).

[55-L] Holmes, Leslie:

Menschenhandel und Korruption in Mittel- und Osteuropa, in: Jürgen Nautz, Birgit Sauer (Hrsg.): Frauenhandel : Diskurse und Praktiken, Göttingen: V&R unipress, 2008, S. 65-79, ISBN: 978-3-89971-371-6 (Standort: USB Köln(38)-35A7374)

INHALT: Der Beitrag analysiert die Ursachen und die Funktionslogik des Menschenhandels in Mittel- und Osteuropa. Er beschreibt Herkunft, Bestimmungsländer und Transportwege der verschleppten Frauen, untersucht die Strukturen des Menschenhandels und die Funktionsweise der Märkte und zeigt, welche Rolle die Korruption im Menschenhandel spielt. Die Entwicklung des Menschenhandels verläuft seit Anfang der 1990er Jahre rasant - vor allem der Handel mit Frauen für die Prostitution, aber auch der Handel mit Männern für Sklavenarbeit in der Landwirtschaft. Ein zentraler Ansatzpunkt für die Bekämpfung des Menschenhandels ist - neben der Korruptionsbekämpfung - die Erschwerung der Geldwäsche. Bilaterale Abkommen wie das zwischen Albanien und Italien können die Zahl der gehandelten Frauen deutlich minimieren. (ICE2)

[56-L] Jurczek, Peter; Vollmer, Michael:

Ausbildung und Migration in Ostmitteleuropa, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2008, H. 35/36, S. 26-32 (www.bpb.de/files/VZ5NWG.pdf)

INHALT: "Während sich die Politiker in Deutschland noch darüber streiten, wie das Land am besten vor Arbeitsmigranten aus Ostmitteleuropa geschützt werden kann, ist dort eine Generation herangewachsen, auf welche die überstrapazierte Schablone vom unqualifizierten Billiglohnarbeiter nicht passt." (Autorenreferat)

[57-L] Klein, Margarete:

Kaukasische Staaten: "Anderthalbparteiensysteme" mit schwacher gesellschaftlicher Verankerung, in: Ellen Bos, Dieter Segert (Hrsg.): Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? : Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts, Opladen: B. Budrich, 2008, S. 253-277, ISBN: 978-3-86649-161-8 (Standort: UB Bonn(5)-2008/3983)

INHALT: Nach dem Ende der sowjetischen Herrschaft bildeten sich in den drei kaukasischen Republiken Parteiensysteme heraus, die trotz unterschiedlicher Ausprägungen charakteristische Gemeinsamkeiten aufweisen. Dabei handelt es sich erstens um die Instabilität dieser Systeme. Sowohl in Armenien, als auch in Aserbaidschan und Georgien zeichnet sich die Parteienlandschaft durch einen ständigen Prozess von Neugründungen und Zerfall, Fusionen und Abspaltungen aus. Nur wenige Parteien bestehen länger als eine Legislaturperiode. Eng damit verbunden ist ein weiteres Kennzeichen der kaukasischen Parteiensysteme: ihre mangelnde gesellschaftliche Verankerung. Diese äußert sich nicht nur in einer geringen Mitgliederzahl und einem negativen Image der Parteien, sondern auch in deren programmatischen Unschärfe, die mit einer starken Personalisierung der Parteipolitik gekoppelt ist. In der Folge gelingt es nur den wenigsten Parteien in den kaukasischen Republiken, ihre grundlegende Funktion als Transmissionsriemen zwischen Gesellschaft und Staat zu erfüllen. Die meisten stellen dagegen lediglich Vehikel des stark informell und klientelistisch geprägten Elitenwettbewerbs dar, von dem die breite Masse der Bevölkerung ausgeschlossen ist. Die Ausführungen zeigen insgesamt, dass die formelle Pluralität des Parteiensystems nicht darüber hinweg täuschen kann,

dass der politische Pluralismus in den drei kaukasischen Republiken - wenngleich in unterschiedlichem Maß - eingeschränkt ist. (ICA2)

[58-L] Kuzio, Taras (Hrsg.):

Post-communist democratic revolutions in comparative perspective, (Aspects of the Orange Revolution, Vol. 6 / Soviet and post-soviet politics and society, Vol. 68), 2007, 211 S., ISBN: 978-3-89821-820-7 (Standort: UB Bonn(5)-2008/4206 (6))

INHALT: "Post-communist democratic revolutions have, so far, taken place in six countries: Slovakia (1998), Croatia (1999-2000), Serbia (2000), Georgia (2003), Ukraine (2004) and Kyrgyzstan (2005). The seven chapters in this volume situate these events within a theoretical and comparative perspective. The volume draws upon extensive experience and field research conducted by political scientists specializing in comparative democratization, regime politics, political transitions, electoral studies, and the post-communist world. The papers by Valerie Bunce and Sharon Wolchik, Henry Hale, Paul D'Anieri, David R. Marples, Taras Kuzio, Lucan A. Way and Steven Levitsky, as well as Anika Locke Binnendijk and Ivan Marovic explore different regime types and opposition strategies in post-communist states, the diffusion of opposition strategies between states in which democratic revolutions were attempted, the strategic importance of youth NGO's in mobilizing oppositions towards democratic revolutions, the use of non-violent strategies by the opposition, path dependent, theoretical and comparative explanations of the sources of successful and failed democratic revolutions, and the factors that lie behind divergent postrevolutionary trajectories. The volume represents a breakthrough in our understanding of why and how democratic revolutions take place in the post-communist world. It provides an integrated analysis of why such upheavals succeed in some, but fail in other states. The contributions point to, among other issues, why the post-revolutionary breakthroughs in Serbia, Ukraine and Kyrgyzstan have encountered obstacles, the ousted regime was never fully defeated and its representatives were able to launch counter-revolutions, as well as why, in Serbia and Ukraine, the political forces of the ousted regimes have returned to power in free elections held after democratic revolutions. 'Post communist democratic revolutions in comparative perspective' will be important reading for scholars and policy makers alike." (author's abstract). Contents: Valerie Bunce, Sharon Wolchik: International Diffusion and Postcommunist Electoral Revolutions (7-38); Henry E. Hale: Democracy or Autocracy on the March? The Colored Revolutions as Normal Dynamics of Patronal Presidentialism (39-74); Paul D'Anieri: Explaining the Success and Failure of Post-Communist Revolutions (75-102); David R. Marples: Color Revolutions: The Belarus Case (103-122); Taras Kuzio: Civil Society, Youth and Societal Mobilization in Democratic Revolutions (123-152); Lucan A. Way, Steven Levitsky: The Dynamics of Autocratic Coercive Capacity after the Cold War (153-186); Anika Locke Binnendijk, Ivan Marovic: Power and Persuasion: Nonviolent Strategies to Influence State Security Forces in Serbia (2000) and Ukraine (2004) (187-211).

[59-L] Morawska, Ewa:

East European westbound income-seeking migrants: some unwelcome effects on sender- and receiver-societies, (Working Paper Series of the Research Network 1989, 16), Berlin 2008, 14 S. (Graue Literatur; nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-27195)

INHALT: "This report on a study in progress examines some thus far uninvestigated aspects of Europe's post-1989 transformation and, specifically, developments related to greatly increased Westbound work-related migration of East Europeans. It is informed by three arguments. First, that East European, especially low-skilled, migrants' income-seeking sojourns in the West sustain or even reenergize some of the entrenched mindsets and coping practices formed under the previous regime and known as the homo sovieticus or beat-the-system/ bend-the-law syndrome as the effective strategy of economic action in the new situation. Second, that as East European (im)migrants negotiate the circumstances they encounter abroad in the pursuit of the purposes by engaging receiver-society native residents and institutions, their old-regime practices and orientations become integrated over time into the local cultural and social relational patterns in the West European countries where they settle. And third, that as East European income-seeking migrants travelling to the West return to their home-country localities, they transplant there their hands-on experience of the daily operation of capitalism acquired through its everyday 'participant observation' during their Western sojourns. As they do this, they re-implant in their home-country local societies the old-regime homo sovieticus coping strategy now enhanced as effective tools in negotiating the capitalist system." (author's abstract)

[60-L] Neve, Dorothee de:

Parteien in der Krise?, in: Ellen Bos, Dieter Segert (Hrsg.): Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? : Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts, Opladen: B. Budrich, 2008, S. 281-302, ISBN: 978-3-86649-161-8 (Standort: UB Bonn(5)-2008/3983)

INHALT: Die im postsozialistischen Raum entstandenen neuen Parteien boten für die Forschung die einzigartige Chance, die auf dem Hintergrund der westeuropäischen Entwicklungen formulierten Definitionen und Ansätze der Parteienforschung hinsichtlich ihrer Validität und Generalisierbarkeit neu zu testen. So weisen mehrere empirische Studien darauf hin, dass die Parteien als neue politische Institutionen von der Bevölkerung als vom Westen importierte "Leerformen" empfunden werden. Auf der Basis derartiger Feststellungen wurden neue Begriffe wie "Protoparteien"; "Sofaparteien", "Phantomparteien", "Satellitenparteien", "Doppelgänger-Parteien" und "Strohparteien" kreiert, um zu verdeutlichen, dass diese Parteien als neu entstandene politische Institutionen "labil" sind und erhebliche Defizite aufweisen. Gleichzeitig vollzogen sich auch in Westeuropa seit Mitte der 80er Jahre teilweise gravierende Veränderungsprozesse: Es entstanden neue erfolgreiche Parteien und bestehende Parteien bildeten neue Organisationsstrukturen heraus. Damit verbunden veränderte sich teilweise auch der Parteienwettbewerb beziehungsweise kam es gar zu einer Neustrukturierung der Parteiensysteme (z.B. in Italien). Ziel des vorliegenden Beitrages ist es vor diesem Hintergrund, diese als krisenhaft wahrgenommenen Entwicklungen der Parteien als intermediäre Organisationen in Ost- und Südosteuropa zu diskutieren. Dabei geht es um Probleme, die in den Parteien als Organisationen selbst begründet liegen, zugleich jedoch auch um die Beziehungen zu den WählerInnen und die Funktionen der Parteien innerhalb des politischen Systems. (ICA2)

[61-L] Neyer, Jürgen:

Externe Demokratisierung in Mittel- und Osteuropa und die Beständigkeit der politischen Kultur, in: Dieter Gosewinkel, Gunnar Folke Schuppert (Hrsg.): WZB-Jahrbuch 2007 : politische Kultur im Wandel von Staatlichkeit, Berlin: Ed. Sigma, 2008, S. 223-238, ISBN: 978-3-89404-007-9

INHALT: Die dritte Welle der Demokratisierung, so der Verfasser, ist in den 1990er Jahren nicht ausgelaufen, sondern hat ihre eindrucksvolle Dynamik beibehalten. Alle zehn mittel- und osteuropäische Beitrittsländer gelten heute in der Literatur als rechtsstaatlich-pluralistische Demokratien. In einem ersten Schritt wird die transformationstheoretische Literatur der letzten Jahre analysiert und die zentrale Rolle internationaler Faktoren für die Erklärung des Transformationsbefunds betont. Vor diesem Hintergrund wird die These demokratischer Konsolidierung untersucht und kritische Nachfragen bezüglich der zu erwartenden Reichweite von extern beförderten Transformationsprozessen werden gestellt. Abschließend werden die Befunde resümiert und offene Fragen für die weiterführende empirische Forschung formuliert. (ICF2)

[62-L] Petrescu, Dragos:

1989 as a return to Europe: on revolution, reform, and reconciliation with a traumatic past, (Working Paper Series of the Research Network 1989, 18), Berlin 2008, 17 S. (Graue Literatur; nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-27298)

INHALT: "The present paper examines the 1989 collapse of communist rule in East-Central Europe (ECE) and the subsequent developments by focusing on the countries that experienced a regime change in 1989, i.e., Poland, Hungary, former GDR and Czechoslovakia, Bulgaria and Romania. Thus, revolution, reform and reconciliation with the recent past are key concepts in terms of the present analysis. The main argument put forward by this study is that the nature of the 1989 regime change has influenced to a large extent the subsequent developments in the respective countries, especially with regard to the processes of democratization and integration into the European structures. Equally important, it influenced the way in which the wrongdoings of the defunct communist regimes were dealt with. This study is concerned with three major issues: (1) the nature of regime change; (2) the factors that determined the speed of the democratic consolidation process; and (3) the ways of coming to terms with the communist pasts, and consists of two main sections. The first section proposes an explanatory model of the collapse of communist dictatorships in ECE centered on a culturalist-structuralist approach and demonstrates that the regime change in ECE was determined by a complex aggregation of three kinds of factors (structural, nation-specific and conjunctural). Furthermore, this section shows that the particular aspects of regime change at country level were determined in each case by the interplay of regime and community political subcultures. The second section discusses two major aspects of democratic transition for the cases considered: (1) the pace of democratic transformation; and (2) the issue of coming to terms with the communist past. Thus, this second section is divided into two parts. The first part examines the speed of political and economic reforms and argues that in those countries in which the political transformation went hand in hand with the economic reform the transition was shorter. Establishing a delicate equilibrium between 'institutional design' and 'invisible hand' turned out to be the key for a more rapid and therefore less tortuous transition. The second part of this section is concerned with the problem of coming to terms with the past and the adoption

of lustration legislation. The present study argues that the nature of the regime change has largely influenced the strategy of fulfilling the 'backward looking' task of the post-1989 regimes during the 1989-1999 period. In dealing with the wrongdoings of the defunct communist regimes in the six countries under scrutiny, one should discern between: (1) application of early lustration (former East Germany and Czechoslovakia); (2) late initiation of lustration as a result of political competition (Poland and Romania, 1997, respectively, 1999); and (3) very limited lustration in Hungary and Bulgaria. Nevertheless, unified Germany stands out as an exceptional case in terms of scope and outcome of the process of transitional justice." (author's abstract)

[63-L] Schmidt, Carmen:

Die Ostrechtsforschung in Deutschland, in: Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst : Osteuropaforschung, 2008, Bd. 1, S. 9-15

(www.gesis.org/fileadmin/upload/dienstleistung/fachinformationen/servicepublikationen/sofid/Fachbeitraege/Osteuropaforschung_2008-1.pdf)

INHALT: Während die Ostrechtsforschung sich in der Zwischenkriegszeit auf die Auslandsrechtsforschung und die Staaten Osteuropas konzentriert hat, ist nach dem Zweiten Weltkrieg zunehmend deutlich geworden, so der Verfasser, dass eine Beschränkung auf die Rechtsanalyse ohne Berücksichtigung des politischen Systems kaum brauchbare Ergebnisse liefern kann. Die gegenwärtige Ostrechtswissenschaft erfasst, dokumentiert und analysiert das Recht der Staaten in Mittel- und Osteuropa, womit heute die Auslandsrechtsforschung und Rechtsvergleichung im Vordergrund steht. Auch die Nachfolgestaaten der Sowjetunion in der Kaukasusregion und in Zentralasien werden in den Gegenstandsbereich der Ostrechtsforschung einbezogen. An dieser Forschungstätigkeit besteht nicht zuletzt wegen der auf diese Region bezogenen Expansionsbestrebungen der deutschen Wirtschaft ein erhebliches Interesse. Neben der praxisbezogenen Forschung stellen auch heute die Politikberatung, die Mitwirkung an nationalen und internationalen Fachdialogen sowie die Unterrichtung der interessierten Öffentlichkeit wichtige Aufgaben der Ostrechtsforschung dar. Die Lage der Ostrechtsforschung in Deutschland ist, so der Autor, recht unterschiedlich. Ihre Zukunft ist kaum sicher vorauszusagen. Während an einigen Orten Einrichtungen geschlossen sowie Personal und Sachmittel gekürzt wurden, sind an anderen Orten neue Kapazitäten entstanden. Insgesamt überwiegt aber bisher die negative Tendenz. Setzt sich der Abbau von Ostrechtslehrstühlen und von wissenschaftlichen Mitarbeiterstellen fort, bleibt dies nicht ohne Folgen für Studierende, Doktoranden und Habilitanden, so dass sich die Ostrechtsforschung eines Tages ungeachtet wissenschaftspolitischer Pläne und finanzieller Rahmenbedingungen schon mangels Nachwuchses an qualifizierten Lehrkräften erledigt haben kann. (ICF2)

[64-L] Segert, Dieter:

Parteien und Transformation in Osteuropa nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts, in:

Ellen Bos, Dieter Segert (Hrsg.): Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? : Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts, Opladen: B. Budrich, 2008, S. 11-32, ISBN: 978-3-86649-161-8 (Standort: UB Bonn(5)-2008/3983)

INHALT: Parteien und die sie tragenden Personen und Gruppen sind die zentralen Akteure der Massendemokratie. Politikwissenschaftliche Analysen von sich wandelnden Parteiensyste-

men ermöglichen einen spezifischen Einblick in die Chancen und Probleme von demokratischen Gesellschaften. In diesem Sinne werden im einleitenden Beitrag zum vorliegenden Sammelband einige Merkmale der osteuropäischen Parteipolitik vor dem Hintergrund der sich seit Beginn des Systemwechsels 1989/1991 vollziehenden tiefgreifenden Umbrüche der Gesellschaften Osteuropas analysiert. Die "Bilanz" wird durch folgende Fragestellungen geleitet: (1) Gibt es heute so etwas wie eine besondere Region Osteuropa überhaupt noch? (2) Lassen sich die aus den etablierten Demokratien bekannten Konzepte, die das Funktionieren von Parteien erklären, generell auf die osteuropäischen Parteien anwenden? (3) Der Begriff vom "Ende des Übergangsjahrzehnts" wirft die Frage auf: Ist die Transformation der betreffenden Gesellschaften bereits Ende der 1990 Jahre abgeschlossen worden? Abschließend wird die Frage diskutiert, welche Bedeutung die Einsichten in die spezifischen Entwicklungen Osteuropas für die politikwissenschaftliche Theoriebildung insgesamt haben. (ICA2)

[65-L] Steger, Thomas:

Auf dem Weg zum Neo-Liberalismus?: ein kritischer Blick auf die Entwicklung der industriellen Beziehungen in Mittel- und Osteuropa, in: Peter Jurczek, Matthias Niedobitek (Hrsg.): Europäische Forschungsperspektiven : Elemente einer Europawissenschaft, Berlin: Duncker & Humblot, 2008, S. 153-172, ISBN: 978-3-428-12714-6 (Standort: ULB Münster Zweigbibl. Sozialwiss.(6A)-MK5000/355)

INHALT: Der Verfasser gibt zunächst einen Überblick über Basismodelle industrieller Beziehungen, wobei er das liberale Markt-Modell, das soziale Markt-Modell und das Konflikt-Modell unterscheidet. Er vertritt im Folgenden die These, dass sich die industriellen Beziehungen in den meisten mittel- und osteuropäischen Staaten in Richtung auf prekäre, neoliberale Arbeitsverhältnisse entwickelt haben. Diese These wird unter Rückgriff auf aktuelle Untersuchungen belegt. Im Vordergrund stehen dabei die neuen EU-Länder Polen, Tschechien und Ungarn, die zu den am weitesten entwickelten und am besten untersuchten Transformationsländern gehören. Indikatoren einer prekären Liberalisierung zeigen sich für diese Länder auf externer und nationaler Ebene sowie auf Branchen- und Unternehmensebene. (ICE2)

[66-L] Sterbling, Anton:

Zur Relevanz land- und agrarsoziologischer Fragestellungen im Rahmen der deutschen Ost- und Südosteuropaforschung, in: Lutz Laschewski, Andrzej Kaleta, Krzysztof Górlach (Hrsg.): Neue Landsoziologie in Polen und Deutschland : eine Bestandsaufnahme, Aachen: Shaker, 2008, S. 153-164, ISBN: 978-3-8322-5846-7 (Standort: UB Trier(385)-LJsn49483)

INHALT: Der Beitrag diskutiert in sieben Thesen das Verhältnis von Land- und Osteuropasozio- logie. Der Autor sieht die Landsoziologie als eine Disziplin, die in besonderer Weise die Verschränkung von Traditionen und Moderne beschreibt und die Persistenz traditioneller Denkweisen und gesellschaftlicher Strukturen aufzeigen kann. Sie kann als "kritisches Korrektiv" deshalb in besonderer Weise auch zur kritischen Reflexion bestimmter soziologischer Analysekategorien und zur Neuausrichtung theoretischer Auffassungen beitragen. Der Autor zeigt dies an den Spannungs- und Verschränkungsbeziehungen zwischen traditionellen und modernen und Wertorientierungen, die sich in den meisten ost- und südosteuropäischen Gesellschaften empirisch feststellen lassen, jedoch in westlichen Theorien der sozialen Ungleichheit oder des sozialen Wandels keine angemessene Berücksichtigung finden. Hier dominieren

"Enttraditionalisierungsthese", die apodiktisch von Formulierungen wie "Die Moderne zerstört die Tradition" (Giddens) ausgehen. Neben der Verteidigung der Tradition mit traditionellen Mitteln kann jedoch auch die Verteidigung der Tradition mit höchst modernen Mitteln erfolgen. Ebenso kann das Erreichen moderner Ziele vorwiegend unter Rückgriff auf traditionale Mittel angestrebt werden. (ICA2)

[67-L] Sterbling, Anton:

Institutionenwandel in Gesellschaften des öffentlichen Misstrauens, in: Steffen Sigmund, Gert Albert, Agathe Bienfait, Mateusz Stachura (Hrsg.): Soziale Konstellation und historische Perspektive : Festschrift für M. Rainer Lepsius, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2008, S. 104-120, ISBN: 978-3-531-15852-5 (Standort: UB Bonn(5)-20086026)

INHALT: Der Verfasser untersucht die Probleme des Institutionenwandels in den Modernisierungsvorgängen in den Staaten Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas. Dabei werden zunächst die Grundzüge eines modernisierungstheoretischen Analyseansatzes umrissen, der in der Denktradition Max Webers steht und der Familie der "historischen Modernisierungstheorien" zugerechnet werden kann. Ein Grundgedanke dieses Ansatzes liegt darin, so die These, dass institutionellen Ordnungen, institutionellen Innovationen und Prozessen des Institutionenwandels eine weichenstellende Bedeutung im Hinblick auf gesellschaftliche Entwicklungen und Modernisierungsvorgängen im Besonderen zukommt. In diesem Zusammenhang gilt es, den verwendeten Institutionenbegriff etwas genauer zu bestimmen, wobei insbesondere auf die institutionentheoretischen Überlegungen von M. Rainer Lepsius Bezug genommen wird, weil diese - nach der Meinung des Autors - für das bessere Verständnis der komplexen Probleme des Institutionenwandels in Südosteuropa in vielen Hinsichten aufschlussreich und ergiebig erscheinen. Neben allgemeinen Problemen institutioneller Wandlungsprozesse wird auf solche Aspekte eingegangen, die sich daraus ergeben, dass die meisten Gesellschaften Südosteuropas typologisch als Gesellschaften des "öffentlichen Misstrauens" zu kennzeichnen sind. In solchen Gesellschaften werfen sich spezifische Probleme des Funktionierens öffentlicher Institutionen und mithin des angestrebten Institutionenwandels auf, die auch im Kontext der europäischen Erweiterungs- und Integrationsprozesse durchaus relevant erscheinen. (ICF2)

[68-F] Stojanov, Christo, Dr. (Bearbeitung); Dittrich, Eckhard, Prof.Dr.; Schrader, Heiko, Prof.Dr. (Leitung):

Einzelprivatunternehmertum: Entstehungs- und Etablierungsmuster im Vergleich (Bulgarien, Tschechien, Russische Föderation)

INHALT: Während im Hinblick auf Transformationsgesellschaften vielen alten Staatsbetrieben und ihrem Management oftmals Verkrustung, Starrheit und kontinuierliche Ineffizienz attestiert wird, ist die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung auf der Ebene von Kleinunternehmen (Einzelprivatunternehmen) nachweisbar (z.B. Kapustkin 1999), so dass wir letztere als Hoffnungsträger einer erfolgreichen Transformation ansehen. Konkret sollen in diesem Projekt folgende Fragestellungen studiert werden: 1. Bei der Gründung von Einzelprivatunternehmen (EPU) stellt sich die Frage, welche Ressourcenkombination für den wirtschaftlichen Erfolg notwendig bzw. vielversprechend ist. 2. Wie lassen sich die EPU nach deren Ressourcen typologisieren? Inwieweit könnte man von immer wiederkehrenden Entstehungs- und Etablierungsmustern sprechen? Bleiben die vorhandenen und genutzten Ressourcen über die

Zeit konstant oder unterliegen sie mit der Veränderung des Geschäftsvolumens typischen Änderungen? 3. Gibt es in dem gewählten Dreiländervergleich unterschiedliche Kombinationsmuster, die sich aus den Besonderheiten der Geschichte und der gegenwärtigen spezifischen Form des "politischen Kapitalismus" dieser Länder erklären lassen (Pfadabhängigkeitsanalyse)? 4. Können die sich herausbildenden Kombinationsmuster in Hinblick auf ihren Beitrag zum gesellschaftlich-wirtschaftlichen Transformationsprozess beurteilt werden? Die Entstehung und Etablierung von EPU wird unter folgenden Aspekten verfolgt: 1. Biographien von Einzelunternehmern als Fallstudien (individualpsychologische Komponente). 2. Unternehmenskultur: kultureller Hintergrund für die Entwicklung einer Unternehmenskultur in Hinblick auf Kontinuität und Diskontinuität (unter Zuhilfenahme von pfadabhängigkeitsanalytischen Überlegungen). 3. Wirtschaftshandeln: über welche Ressourcen verfügen die EPU (Konvertibilität verschiedener Kapitalformen, darüber hinausgehend aber auch: Zugang zu Information, Patronage, etc.). Speziell wird hierbei analysiert, wie sie auf die grundlegenden Formen wirtschaftlicher Integration (Reziprozität, Umverteilung, Marktaustausch) Bezug nehmen. 4. Sozialstruktur: begreifen sich die Eigentümer der EPU als neue soziale Schicht, die Träger von Demokratisierung und Zivilgesellschaft werden kann und welches wären dafür die entscheidenden Indikatoren? *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Osteuropa

METHODE: Folgende Forschungshypothesen liegen der vergleichenden Untersuchung in Tschechien, Bulgarien und Russland zugrunde: 1. Die Gründung von Kleinunternehmen in Westeuropa und den Transformationsgesellschaften weist in Hinblick auf die Ressourcenkombination unterschiedliche Muster auf. In den drei Ländern werden sich hier aufgrund der Pfadabhängigkeit von Entwicklung wiederum unterschiedliche Ressourcenkombinationen ergeben, die mit dem wirtschaftlichen Erfolg des Kleinunternehmens variieren. 2. Unter der Annahme, dass der Typ des Wirtschaftens in den Transformationsgesellschaften (Staniszki 1998; Stark 1992a, 1994; Tatur 1998, Dittrich, Fürstenberg, Schmidt 1997; Dittrich 2001) Züge eines "politischen Kapitalismus" aufweist, gehen die Projektmitarbeiter davon aus, dass diese ökonomisch nicht notwendigerweise auf den westlichen Entwicklungspfad einschwenken müssen. Dieser eigenständige Typus spiegelt sich auch in dem Lebenszyklus von Kleinunternehmen und ihrer Ressourcenkombination wider. 3. Die Mischung von unterschiedlichen Ressourcen als Reaktion auf die gegebenen wirtschaftlich-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen bringt neue, für die post-sozialistischen Bedingungen spezifische Typen von Privatunternehmen hervor. Ihr Erfolg hängt davon ab, ob sie eine spezifische Rationalität unter Beschränkungen entwickeln. 4. Informelle Netzwerke stellen im Wirtschaftshandeln in Osteuropa wertvolle Ressourcen in Hinblick auf Kapitalbeschaffung, Informationsbeschaffung und Solidarität dar. Problematisch ist in postsozialistischen Gesellschaften die deutliche Unterscheidung von Binnen- und Außenmoral und damit die Abschließung von Netzwerken. 5. Erfolg in den unvollkommenen Märkten Osteuropas ist weniger an die Fähigkeit zur langfristigen Planung und darauf ausgerichtete Risikoreduzierungen, sondern insbesondere an die Fähigkeit des Kleinunternehmers gekoppelt, in eine konkrete Marktlücke zu stoßen und in kurzer Zeit mit seinen Transaktionen möglichst hohe Profite zu erwirtschaften. 6. Im Sinne einer Pfadabhängigkeitsanalyse vermuten die Projektmitarbeiter, dass die verschiedenen Rahmenbedingungen und unterschiedlich verlaufenden Transformationsprozesse in den osteuropäischen Ländern auf die möglichen und erfolgreichen Ressourcenkombinationen einen direkten Einfluss haben. Sie konstatieren daher, dass insbesondere in Russland das Netzwerk- und Patronagekapital eine wichtigere Rolle spielen als insbesondere in Tschechien, während hier Bulgarien vermutlich eine mittlere Position einnimmt. Umgekehrt nehmen die Projektmitarbeiter an, dass sich die Art der persönlichen Beziehungen nach Kriterien der sozialen Nähe in Tschechien schon

am meisten ausgeweitet hat, während diese Beziehungen in Russland nach wie vor sehr eng gehalten sind. Auch hier vermuten sie, dass Bulgarien eine mittlere Position einnimmt.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Dittrich, Eckhard; Schrader, Heiko; Stojanov, Christo: Von Wirten und anderen Entrepreneuren. Kleinunternehmen in Bulgarien, Tschechien und der Russischen Föderation. Gesellschaftliche Transformationen, Bd. 2. Berlin: Lit Verl. 2006, VIII, 342 S. ISBN 3-8258-7867-8.+++Dittrich, Eckhard; Schrader, Heiko; Stojanov, Christo: The Development of Small Enterprises in Bulgaria, Czech Republic, and Russian Federation. in: Journal for East European Management Studies (JEEMS) (ISSN 0949-6181), vol. 13, 2008, iss. 2, pp. 129-153.

ART: *BEGINN:* 2002-01 *ENDE:* 2004-01 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Volkswagen Stiftung

INSTITUTION: Universität Magdeburg, Fak. für Geistes-, Sozial- und Erziehungswissenschaften, Institut für Soziologie Bereich Makrosoziologie (Postfach 4120, 39016 Magdeburg)

KONTAKT: Bearbeiter (e-mail: stojanov.eurodialog@planet-interkom.de)

[69-F] Stoklosa, Katarzyna, Dr.; Lorenz, Torsten, Dr.; Besier, Gerhard, Prof.Dr.Dr. (Bearbeitung): **Migrations-, Vertreibungs- und Minderheitenforschung in europäischer Perspektive. Grenzüberschreitende interdisziplinäre Arbeit und Bildung der Netzwerke**

INHALT: keine Angaben *ZEITRAUM:* 1945-2008 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Osteuropa, Ostmitteleuropa

ART: *BEGINN:* 2008-11 *ENDE:* 2009-07 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Bundesministerium für Bildung und Forschung

INSTITUTION: Technische Universität Dresden, Philosophische Fakultät, Lehrstuhl für Europa-studien (01062 Dresden)

KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 0351-463-42175, Fax: 0351-463-42173, e-mail: Katarzyna.Stoklosa@mailbox.tu-dresden.de)

[70-L] Teckenberg, Wolfgang:

Ständische Ordnung, "neue" Intelligenzija oder Klassenstrukturierung im Postsozialismus?: was aus der Revolte des Umbruchs geworden ist, in: Steffen Sigmund, Gert Albert, Agathe Bienfait, Mateusz Stachura (Hrsg.): Soziale Konstellation und historische Perspektive : Festschrift für M. Rainer Lepsius, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2008, S. 253-283, ISBN: 978-3-531-15852-5 (Standort: UB Bonn(5)-20086026)

INHALT: Mit einem empirischem Interesse an Osteuropa wird das kognitive Potential der Begriffe "Stand" und "Klasse" für Erklärungen im Rahmen der "postsozialistischen Formation" überprüft. Dabei wird die sozialistische Formation als "ständische Ordnung" beschrieben. Nach der Einführung des privaten Eigentums und der Marktwirtschaft von oben, werden nun Umriss einer Klassengesellschaft deutlich. Es wird argumentiert, dass sich zunächst eine neue Eigentumsordnung etablieren muss. Konfligierende Interessen sollten durch differenzierte Institutionen widerspiegelt werden. Die Durchsetzung von eigenständigen Interessen der Selbstständigen ist langfristig nur möglich, indem sie auch ständisch als Berufs- (Ärzteverbände, etc.) oder Kollektivverband (Unternehmerverband) auftreten. Es ist, so die These, die mangelnde Institutionalisierung von Klasseninteressen in intermediären Instanzen das Hauptproblem kollektiver Interessenaggregation im Postsozialismus, und nicht die Gründung

von mehr oder weniger ephemeren Parteien, die häufig aus hypostasierten ethnischen oder allgemein "kulturellen" Konflikten, "zeitgebundenen" Unzufriedenheiten oder sozialen Bewegungen resultieren. Populistische Parteiführer mobilisieren aufgrund "vor-moderner" und "partikular-parochialer" und patrimonialer Cleavages häufig kurzfristig Wählerschaften und gründen Parteien, die bei der nächsten Wahl schon wieder verschwunden sind. Ohne klarere Regeln für Tarifparteien und industrielle Beziehungen wird sich auch das "Demokratieverständnis" postsozialistischer Staaten, oder besser gesagt, der "neuen" mittelost-europäischen Mitglieder der EU und Russlands noch häufig wandeln. (ICF2)

[71-L] Tiemann, Guido:

"Cleavages" oder "Legacies"?: die Institutionalisierung und Struktur des politischen

Wettbewerbs im post-sozialistischen Osteuropa, in: Ellen Bos, Dieter Segert (Hrsg.):

Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? : Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts, Opladen: B. Budrich, 2008, S. 33-53, ISBN: 978-3-86649-161-8 (Standort: UB Bonn(5)-2008/3983)

INHALT: Der Beitrag diskutiert die Bedeutung politischer Cleavages (soziale Spannungsstrukturen) zur Strukturierung des Parteienwettbewerbs in den Staaten des postsozialistischen Osteuropa. Der allgemeine theoretische Hintergrund bezieht sich dabei auf das Konzept stabiler politischer Cleavage Structures (Lipset und Rokkan 1967), die soziale Gegensätze und politisches Parteiensystem in den etablierten Demokratien Westeuropas vermitteln, organisieren und verstetigen. Zwei wesentliche Argumente stehen im Fokus des Beitrags: (1) Der unterschiedliche Verlauf der Systemwechselprozesse verhindert im postsozialistischen Osteuropa die Herausbildung gleichermaßen sozial verankerter wie politisch verstetigter Konfliktstrukturen, die nachhaltig den Parteienwettbewerb in den westeuropäischen Demokratien geprägt haben. (2) Während das Konzept politischer Cleavages nicht sinnvoll auf das postsozialistische Osteuropa übertragen werden kann, sind aus unterschiedlichen Perspektiven Versuche unternommen worden, die historisch kürzer greifenden Legacies (politisch-bürokratische Strukturen) der unterschiedlichen sozialistischen Anciens Regimes als Erklärungsfaktoren für die Struktur und Dynamik des politischen Wettbewerbs im Postsozialismus zu benutzen. Der empirische Teil des Beitrags konzentriert sich auf eine systematische Analyse der Dimensionalität des politischen Wettbewerbs und damit auf eine systematische empirische Prüfung der Legacy-These. (ICA2)

[72-L] Wasner, Barbara:

Wirtschaftspolitik "schlägt" Sozialpolitik: die Rentenreformen in den Staaten

Mitteuropas, in: Karl-Siegbert Rehberg (Hrsg.): Die Natur der Gesellschaft : Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006. Teilbd. 1 u. 2, Frankfurt am Main: Campus Verl., 2008, S. 2678-2693, ISBN: 978-3-593-38440-5

INHALT: "Besonders deutlich wird die Verklammerung von Wirtschafts- und Sozialpolitik in den Transformationsstaaten Mittel- und Südosteuropas. Die krisenhafte Entwicklung der Wirtschaft und die Notwendigkeit der Anpassung oder Neuschaffung sozialpolitischer Institutionen führten dazu. Die Reformen des Rentensystems zeigen, wie sehr sozialpolitische Reformen von wirtschaftspolitischen Erwägungen geprägt sind. Die Rentenversicherungen wurden in diesen Staaten teilprivatisiert, d.h. die staatliche - auf dem Umlageverfahren basierende

- Rentenversicherung wurde aufgeteilt, zugunsten einer obligatorischen, aber individuellen Kapitalbildungsversicherung. Da diese Versicherung in einigen Staaten von privatwirtschaftlichen Versicherungsgesellschaften geführt werden, kann dieser Reformschritt als Teilprivatisierung der Rentenversicherung gewertet werden. Das Kalkül dieser Maßnahme war die Sicherung der langfristigen Stabilität der Rentenversicherung, und damit der Staatsfinanzen. Die einschneidenden Arbeitsmarktentwicklungen während des Transformationsprozesses bewirkten Veränderungen, die eher eine sozialpolitische und weniger wirtschaftspolitische Ausrichtung der Reformen bedurft hätten. Die momentane Rentnergeneration ist gegenüber der künftigen in einer geradezu rosigen Situation: Ihre soziale Lage ist erheblich besser als die der erwerbstätigen Bevölkerung. Sie sind nicht mit den Unwägbarkeiten des Arbeitsmarktes konfrontiert; das Armutsrisiko der Rentnergeneration ist geringer als das der Erwerbsbevölkerung. Zudem ist die Einkommensdifferenzierung angestiegen und dies wird sich später auf die Altersbezüge auswirken. Mit den Rentenreformen wurde das Versicherungsprinzip gestärkt, Beitragshöhe und -dauer wirken sich viel stärker als bisher auf die Höhe der Rente aus. Die Verstärkung des Versicherungsprinzips in der staatlichen Sozialversicherungsrente in Kombination mit der Einführung der Kapitalbildung und den Turbulenzen am Arbeitsmarkt wird in Zukunft dazu führen, dass die Einkommensdifferenzierung bei den Rentnern noch sehr viel größer ist als bei der Erwerbsbevölkerung. Die Armutsquote im Alter wird steigen. In jüngerer Zeit folgen die Rentenreformen den Vorgaben der EU. Damit wird zwar keine völlige Neuorientierung einhergehen, aber ein neuer Weg zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik gefunden." (Autorenreferat)

[73-L] Wnuk-Lipinski, Edmund:

Vicissitudes of ethical civil society in Central and Eastern Europe, in: Stefan Heuser, Hans G. Ulrich (Hrsg.): *Political practices and international order : proceedings of the Annual Conference of the Societas Ethica*, Oxford 2006, Münster: Lit Verl., 2007, S. 87-97, ISBN: 978-3-8258-0920-1 (Standort: THB Aachen(82)-Ae1704-4)

INHALT: Der Beitrag fragt nach der Rolle und dem Stellenwert einer "ethischen Zivilgesellschaft" nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Blocks in Mittel- und Osteuropa. Gezeigt wird, dass und warum der Transfer demokratischer und zivilgesellschaftlicher Institutionen sich so viel schwieriger gestaltet hat als in der ersten Euphorie nach der "Wende" angenommen. Der Transfer westlicher Demokratiemodelle wird durch mannigfaltige Traditionen und institutionelle politische "Erblasten" blockiert bzw. verlangsamt. Nach fast zwanzig Jahren wächst die Einsicht, dass Demokratie und Marktwirtschaft nicht einfach "exportiert", "verpflanzt", "installiert" oder "implementiert" werden können, sondern über Jahre - wenn nicht Jahrzehnte - "wachsen" müssen. Im Mittelpunkt der Ausführungen des Autors stehen vorrangig die Beziehungen zwischen den religiösen Konfessionen als retardierende aber auch katalysierende Faktoren der Transformation. (ICA)

[74-L] Wolters, Willem:

Einkommensungleichheit in Mitteleuropa 1989 bis 2003: eine empirisch-theoretische Gegenüberstellung externer und interner Faktoren, in: *Osteuropa-Wirtschaft*, Jg. 53/2008, H. 2, S. 115-135

INHALT: "Die Arbeit untersucht die Ursachen für die Entwicklung der Einkommensungleichheit in Mitteleuropa seit Beginn der Transformation bis kurz vor die Aufnahme in die EU. Die Dependenztheorie wird zur Begründung hinzugezogen, inwiefern externe Einflüsse aus den EU-15 auf die Ungleichheit in Mitteleuropa gewirkt haben. Die internen Einflüsse werden unter anderem durch modernisierungstheoretische Aspekte, insbesondere des wechselseitigen Zusammenhangs zwischen Wirtschaftswachstum, Einkommensungleichheit und Humankapital, und weiteren internen Faktoren wie der Transformationsarbeitslosigkeit und des Sozialsystems theoretisch erläutert. Zur empirischen Überprüfung der Dependenztheorie wird eine Hierarchie nach Galtung gebildet, welche die Ansätze von Prebisch, Senghaas und Wallerstein testet. Eine bivariate Korrelation wird für alle externen und internen Faktoren durchgeführt, wobei die signifikanten Ergebnisse anschließend simultan in eine Regressionsanalyse eingehen." (Autorenreferat)

3 Russland / Gemeinschaft Unabhängiger Staaten

3.1 Internationale Beziehungen

[75-L] Adomeit, Hannes:

Inside or outside? Russia's policies towards NATO, (Diskussionspapier / Forschungsgruppe Russland-GUS, Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit), Berlin 2007, 34 S. (Graue Literatur; www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=3570)

INHALT: Der Beitrag zur Friedens- und Konfliktforschung befasst sich mit der Frage, ob die Politik Russlands gegenüber der NATO als ein Teil der umfassenden Transformation in der Außenpolitik - weg von einer Politik der Konfrontation und des Wettkampfs und hin zu einer Kooperation mit dem Westen - angesehen werden kann. Kann man Russlands Beziehungen zur NATO als ein überzeugendes Beispiel für den Multilateralismus betrachten in dem Sinn, dass ein Land konstruktiv mit und innerhalb der westlichen Institutionen arbeitet? So wird im ersten Schritt zunächst die Entwicklung der Beziehungen Russlands zur NATO seit Anfang der 1990er Jahre bis 2006 beschrieben. Hier gilt das Augenmerk insbesondere der Außen- und Sicherheitspolitik unter Putin. Der zweite Schritt widmet sich sodann den institutionellen Verbindungen zwischen Russland und der NATO und den maßgeblichen Themen wie Proliferation, militärische Kooperation, Kampf gegen den Terrorismus, die Stationierung von nuklearen Abwehrraketen usw. Der dritte Schritt beleuchtet schließlich die geopolitische Rivalität zwischen Russland und der NATO in der post-sowjetischen Region. Dazu gehören die baltischen Staaten, Weißrussland, Ukraine, Moldawien und Georgien. (ICG2)

[76-L] Adomeit, Hannes:

Russische Nahostpolitik, (Diskussionspapier / Forschungsgruppe Russland-GUS, Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit), Berlin 2008, 39 S. (Graue Literatur; www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=4703)

INHALT: Die Untersuchung befasst sich mit der russischen Haltung und Politik zu den beiden Problemen, die heute ganz oben auf der internationalen Agenda stehen und dringend einer Lösung bedürfen: dem Atomstreit mit dem Iran und dem arabisch-israelischen Konflikt. Dies geschieht in zwei getrennten Studien, allerdings unter der Annahme, dass diese beiden Brennpunkte wegen der engen Beziehungen zwischen den staatlichen Akteuren Iran und Syrien und der nichtstaatlichen Hizbullah und Hamas eng miteinander verbunden sind. Geographisch gesehen erstreckt sich der Untersuchungsgegenstand insofern auf die russische Politik in einem Bogen, der von Iran über Irak, Syrien und Libanon nach Israel reicht. Die Studien kommen zu folgenden Ergebnissen: Die Rückkehr Russlands in den Nahen und Mittleren Osten wird im Wesentlichen von drei Faktoren begünstigt. Diese sind (1) die geographische Nähe dieser Region zu Russland und zum postsowjetischen Raum, den Russland als seine Einflussphäre betrachtet; (2) die traditionellen Verbindungen, welche die Sowjetunion zu den arabischen Staaten hatte und zu Iran immer noch hat; (3) Wahrnehmungen der aus diesen Verbindungen hervorgegangenen Eliten und neuen islamistischen Kräften, die in Russland zwar nicht einen verlässlichen Verbündeten im Kampf gegen Israel und die hinter diesem Land stehenden Vereinigten Staaten sehen, aber zumindest ein nützliches Gegengewicht, als eine amerikanische und israelische Politik begrenzende Macht. Die Interessen, welche Russlands Rückkehr bestimmen, sind oft untereinander widersprüchlich, und sie fächern sich nach unterschiedlichen innenpolitischen Akteuren auf: (1) Auf nationaler Ebene gehören dazu strategische Interessen; (2) Waffenexporte und - im Geschäft mit Iran - die Lieferung ziviler Nukleartechnologie bestimmen die wesentlichen wirtschaftlichen Interessen; (3) Teil russischen Interesses könnte es sein, ein Überschwappen extremistischer Strömungen auf die muslimischen Nachbarstaaten im Südkaukasus und in Zentralasien zu verhindern. Zu den wichtigsten Instrumenten russischer Politik im Nahen und Mittleren Osten gehörte früher die Fähigkeit, militärische Macht zu projizieren. Dieses Instrument steht Russland derzeit praktisch nicht mehr zur Verfügung. Anspruch und Wirklichkeit in der von Russland im Nahen/Mittleren Osten verfolgten Politik klaffen weiterhin auseinander, diese besteht oft mehr aus Schein, als aus Sein. Die Folgerungen, die sich für die deutsche und europäische Politik ergeben, lassen sich wie folgt charakterisieren: Man sollte nicht auf Russland als ehrlichen Makler im Nahen und Mittleren Osten setzen und konstruktive Initiativen erwarten, denen sich Deutschland, die EU und die USA anschließen könnten. (ICG2)

[77-L] Apelt, Beate:

Russland und Usbekistan: sicherheitspolitische und ökonomische Beziehungen,

(Diskussionspapier / Forschungsgruppe Russland-GUS, Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit), Berlin 2008, 16 S. (Graue Literatur; www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=4704)

INHALT: "Nachdem Usbekistans Beziehungen zum Westen infolge der Kritik an Menschenrechtsverletzungen erkaltet sind, hat sich der autokratisch regierte Staat vor allem Russland zugewandt. Die neue sicherheitspolitische Allianz drückt sich in bilateralen Bündnisverträgen und der Integration Usbekistans in Regionalorganisationen aus. Weit mehr als im Sicherheitssektor konnte Russland aber in der Wirtschaft des Landes Einfluss gewinnen. Gewachsene ökonomische Verflechtungen und die Gegebenheiten der Erdgasleitungen bildeten die Grundlage für ein boomendes russisches Engagement. Die usbekische Führung ist einerseits auf die Investitionen angewiesen. Andererseits versucht sie, durch Kontakte mit Partnern wie China und Japan die russische Dominanz in Grenzen zu halten." (Autorenreferat)

[78-F] Bredies, Ingmar, Dr.; Grodeland, Ase, Dr.; Gordyi, Igor, M.A.; Haidinger, Bettina, M.A.; Kappeler, Andreas, Prof.Dr.; Klymenko, Lina, M.A.; Malek, Martin, Dr.; Pillinger, Renate, Prof.Dr.; Pleines, Heiko, Dr.; Rechberger, Walter, Prof.Dr.; Schauer, Martin, Prof.Dr.; Segert, Dieter, Prof.Dr.; Simon, Gerd, Prof.Dr.; Stewart, Susanne, Dr.rer.soc.; Woldan, Alois, Prof.Dr.; Zimmer, Kerstin, Dr. (Bearbeitung); Besters-Dilger, Juliane, Prof.Dr. (Leitung):

Die (Re-)Integration der Ukraine nach Europa

INHALT: 1. Analyse der Bemühungen der Ukraine um Annäherung an die Europäische Union (seit der Orangen Revolution); 2. kulturelle Konstanten aus der Sowjetzeit oder der vorsowjetischen Zeit, die diese Annäherung behindern oder fördern. *ZEITRAUM:* 2004-2008
GEOGRAPHISCHER RAUM: Ukraine

METHODE: Bei 17 beteiligten ForscherInnen kommen verschiedene Ansätze zum Tragen

VERÖFFENTLICHUNGEN: Drei Buchpublikationen. In englischer, ukrainischer und deutscher Sprache (geplant).

ART: *BEGINN:* 2006-10 *ENDE:* 2009-03 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Universität Wien

INSTITUTION: Universität Freiburg, Philologische Fakultät, Slavisches Seminar (Universitätsstr. 9, 79098 Freiburg im Breisgau); Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (Klagenfurter Str. 3, 28359 Bremen); Universität Köln, Philosophische Fakultät, Historisches Seminar Abt. für Osteuropäische Geschichte (Kringsweg 6, 50931 Köln); Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit (Ludwigkirchplatz 3-4, 10719 Berlin); Universität Marburg, FB 03 Gesellschaftswissenschaften und Philosophie, Institut für Soziologie (Ketzertbach 11, 35032 Marburg)

KONTAKT: Leiterin (Tel. 0761-2038315,
e-mail: juliane.besters-dilger@slavistik.uni-freiburg.de)

[79-L] Crome, Erhard:

Kaukasische Verwicklungen, in: WeltTrends : Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien, Jg. 16/2008, Nr. 62, S. 5-11 (Standort: UuStB Köln (38)-LXE782; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; :de:kobv:517-opus-23347)

INHALT: "Um diesen Krieg zu verstehen, sind jenseits der tagespolitischen Propaganda der verschiedenen Seiten tiefere Aspekte von Bedeutung. Der Autor diskutiert das Problem des Nationalismus im Osten Europas nach dem Zusammenbruch des osteuropäischen Realsozialismus, die Eigenheiten des nach-kommunistischen politischen Personals, das Vorgehen des Westens und das Agieren Russlands in diesem Konflikt." (Autorenreferat)

[80-L] Deimel, Johanna:

Back to the future: Russia's Balkan policy, in: Jahnna Deimel, Wim van Meurs (Hrsg.): The Balkan prism : a retrospective by policy-makers and analysts, Offenbach am Main: Sagner, 2007, S. 487-497, ISBN: 978-3-86688-000-9 (Standort: Martin-Opitz-B. Herne(364)-2008/0826)

INHALT: Der Beitrag beschreibt eine sich andeutende Wende in der Außen-, Europa und Balkanpolitik Russlands mit der Formel "Back to the Future", d. h. einer härteren und schrofferen Reaktion auf (westliche) Eingriffe in Gebiete der ehemaligen Sowjetunion. Auf dem EU-Gipfel 2007 in Samara traten tiefgreifende Differenzen erstmals deutlich zu Tage, so dass Be-

obachter nicht von einer neuen Eiszeit, jedoch von einer eisigen Atmosphäre sprachen. Diesen Kurswechsel glaubt die Autorin auch in der Balkanpolitik Russlands konstatieren zu können. Diese Politik wird nicht mehr ideologisch-weltanschaulich legitimiert (Völkerfreundschaft zwischen Slawen, internationale Solidarität oder die Errichtung der klassenlosen Gesellschaft), sondern sie reagiert "neorealistisch" und machtpolitisch empfindlich auf Eingriffe und westliche Einflussnahmen (Georgien, Ukraine, Estland) in den sicherheitspolitischen Kordon der GUS-Staaten. So wird auch die Blockierung der Anerkennung eines unabhängigen Kosovo im Sicherheitsrat als politische Ressource gehandhabt, die man "nicht umsonst" aus der Hand gibt. (ICA)

[81-L] Eder, Franz:

Sicherheitspolitik im Südkaukasus: zwischen balancing, Demokratisierung und zögerlicher Regimebildung. (Nomos Universitätschriften : Politik, Bd. 155), Baden-Baden: Nomos Verlagsges. 2008, 251 S., ISBN: 978-3-8329-3581-8 (Standort: Karlsruhe LB(31)-108A5839)

INHALT: "Ziel des Buches ist es, die sicherheitspolitischen Dynamiken im Südkaukasus theoriegeleitet zu analysieren. Mit Hilfe der Regional Security Complex Theory wird gezeigt, dass es sich beim Südkaukasus um einen subregionalen Sicherheitskomplex innerhalb des 'postsovjetschen Raums' handelt. Dieser wird durch das Dominanzstreben Russlands, die engen wirtschaftlichen und politischen Verflechtungen, sowie die für den Südkaukasus typischen Konfliktstrukturen gekennzeichnet. In weiterer Folge werden die Bedrohungswahrnehmungen Georgiens, Armeniens und Aserbaidschans mit Hilfe des securitization-Ansatzes analysiert und es wird gezeigt, dass diese drei Staaten einerseits Russland, andererseits jedoch den jeweils anderen als Bedrohung wahrnehmen und entsprechend darauf reagieren. Dabei stellt sich heraus, dass neorealistische Handlungsmuster dominieren, Regimebildung nur unzureichend stattfindet und dass Demokratisierung meist der securitization des sicherheitspolitischen Diskurses dient. Ein besonderes Augenmerk wird auch auf die Analyse der Sezessionskonflikte geworfen und es wird erklärt, warum die Politik Georgiens und Aserbaidschans nicht in der Lage ist, diese zu lösen. In einem letzten Teil wird auf die Rolle der Europäischen Union im Südkaukasus als Katalysator zur Förderung von Verflechtungen und dem Aufbau von Regimes eingegangen." (Autorenreferat)

[82-L] Finger, Anne:

Russland und das iranische Atomprogramm: Moskaus widerstreitende Interessen, (Diskussionspapier / Forschungsgruppe Sicherheitspolitik, Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit), Berlin 2007, 9 S. (Graue Literatur; www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=4183)

INHALT: Der Beitrag zur Friedens- und Konfliktforschung befasst sich mit der Frage, welches die maßgeblichen politischen und wirtschaftlichen Interessen sind, die Moskaus Vorgehen im Streit um das iranische Atomprogramm beeinflussen und einem entschlossenen Vorgehen vermutlich auch in der nächsten Zeit entgegenstehen. So werden im ersten Schritt zunächst die strategischen Interessen Russlands auf der Bühne der internationalen Politik beschrieben. Der zweite Schritt skizziert sodann die wirtschaftlichen Interessen Moskaus, in deren Mittelpunkt Rüstungsexporte und -expertise sowie die Kooperation im Bereich der zivilen Nukleartechnologie stehen. In einer Schlussbetrachtung stellt die Autorin fest, dass sich Russland in

Hinblick auf Iran in einem Dilemma befindet: Es lehnt eine atomare Bewaffnung Irans ab, hat jedoch gleichzeitig kein Interesse an Sanktionen gegen einen seiner engen (Wirtschafts-)Partner, der zuverlässiger Abnehmer sowohl von nuklearer Technologien als auch von militärischen Gütern ist. Dieser Zwiespalt, widerstreitende Interessen vereinbaren zu wollen, bestimmt Russlands Position gegenüber Iran, die zu einer widersprüchlichen Iranpolitik allgemein und nur wenig nachdrücklichen Nichtverbreitungspolitik im Besonderen geführt hat. (ICG2)

[83-L] Fischer, Sabine:

Rußland und die Ukraine: Fehlkalkulation oder neoimperialer Impuls?, in: Osteuropa : interdisziplinäre Monatszeitschrift zur Analyse von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Zeitgeschichte in Osteuropa, Ostmitteleuropa und Südosteuropa, Jg. 55/2005, H. 1, S. 64-76 (Standort: USB Köln(38)-M-AP04813; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Russland hat bei den Präsidentschaftswahlen in der Ukraine eine doppelte Niederlage erlitten: Moskau scheiterte mit dem Versuch, seinen Kandidaten als Präsidenten in Kiev zu installieren und geriet über sein Vorgehen in der Ukraine mit der EU und den USA in Konflikt. Angesichts des Wandels der Russländischen Außenpolitik seit 2000 erscheint diese Haltung irrational. Diese Irrationalität liegt in Fehlwahrnehmungen und veränderten Entscheidungsprozessen im 'System Putin' begründet." (Autorenreferat)

[84-L] Heinrich, Hans Georg:

Der kaukasische Teufelskreis, in: Norbert Schreiber (Hrsg.): Russland : der kaukasische Teufelskreis oder die lupenreine Demokratie, Klagenfurt: Wieser, 2008, S. 89-105, ISBN: 978-3-85129-689-1 (Standort: LB Stuttgart(24)-58/2758)

INHALT: In der Geschichte der Kriege und Konflikte im Kaukasus können mehrere, bis heute fortwirkende Tendenzen unterschieden werden: eine apologetische russische imperiale Tradition, eine meist russlandfeindliche Tradition des Eintretens für die kolonisierten ethnischen Minderheiten und eine auf Großbritannien zurückgehende geopolitische Tradition. Der Verfasser stellt die Strategien Russlands, der USA, der EU und der internationalen Gemeinschaft im Kaukasus dar. Bedeutete die Vermittlungsaktion im ersten Tschetschenienkonflikt noch eine kurze Sternstunde der OSZE, blieben bei den Konflikten im Südkaukasus alle Vermittlungsbemühungen erfolglos. Georgien favorisiert einen Beitritt zur NATO und verfolgt eine militärische Lösung in Südossetien. Die Demokratisierung auf lokaler und regionaler Ebene führt zu einem hemmungslosen Nationalpopulismus. Soll der "kaukasische Teufelskreis" durchbrochen werden, müssen vitale russische Interessen berücksichtigt werden. (ICE2)

[85-L] Heinz, Dominic:

A review of EU-Russian relations: added value or structurally deficient?, (ZEI Discussion Paper, C 177), Bonn 2007, 20 S., ISBN: 978-3-936183-77-1 (Graue Literatur; www.zei.de/download/zei_dp/dp_c177heinz.pdf)

INHALT: Der Beitrag diskutiert die zunehmende Relevanz bilateraler Beziehungen zwischen Russland und der EU nach dem Ende des Kalten Krieges. Es wird gezeigt, dass die Beziehun-

gen nicht nur auf Faktoren wie dem EU-Energieverbrauch und den Konflikten im Kaukasus und Balkan gründen, sondern von einer weiteren, endogenen Dimension bestimmt werden. Diese Dimension ist die interne Organisation des außenpolitischen Prozesses beider Akteure. Denn sowohl Russland als auch die EU mussten nach Ende des Kalten Krieges neue politische Instrumente und Institutionen aufbauen. Der Maastrichter Vertrag legte den Grundstein für einen Entwicklungsprozess von Institutionen und politischen Maßnahmen für eine Kooperation und Partnerschaft der beiden Akteure. Im ersten Teil des Beitrags werden die Institutionen und politischen Maßnahmen der EU analysiert. Im Anschluss daran werden selbige für Russland untersucht. Die Analyse wird in den Rahmen internationaler Konflikte und Probleme eingeordnet, welche den Prozess der Neudefinierung der bilateralen Beziehungen entscheidend beeinflusst haben. Die Debatte um Energiesicherheit, die Rolle des Kosovo sowie Tschetschenien werden hierbei als Fallstudie diskutiert. (ICG)

[86-L] Karaganow, Sergej A.:

Neustart der Geschichte: jetzt kommt NEK: eine neue Epoche der Konkurrenz, der Konfrontation oder der Kooperation? ; das müssen wir heute entscheiden, in: Internationale Politik, Jg. 63/2008, H. 7/8, S. 96-104 (Standort: USB Köln(38)-LS G 09335; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;
www.internationalepolitik.de/archiv/jahrgang-2008/die-ohnmacht-der-machtigen/neustart-der-geschichte.html)

INHALT: Der Beitrag beschreibt die politische Rolle Russlands auf internationaler Ebene. In diesem Zusammenhang werden folgende Aspekte betrachtet: (1) Russlands politische Entwicklung und seine politischen Beziehungen zum Westen seit dem Ende des Kalten Krieges, (2) Russlands riesige Energiereserven und seine Auswirkungen auf die Geopolitik, (3) die Gefahr eines neuen großen Krieges, (4) die Verhinderung einer neuen Systemkonfrontation, (5) die Notwendigkeit eines neuen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems in Russland sowie (6) die Beziehungen zur NATO, den USA und Europa. Die internationale Politik befindet sich in einer Periode des Übergangs. Die Demokratien regieren die Welt nicht mehr allein, zu den Aufsteigern unter den großen Mächten gehören auch autoritäre Regime wie Russland. Welche Form der Global Governance sollte man anstreben? Das wieder erstarkte Russland will - schon aus Eigeninteresse - international kooperieren. Aber der Westen muss nach Ansicht des Autors aufhören, Moskau politisch vor den Kopf zu stoßen. (ICG2)

[87-L] Kleinhanß, Silke:

Die Außenpolitik Georgiens: ein "failing state" zwischen internem Teilversagen und externen Chancen, (Politikwissenschaft, Bd. 156), Berlin: Lit Verl. 2008, 139 S., ISBN: 978-3-8258-0817-4 (Standort: ULB Münster(6A)-ML7270/1)

INHALT: Innenpolitisch erfüllt Georgien in mehreren Bereichen, so die Verfasserin, die Charakteristika eines Failing State, die sich aus einer gescheiterten Transformation insbesondere beim Aufbau eines neuen Nationalstaates, ergeben. Vor allem in der Sicherheitsfunktion ist Georgiens Leistung nach wie vor schwach, auch wenn in den letzten Jahren deutliche Fortschritte erzielt wurden. Auch in der Wohlfahrtsfunktion kann es staatliche Aufgaben nur ungenügend ausführen. 15 Jahre nach seiner Unabhängigkeitserklärung hat Georgien noch nicht das BIP-Niveau von 1991 erreicht. Ganz im Gegensatz zu dieser schwachen innerstaatlichen

Performance präsentiert sich die außenpolitische Bilanz Georgiens - sie ist außerordentlich erfolgreich. Das Land liegt in einer geostrategisch bedeutenden Region, in der seit 1994/95 zwei externe Akteure um Einfluss kämpfen. Die außenpolitischen Optionen Georgiens seit 1995 haben sich mit dem Eintritt der USA in die Region deutlich vergrößert. Dieses Engagement der USA hat die außenpolitische Orientierung Georgiens verändert, die seitdem ziemlich kontinuierlich nach Westen ausgerichtet ist und darauf abzielt, Russland seine Mittel der Einflussnahme zu entziehen. Mit der "Rosenrevolution" im Jahr 2003 wird jedoch auch deutlich, dass der Eintritt der USA die außenpolitischen Optionen gleichzeitig auch begrenzt, da sie keine andere außenpolitische Ausrichtung als eine prowestliche zulassen. Es wird argumentiert, dass Georgien die Interessen der externen Akteure nutzt, um von internen Mängeln abzulenken und diese auch zu kompensieren. Innerstaatlich lenkt die Sündenbockrolle Russlands von eigenen Mängeln ab und die Kreierung einer externen Bedrohung schweißt das Volk hinter der Regierung zusammen. Auf der internationalen Bühne kann Georgien von seinen internen Versagemomenten ablenken, da es erstens wirklich agieren und zweitens seine Souveränität und Staatlichkeit zur Schau stellen kann. Ohne die Hilfszahlungen der USA hätte Georgien weder seine Armee in diesem Maße modernisieren noch partiell sozialpolitische und ökonomische Reformen durchführen können. Dieses Grundmaß an empirischer Staatlichkeit ist aber nötig, um über ein Mindestmaß an Legitimität verfügen zu können. (ICF2)

[88-L] Krastev, Ivan:

Die Krise der europäischen Ordnung und Russlands neuer Konfrontationskurs mit dem Westen, in: Transit : europäische Revue, 2008, H. 35, S. 160-174 (Standort: USB Köln(38)-24A1544; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der neue Kurs in Russlands Außenpolitik, der am nachdrücklichsten in der Rede von Präsident Putin auf der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik am 10. Februar 2007 zum Ausdruck kam, stützt sich nach Ansicht des Autors auf zwei Kernannahmen und eine strategische Kalkulation. Die erste Annahme ist, dass die globale Hegemonie der Vereinigten Staaten nicht aufrechtzuerhalten und der Niedergang der amerikanischen Macht unumkehrbar ist. Nach der zweiten Annahme stellt die Europäische Union durch ihre bloße Existenz als nachmodernes Imperium eine Bedrohung der russischen Interessen dar. Moskaus strategische Kalkulation ist, dass der Westen sein Monopol über den Globalisierungsprozess verliert und das kommende Jahrzehnt Russland eine Chance eröffnen wird, seinen globalen Einfluss wiederherzustellen. Andernfalls würde das Land vom Aufstieg Chinas in den Schatten gestellt und Moskau eine Großmacht "zweiter Klasse" werden. Russlands neue Konfrontation mit dem Westen stellt vor diesem Hintergrund nach der These des Autors keine emotionale Überreaktion oder theatralische Effekthascherei dar, sondern sie ist eine strategische Wahl und Ausdruck eines neuen außenpolitischen Konsenses innerhalb der russischen Elite und der russischen Gesellschaft insgesamt. (ICI2)

[89-L] Malek, Martin:

Belarus - ein autoritärer Nachbar der EU, in: Iskra Schwarcz, Arnold Suppan (Hrsg.): Quo vadis EU? : Osteuropa und die EU-Erweiterung, Münster: Lit Verl., 2008, S. 499-517, ISBN: 978-3-8258-1240-9 (Standort: LB Speyer (107)-1084267)

INHALT: Das Überleben der kaum reformierten belarussischen Wirtschaft hängt, so der Verfasser, zu einem erheblichen Grad vom Zugang zu billigen russischen Energieträgern ab. Russische Amtsträger wollten Minsk günstiges Erdgas und Erdöl schließlich nur noch für den Fall einer Vereinigung mit Russland zugestehen. Russland will Belarus jedoch sichtlich in seiner "Sphäre besonderer Interessen" halten, was nach vorherrschender russischer Meinung am ehesten mit Lukasenko im Amt des Präsidenten garantiert ist. Moskau fürchtet ein "Abdriften" von Belarus' "nach Europa", wonach es für Russland "verloren" wäre. Dies zeichnet sich allerdings für die überschaubare Zukunft nicht ab. Es ist unwahrscheinlich, dass die derzeitige Amtszeit Lukasenkos seine letzte ist: Solange Russland ihn nicht definitiv fallen lässt, kann er noch lange regieren. Den demokratischen und pro europäischen Kräften in Belarus wäre bereits geholfen, so die These, wenn man ihnen mehr Aufmerksamkeit zuteil werden ließe und ihre Positionen bei der Gestaltung der EU-Politik gegenüber Minsk vermehrt berücksichtigen würde. (ICF2)

[90-L] Mangott, Gerhard:

Im Widerstreit von Werten und Interessen: die Beziehungen der EU mit Russland oder gesinnungsethische Illusionen, in: Anton Pelinka, Fritz Plasser (Hrsg.): *Europäisch Denken und Lehren* : Festschrift für Heinrich Neisser, Innsbruck: Innsbruck Univ. Pr., 2007, S. 193-200, ISBN: 978-3-902571-36-6 (Standort: UB Siegen(467)-31PEN12000)

INHALT: Russland wird, so der Verfasser, trotz Diversifikation der Lieferländer der EU-27 ein zentraler Versorger bleiben. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass Russland seit Jahren versucht, seine Marktposition gegenüber den Abnehmerländern zu verbessern. Die russländischen Energieträger werden daher nicht mehr ausschließlich für EU-Märkte verfügbar sein. Dabei steigt der Produktionszuwachs im russländischen Öl- und Gassektor ohnehin nicht stark genug, um den wachsenden Binnenverbrauch und die Nachfrage der EU-27 befriedigen zu können. Die EU wird sich zudem im immer schärfer werdenden globalen Nachfragerwettbewerb nach Erdgas und anderen Energieträgern mit Indien, der VR China und den USA befinden. Russland wird mit einem außerordentlich hohen Finanzvolumen seine Gas- und Ölpipeline netze nach Ostasien ausbauen, um neue Märkte in China, Japan, Korea, den USA, Kanada und Mexiko zu erschließen. Ein wirkliches Konkurrenzverhältnis könnte aber zwischen der EU und der USA entstehen. Aus dieser Interessenkonstellation ergibt sich für eine nüchterne Energiepolitik der EU neben der Diversifikation von Energieträgern und Energieversorgern auch eine zwingende langfristige, möglichst transparente Zusammenarbeit mit Russland im Energiesektor unter größtmöglicher Berücksichtigung der beiderseitigen Interessen. Die Konsequenzen für die Debatte über werte- oder interessenbasierte Beziehungen der EU mit Russland sind klar: Die Vermengung der strategischen Interessen im Energiesektor mit Menschenrechtsfragen ist unverantwortlich - wegen der strategischen Bedeutung Russlands für die europäische Energieversorgung, v. a. aber wegen der ohnehin beschränkten Möglichkeiten, den Demokratisierungsprozess in Russland nachhaltig voranzutreiben. (ICF2)

[91-L] Mangott, Gerhard:

Interessen statt Werte: Überlegungen zu einer realistischen Russlandpolitik der EU, in: *WeltTrends* : Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien, Jg. 16/2008, H. 61, S. 87-99 (Standort: UuStB Köln (38)-LXE782; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Die Europäische Union und Russland begegnen seit ca. 2006 einander mit Misstrauen, Distanz und Druck. Die Zustimmung aller Unionsmitglieder zu einem Verhandlungsmandat der EU-Kommission über einen neuen Grundlagenvertrag mit Russland war kaum zu erreichen. Den Verweigerungen Polens und Litauens wegen bilateraler Konflikte mit Russland (Fleisch- und Ölhandel) wurde innerhalb der Union unterschiedlich begegnet: Einzelne Mitgliedsstaaten sahen darin den schädlichen Versuch, Gesamtinteressen in Geiselhaft von Einzelinteressen zu nehmen; die meisten anderen aber den Anlass, um als Union Solidarität mit einzelnen Mitgliedern zu zeigen. Das Mandat wurde im Mai 2008 schließlich erteilt - aber kaum einer hält einen raschen Abschluss der Verhandlungen für möglich. Unter der Devise "Verzicht auf gesinnungsethische Illusionen" zieht der vorliegende Beitrag Konsequenzen für die Debatte über werte- oder interessenbasierte Beziehungen der EU mit Russland: "Die Vermengung der strategischen Interessen im Energiesektor mit Menschenrechtsfragen ist unverantwortlich". Zum einen wegen der strategischen Bedeutung Russlands für die europäische Energieversorgung, v. a. aber wegen der ohnehin beschränkten Möglichkeiten, den Demokratisierungsprozess in Russland nachhaltig voranzutreiben. Die EU-Russlandpolitik sollte daher auf "reflexhafte gesinnungsethische Illusionen" verzichten, aber verantwortungsethisch Russland mit Kritik begegnen. (ICA2)

[92-L] Manutscharjan, Aschot:

Rüstungsdebatten in Russland: zur Diskussion über die US-Raketenabwehrpläne, in: Die Politische Meinung : Monatsschrift zu Fragen der Zeit, Jg. 54/2008, H. 1 = Nr. 458, S. 46-52 (Standort: USB Köln(38)-EP15460; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.kas.de/wf/doc/kas_12631-544-1-30.pdf)

INHALT: Die aktuelle Diskussion in Deutschland über die US-Raketenabwehrpläne in Osteuropa und Russlands Antwort darauf verlaufen, so der Verfasser, eher emotional als sachlich. Auch wenn die deutsche Haltung im neuen "Raketenstreit" nicht mit dem NATO-Nachrüstungsbeschluss in den 1980er-Jahren verglichen werden kann, gibt es einige historische Parallelen. Sie liegen vor allem in der Politik des neuen, selbstbewussten Russlands, das lieber die Peitsche knallen lässt, anstatt vertrauensbildende Maßnahmen zu fördern. Es wird gezeigt, dass im letzten Amtsjahr seiner Präsidentschaft Wladimir Putin einen starken Akzent auf die russische Sicherheitspolitik legt: So initiierte er eine Diskussion über Russlands Rolle in der Weltpolitik, die in ein neues "Nationales Sicherheitskonzept" und eine aktualisierte Militärdoktrin münden soll. Es wird argumentiert, dass sie im kommenden Jahrzehnt die Energiepolitik und die strategischen Raketenstreitkräfte als zentrale Instrumente der russischen Sicherheitspolitik einsetzen wollen. Allerdings schließt der Kreml eine Konfrontation wie zu Zeiten des "Kalten Krieges" kategorisch aus. Für die aktuellen Spannungen zwischen Russland und "dem Westen" macht Moskau allein die politische Klasse der USA, insbesondere deren Pläne zur nationalen und globalen Raketenabwehr, sowie das "Vordringen der NATO" an Russlands Grenzen verantwortlich. Dabei entfernt sich das Land immer weiter von der angestrebten engeren Zusammenarbeit mit der Europäischen Union und dem Plan einer gemeinsamen Sicherheitsarchitektur. (ICF2)

[93-L] Nuriyev, Elkhan:

The EU policy in the South Caucasus: the case of Post-Soviet Azerbaijan ; new opportunities and future prospects, (Diskussionspapier / Forschungsgruppe Russland-GUS, Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit), Berlin 2007, 34 S. (Graue Literatur;
www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=4020)

INHALT: Der Bericht blickt vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung Richtung Ost- und Südosteuropa auf die zukünftige EU-Politik gegenüber Aserbaidschan. Vor dem Hintergrund von grundsätzlichen langfristigen Empfehlungen für die EU und Empfehlungen für eine Politik der EU gegenüber der aserbaidischen Regierung werden hier folgende Aspekte erörtert: (1) die europäische Nachbarschaftspolitik im regionalen Kontext (EU-Strategie, politische Interessen, Sicherheit, Projektfinanzierungen), (2) politische Themen der Beziehungen zu dem post-kommunistischen Land (Energiepolitik, Energiesicherheit, Konflikt mit Armenien um Bergkarabach, Demokratisierung durch politische Reformen), (3) die Situation zwischen der EU und Aserbaidschan (politische Beziehungen, Handelsbeziehungen, Nachbarschaftspolitik, EU-Finanzhilfe) sowie (4) der Ölreichtum des Landes und die Energieaußenpolitik der EU, Türkei, Irans, Russlands und der USA. Der Autor plädiert dafür, dass die bilateralen Beziehungen zwischen der EU und Aserbaidschan in den Bereichen Wirtschaft und Handel, aber auch im Energiesektor weiter ausgebaut werden sollten. Ferner kommt dem Land im Südkaukasus nach dem 11. September 2001 eine wichtige geo-strategische Rolle zu. (ICG2)

[94-L] Oprach, Marc:

Schatten der Vergangenheit: amerikanisch-russische Beziehungen auf dem Tiefpunkt, in: Die Politische Meinung : Monatsschrift zu Fragen der Zeit, Jg. 54/2008, H. 9 = Nr. 466, S. 43-46 (Standort: USB Köln(38)-EP15460; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;
www.kas.de/wf/doc/kas_14512-544-1-30.pdf)

INHALT: Der Verfasser argumentiert, dass der neue amerikanische Präsident sich vom ersten Tage an enormen außenpolitischen Herausforderungen gegenübersehen wird. Der entscheidende Unterschied zwischen McCain und Obama ist, so die These, dass McCain aus der Position der Stärke und mittels eines konfrontativen Kurses den Druck auf Russland zu erhöhen sucht, während die Uneindeutigkeit Obamas in entscheidenden Konfliktfeldern bereits jetzt auf eine Politik der Verhandlung und des Ausgleichs zum beiderseitigen Vorteil weist. Während McCain durch eine Rückbesinnung auf die Politik der Stärke des früheren US-Präsidenten Reagan einen Effekt auf die innenpolitische Entwicklung Russlands zu gewinnen hofft, scheint Obama bereits Monate vor Beginn seiner Präsidentschaft seine Verhandlungsstrategie entworfen zu haben, in der die Raketenabwehrplanungen und die Erweiterung der NATO zu entscheidenden Trumpfkarten werden können. (ICF2)

[95-L] Paech, Norman:

Kosovo im Kaukasus: Völkerrecht im Handgemenge, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 53/2008, H. 10, S. 67-72 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; USB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Beitrag widmet sich dem Krieg Georgiens mit Russland im Sommer 2008. Er schildert in Ansätzen die geschichtlichen und aktuellen Ereignisse und geht kurz auf den Konflikt um Abchasien und Südossetien ein, der schließlich in einen Ausbruch von Kampfhandlungen mündete. Die Propaganda beider Kriegsparteien wird exemplarisch angerissen, der von beiden Seiten erhobene "Völkermord"-Vorwurf wird klar zurückgewiesen. Die Verantwortung für den Bruch des Waffenstillstands von 1994 mit Russland wird Georgien zugeschrieben: Dieses hatte Städte und russische Truppen in seiner Provinz Südossetien angegriffen, um wieder die vollständige Kontrolle über sein gesamtes Staatsgebiet zu erlangen. Der russische Gegenstoß in georgisches Kernland war jedoch völkerrechtswidrig. Es wird die Rückkehr zum Völkerrecht gefordert. Der Beitrag will dann die Hintergründe des Konflikts analysieren. Es wird mehrfach das völkerrechtlich verankerte "absolute Gewaltverbot" zitiert; die Situation in Georgien wird im Hinblick auf völkerrechtliche Bewertungen mit der Problematik des Kosovo verglichen. Eine Diskussion des völkerrechtlichen Status Südossetiens führt schließlich zu dem Ergebnis, dass Südossetien als integraler Bestandteil Georgiens betrachtet werden muss. Der Beitrag betont mehrfach die Bedeutung des Völkerrechts, wechselt dann aber implizit zu einer machtpolitischen Perspektive: Da eine mögliche NATO-Mitgliedschaft Georgiens als Problem für Moskau wahrgenommen wird, wird Georgiens Recht eines unabhängigen Staates auf freie Wahl von Bündnispartnern negativ bewertet. Der Konflikt wird in den größeren Rahmen machtpolitischer Interessen eingeordnet. Während aber den USA klare machtpolitische Ziele unterstellt werden, verzichtet der Beitrag auf eine Beleuchtung der russischen Machtinteressen; die diese rechtfertigenden Ideologien ("Einkreisungsängste") bleiben unhinterfragt. (ICB)

[96-L] Sahm, Astrid:

Nach der Wahl ist vor der Wahl: Belarus weiter auf Isolationskurs?, in: Osteuropa : interdisziplinäre Monatszeitschrift zur Analyse von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Zeitgeschichte in Osteuropa, Ostmitteleuropa und Südosteuropa, Jg. 55/2005, H. 1, S. 77-90 (Standort: USB Köln(38)-M-AP04813; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Ungeachtet des Protests des Westens und ohne explizite Unterstützung aus Russland hat der belarussische Präsident im Oktober 2004 gleichzeitig mit den Parlamentswahlen erfolgreich ein Verfassungsreferendum durchgeführt. Dieses hat ihm ermöglicht, bei den nächsten Präsidentschaftswahlen ein drittes Mal anzutreten. Die Opposition bleibt aus den politischen Institutionen ausgeschlossen. Das Regime scheint vorerst stark genug, um der fortschreitenden internationalen Isolation standzuhalten und eine Wiederholung der ukrainischen Ereignisse in Belarus zu verhindern. Gleichzeitig sind die Risse in Lukasenkas Legitimationsbasis nicht mehr zu übersehen." (Autorenreferat)

[97-L] Sahm, Astrid:

Auf dem Weg in die transnationale Gesellschaft?: Belarus und die internationale Tschernobyl-Hilfe, in: Osteuropa : interdisziplinäre Monatszeitschrift zur Analyse von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Zeitgeschichte in Osteuropa, Ostmitteleuropa und Südosteuropa, Jg. 56/2006, H. 4, S. 105-116 (Standort: USB Köln(38)-M-AP04813; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die Katastrophe von Tschernobyl sichert Belarus ungeachtet der weitgehenden politischen Isolation des Landes auch 20 Jahre nach der Reaktorexpllosion ein erstaunlich hohes Maß an internationaler Aufmerksamkeit und Unterstützung. Dabei wird in der internationalen Tschernobyl-Hilfe kein einheitlicher Ansatz verfolgt. Ebenso wie die Bewertung der Katastrophenfolgen unterschiedlich ausfällt, wird auch die Bedeutung der Hilfe für Belarus kontrovers diskutiert. Es stellt sich somit die Frage, ob die internationale Tschernobyl-Hilfe lediglich die Spaltung der belarussischen Gesellschaft reproduziert oder ob sie das Land auf dem Weg zur transnationalen Gesellschaft unterstützt." (Autorenreferat)

[98-L] Schneider-Deters, Winfried; Schulze, Peter W.; Timmermann, Heinz (Hrsg.):
Die Europäische Union, Russland und Eurasien: die Rückkehr der Geopolitik, Berlin:
Berliner Wissenschafts-Verl. 2008, 656 S., ISBN: 978-3-8305-1466-4 (Standort: UB Bonn(5)-2008/3499)

INHALT: Inhaltsverzeichnis: Peter W. Schulze: Die russische Föderation (57-238); Winfried Schneider-Deters: die Ukraine (239-405); Heinz Timmermann: Die Republik Belarus (407-480); Ernst Piehl: Die Republik Moldau (481-518); Alexander Iskandaryan: Der Südkaukasus (519-568); Ksenia Borischpoletz: Zentralasien in der Weltpolitik. Eine russische Sicht (569-598); Reinhard Krumm: Zentralasien. Kampf um Macht, Energie und Menschenrechte: eine deutsche Sicht (599-616); Anhang (617-644).

[99-L] Schulze, Peter W.:

Putins Vermächtnis: russische Innen- und Außenpolitik zu Beginn der Präsidentschaft Dmitri Medwedews, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 2008, H. 4, S. 54-71
(library.fes.de/pdf-files/ipg/ipg-2008-4/07_a_schulze_d.pdf)

INHALT: "In den beiden Amtsperioden Putins sind die Voraussetzungen für eine interessengeleitete Außenpolitik geschaffen worden. Der Staat hat seine Handlungsfähigkeit wiedererlangt, das politische System ist konsolidiert, und die politische Führung kann auf eine hohe Akzeptanz der Bevölkerung bauen. Die postsowjetische Ära, als Russland ein Spielball westlicher Politik war, ist definitiv vorbei. Die neue Machtelite strebt nach Anerkennung als internationale Großmacht, die gleichberechtigt mit den USA und Europa die neue Weltordnung gestaltet." (Autorenreferat)

[100-L] Sieg, Hans Martin:

Die strategische Bedeutung der Raketenabwehr: russische Einwände und Bedrohungslage, in: KAS-Auslands-Informationen, 2008, Nr. 6, S. 7-26 (Standort: USB Köln(38)-M XE 00681; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.kas.de/wf/doc/kas_14421-544-1-30.pdf)

INHALT: "Washingtons Pläne zur Stationierung strategischer Raketenabwehrelemente in Polen und Tschechien werden in Russland, aber teilweise auch im Westen kritisiert. Die Russen haben die Furcht, das System könne die eigene Fähigkeit zur Abschreckung mindern, aber auch die Sorge, einige der Komponenten könnten in umgerüsteter Form zur Angriffswaffe werden. Hierbei protestiert Moskau nicht nur aus einem defensiven Impuls: Man möchte innenpolitisch punkten und die Chance zur eigenen Aufrüstung nutzen. Man möchte Russland an der

eigenen Peripherie stärken und, etwa durch das stete Zitieren des Kalten Kriegs, die Europäer manipulieren. Den Amerikanern wiederum geht es um die eigene Sicherheit, doch auch um den Schutz der Verbündeten - etwa vor Nordkorea und Iran, aber auch vor der Gefahr einer allgemein zunehmenden Proliferation. Der Westen sollte seine Fähigkeit zur effizienten Abschreckung in der Tat behalten. Die Raketenabwehr wäre, so wie derzeit geplant, hierbei ein sinnvoller Schritt." (Autorenreferat)

[101-L] Steinel, Anna:

Power, structures, and norms: determinants and patterns of NATO-Russia relations since 1997, Berlin 2007, VI, 232 S. (Graue Literatur; deposit.d-nb.de/cgi-bin/dokserv?idn=987633589&dok_var=d1&dok_ext=pdf&filename=987633589.pdf)

INHALT: "Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der Untersuchung der institutionalisierten Beziehungen zwischen der NATO und Russland seit 1997 und konzentriert sich dabei besonders auf die Ergebnisse des 'Permanent Council' (PJC, 1997) und des 'NATO-Russia Council' (NRC, 2002). Das Vermächtnis von Strukturen, die während des kalten Krieges entstanden, beeinflusst weiterhin die Interaktionen zwischen der NATO und Russland. Dies wurde insbesondere während der Kosovo-Krise und nach dem 11. September 2001, welcher die 'post-post-Cold War era' einläutete, sichtbar. Das zentrale Kapitel der Dissertation beinhaltet eine empirische Analyse der Policy-Felder, denen sich der PJC und der NRC widmen. Hier wird vor allem auf die Zusammenarbeit von der NATO und Russland auf dem Balkan und auf den Kampf gegen den Terrorismus eingegangen. Die Fallstudie untersucht NATO-Russland Interaktionen in Zentralasien; besonders im Hinblick auf geopolitische Trends, die für beide Akteure und ihre zukünftigen Beziehungen wichtige Auswirkungen haben werden. Diese Arbeit untersucht die Qualität der Beziehungen zwischen der NATO und Russland anhand von Ereignissen, welche diese Beziehungen geprägt haben und erklärt, warum manche Verhaltensmuster sich kontinuierlich wiederholen." (Autorenreferat)

[102-L] Timmermann, Heinz:

Russland, die EU und ihre gemeinsamen Nachbarn Ukraine, Belarus, Moldau, EU und Rußland, in: Perspektiven des Demokratischen Sozialismus : Zeitschrift für Gesellschaftsanalyse und Reformpolitik, Jg. 25/2008, H. 1, S. 137-143 (Standort: FES Bonn(Bo133)-X6424)

INHALT: Der Verfasser zeigt, dass jedes der drei Länder Zwischeneuropas Russland und der EU Anlässe für verstärkte Einflussnahme und mögliche Konflikte untereinander bietet. Gleichwohl wollen sowohl Russland als auch die EU vermeiden, über die Entwicklungen in Zwischeneuropa in scharfe Konflikte hineingezogen zu werden. Für beide Seiten haben im Zweifel wechselseitig stabile Beziehungen und einvernehmliches Krisenmanagement Vorrang vor gewaltgestützten geopolitischen Ambitionen zu Lasten der anderen Seite. Es gibt, so die These, ungeachtet der Integrationskonkurrenz und der ihr zugrunde liegenden Wertedifferenz im Beziehungsdreieck Russland - EU - Zwischeneuropa Möglichkeiten für eine Verständigung. Dies demonstriert exemplarisch ihre Beteiligung an der erfolgreichen Vermittlung und Konfliktlösung in den dramatischen Kiewer Verhandlungen vom November/Dezember 2004. (ICF2)

[103-L] Vysotskaya, Alena:

Russland, Belarus und die EU-Osterweiterung: zur Minderheitenfrage und zum Problem der Freizügigkeit des Personenverkehrs, (Soviet and post-soviet politics and society, Vol. 74), Stuttgart: Ibidem-Verl. 2008, 295 S., ISBN: 978-3-89821-822-1 (Standort: UB Bonn(5)-2008/5700)

INHALT: "Dieses Buch beschäftigt sich mit 'unbeabsichtigten' Folgen der Osterweiterung der Europäischen Union, insbesondere mit Auswirkungen dieses Prozesses auf ihre unmittelbaren Nachbarstaaten, vor allem auf Russland und Belarus. Die Arbeit untersucht zwei neue Problemkomplexe auf der Agenda der EU und ihrer neuen Nachbarstaaten: die Frage der Einschränkung der Freizügigkeit des Personenverkehrs (die Visafrage) sowie das Minderheitenproblem. Dabei liegt der Schwerpunkt auf den Erwartungen der beiden östlichen Nachbarstaaten gegenüber der EU und auf dem innenpolitischen Kontext der entsprechenden EU-Politik Russlands und Belarus. Von den empirischen Befunden ausgehend werden weitergehende Schlüsse bezüglich künftiger gesamteuropäischer Entwicklungen gezogen. Dabei wird sich konzentriert auf: 1. Den 'Nachbarschaftseffekt', d.h. die Annäherung versus Entfremdung zwischen den Seiten als Ergebnis der neuen gemeinsamen Grenze, 2. Den Beitrag der Neumitglieder der EU zur Gestaltung der Außenpolitik dieser Organisation sowie 3. Das neue Profil der EU in der Wahrnehmung ihrer Nachbarn, zum einen als Ordnungsfaktor, zum anderen als Konfliktverursacher. Auf dieser Basis werden die sich herauskristallisierenden neuen 'Spielregeln' der heutigen und künftigen Beziehungen zwischen beiden Seiten bestimmt. Die Grundlage der Arbeit bildet neben russischen und belarussischen Primär- und Sekundärquellen eine Reihe von Experteninterviews, welche die Autorin unter anderem in Minsk, Moskau und Brüssel geführt hat." (Autorenreferat)

[104-L] Warkotsch, Alexander:

Russland und die Europäische Union: Inventur einer Partnerschaft, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 53/2008, H. 10, S. 72-77 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; USB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Beitrag thematisiert die mögliche Ausgestaltung der EU-Russland-Beziehungen in Form des "Partnerschaftsabkommens". Nach dem Georgienkrieg hat jedoch der Bereich der außenpolitischen Sicherheit eine ganz neue Bedeutung bekommen. Russland nimmt jedoch die EU auf dem Feld der Sicherheitspolitik nicht ernst. Der Beitrag geht kurz auf Sezessionsbewegungen innerhalb der Ukraine und Georgiens ein und schildert die Nachwehen des Krieges. Trotz der deutlichen Abkühlung der Beziehungen zwischen der EU und Russland als Folge des Krieges gibt es auf beiden Seiten ein Interesse an einem Neuanfang. Angesichts globaler Probleme und gegenseitiger Abhängigkeiten wird keine Alternative zu guten EU-Russland-Beziehungen gesehen. Diese Einschätzung wird wohl auch von Russland geteilt. Präsident Medwedjew bezeichnete unlängst Russland, Europa und Nordamerika als drei Zweige der europäischen Zivilisation; diese sollten eine gleichberechtigte Kooperation anstreben. Der Artikel hebt hervor, dass das Thema der "Energieressourcen" ein äußerst wichtiges der bilateralen Beziehungen ist. Die EU drängt dabei auf verbindliche Liefergarantien, worauf sich Russland aber nicht einlassen will - hat es doch Alternativabnehmer in Ostasien. Russland seinerseits setzt im Gegensatz zur EU auf protektionistische Abschottung der eigenen Energieinfrastruktur - während Europa gerade die Netze für Investitionen öffnet. Schwierig ist zudem, dass Russlands Handel und Wirtschaft verbindliche internationale Rechtsgrundla-

gen fehlen, da Russland nicht der Welthandelsorganisation (WTO) angehört - was Georgien wohl auch bis auf Weiteres blockieren dürfte. Abschließend stellt der Beitrag fest, dass sich die Beziehungen zwischen der EU und Russland - aufbauend auf einem "neuen Realismus" - neu einpendeln "zwischen Werten und Interessen". Ernüchterung ist eingetreten und das Machbare wird voran getrieben. Die Erwartungen einer russischen Demokratisierung wurden enttäuscht. Im Kern geht es nun um die Frage, ob es in den Beziehungen nur um "Interessen" geht oder auch um eine künftige "Wertegemeinschaft". Diese Frage ist ungeklärt. Deutschland hat sie für sich entschieden mit einem pragmatischen Kurs, der die "Interessen" in den Blick nimmt und den Einfluss auf innenpolitische Entwicklungen in Russland für gering hält. Wie die EU entscheidet, bleibt abzuwarten. Aber auch unterhalb eines vollentwickelten Demokratie Modells kann es Raum für Entwicklungen und Verbesserungen geben. (ICB)

[105-L] Weisser, Ulrich:

Ein gefährlicher Konfrontationskurs: über die Beziehungen der NATO zu Russland, in: Die Politische Meinung : Monatsschrift zu Fragen der Zeit, Jg. 54/2008, H. 11 = Nr. 468, S. 10-14 (Standort: USB Köln(38)-EP15460; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.kas.de/wf/doc/kas_15010-544-1-30.pdf)

INHALT: Im Kaukasus sind nicht nur uralte ethnische und staatliche Rivalitäten wirksam, sondern auch sich zuspitzende ökonomische und strategische Interessengegensätze zwischen den USA und Russland. Der Konflikt hat Züge eines Stellvertreterkrieges. Die Russen wollen ihren über zwei Jahrhunderte ausgeübten Einfluss in der Region nicht verlieren. US-Militär-Basen an ihrer Südflanke sind für sie eigentlich nicht vorstellbar. Den USA wiederum dient Georgien als strategischer Brückenkopf am Kaukasus. Es ist ein wichtiges Transitland für Öl- und Erdgaslieferungen aus Aserbaidschan. Der georgische Präsident konnte die Propagandadimension des Konfliktes mithilfe der USA und einiger osteuropäischer Staaten weitgehend für sich besetzen. Zwar ist das Konzept des georgischen Präsidenten nicht aufgegangen, Amerika, Europa und die NATO militärisch in seinen Streit mit Russland zu verwickeln. Die Krise hat aber, so die These, hinreichend Potenzial, die Beziehungen zwischen dem Westen und Russland ernsthaft zu belasten, wenn jetzt nicht durch kluge Diplomatie mäßigend auf die Beteiligten eingewirkt und rasch eine politische Lösung gefunden wird. (ICF2)

[106-L] Zhurzhenko, Tatiana:

Die Ukraine auf dem Weg nach Europa - Traumziel "Mitgliedschaft", Endstation "Nachbarschaft"?, in: Iskra Schwarcz, Arnold Suppan (Hrsg.): Quo vadis EU? : Osteuropa und die EU-Erweiterung, Münster: Lit Verl., 2008, S. 479-497, ISBN: 978-3-8258-1240-9 (Standort: LB Speyer (107)-1084267)

INHALT: Vor dem Hintergrund eines Überblicks über die ukrainische öffentliche Meinung hinsichtlich der EU-Mitgliedschaft werden die Argumente der Union zusammengefasst, die sich im Wesentlichen auf eine 'wait and see'-Position reduzieren lassen. Anschließend wird die Geschichte der Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU - mit dem Fokus auf der Zeit nach der orangenen Revolution - thematisiert. Zum Schluss werden die Perspektiven der Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der EU zur Diskussion gestellt. Auf dem Treffen der europäischen Außenminister im Januar 2007 war, so die Verfasserin, die engere Partnerschaft mit der Ukraine ein Punkt auf der Agenda. Doch auch das neue Abkommen wird keine ver-

bindliche EU-Mitgliedsperspektive einschließen - so das eindeutige Signal. Die Ukraine muss also noch für einige Zeit damit leben, dass sich ihre Beziehungen zur EU nur im Rahmen der "Europäischen Nachbarschaftspolitik" entwickeln können. Es bleibt eine wichtige Frage, inwieweit die Nachbarschaftspolitik der EU tatsächlich in der Lage ist, in diesem - für die Ukraine entscheidenden - historischen Moment dazu beizutragen, die demokratischen Kräfte im Lande zu konsolidieren. (ICF2)

3.2 Politische Transformation und ihre Folgen

[107-L] Arel, Dominique:

Orange Ukraine chooses the West, but without the East, in: Ingmar Bredies, Andreas Umland, Valentin Yakushik (Eds.): *The context and dynamics of the 2004 Ukrainian presidential elections*, Stuttgart: Ibidem-Verl., 2007, S. 35-53, ISBN: 978-3-89821-803-0 (Standort: UB Bonn(5)-2008/4206)

INHALT: Der Autor charakterisiert die Orangefarbene Revolution als die Entstehung einer lebensfähigen zivilen Gesellschaft in der Ukraine. Er betont die Bedeutung der Wechselwirkung zwischen Zivilgesellschaft und nationalem Bewusstsein als einer unentbehrlichen Vorbedingung für die gesellschaftliche Integration und Entwicklung. Es wird argumentiert, dass im Mittelpunkt der Orangefarbenen Agenda die 'Geburt der Ukrainischen politischen Nation' stand. Wegen der geerbten regionalen Unterschiede mit ihren spezifischen historischen, sozioökonomischen, ethnischen und linguistischen Prägungen waren die Erscheinungsformen der Orangefarbenen Revolution gleichzeitig räumlich unterschiedlich verteilt. In diesem Sinne stellt sie auch einen Teil des politischen Konfliktes in der Ukraine dar: Sie polarisiert das Land, wird als ein 'gemeinsamer Erfolg' nur von der Zentral- und Westukraine angesehen. Es wird gezeigt, dass die politischen Entwicklungen der Orangefarbenen Revolution in den anderen Teilen des Landes umstritten sind. (ICF2)

[108-L] Bohse, Tim:

Autoritarismus statt Selbstverwaltung: die Transformation der kommunalen Politik in der Stadt Kaliningrad 1990-2005, (Soviet and post-soviet politics and society, Vol. 69), Stuttgart: Ibidem-Verl. 2007, 146 S., ISBN: 978-3-89821-782-8 (Standort: Bayer. SB München(12)-2008.7142)

INHALT: "Mit dem Untergang der Sowjetunion hat sich die staatsrechtliche Stellung der russischen Kommunen grundlegend verändert: Die Verfassung der Russischen Föderation garantiert den Bürgern in Artikel 3 kommunale Selbstverwaltung; föderale und regionale Reformgesetze der 90er Jahre haben die rechtliche Grundlage für eine demokratische Erneuerung der lokalen Verwaltung gelegt. Diese Fallstudie untersucht, wie sich die neuen Rahmenbedingungen auf die lokale Politik der Stadt Kaliningrad ausgewirkt haben. Dazu werden die rechtlichen Aspekte der kommunalen Selbstverwaltung, die Besonderheiten der zentralen lokalpolitischen Institutionen sowie die Akteure und ihre Interaktion in den Jahren 1990 bis 2005 analysiert. Die Einführung eines neuen Institutionensystems durch die Kaliningrader Stadtsatzung im Jahr 1996 führte zu einer Politisierung der kommunalen Ebene und zur Herausbildung neuer Konfliktlinien. Die Dynamik in der Lokalpolitik, die zunächst durch Auseinander-

setzungen zwischen dem direkt gewählten Bürgermeister und den Stadträten sowie zwischen Stadt- und Regionalverwaltung geprägt war, hat nicht zu einer Konsolidierung demokratischer Spielregeln geführt, sondern zur Entstehung eines neuen Modells autoritärer Verwaltung. Die Re-Etatisierung der Kommune war merklich von der Zentralisierungspolitik Putins während seiner ersten Amtszeit als Präsident beeinflusst." (Autorenreferat)

[109-L] Bredies, Ingmar; Umland, Andreas; Yakushik, Valentin (Hrsg.):

The context and dynamics of the 2004 Ukrainian presidential elections, (Aspects of the Orange Revolution, Vol. 3 / Soviet and post-soviet politics and society, Bd. 65), Stuttgart: Ibidem-Verl. 2007, ISBN: 978-3-89821-803-0 (Standort: UB Bonn(5)-2008-4206)

INHALT: "The third volume of Aspects of the Orange Revolution complements the essays of the first two collections providing further historical background on, and analytical insight into, the events at Kyiv in late 2004. Its seven contributions by both established and younger specialists range from electoral statistics to musicology, and deal with, among other issues, such questions as: Why had blatant election fraud not generated mass protest before 2004, but, in that year, did? How was Viktor Yushchenko able to collect enough votes to defeat the establishment candidate Viktor Yanukovich, and become the new President of a socially, geographically and culturally divided country? How was it possible to prevent large-scale violence, and which role did the judiciary play during the quasi-revolutionary events in autumn-winter 2004? What legal foundations and court decisions made the repetition of the second round of the presidential elections possible? Which campaign instruments, and political 'technologies' were applied by various domestic and foreign actors to activate the Ukrainian population? How did the internet and music become factors in the emergence of mass protests involving hundreds of thousands of people? To which degree and how did external influences affect the Orange Revolution? The contributors present a multifarious panorama of the origins and dynamics of the processes that changed the nature of political and civic life during and between the three rounds of Ukraine's fateful 2004 presidential elections." (extract). Contents: Erik S. Herron and Paul E. Johnson: Fraud before the 'Revolution': Special Precincts in Ukraine's 2002 Parliamentary Election (13-34); Dominique Arel: Orange Ukraine Chooses the West, but Without the East (35-53); Ivan Katchanovski: Regional Political Cleavages, Electoral Behavior, and Historical Legacies in Post-Communist Ukraine (54-77); Ralph S. Clem and Peter R. Craumer: Shades of Orange: The Electoral Geography of Ukraine's 2004 Presidential Elections (78-110); Hartmut Rank and Stephan Heidenhain: The Legal Evolution behind the Orange Revolution (111-175); Adriana Helbig: The Cyberpolitics of Music in Ukraine's 2004 Orange Revolution (176-199); Andrew Wilson: Foreign Intervention in the 2004 Elections: 'Political Technology' versus NGOs (200-236).

[110-L] Clem, Ralph S.; Craumer, Peter R.:

Shades of orange: the electoral geography of Ukraine's 2004 presidential elections, in: Ingmar Bredies, Andreas Umland, Valentin Yakushik (Eds.): The context and dynamics of the 2004 Ukrainian presidential elections, Stuttgart: Ibidem-Verl., 2007, S. 78-110, ISBN: 978-3-89821-803-0 (Standort: UB Bonn(5)-2008/4206)

INHALT: Anhand einer Analyse der Ergebnisse aller drei Runden der Wahlen 2004 betonen die Autoren, dass die regionale Differenzierung mit ihren demographischen und sozioökonomi-

schen Determinanten komplexer ist als der angenommene Ost-West-Dualismus. Unter Berücksichtigung der sozialen und ökonomischen Aspekte dieser Unterschiede werden auch die ethnischen, kulturellen und sprachlichen Differenzen bezüglich ihrer Auswirkungen auf die Wahlergebnisse unter die Lupe genommen. Die Autoren argumentieren, dass sich die politische Geographie der Wahlergebnisse als Kampf um die zentralen Regionen des Landes und um die Mitte des politischen Spektrums interpretieren lässt. (ICF2)

[111-L] Dyczok, Marta:

Breaking through the information blockade: election and revolution in Ukraine 2004, in: Bohdan Harasymiw, Oleh S. Ilnytskyj (Eds.): *Information and manipulation strategies in the 2004 Ukrainian presidential elections*, Stuttgart: Ibidem-Verl., 2007, S. 77-106, ISBN: 978-3-89821-699-9 (Standort: UB Bonn(5)-2008/4206 (2))

INHALT: "The mass media are an important part of modern elections and revolutions. This was certainly the case in Ukraine in 2004 when a key Presidential election erupted into the Orange Revolution and resulted in a change in the country's ruling political elite. This paper looks at the impact of the mass media on political events in Ukraine during the 2004 presidential election campaign, and suggests that television in particular played a central role in the events which led to the Orange Revolution and its aftermath. It looks at how both the establishment and the opposition used the media to try and achieve their political goals, whether they were successful, and what the implications are." (author's abstract)

[112-L] Fischer, Geertje:

Wahlprozesse und Wahlkultur in Russland: eine Untersuchung in Celjabinsk und dem Celjabinsker Gebiet, Tübingen 2008, VII, 221 S. (Graue Literatur; deposit.d-nb.de/cgi-bin/dokserv?idn=989205282&dok_var=d1&dok_ext=pdf&filename=989205282.pdf)

INHALT: "Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit Wahlen und Wahlkultur in Russland. Sie untersucht Wahlgeschehen im Tscheljabinsker Gebiet und in wesentlichen Teilen in der Gebietshauptstadt Tscheljabinsk selbst. Dabei berücksichtigt sie Wahlen von 1999 bis 2005, der Schwerpunkt in den beschreibenden Teilen liegt allerdings auf den Jahren 1999-2002. Weitere Details sind ergänzend beigelegt. Mit der gewählten deskriptiven Herangehensweise und einem offen formulierten Konzept von Wahlkultur will die Arbeit jenseits der Fragestellung nach der demokratischen Qualität von Wahlen die verschiedenen Aspekte und Akteure in russländischen Wahlprozessen anhand konkreter Beispiele aufzeigen. Neben Kandidaten, Wählern und der Begleitung der Wahlen durch die Medien beschäftigt sie sich daher unter anderem mit Wahlkommissionen und Wahlkampfhelfern. Sie versucht dabei, aus einer Perspektive 'von unten' den Wahlalltag und seine Ausgestaltung in den Blick zu nehmen." (Autorenreferat)

[113-L] Halajko, Jurij:

Genesis and aesthetics of the Ukrainian Orange Revolution, in: Agata Stopinska, Anke Bartels, Raj Kollmorgen (Hrsg.): *Revolutions : reframed - revisited - revised*, Frankfurt am Main: P. Lang, 2007, S. 177-187, ISBN: 978-3-631-57197-2

INHALT: Der Verfasser präsentiert Forschungsergebnisse über die Ereignisse, die der zweiten Runde der ukrainischen Präsidentschaftswahlen 2004 folgten. Er argumentiert, dass zwei widersprüchliche Interpretationsmuster hinsichtlich der Ereignisse in der Ukraine auseinander gehalten werden müssen. Die eine Sichtweise betrachtet die Ereignisse als von den USA inspiriert. Dabei werden geopolitische Faktoren in den Vordergrund gestellt: Die Einbeziehung des Landes in die westliche Einflussosphäre und seine Verwandlung in einen amerikanischen Satelliten werden als zentrale Merkmale des Wandels dargestellt. Die andere Betrachtungsweise, die vor allem durch ukrainische Analytiker vertreten wird, betont, dass die orangefarbene Revolution die notwendigen Qualitäten einer gesellschaftlichen Bewegung besitzt, um sie als eine echte Revolution zu kennzeichnen. (ICF)

[114-L] Harasymiw, Bohdan:

Elections in post-communist Ukraine, 1994-2004, in: Bohdan Harasymiw, Oleh S. Ilnytskyj (Eds.): *Information and manipulation strategies in the 2004 Ukrainian presidential elections*, Stuttgart: Ibidem-Verl., 2007, S. 13-76, ISBN: 978-3-89821-699-9 (Standort: UB Bonn(5)-2008/4206 (2))

INHALT: "The paper attempts a comprehensive and theoretically grounded analysis of all parliamentary and presidential elections carried out in Ukraine in the decade 1994 to 2004. It is organized into four sections. The first deals with the electoral system, how it came into being and has been amended, how it translates votes into seats, the 'effective number' of political parties in the electorate and the legislature, and the battle over the electoral system itself during the presidency of Leonid Kuchma. In the second section, voting behaviour of the Ukrainian electorate is examined. Using voting data, along with the results of public opinion surveys and reports on the conduct of the various election campaigns, the paper sorts through the relevant determinants of voting choice to identify the most pertinent ones as they operate in the Ukrainian context. Generally speaking, such determinants are: (1) Background social characteristics of the voters, including the regional and ethnic factors; (2) the public's assessments of the current political and economic conditions in the country; (3) individual voters' partisan identification and opinions on prominent issues; (4) their retrospective evaluations of the incumbents; (5) leadership qualities of the contenders; and (6) prospective evaluations of parties and candidates as to their expected performance in office. To determine which of these are consistently more important is an essential aim of the paper. The third section assesses the degree to which accountability has been achieved in any of these elections - those to the Verkhovna Rada of 1994, 1998, and 2002, and the presidential elections of 1994, 1999, and 2004. A penultimate section is devoted to evaluating the policy consequences of these elections: what difference have Ukraine's elections made to policies over the past decade? In the concluding portion, a characterization of the emerging party system is given along with a summing-up on the voting behaviour of Ukrainians in the post-communist era." (author's abstract)

[115-L] Herron, Erik S.; Johnson, Paul E.:

Fraud before the 'Revolution': special precincts in Ukraine's 2002 parliamentary election, in: Ingmar Bredies, Andreas Umland, Valentin Yakushik (Eds.): The context and dynamics of the 2004 Ukrainian presidential elections, Stuttgart: Ibidem-Verl., 2007, S. 13-33, ISBN: 978-3-89821-803-0 (Standort: UB Bonn(5)-2008/4206)

INHALT: Die Verfasser weisen auf die Tatsache hin, dass Betrug und Manipulation in Wahlen ein Merkmal des politischen Lebens der Ukraine darstellt, das viel früher als 2004 entstanden ist. Sie illustrieren ihre These durch die Darstellung von relevanten einfallreichen Technologien, die während des Wahlkampfes vor den parlamentarischen Wahlen 2002 eingesetzt worden sind. Anhand einer statistischen Analyse der Wahlergebnisse wird argumentiert, dass sich der Erfolg des pro-präsidentischen Wahlmegablocks 'Für eine Vereinigte Ukraine' auf die Mobilisierung von beachtlichen Wählerkontingenten in einzelnen Bezirken durch staatliche Machtinstanzen zurückführen lässt. Dabei handelt es sich um Gefängnisse, Krankenhäuser, Marineschiffe, Botschaften u. ä., wo sich die Wahlergebnisse subtil beeinflussen lassen. (ICF2)

[116-L] Katchanovski, Ivan:

Regional political cleavages, electoral behavior, and historical legacies in post-communist Ukraine, in: Ingmar Bredies, Andreas Umland, Valentin Yakushik (Eds.): The context and dynamics of the 2004 Ukrainian presidential elections, Stuttgart: Ibidem-Verl., 2007, S. 54-77, ISBN: 978-3-89821-803-0 (Standort: UB Bonn(5)-2008/4206)

INHALT: Der Verfasser untersucht den Zusammenhang zwischen den politischen Spaltungen und dem Wahlverhalten auf der einen Seite und dem historischen Erbe im Lande auf der anderen. Anhand einer statistischen Analyse der Wahlergebnisse seit 1991 wird gezeigt, dass die westlichen Teile des Landes sich wesentlich von den östlichen hinsichtlich der politischen Präferenzen und des Wahlverhaltens unterscheiden. Bedeutsame Differenzen werden auch im Hinblick auf das Nationalbewusstsein und auf die Beziehung zu Russland festgestellt. Es wird argumentiert, dass es sich dabei um kulturelle Spaltungen handelt, die aus den unterschiedlichen geschichtlichen Erfahrungen der beiden Teile des Landes heraus resultieren, und dass es unwahrscheinlich ist, eine Überwindung dieser Spaltungen in der gegenwärtigen Ukraine zu erwarten. Diese werden sicherlich die Wahlergebnisse in der Zukunft beeinflussen und können zu einer Bedrohung der ukrainischen Eigenstaatlichkeit werden. (ICF2)

[117-L] Kempe, Iris; Solonenko, Iryna:

Foreign involvement and international orientation in the Orange Revolution, in: Ingmar Bredies, Andreas Umland, Valentin Yakushik (Eds.): Foreign assistance and civic action in the 2004 Ukrainian presidential elections, Stuttgart: Ibidem-Verl., 2007, S. 19-80, ISBN: 978-3-89821-808-5 (Standort: UB Bonn(5)-2008/4206 (4))

INHALT: Der internationale Rahmen, in den die ukrainischen Präsidentschaftswahlen 2004 eingebettet waren, stellte wichtige Weichen für den zukünftigen Verlauf der Transformation in der Ukraine. Die Verfasser diskutieren internationale Einflussfaktoren sowohl aus internationaler als auch aus innenpolitischer Perspektive und arbeiten die Interessen Russlands und der westlichen Welt an der politischen Entwicklung in der Ukraine heraus. Während es dem Wes-

ten um die Unterstützung der demokratischen Entwicklung und den Aufbau einer Zivilgesellschaft ging, war die russische Perspektive durch den Wunsch bestimmt, russische Interessen im Ausland zu sichern und die eigene Machtstellung im Raum der Ex-UdSSR zu festigen. Russland war am ehesten an einer Aufrechterhaltung des Status Quo in der Ukraine gelegen und hatte wenig Interessen an demokratischen Verhältnissen nach westlichem Standard. Diese internationale Konstellation wurde auch von den Wählern in der Ukraine wahrgenommen. Die Verfasser zeigen, wie unterschiedliche Gruppen von Akteuren (Wähler, Kandidaten, Parteien, Interessengruppen) sowie die Medien und die nichtstaatlichen Organisationen als Meinungsbildner sich in dieser Situation verhielten und welche Instrumente sie einsetzten, um internationale Einflüsse entweder zu blockieren oder zu verstärken und in ihrem Interesse zu transformieren. All dies hatte eine Vertiefung der Ost-West-Spaltung der Ukraine zur Folge. Indem die westliche Welt die Ergebnisse des zweiten Wahlgangs nicht akzeptierte, unterstützte sie die ukrainische Zivilgesellschaft bei der Initiierung eines Regimewechsels. Gleichzeitig versagten die traditionellen Instrumente russischer Einflussnahme, nämlich persönliche Netzwerke und wirtschaftliche Abhängigkeit. (ICE)

[118-L] Leppert, Manuel:

Akzeptierte Diktatur?: Lukasenkos Herrschaft über Weißrussland, Marburg: Tectum Verl. 2008, 163 S., ISBN: 978-3-8288-9571-3 (Standort: ULB Münster(6A)-MG82000/14)

INHALT: "März 2006: Die Welt schaut auf Weißrussland - amtlich Belarus. Oppositionelle haben zu massenhaften Protesten gegen den seit 1994 autoritär regierenden Staatspräsidenten Aleksandr Lukasenko aufgerufen - ermutigt durch die 'Farbenrevolutionen' in Georgien, der Ukraine und Kirgisien. Lukasenko hat sich kurz zuvor in einer offenkundig undemokratischen Wahl als Staatsoberhaupt bestätigen lassen. Allerdings hätte die Opposition auch unter demokratischen Vorzeichen keine echte Chance auf einen Sieg gehabt, glaubt Manuel Leppert. Die Mehrheit der Bevölkerung war tatsächlich für den Despoten. Leppert ergründet in seiner interdisziplinär angelegten Studie die Ursachen dieser Akzeptanz für das eindeutig autoritäre System. Die Resowjetisierungs- und Ideologisierungspolitik sowie eine eng an die Sowjetzeit angelehnte paternalistische Versorgungsfunktion des Staates sieht er als tragende Säulen für Lukasenkos Alleinherrschaft. Anders als die belarussische Opposition gilt er in weiten Teilen der Bevölkerung als Garant für die Stabilität und Unabhängigkeit der Republik Belarus." (Autorenreferat)

[119-L] Malek, Martin:

Moldova - ein zerrissener Staat, in: Iskra Schwarcz, Arnold Suppan (Hrsg.): Quo vadis EU? : Osteuropa und die EU-Erweiterung, Münster: Lit Verl., 2008, S. 519-533, ISBN: 978-3-8258-1240-9 (Standort: LB Speyer (107)-1084267)

INHALT: Da die Moldauische Dnjestr-Republik (PMR) offenkundig Instabilität exportiert, so der Verfasser, müsste eigentlich ein überregionales Interesse an der Lösung des Dnjestr-Konflikts bei Wiederherstellung der territorialen Integrität der Republik Moldova bestehen. Der "gescheiterte Staat" Republik Moldova ist politisch, ökonomisch und militärisch schwach und kann kaum Druck ausüben. Es ist ausgeschlossen, dass das Dnjestr-Gebiet die Jurisdiktion der Republik Moldova jemals freiwillig akzeptiert. Längerfristig bestehen nur zwei Alternativen: internationaler Druck auf die Moldauische Dnjestr-Republik, etwa in Form eines konse-

quent durchgesetzten Wirtschaftsboykotts, um sie zu mehr Flexibilität bei Verhandlungen anzuhalten, oder - explizite oder implizite - Anerkennung des Zerfalls der Republik Moldova. Es bleibt abzuwarten, ob die von sowjetischen Traditionen geprägte Kommunistische Partei der Republik Moldova, die die Parlamentswahlen 2001 mit einem dezidiert prorussischen Programm gewinnen konnte, als Trägerin einer "Europäisierung" des Landes wirklich glaubwürdig ist. Es wird die These vertreten, dass noch viele erfolglose "Pläne", "Vorschläge", "Initiativen" sowie Verhandlungen, Konferenzen und Treffen auf verschiedenen Ebenen zum Dnjestr-Konflikt zu erwarten sind. Damit werden Bemühungen zu seiner Lösung eher simuliert denn effektiv geleistet. Die unmittelbar an ihm beteiligten drei Seiten - die Republik Moldova, die Moldauische Dnjestr-Republik und Russland - haben sich im seit 1992 bestehenden status quo mehr oder weniger eingerichtet. Daher spricht viel für seine Aufrechterhaltung auch in der überschaubaren Zukunft. Die russische Hilfe für die Moldauische Dnjestr-Republik reduziert wesentlich ihre Neigung zu Kompromissen mit der Republik Moldova. Das Bestehen der Moldauischen Dnjestr-Republik ist somit auf absehbare Zeit gesichert - mit allen daraus resultierenden Folgen nicht nur für Moldova. (ICF2)

[120-L] Manutscharjan, Aschot:

Ausnahmestand in Armenien: die politische Krise nach der Präsidentschaftswahl vom Februar 2008, in: KAS-Auslands-Informationen, 2008, Nr. 6, S. 41-74 (Standort: USB Köln(38)-M XE 00681; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.kas.de/wf/doc/kas_14423-544-1-30.pdf)

INHALT: "Als Anfang 2008, kurz vor dem Ende der Regierungszeit des armenischen Präsidenten Kotscharjan, die Frage seines Nachfolgers aktuell wurde, sah - zumal mit Blick auf die Erfahrung früherer Urnengänge - wenig nach einer friedlichen Wahl aus: Neben Kotscharjans Wunschkandidaten, dem Vorsitzenden der Republikanischen Partei und Ministerpräsident Sargsjan, kandidierte auch Armeniens Ex-Präsident Ter-Petrosjan, ein aufgrund seines autoritären Führungsstils umstrittener Politiker, der durch die emotionserschütternde Thematisierung vor allem der Berg-Karabach-Frage die Bevölkerung Armeniens polarisierte. Der Wahlsieg Sargsjans und die Niederlage Ter-Petrosjans im Februar des Jahres waren denn auch der 'Startschuss' für Unruhen: Unfähig, das Wahlergebnis zu akzeptieren, schickte der Verlierer seine Leute auf die Straße, organisierte Kundgebungen in der Hauptstadt und drohte der Regierung mit dem Erstarken seiner 'Bewegung' - eine Entwicklung mit Todesopfern, die auch nach der Verhängung des Ausnahmestands am 1. März nicht endete. Heute hat sich die innenpolitische Lage in Armenien zwar beruhigt, doch von einer demokratischen Entwicklung, die hoffen lässt, sind das Land und seine gesplante Gesellschaft weiter entfernt denn je." (Autorenreferat)

[121-L] Manutscharjan, Aschot:

Die Sezessionskonflikte im Kaukasus: Entstehung und politische Entwicklung, in: Die Politische Meinung : Monatsschrift zu Fragen der Zeit, Jg. 54/2008, H. 11 = Nr. 468, S. 41-45 (Standort: USB Köln(38)-EP15460; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.kas.de/wf/doc/kas_15018-544-1-30.pdf)

INHALT: Vor dem Hintergrund der Darstellung der historischen Dimensionen der Konflikte in der Kaukasus-Region zeigt der Verfasser, dass auch zwanzig Jahre nach dem Beginn des Ka-

rabach-Konfliktes sich die Positionen der Konfliktparteien nicht geändert haben: Aserbaidshans fordert die Beendigung der armenischen Aggression und die Befreiung der besetzten Gebiete. Um seinem Willen Nachdruck zu verleihen, droht Baku Armenien regelmäßig mit einem Militärangriff und erhöht seinen Militärhaushalt. Umgekehrt lässt Jerewan keinen Zweifel daran aufkommen, sich weiter für das Sezessionsrecht der Karabach-Armenier einzusetzen und sie notfalls auch militärisch zu unterstützen. Obwohl Russland Abchasien und Südossetien als unabhängige Staaten anerkannt hat, lehnte Moskau den gleichen Schritt gegenüber Berg-Karabach ab. Denn Russland will diesen Konflikt, so die These, auch in Zukunft als Druckmittel gegen Aserbaidshans und Armenien benutzen können, um Bakus Annäherung an die NATO zu verhindern und Armenien in der militärischen Union zu halten. (ICF2)

[122-L] Marples, David R.:

Color revolutions: the Belarus case, in: Taras Kuzio (Ed.): Post-communist democratic revolutions in comparative perspective, 2007, S. 103-122, ISBN: 978-3-89821-820-7 (Standort: UB Bonn(5)-2008/4206 (6))

INHALT: "This paper focuses on the 2006 presidential elections in Belarus and offers several explanations for the lack of regime change. It posits that the answers lie in the official interpretations of the historical past, the personal popularity of the president - acquired partly through his firm control over the media and persecution of his enemies - and the electorate's focus on economic rather than political issues or emphasis on democratic values. It notes also the importance of Russia as a player in Belarus, and Russia's ambivalent attitude toward the continuing dictatorship in Minsk." (author's abstract)

[123-L] Mommsen, Margareta; Michaleva, Galina:

Russland: Autoritäre Macht und gelenktes Parteiensystem, in: Ellen Bos, Dieter Segert (Hrsg.): Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? : Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts, Opladen: B. Budrich, 2008, S. 187-207, ISBN: 978-3-86649-161-8 (Standort: UB Bonn(5)-2008/3983)

INHALT: Auf den ersten Blick präsentiert sich Russland als Mehrparteiensystem. Dieser Eindruck täuscht darüber hinweg, dass politische Parteien in Russlands "gelenkter Demokratie" aus westlicher Sicht eher als demokratische Fassade zu bezeichnen sind. Das zeigt sich z. B. darin, dass die nominell "regierende" Partei "Einiges Russland" weder an der Regierungsbildung noch überhaupt am politischen Entscheidungsprozess beteiligt ist. Die Aufgaben der Parteien im System einer ebenso "gelenkten" wie "inszenierten Demokratie" unterscheiden sich grundlegend von den klassischen Funktionen politischer Parteien, d. h. von Interessenartikulation, -aggregation, politischer Rekrutierung und Repräsentation gesellschaftlicher Interessen. Der vorliegende Beitrag zeigt, dass über diese institutionellen, politischen und kulturellen Faktoren hinaus die Ursachen für die Schwäche der russischen Parteien in der wenig ausdifferenzierten Sozialstruktur der Bevölkerung zu suchen sind. Dementsprechend fehlt es an Akteuren und Vereinigungen zur Artikulation von Gruppeninteressen. Politische Partizipation findet nur sehr begrenzt und auf niedrigem Niveau statt. Auch fehlt der Glaube an den Wert von Wahlen als einem Mechanismus, der den politischen Kurs des Landes und die eigenen Lebensbedingungen verändern kann. In einer Umfrage im Spätherbst 2007 bestätigten 51%

der Befragten folgende Antwort: "Wahlen sind eine leere Form, die die Führung braucht". (ICA2)

[124-L] Mommsen, Margareta:

Wer wird Russland regieren?: die Kreml-AG, in: Norbert Schreiber (Hrsg.): *Russland : der kaukasische Teufelskreis oder die lupenreine Demokratie*, Klagenfurt: Wieser, 2008, S. 26-49, ISBN: 978-3-85129-689-1 (Standort: LB Stuttgart(24)-58/2758)

INHALT: "Problem 2008" und "Operation Nachfolger" stehen für den in einer "gelenkten Demokratie" nur schwer vorstellbaren politischen Führungswechsel in Russland. Die Verfasserin spekuliert über die verschiedenen Szenarien einer Stabübergabe im Tandem Putin/Medwedjew an der Spitze der russischen Machthierarchie. Sie stellt die mit diesem Verfahren verbundenen Verschleierungstaktiken und den wiederholten Einsatz des "Trial and Error"-Prinzips dar. Sie zeigt, wie sich die Akteure in den von ihnen selbst aufgestellten Fallen des autoritären und plebiszitären Regimes verfangen, wie die Verfassung gebrochen wird und Institutionen zerstört werden und wie letztlich nur die Perpetuierung der politischen Führung als fragwürdige Lösung des "Problems 2008" übrig bleibt. Die Hintergründe der schnell wechselnden Verwirrspiele werden unter Berücksichtigung der typischen Merkmale der "gelenkten Demokratie" ausgeleuchtet, die eingangs herausgearbeitet werden (autokratisch-oligarchische Strukturen, monozentrisches System, plebiszitärer Führer). Vor diesem Hintergrund wird die "Operation Nachfolger" als tragikomische bis tragische Posse nachgezeichnet. Die möglichen Kandidaten für das Präsidentenamt werden vorgestellt und die Erosion von Putins Macht als effizientem Manager der "Russland AG" sichtbar gemacht. Abschließend werden Szenarien der zukünftigen politischen Entwicklung diskutiert. (ICE2)

[125-L] Nivorozhkina, Ludmilla; Nivorozhkin, Anton:

The wage costs of motherhood: which mothers are better off and why, (IAB Discussion Paper : Beiträge zum wissenschaftlichen Dialog aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 26/2008), Nürnberg 2008, 25 S. (Graue Literatur; doku.iab.de/discussionpapers/2008/dp2608.pdf)

INHALT: Die Studie analysiert, welche Auswirkungen Mutterschaft auf die Gehälter und Löhne von Frauen hat. Anhand eines russischen Datensatzes wird mit Hilfe einer Abgleichungsmethode versucht, mögliche Selektionseffekte zu berechnen. Die Ergebnisse zeigen, dass Mütter einen moderaten Nachteil erfahren, was die Höhe ihres Gehalts angeht. Wenn man die Analyse auf sektorenspezifische Auswirkungen hin verfeinert, kommt man zu dem Schluss, dass der negative Einkommenseffekt sich in erster Linie bei Müttern einstellt, die im öffentlichen Sektor tätig sind. Die Unterschiede zwischen den Wirtschaftssektoren können durch die erhebliche Jobflexibilität und das auf Arbeitserfahrung beruhende Beförderungssystem im öffentlichen Sektor erklärt werden. (IAB)

[126-L] Perelli-Harris, Brienna:

Ukraine: on the border between old and new in uncertain times, in: *Demographic Research*, Vol. 19/2008, Art. 29, S. 1145-1178 (www.demographic-research.org/volumes/vol19/29/19-29.pdf)

INHALT: "This chapter provides an overview of the demographic situation in Ukraine, including explanations for the decline to very low fertility and changes in family policy. Drawing on official statistics, survey data, and focus group interviews, the analysis shows that the country's decline to lowest-low fertility is primarily due to the postponement of or the reduction in second births, as opposed to the postponement of first births. The chapter includes a discussion on the link between low fertility and changing marriage patterns, contraceptive prevalence, and abortion. The author then reviews the evidence for the leading explanations of fertility decline in Ukraine, including economic uncertainty, social anomie, the Second Demographic Transition, and unequal gender relations. In addition, the author proposes unexplored factors that may lead to fertility limitation, such as the increasing difficulty of combining work and childrearing, insufficient housing, changes in intergenerational support, and the deterioration of health lifestyles and marital relations." (author's abstract)

[127-L] Schneider, Eberhard:

Die neuen Regionaleliten in Russland unter Putin, (Diskussionspapier / Forschungsgruppe Russland-GUS, Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit), (20. World Congress of the International Political Science Association (IPSA), 2006, Fukuoka), Berlin 2006, 34 S. (Graue Literatur; www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=3101; www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=3100)

INHALT: "Bei dem Föderationsrat - dem einzigen Vertretungsorgan der 89 Regionen der Russischen Föderation auf der zentralen Ebene - spielt es hinsichtlich des Karriereprofils fast keine Rolle, ob seine Mitglieder im Oberhaus des russischen Parlaments die Republikspräsidenten/ Gouverneur vertraten oder die regionalen Parlamentsvorsitzenden. (Jede Region entsendet jeweils einen Vertreter ihrer Exekutive und einen ihrer Legislative als Senator nach Moskau). Die Faktorenanalyse ergibt, dass drei Faktoren für die Mitgliedschaft im Föderationsrat wichtig sind in dieser Rangfolge: der Karrierebereich und die Karriereebene vor der Rekrutierungsposition, der Rekrutierungsbereich und die Rekrutierungsebene sowie Hochschulabschluss und Studienfach. Den Häufigkeitsaufstellungen nach waren demnach in der Vorrekrutierungsphase eine lokale Businessposition - meist in Moskau - und in der Rekrutierungsphase eine zentrale Exekutivposition für die Mitgliedschaft im Föderationsrat förderlich. In der Vorrekrutierungs- und in der Rekrutierungsphase wurden etwa zur Hälfte der Karrierebereich nicht gewechselt. Das trifft nicht nur auf die staatlichen exekutiven und legislativen Positionen zu, sondern auch auf den Businessbereich und dort sogar zu zwei Dritteln. Auch hinsichtlich der Karriereebenen ist festzuhalten, dass die Föderationsratsmitglieder, die aus zentralen Positionen in den Föderationsrat kamen, zu einem Drittel bereits vorher auf dieser Ebene karrieremäßig angesiedelt waren und zu ähnlichen Anteilen auf der regionalen sowie auf der lokalen Ebene. Das sind Anzeichen von Karrierestabilität unter Putin. Fast die Hälfte der amtierenden Republikspräsidenten und Gouverneure waren noch unter Jelzin in ihr Amt gekommen. Auf der Grundlage der neuen Gesetzgebung kamen nach 2005 auf Putins Empfehlung nur etwas mehr als ein Sechstel neu in ihr exekutives Amt. Bei den regionalen Parlamentsvorsitzenden ist unter Putin eine etwas stärkere personelle Erneuerung festzustellen. Unter Putin wurden mehr als zwei Drittel zu Parlamentsvorsitzenden gewählt. Mehr als die Hälfte übt ihr Amt in der ersten Legislaturperiode aus. Nach der neuen Föderationsratsgesetzgebung Putins stammen viel weniger Mitglieder aus den Regionen, die sie im Föderationsrat zu vertreten haben. Es stellt sich dabei die Frage, ob die Abgeordnetenimmunität, die sich nach russischem

Verständnis auf alle ihre Tätigkeiten erstreckt, für sie nicht wichtiger ist als die Interessen ihres Föderationssubjekts, für das sie im Oberhaus sitzen." (Autorenreferat)

[128-L] Schulze, Peter W.:

Die Russische Föderation, in: Winfried Schneider-Deters, Peter W. Schulze, Heinz Timmermann (Hrsg.): Die Europäische Union, Russland und Eurasien : die Rückkehr der Geopolitik, Berlin: Berliner Wissenschafts-Verl., 2008, S. 57-237, ISBN: 978-3-8305-1466-4 (Standort: UB Bonn(5)-2008/3499)

INHALT: Der Verfasser stellt Etappen der postsowjetischen Transformation unter der Überschrift "von der gelenkten zur souveränen Demokratie" vor. Ausgehend von den beiden Geburtsfehlern der Transformation unter Jelzin - Oligarchie und regionalen Eliten - beschreibt er das autoritäre Modernisierungsprojekt Putins, Wunschbilder und Großmachtillusionen des postsowjetischen Russland, die Entstehung einer anti-westlichen Protestkultur sowie die Entwicklung von Parteien als Massenorganisationen und reflektiert Perspektiven nach 2008. Russlands Rückkehr als Machtfigur der europäischen und internationalen Politik wertet der Verfasser als Indiz für die Entstehung einer multipolaren Weltordnung. Diese Entwicklung wirft vor allem für die EU Probleme im Spannungsfeld von Interessenpartnerschaft und geopolitischer Machtkonkurrenz auf. Ein weiterer Problemkreis betrifft Russlands Stellung in der GUS. Der Verfasser beschreibt die Entwicklung der russischen GUS-Politik und benennt Ziele und Optionen. Er geht im Einzelnen auf die Sonderstellung der Ukraine in der russischen Politik, die geopolitische Neuordnung des Kaukasus und die Sonderstellung Kasachstans ein. Außenpolitische Themen werden in der Behandlung der "Schanghai Fünf" (Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, China, Russland), der Politik gegenüber dem Pazifischen Raum und Indien, der Verzahnung des Kaspischen Raums und des Mittleren Ostens mit Südosteuropa sowie der möglichen Entstehung eines Erdgaskartells nach OPEC-Vorbild angesprochen. (ICE)

[129-L] Shiryayev, Boris:

Großmächte auf dem Weg zur neuen Konfrontation?: das "great game" am Kaspischen Meer ; eine Untersuchung der neuen Konfliktlage am Beispiel Kasachstan, Hamburg: Kovac 2008, 351 S., ISBN: 978-3-8300-3749-1 (Standort: UB Bonn(5)-2008/5702)

INHALT: Der Verfasser betrachtet die Neuauflage des "Great Game" nach dem Zerfall der Sowjetunion am Beispiel Kasachstans aus der Perspektive der neorealistischen Schule der internationalen Politik. Er bestimmt zunächst Kasachstans Bedeutung für außenpolitische Akteure - Ressourcenreichtum, strategische und sicherheitspolitische Bedeutung - und analysiert die Konfliktpotenziale, mit denen internationale Akteure in Kasachstan rechnen müssen - innenpolitische und wirtschaftliche Probleme, religiöser Fundamentalismus sowie Interessenkonflikte um das kaspische Erdöl. Im Folgenden stehen drei "big player" der internationalen Politik im Mittelpunkt: die Nachbarstaaten Russland und China und die USA als einzige global agierende Macht. Interessenlage, Stärken und Schwächen sowie Durchsetzungsmöglichkeiten und Einflusspotenzial dieser drei Mächte werden beschrieben. Die Positionen der Großmächte in Kasachstan werden als so gut ausgebaut gesehen, dass kein außenpolitisches Machtvakuum entstehen kann. Russlands Stellung in Kasachstans ist mit Abstand die stärkste; insofern ist der Begriff "Great Game" fragwürdig. Allerdings kann auch Russland keinen exklusiven Einfluss ausüben. (ICE2)

[130-L] Timmermann, Heinz:

Belarus von außen demokratisieren?, in: WeltTrends : Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien, Jg. 16/2008, H. 61, S. 11-16 (Standort: UuStB Köln (38)-LXE782; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Das westeuropäische Interesse an Belarus ist in den letzten Jahren gewachsen. Der Beitrag geht folgenden Fragen nach: Wie kann der Westen sich für demokratischen Wandel in Belarus engagieren, Machtkonstellationen von außen aufweichen und eine erfolgreiche Verflechtung von innerer Transformation und Förderung von außen erreichen? Ansatzpunkte bieten hier bestehende Widersprüche und Risse im Regime Lukaschenkos. Können steigende Erdgaspreise und sinkende Gewinne aus dem Reexport verarbeiteter Erdölprodukte nicht durch Umstrukturierung und Modernisierung der Wirtschaft aufgefangen werden, sind Versorgungsstaat, Ordnungssystem und Machtbasis des Regimes gefährdet. Dies eröffnet Chancen für die Einleitung europäisch geprägter demokratischer Transformationsprozesse. Die Ausführungen zeigen, dass zwölf Jahre nach dem Verfassungsputsch Alexander Lukaschenkos Weißrussland fester denn je in der Hand hat. Eine "bunte Revolution" nach ukrainischem Vorbild ist wenig wahrscheinlich. Dennoch stehen für vorsichtige Veränderungen die Chancen nicht schlecht. Der Autor zeigt, dass Regierungsvertreter dabei ebenso einbezogen werden sollten wie die weißrussische Zivilgesellschaft. (ICA2)

[131-L] Umland, Andreas:

Domestic and foreign factors in the 2004 Ukrainian presidential elections, in: Ingmar Bredies, Andreas Umland, Valentin Yakushik (Eds.): Foreign assistance and civic action in the 2004 Ukrainian presidential elections, Stuttgart: Ibidem-Verl., 2007, S. 11-17, ISBN: 978-3-89821-808-5 (Standort: UB Bonn(5)-2008/4206 (4))

INHALT: Die Präsidentschaftswahlen des Jahres 2004 in der Ukraine müssen im Zusammenspiel innenpolitischer und internationaler Determinanten und Einflüsse gesehen werden, wobei geopolitische Faktoren nach Ansicht vieler Beobachter eine bedeutende Rolle spielen. In diesem Sinne behandeln die Beiträge des Sammelbandes, die der vorliegende einleitende Aufsatz im einzelnen dokumentiert, internationale Kräfte als Einflussfaktoren auf die politische Transformation in postsowjetischen Gesellschaften am Beispiel der Ukraine. Zudem wird über die Arbeit der internationalen Wahlbeobachter in verschiedenen Regionen der Ukraine berichtet. Eine Fallstudie zum Wahlkreis 100 schließt den Band ab. (ICE)

[132-L] Zimmer, Kerstin:

Klientelismus im neopatrimonialen Staat: regionale Machtsicherung in der Ukraine, in: Osteuropa : interdisziplinäre Monatszeitschrift zur Analyse von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Zeitgeschichte in Osteuropa, Ostmitteleuropa und Südosteuropa, Jg. 55/2005, H. 10, S. 59-73 (Standort: USB Köln(38)-M-AP04813; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Informelle Regeln und Praktiken sind in der ukrainischen Politik allgegenwärtig. Da die private und die öffentliche Sphäre kaum getrennt sind, werden die Ressourcen des Staatsapparates für machtpolitische Zwecke missbraucht. Besonders deutlich zeigt sich dies im Verhältnis zwischen Zentrum und Regionen, bei dem durch die Verquickung von Ernennungs- und Haushaltspolitik mit den Wahlen die Kontrolle über die Regionen gesichert wird.

Regionalpolitik ist ein Umverteilungssystem, bei dem die unteren Einheiten formal und informell vom Zentrum abhängig sind und gezwungen werden, in klientelistischer Form zusammenzuarbeiten. Gegenleistungen des Zentrums hängen von der erfolgreichen Mobilisierung von Wählerstimmen ab." (Autorenreferat)

[133-L] Zollinger, Daniel:

De facto-Souveränität in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, (CIS Working Papers, No. 34), Zürich 2008, 41 S. (Graue Literatur; www.cis.ethz.ch/publications/publications/WP34_Daniel.Zollinger_De.Facto.Souveranitat)

INHALT: Der Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 führte zur Aufteilung der multiethnischen Föderation in ihre Teilrepubliken. In den ethnisch definierten Teilstaaten war es nach 1985 zu einem Aufblühen des Nationalismus gekommen, was schließlich in der Auflösung des gemeinsamen Staates gipfelte. Der vorliegende Beitrag geht der Frage nach, wie es diesen Minderheiten gelang, sich trotz der numerischen, materiellen und institutionellen Unterlegenheit gegen die international anerkannten Nachfolgestaaten der Sowjetunion durchzusetzen. Ein spezielles Augenmerk legt der Autor dabei auf die Institutionen des Föderalismus bzw. der sowjetischen Nationalitätenpolitik, welche auch den Minderheiten innerhalb der sowjetischen Unionsrepubliken pseudostaatliche Institutionen zur Verfügung stellt. Er untersucht, welche Rolle diese Institutionen bei der Errichtung der de facto-Souveränität von Abchasien, Südossetien und Bergkarabach spielten. Da der Fall Transnistrien zeigt, dass de facto-Souveränität auch ohne Föderalismus entstehen konnte, werden auch weitere Faktoren untersucht. Die Entstehung von de facto souveränen Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion lässt sich auf drei Faktoren zurückführen: föderalistische Strukturen, nationale Eliten sowie externe Unterstützung durch kulturell oder politisch nahe stehende Nachbarstaaten. Dieses Ergebnis beruht auf einer Ragin-Analyse, welche den unterschiedlich starken Einfluss der verschiedenen Faktoren nachwies, insbesondere die herausragende Wichtigkeit der externen Unterstützung. Die Ergebnisse lassen allerdings keine Aussagen zur zeitlichen Abfolge dieser Einflussfaktoren zu, die deshalb in einer detaillierten Fallanalyse geklärt werden musste, in welcher die konkreten Konfliktverläufe genauer betrachtet wurden. (ICD2)

3.3 Geschichte

[134-L] Armbruster, Chris:

The quality of democracy in Europe: Soviet illegitimacy and the negotiated revolutions of 1989, (Working Paper Series of the Research Network 1989, 4/2008), Berlin 2008, 19 S. (Graue Literatur; nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-15686)

INHALT: "The 'Quality of Democracy' is a meta-level research programme, the rise of which is tied to the events of 1989 in a structural and ideational sense. Democracy, as a concept, has spread widely and external threats have become almost non-existent. Thus, research of democracy has turned inward in attempting to appraise its quality. Upon examination, however, it is clear that the research programme falls short of its promise. It is insufficiently comparative both conceptually and historically. Proponents seem captivated by the 'end of history' narrative in their adherence to a single standard 'liberal' democratic quality by which all regimes are

assessed and ranked. Symptomatically, observers both East and West imagine Eastern European democracies as backsliding, claiming that new democracies must be externally assisted. Singular notions of good democracy lead to poor research. Consequently, it is suggested that the 'Quality of Democracy' research programme must become more reflexive. Methodologically, this implies a reckoning with the different types of democratic substance and procedure that exist as ideas and institutions. With regard to 1989, it is argued that the key to understanding the transition to democracy and the failures of democratization in Eastern Europe lies in, firstly, reckoning with the Soviet legacy; and, secondly, establishing whether a negotiated revolution occurred or not. In conclusion, the foundations for an analysis of the institutional types of Eastern European procedure and substance are offered. Thus, a historical and comparative analysis of the quality of democracy in Europe is outlined." (author's abstract)

[135-L] Bayer, Waltraud:

Der legitimierte Raub: der Umgang mit Kunstschätzen in der Sowjetunion, 1917-1938, in: Osteuropa : interdisziplinäre Monatszeitschrift zur Analyse von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Zeitgeschichte in Osteuropa, Ostmitteleuropa und Südosteuropa, Jg. 56/2006, H. 1/2, S. 55-70 (Standort: USB Köln(38)-M-AP04813; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die Oktoberrevolution löste im Kulturbereich die weltweit umfangreichsten Enteignungen aus. Die Verstaatlichungen betrafen primär den Hof, den Adel, das Bürgertum und die Kirche. Armee, Miliz und Museumsexperten beschlagnahmten privaten Besitz: Kunst, Antiquitäten, Juwelen, Interieur. Die Bol'seviki legitimierten die Requisition, die den Museen und den Staatsfinanzen zugute kam, mit der ökonomischen und kulturellen Relevanz für den Aufbau der neuen Gesellschaft. Das seit Ende der 1980er Jahre zugängliche Archivmaterial dokumentiert, dass die ideologische Komponente, die Abrechnung mit dem 'Klassenfeind', von zentraler Bedeutung war. Die Einnahmen aus dem Export der Kulturgüter waren gering. Heute ist Russland bemüht, den kulturellen Aderlass partiell zu kompensieren: Wertvolles nationales Kulturgut wird zurückgekauft." (Autorenreferat)

[136-L] Boeckh, Katrin:

Stalinismus in der Ukraine: die Rekonstruktion des sowjetischen Systems nach dem Zweiten Weltkrieg, (Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts. Reihe Geschichte, 71), Wiesbaden: Harrassowitz 2007, 605 S., ISBN: 978-3-447-05538-3

INHALT: Die Ukraine gehört zu den osteuropäischen Nationen, die unter den Folgen des Zweiten Weltkrieges besonders zu leiden hatten. In der unmittelbaren Nachkriegszeit begann das stalinistische Regime der Sowjetunion mit der erneuten Etablierung seines Herrschaftssystems. Gegenüber der ersten, wesentlich auf Terror beruhenden Durchsetzung des Stalinismus - erinnert sei an die Hungerkatastrophe 1932/33 - erfolgte die Wiederherstellung des sowjetischen Herrschaftssystems 'subtiler', was allerdings Massendeportationen, geheimdienstliche Terroraktionen und den blutigen Kampf gegen den nationalukrainischen Widerstand einschloss. Boeckhs Studie geht vor allem der Frage nach, mit welchen Methoden sich das Stalin'sche Regime nach 1944 wieder etablieren konnte. Die Kontinuität und Flexibilität des politischen Systems wird dargestellt anhand der Wiedererrichtung der sowjetischen Partei- und Verwaltungsstrukturen sowie des staatlichen Kontroll- und Überwachungssystems über die Bevölkerung und die Partei, der propagandistischen Infiltration und Aufbauarbeit, der Erinne-

rungspolitik bezüglich des Krieges, der sowjetischen Nationalitätenpolitik gegenüber Ukrainern und in der Ukraine lebenden Minderheiten sowie schließlich anhand der Behandlung von Frauen, Kriegswaisen, Kirchen und Religionsgemeinschaften als gesellschaftliche Gruppen. Die Arbeit basiert auf bisher teils unzugänglichen Materialien aus ukrainischen Staats- und Parteiarchiven. Ein ausführliches Personen- und Ortsregister erleichtert den Zugriff auf diese detailreiche Darstellung der ukrainischen Nachkriegsgeschichte. (ZPol, NOMOS)

[137-L] Buckmiller, Michael; Meschkat, Klaus (Hrsg.):

Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale: ein deutsch-russisches Forschungsprojekt, Berlin: Akademie Verl. 2007, 484 S., ISBN: 978-3-05-004158-2

INHALT: Das Moskauer Archiv der Kommunistischen Internationale bildet die Grundlage für dieses Handbuch. Seit den 90er-Jahren ermittelte ein deutsch-russisches Forschungsteam aus zuvor nicht zugänglichen Personalakten knapp 28.000 Personeneinträge (ca. 15.800 Biografien), die als Basis für weitere Untersuchungen über für die Komintern arbeitenden Einzelpersonen und Personengruppen dienen. Der Band mit seinen 19 Beiträgen entstand aus Vorträgen einer im April 2004 in Hannover stattgefundenen internationalen Tagung, mit der das Forschungsprojekt und die daraus entstandene biografische Datenbank vorgestellt wurden. Das zentrale Thema ist die Bedeutung biografischer Forschung für die Untersuchung einer Organisation wie der Komintern. Grundlegende Artikel zur biografischen Quellenarbeit stehen neben speziellen Aufsätzen (z. B. zur Führung von Personalakten, zu ihrer Nutzung im täglichen politischen Prozess, zur statistischen Auswertung dieses Bestandes Anfang 1933 oder zur Führung der Registrations- und Personalkarten). Der quellenkritische Umgang mit in einer kommunistischen Diktatur entstandenen Aktenbeständen wird ebenso gefordert wie auch auf die Bedeutung sogenannter Kollektivbiografien (z. B. länderbezogene Personengruppen) und der Biografien Ruth Fischers, Herbert Wehners und vieler einzelner Komintern-Mitarbeiter hingewiesen wird. Das Ziel ist hierbei, Aspekte persönlicher Lebensmomente in Relation zum organisatorischen Umfeld dieser Personen zu betrachten. So wurden die Biografien von Einzelpersonen durch die Strukturen der Komintern (z. B. die Führungsorgane oder die Internationale Lenin-Schule) oder durch Nationalitätengruppen (z. B. die 'sowjetische Sektion') mitgeprägt. In den letzten vier Beiträgen werden die Auswirkungen der 'stalinistischen Säuberungen' auf die Komintern und die Personen, die für sie arbeiten, untersucht. Auf der beiliegenden CD-ROM befindet sich nicht nur die biografische Datenbank, sondern auch eine umfassende bibliografische Übersicht. (ZPol, NOMOS). Inhaltsverzeichnis: Michael Buckmiller: Bilanz eines russisch-deutschen Forschungsprojektes (19-33); Olaf Kirchner: Erläuterungen zum Aufbau und zur Nutzung der biographischen Datenmaske (34-54); Waleri Fomitschow: Organisation und Entwicklung der Aktenführung im Apparat der Komintern. Zusammensetzung und Inhalt der Bestände von Personalakten (am Beispiel des Bestandes für Deutschland) (55-73); Hermann Weber: Zwischen Autobiographie und archivalischem Zeugnis - Quellenproblematik in der Kommunismusforschung. Zeitzeuge und Erforscher des internationalen Kommunismus (74-92); Felix Tych: Versuch eines Kollektivporträts polnischer Komintern-Mitarbeiter. Erfahrungen bei der Arbeit am "Biographischen Handbuch der polnischen Arbeiterbewegung" (93-100); José Gotovitch: Zum biographischen Wörterbuch der Kommunistischen Internationale für die französischsprachigen Länder 101-110); Klaus Meschkat: Die Komintern in Lateinamerika. Biographien als Schlüssel zum Verständnis einer Weltorganisation (111-128); Annelie Schalm: Ruth Fischer - eine Frau im Umbruch des inter-

nationalen Kommunismus 1920-1927 (129-147); Reinhard Müller: "Er liebte die Partei." Herbert Wehner - eine typische Biographie der stalinisierten Komintern? (148-169); Juri Tutoschkin: Mentalität und Persönlichkeit in dokumentarischen Materialien. Exemplarische Fälle (170-194); Peter Huber: Das Führungskorps der Komintern. Ein soziobiographischer Querschnitt (195-246); Olaf Kirchner: Die "sowjetische Sektion" in der Komintern. Versuch einer empirischen Profilbestimmung (247-286); Julia Köstenberger: Die Internationale Lenin-Schule (1926-1938) (287-309); Juri Tichonow: Die Komintern und der "afghanische Korridor" 1919-1943 (310-328); Alexander Vatlin: Zur Frage der "Russifizierung" der Komintern (329-345); Swetlana Rosental: Repressionen gegen polnische und britische Kommunisten. Ihre Widerspiegelung in den Dokumenten des Kominternarchivs (346-360); Fridrich Firsov: Die Komintern und die "Große Säuberung" (361-377); Wladislaw Hedeler: Möglichkeiten und Grenzen bei der Erstellung von Kollektivbiographien. Dokumente von Gulag-Häftlingen in den Kaderakten der Komintern (378-417); Michael Buckmiller: Dialektik von Täter und Opfer. Zur Dynamik der Herrschaftsmechanismen in der Kominterngeschichte (418-438).

[138-F] Eichwede, Wolfgang, Prof.Dr. (Bearbeitung); Dahlmann, Dittmar, Prof.Dr. (Leitung):
Nach dem GULag. Folgeleben und Lebensumstände von ehemaligen GULag-Häftlingen nach der Entlassung im internationalen Vergleich

INHALT: keine Angaben

ART: ENDE: 2008-12 **AUFTRAGGEBER:** nein **FINANZIERER:** Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Universität Bonn, Philosophische Fakultät, Institut für Geschichtswissenschaft
Abt. Osteuropäische Geschichte (Lennéstr. 1, 53113 Bonn); Forschungsstelle Osteuropa an
der Universität Bremen (Klagenfurter Str. 3, 28359 Bremen)

KONTAKT: Leiter (Tel. 0228-739304, Fax: 0228-737595, e-mail: d.dahlmann@uni-bonn.de)

[139-L] Ferretti, Maria:

Unversöhnliche Erinnerung: Krieg, Stalinismus und die Schatten des Patriotismus, in:
Osteuropa : interdisziplinäre Monatszeitschrift zur Analyse von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft,
Kultur und Zeitgeschichte in Osteuropa, Ostmitteleuropa und Südosteuropa, Jg. 55/2005, H. 4/5/6,
S. 45-54 (Standort: USB Köln(38)-M-AP04813; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die Erinnerung an den Krieg ist in Russland untrennbar mit dem Stalinismus verbunden. Der Kampf gegen den nationalsozialistischen Feind führte zur Unterdrückung der Freiheit im eigenen Land. Befreiung und Unfreiheit sind unauflöslich verflochten. Die Reduktion der Kriegserinnerung auf die nationalistische, patriotische Komponente wurde unter Stalin kanonisiert. Nicht nur in der Rede vom vaterländischen Krieg wirkt diese Form der Erinnerung bis heute fort. Sie verstellt den Blick auf den Geist der Freiheit, der das Handeln von 'frontoviki' und Partisanen beseelte und auch das Handeln der Alliierten bestimmte. Die Befreiung der Erinnerung von den Stalinschen Fesseln ist die Voraussetzung dafür, in Russland wie in Westeuropa dieselben Freiheitswerte zu vermitteln, die sich von der Erinnerung an den Krieg nicht trennen lassen." (Autorenreferat)

[140-L] Fülberth, Georg:

Die Oktoberrevolution und die Zukunft des Sozialismus, in: Wladislaw Hedeler, Klaus Kinner (Hrsg.): "Die Wache ist müde" : neue Sichten auf die russische Revolution von 1917 und ihre Wirkungen, Berlin: Dietz, 2008, S. 327-337, ISBN: 978-3-320-02140-5 (Standort: UB Bonn(5)-2008/2741)

INHALT: Wie alle anderen Revolutionen, so war auch die Oktoberrevolution 1917 durch niemanden "gemacht". Sie war, so der Verfasser, eine tektonische Verschiebung, in der eine politische und gesellschaftliche Struktur veränderten Voraussetzungen gewaltsam angepasst wird. Dabei ist zwischen dem unmittelbaren Anlass - dem Krieg - und der tiefer liegenden Ursache zu unterscheiden. Letztere war die industrielle Revolution, die bereits 1861 nach der Bauernbefreiung angefangen hatte, aber in Widerspruch geriet mit der absolutistischen Struktur Russlands. Insofern ist die Revolution von 1917 mit den europäischen Revolutionen von 1848 vergleichbar. Es wird argumentiert, dass der Sozialismus nicht das erste Merkmal der Oktoberrevolution ist. Er macht auch in langer Sicht nicht ihre tatsächliche historische Bedeutung aus. Die Periode 1917-1991 war eine Durchgangsphase im 1861 bereits begonnenen, vor dem Ersten Weltkrieg stagnierenden Übergang Russlands in den Kapitalismus. Das Herrschaftssystem, unter dem dies erfolgte, der Stalinismus, war terroristische Gewaltherrschaft unter sozialistischen Bedingungen zwecks Verteidigung oder/und Fortentwicklung sozialistischer Produktions- und Verteilungsverhältnisse. Es gilt als nostalgisch, so die These, einen Sozialismus des 21. Jahrhunderts nach dem Vorbild der Oktoberrevolution modellieren zu wollen. Zweifellos ist die Absage an eine solche Regression sinnvoll, wenn man über die Zukunft nachdenkt. Es gibt aber noch eine zweite, etwas unangenehmere Wahrheit: Auch ein Anknüpfen an den Sozialismus im Kapitalismus der Wohlfahrtsstaaten des mittel-, west- und nordeuropäischen Typs würde zu wiederholen versuchen, was allenfalls zu verteidigen wäre, soweit es noch vorhanden ist. (ICF2)

[141-L] Gudkov, Lev:

Die Fesseln des Sieges: Rußlands Identität aus der Erinnerung an den Krieg, in: Osteuropa : interdisziplinäre Monatszeitschrift zur Analyse von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Zeitgeschichte in Osteuropa, Ostmitteleuropa und Südosteuropa, Jg. 55/2005, H. 4/5/6, S. 56-72 (Standort: USB Köln(38)-M-AP04813; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Der Sieg im Krieg, dem Großen Vaterländischen Krieg, ist das wichtigste Identifikationssymbol in Russland. Er ist die einzige positive Stütze für das nationale Selbstbewusstsein der Gesellschaft. Der Sieg im Krieg legitimiert im nachhinein das sowjetische totalitäre Regime. Die Erinnerung an die Stalinschen Repressionen verblasst, vielmehr beurteilt die öffentliche Meinung Stalin zunehmend positiv. Bis heute wirkt das Tabu, die Kehrseiten des Sieges aufzuarbeiten. Dass die Russen in Zeiten des Krieges und des Ausnahmezustands ihren 'Nationalcharakter' offenbaren, ist zur Norm der symbolischen Identität geworden. Die Erinnerung an den Krieg nützt vor allem der Legitimation der zentralisierten und repressiven sozialen Ordnung. Sie ist in die allgemeine posttotalitäre Traditionalisierung von Kultur und Gesellschaft unter Putin eingefügt." (Autorenreferat)

[142-L] Hecker, Clara:

Deutsche Juden im Minsker Ghetto, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Jg. 56/2008, H. 10, S. 823-843

INHALT: Der Artikel schildert das Leben und die Situation der rund 7000 deutschen Juden, die 1941 von den Nazis in das Ghetto von Minsk deportiert wurden. Der Beitrag geht auf die schwierigen Lebensbedingungen ein und bezieht sich dabei auf Erlebnisberichte und Tagebucheinträge. Die deutschen Juden, die im Minsker "Sonderghetto" interniert waren, wurden einerseits von den Nazis bevorzugt, erhielten bessere Arbeitsstellen und bessere Verpflegung als die ebenfalls internierten osteuropäischen und russischen Juden. Dennoch hatten die deutschen Juden die ungünstigeren Überlebenschancen, da sie dem strengen Winter nicht gewachsen waren. Sie beteiligten sich auch nicht an den Widerstandsaktionen der russischen Juden, da sie davon ausgingen, dass ihnen ein "anderes Schicksal" beschieden sei als den Russen. Diese Erwartung wurde auch von den Nazis geschürt und teilweise auch durch einen relativ "anständigen" Umgang der deutschen Wachen mit den deutschen Juden scheinbar bestätigt. Insbesondere die Erkenntnis gleicher Landsmannschaft minderte die Aggressivität der deutschen Soldaten: Die deutschen Juden wurden so zu einer Brücke in die Heimat, mit denen man etwa über den einheimischen Fußballclub sprechen konnte. Auch Generalkommissar Kube zeigte ein widersprüchliches Verhalten: Einerseits unterschied er zwischen den "zivilierten" deutschen Juden und den russischen Juden (für die er die Rasseideologie akzeptierte); andererseits aber führte er alle Mordanweisungen an den Juden aus: Nur ein einziger deutscher Jude, den er meinte "persönlich aus dem Studium" zu kennen, wurde von Kube gerettet. Die SS aber machte keinerlei Unterschiede zwischen deutschen und russischen Juden und ging extrem brutal vor. Der Beitrag schildert die verzweifelte Situation der deutschen Juden, ihre immer wieder aufflammenden Hoffnungen, und das sehr schwierige Verhältnis zu den russischen Juden. Die russischen Juden hatten Kontakte nach draußen und konnten Lebensmittel besorgen; die deutschen Juden waren so auf die Russen angewiesen. Es gab quasi keine Solidarität zwischen deutschen und russischen Juden. Insbesondere die eigene Familie wurde zum wichtigsten Überlebensfaktor im Ghetto. Der jüdische Widerstand im Ghetto war passiv, kommunistisch orientiert und wurde von den russischen Juden getragen. Die deutschen Juden hingegen verachteten den Kommunismus, waren sehr bürgerlich und versuchten an bürgerlichen Formen festzuhalten, soweit irgendwie möglich. Am Widerstand beteiligten sie sich nicht, da sie vom Schlimmsten nicht ausgingen und auch immer besser behandelt wurden als die Russen. Zudem kam Flucht für sie - im Gegensatz zu den Fluchtversuchen der russischen Juden - nicht in Frage, da sie realistisch einschätzten, dass sie in den Weiten Weißrusslands ohne Sprachkenntnisse und Unterstützung der einheimischen Bevölkerung wohl auch nicht die geringste Chance gehabt hätten. Zudem wurden für einen Flüchtling 100 Ghattobewohner von der SS erschossen. Der Beitrag schildert in beeindruckender und bedrückender Weise das Schicksal der (deutsch-)jüdischen Bewohner des Ghettos von Minsk - und trägt so wertvolle Impressionen und Informationen zu einem Thema bei, über das nur sehr wenig bekannt ist. (ICB)

[143-L] Hösler, Joachim:

Aufarbeitung der Vergangenheit?: der Große Vaterländische Krieg in der Historiographie der UdSSR und Rußlands, in: Osteuropa : interdisziplinäre Monatszeitschrift zur Analyse von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Zeitgeschichte in Osteuropa, Ostmitteleuropa und Südosteuropa, Jg. 55/2005, H. 4/5/6, S. 115-125 (Standort: USB Köln(38)-M-AP04813; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges in der UdSSR und seit 1991 in Russland vollzog sich in fünf Phasen: Bis 1953 bestimmte Stalin, was zu sagen und zu schreiben war. Unter Chruscev blieb unentschieden, ob die Forschung den Anregungen seiner Parteitage von Februar 1956 oder dem apologetischen ZK-Beschluss vom Juni 1956 folgen müssen. Von der Mitte der 1960er bis zur Mitte der 1980er Jahre dominierte Schönfärberei, die dem Nachweis der 'Überlegenheit des Sozialismus' diente und eingebettet wurde in eine Siegesikonographie, die den Mythos des 'Heiligen Krieges' pflegte. In der Perestrojka war der Krieg das erste, aufwühlendste und schwierigste Thema. Seit 1991 ist es das einzige der sowjetischen Geschichte, das - positiv besetzt - integraler Bestandteil des affirmativen Geschichtsbildes geblieben ist." (Autorenreferat)

[144-L] Hrynevyc, Vladyslav:

Gespaltene Erinnerung: der Zweite Weltkrieg im ukrainischen Gedenken, in: Osteuropa : interdisziplinäre Monatszeitschrift zur Analyse von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Zeitgeschichte in Osteuropa, Ostmitteleuropa und Südosteuropa, Jg. 55/2005, H. 4/5/6, S. 88-102 (Standort: USB Köln(38)-M-AP04813; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Wie in den meisten ostmitteleuropäischen Ländern setzte auch in der Ukraine nach dem Sturz der kommunistischen Regime eine kardinale Umwertung der Vergangenheit ein. Doch ist in der Ukraine die Geschichtsdeutung heftiger umstritten. Gerade das Thema 'Großer Vaterländischer Krieg' steht seit der Unabhängigkeitserklärung der Ukraine im August 1991 im Zentrum heftiger öffentlicher Debatten. In diesen dreht es sich um die Schaffung einer neuen 'ukrainischen Idee' und damit auch um die dauerhafte europapolitische Verortung der Ukraine im Westen oder im Osten. Der Zweite Weltkrieg ist somit im historischen Gedächtnis der Ukrainer noch immer die zentrale politische und mentale Wasserscheide." (Autorenreferat)

[145-L] Keghel, Isabelle de:

Ungewöhnliche Perspektiven: der Zweite Weltkrieg in neueren rußländischen Filmen, in: Osteuropa : interdisziplinäre Monatszeitschrift zur Analyse von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Zeitgeschichte in Osteuropa, Ostmitteleuropa und Südosteuropa, Jg. 55/2005, H. 4/5/6, S. 337-346 (Standort: USB Köln(38)-M-AP04813; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Anlässlich des 60. Jahrestages des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg dominiert in Russland der 'heroische Diskurs'. Daneben existieren jedoch auch andere, erstaunlich vielschichtige Sichtweisen des Krieges. Der Beitrag stellt diese im Westen wenig bekannten Perspektiven anhand neuerer russländischer Filme vor. Im Mittelpunkt steht dabei der vielfach prämierte Film Svoi (Die Unsrigen) von Dmitrij Meschjev." (Autorenreferat)

[146-L] Khapaeva, Dina:

Geschichte ohne Erinnerung: zur Moral der postsowjetischen Gesellschaft, in: Merkur : deutsche Zeitschrift für europäisches Denken, Jg. 62/2008, H. 12 = H. 715, S. 1081-1091 (Standort: USB Köln(38)-AP4481; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Sowohl Erzählliteratur wie Filme lassen sich, so die Verfasserin, als eine Quelle für die Untersuchung historischer Repräsentationen der stalinistischen Vergangenheit analysieren. Unter diesen Genres, so die Autorin, ermöglichen die spezifischen Merkmale der postsowjetischen Fantasy-Literatur einen tiefen Einblick in den Zustand der postsowjetischen Moral. Bei der Analyse der in der postsowjetischen Fantasy-Literatur zum Ausdruck kommenden neuen Moral muss zunächst festgehalten werden, dass die unerwartetste Folge des Untergangs des Sowjetregimes ein Gefühl moralischer Orientierungslosigkeit war. Der Zusammenbruch des Kommunismus, ob dieser nun gefeiert oder verdammt wurde, hinterließ das Gefühl eines moralischen Vakuums, des Mangels an einem kohärenten Wertesystem als Kriterium des moralischen Urteils. Die neue Wirklichkeit des gesellschaftlichen Lebens brachte neue Formen menschlicher Beziehungen hervor, die moralisch beurteilt werden mussten. Das wichtigste Merkmal des propagierten Gesellschaftsbildes ist, so die These, die Verwandlung der "zona", der spezifischen Form des sowjetischen Lagers, in ein Gründungsprinzip der postsowjetischen Gesellschaft. Das völlige Fehlen von Widerstand gegen die Lagerkultur und die mangelnde Bereitschaft zur Reflexion über die Geschichte der Konzentrationslager machen das heutige Russland besonders anfällig für einen solchen Entwicklungsweg. (ICF2)

[147-L] Kusber, Jan:

Gewandeltes Herrscherbild, veränderte Inhalte: von Stalin zu Chruscev, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Jg. 56/2008, H. 9, S. 743-754

INHALT: Der Autor zeichnet in seiner historischen Analyse die Veränderungen des Herrscherbildes beim politischen Wechsel von Stalin zu Chruscev nach. Ausgangspunkt bildet die Frage, ob der Personenkult Stalins und das von ihm geschaffene Herrscherbild auch ohne den Stalinismus funktionierte. Der Autor zeigt, dass Stalins in seinem politischen Regime aus Propagandamaschinerie, Terror, Bespitzelung, persönlichen Loyalitäten und Abhängigkeiten einen "Personenverbandsstaat" geschaffen hatte, der in einigen Zügen an das vorrevolutionäre Herrscherbild der zarischen Monarchie anknüpfte. Der russische Präsident Nikita Chruscev entwarf hingegen unter Nutzung erweiterter und veränderter medialer Möglichkeiten ein Herrscherbild von sich, das vor allem der Systemstabilisierung diene. Jedoch neigen auch nicht nur diktatorisch organisierte Gesellschaften jenseits ihrer institutionellen, wirtschaftlichen und sozialen Verfasstheit zu personalisierten Zuschreibungen, wie der Autor betont. In der Sowjetunion wurden diese genutzt, um Akzeptanz, Loyalität und Gefolgschaft in der Bevölkerung und bei der politischen Elite auch nach dem Ende des Stalinismus sicherzustellen. (ICI2)

[148-L] Otto, Reinhard; Keller, Rolf; Nagel, Jens:

Sowjetische Kriegsgefangene in deutschem Gewahrsam 1941-1945: Zahlen und

Dimensionen, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 56/2008, H. 4, S. 557-602 (Standort: USB Köln(38)-FHM EP67; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.atypon-link.com/OLD/doi/abs/10.1524/vfzg.2008.0026)

INHALT: "Die Zahl der sowjetischen Kriegsgefangenen, die während des Zweiten Weltkriegs in deutsche Gefangenschaft gerieten, ist nach wie vor unbekannt. Dabei gab es keine Gruppe von Kriegsgefangenen die so viele Opfer zu beklagen hatte, wie die sowjetische. Um die Zahl dieser Menschen zu ermitteln, wählte dieser Aufsatz einen anderen Weg. Da sowjetische Soldaten ebenso wie die Kriegsgefangenen anderer Nationen, sowie es das Völkerrecht vorsah, individuell registriert wurden, ist es möglich, über die Anzahl der in deutschen Kriegsgefangenenlagern vergebenen Erkennungsmarkennummern die Gesamtzahl der erfassten sowjetischen Soldaten zu ermitteln. Auf der Basis neu erschlossener personenbezogener Quellen, die zumeist im Archiv des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation in Podolsk sowie in den Archiven der Sicherheitsdienste Russlands und Weißrusslands sowie in der Deutschen Dienststelle Berlin aufbewahrt werden, weisen die Autoren nach, dass eine Registrierung nicht nur im Deutschen Reich erfolgte, sondern ebenso in den besetzten Gebieten, dem Generalgouvernement, Skandinavien sowie den Reichskommissariaten Ostland und Ukraine. Insgesamt hat die Wehrmacht wenigstens 2,8 Millionen Angehörige der Roten Armee als Kriegsgefangene individuell erfasst. Die historische Forschung hat dies meist bestritten, weil sie der Wehrmacht von vornherein unterstellt, auf eine Registrierung verzichtet zu haben, um ein von Anfang an geplantes Massensterben zu verschleiern. Dem war aber nicht so. Vielmehr lässt sich ein individueller Nachweis für etwa die Hälfte aller in deutsche Kriegsgefangenschaft geratenen Rotarmisten zu führen. Das schließt die Möglichkeit zur Feststellung der Todesfälle mit ein. Für die andere Hälfte der Gefangenen hat ein solcher Nachweis nie existiert; diese wurden allenfalls statistisch, nicht jedoch individuell erfasst. Der Aufsatz diskutiert verschiedene Möglichkeiten, wie die Zahl der im Operationsgebiet gebliebenen sowjetischen Soldaten zu ermitteln wäre." (Autorenreferat)

[149-L] Smith, Kathleen E.:

Whither Anti-Stalinism?, in: Thomas Lahusen, Peter H. Solomon, Jr. (Hrsg.): What is Soviet now? : identities, legacies, memories, Münster: Lit Verl., 2008, S. 153-169, ISBN: 978-3-8258-0640-8 (Standort: StUB Frankfurt am Main(30)-88/495/57)

INHALT: Der Beitrag geht der Frage nach, wie das postkommunistische Russland von Gorbatschow bis Putin mit seiner kommunistischen (insbesondere stalinistischen) Vergangenheit umging bzw. umgeht. Die offizielle Verdammung des Stalinismus und des sowjetischen Erbes während der Ära Jelzin ist für die Autorin kaum als "Vergangenheitsbewältigung" zu bezeichnen, da mit diesen Auseinandersetzungen nicht die Schaffung einer neuen politischen Kultur bzw. eines neuen nationalen Selbstbildes verbunden wurde, das das neue Regime ideologisch legitimieren kann. Ständig wuchs jedoch die Nostalgie nach den "besseren sowjetischen Zeiten" (Wiedereinführung der alten kommunistischen Nationalhymne) und die Erinnerung an den Status einer geachteten (und gefürchteten) Supermacht. Die Besinnung auf die ehemalige nationale Größe und Stärke tritt heute insbesondere unter Vladimir Putin zu Tage (Feiern 2005 zum 60. Jahrestag des Sieges über Nazi-Deutschland) und soll letztendlich die Staatsmacht der "gelenkten Demokratie" stärken. (ICA)

[150-L] Solomon, Peter H., Jr.:

Administrative styles in Soviet history: the development of patrimonial rationality, in: Thomas Lahusen, Peter H. Solomon, Jr. (Hrsg.): *What is Soviet now? : identities, legacies, memories*, Münster: Lit Verl., 2008, S. 78-89, ISBN: 978-3-8258-0640-8 (Standort: StUB Frankfurt am Main(30)-88/495/57)

INHALT: Der Beitrag geht der Frage nach, welche Formen bzw. Typen der öffentlichen Verwaltung die sowjetische Ära kennzeichneten und welches Erbe sie in der postkommunistischen Gesellschaft des heutigen Russland hinterlassen haben. In der UdSSR entwickelte sich besonders unter Stalin eine hybride Form der öffentlichen Verwaltung, in der neben Elementen des Weberschen Idealtypus wie Hierarchie und Spezialisierung Elemente eines Patrimonialismus mit "Seilschaften und "strategischen Cliques" und der Dominanz informeller Normen und Praktiken existierten. In der nachstalinistischen Zeit expandierte das patrimoniale Element mit der Zunahme der "zweiten Ökonomie" bzw. Schattenwirtschaft, während unter Breschnew der Zug zu einem rationalen und mit dem sowjetischen Recht kompatibeln Verwaltungshandeln zum Zuge kam. Im Weberschen Sinne handelte es sich jedoch in allen Phasen eher um Formen "traditionaler Herrschaft". Erst unter Putins "gelenkter Demokratie" wird der Versuch durch einen "starken Staat" unternommen, informelle soziale Netzwerke durch (rudimentäre) rechtsstaatliche Prinzipien einzuschränken. (ICA)

[151-L] Souleimanov, Emil:

An endless war: the Russian-Chechen conflict in perspective, Frankfurt am Main: P. Lang 2007, 366 S., ISBN: 978-3-631-56040-2

INHALT: Die Betrachtung der tschetschenischen Gesellschaft als selbstständige kulturelle Entität und ihre historische Genese gilt als eine der Besonderheiten von Souleimanovs Sichtweise auf den russisch-tschetschenischen Konflikt. Der historische Rückblick beginnt dabei mit dem Ursprung und der Entwicklung des tschetschenischen Volkes in der kaukasischen Heimat und der Verbreitung des Islams. Im Mittelpunkt steht weiterhin der vergebliche tschetschenische Widerstand gegen den wachsenden russischen Einfluss im großen kaukasischen Krieg in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Daraufhin befasst sich der Autor mit der Unterdrückung unter Stalin und dem Wiederaufflammen der tschetschenischen Revolution mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Während die erste russische Intervention in Tschetschenien (1994-1996) nur marginale Berücksichtigung und wenig Zustimmung unter der russischen Bevölkerung erhielt, war der zweite tschetschenisch-russische Krieg (1999-2000) infolge einer Reihe von terroristischen Anschlägen in der russischen Bevölkerung wesentlich populärer. Seitdem ist der tschetschenische Widerstand geschwächt und der Kreml zeigt kaum Bereitschaft für Verhandlungen. Souleimanov argumentiert nun jedoch, dass der tschetschenische Kampf spezielle lokale Eigenschaften habe und die radikale Ideologisierung nicht Ursache, sondern nur Bestandteil des Widerstandes sei. Daher werde der tschetschenische Widerstandskampf auch nicht mit dem Tod weltlicher oder religiöser Führer aufhören oder ins Stocken geraten. Eine Lösung der nordkaukasischen Frage liegt nach Ansicht des Autors aus diesem Grunde noch in weiter Ferne. (ZPol, NOMOS)

3.4 Wirtschaft / Recht

[152-L] Chandler, Andrea:

The social promise: rights, privileges, and responsibility in Russian welfare state reform since Gorbachev, in: Thomas Lahusen, Peter H. Solomon, Jr. (Hrsg.): *What is Soviet now? : identities, legacies, memories*, Münster: Lit Verl., 2008, S. 192-213, ISBN: 978-3-8258-0640-8 (Standort: StUB Frankfurt am Main(30)-88/495/57)

INHALT: Der Beitrag zeigt, dass und warum Fragen der Geschlechtergleichheit und -gerechtigkeit eine tragende Rolle bei der Reform des russischen Wohlfahrtsstaats spielen. So überlebten viele Programme der sowjetischen Politik zur Förderung von Mutter und Kind. Sozialpolitische Programme, die die alte Nomenklatura (kommunistische Funktionäre, Veteranen, Helden der Arbeit usw.) begünstigen, wurden stark reduziert bzw. abgebaut. Rechte, Privilegien und Begünstigungen stützen sich heute jedoch auf recht vage "patriotische" Kriterien, d. h., es werden Gruppierungen gefördert, die sich um das gegenwärtige Regime verdient machen. Auch die Familienpolitik gewinnt seit 2006 zunehmend an Priorität, da aus der (putinschen) Sicht der "gelenkten Demokratie" nur eine gesunde Familie eine gesunde und starke Nation repräsentieren und symbolisieren kann. (ICA)

[153-L] Dohmen, Thomas; Lehmann, Hartmut; Zaiceva, Anzelika:

The gender earnings gap inside a Russian firm: first evidence from personnel data - 1997 to 2002, in: *Zeitschrift für ArbeitsmarktForschung*, Jg. 41/2008, H. 2/3, S. 157-179 (Standort: USB Köln(38)-XG1089; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Auf Grundlage von Personaldaten eines russischen Unternehmens für die Jahre 1997 bis 2002 werden die Höhe, Entwicklung und Determinanten von geschlechtsspezifischen Einkommensunterschieden auf der innerbetrieblichen Ebene in der späten Phase des wirtschaftlichen Wandels untersucht. Das geschätzte geschlechtsspezifische Einkommensdifferenzial fällt von 38 Prozent im Jahre 1997 auf 18 Prozent im Jahre 2002 und ist somit in Höhe und Verlauf vergleichbar mit dem Einkommensdifferenzial auf gesamtwirtschaftlicher Ebene. Geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede sind unter Produktionsarbeitern, die größte Beschäftigungsgruppe innerhalb der Belegschaft, am stärksten ausgeprägt. Verschiedene Zerlegungen zeigen, dass die Höhe und die Veränderungen der Einkommensdifferenziale durch beobachtete Unterschiede zwischen Männern und Frauen weitgehend nicht erklärt werden können. Die Untersuchung legt auch offen, dass Einkommensunterschiede zwischen männlichen und weiblichen Produktionsarbeitern größtenteils auf unterschiedliche Zuordnung zu Hierarchiestufen innerhalb der Organisationsstruktur zustande kommen, da Frauen zumeist schlechter bezahlte Tätigkeiten ausüben. Einkommensunterschiede für eine bestimmte Tätigkeit oder Position sind gering und nahezu vollständig auf beobachtbare Unterschiede zurückzuführen. Die Angleichung der Einkommen von Männern und Frauen auf innerbetrieblicher Ebene im Berichtszeitraum ergibt sich wegen einer besseren Bezahlung von Frauen in den unteren Lohngruppen." (Autorenreferat)

[154-L] Durkot, Juri:

Auf der Überholspur?: das Phänomen Timoschenko ; hohe Inflation und Wirtschaftsprobleme haben bisher ihrer Popularität kaum geschadet, in: KAS-Auslands-Informationen, 2008, Nr. 5, S. 25-40 (Standort: USB Köln(38)-M XE 00681; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.kas.de/wf/doc/kas_14170-544-1-30.pdf)

INHALT: "Die Probleme für die Regierung Timoschenko werden immer größer - die Koalition in der Werchowna Rada steht vor der Zerreißprobe, das Parlament selbst ist kaum arbeitsfähig, das Verhältnis zu Präsident Juschtschenko ist endgültig zerrüttet, zwischen dem Ministerkabinett und dem Präsidialsekretariat herrscht mittlerweile ein offener Krieg und die Inflation ist fast außer Kontrolle geraten. Trotzdem bescheinigen die meisten Experten der Regierung für die ersten 100 Tage die relativ gute Note '2-'. Und die Popularität von Julia Timoschenko wächst - ungeachtet aller Schwierigkeiten in der Wirtschaft und ständiger Streitereien mit dem Koalitionspartner." (Autorenreferat)

[155-L] Gulick, John:

Northeast Asian competition for Russian Far East natural resources: possibilities of Russo-Chinese geo-economic integration, in: Mark Herkenrath (Hrsg.): The regional and local shaping of world society, Münster: Lit Verl., 2007, S. 177-203, ISBN: 978-3-8258-0534-0 (Standort: UB Eichstätt(824)-00/MS1280/H548/R3)

INHALT: Der Verfasser gibt zunächst einen Überblick über die russisch-chinesischen Beziehungen in den letzten 10 bis 15 Jahren. Er behandelt im Folgenden die geopolitischen Friktionen, die sich aus der wachsenden Nachfrage seitens der nordostasiatischen Staaten (vor allem Chinas) auf das Hinterland des russischen Fernen Ostens ergeben. Dies wird an einem Beispiel von globaler Bedeutung erläutert - dem Konflikt zwischen Japan und China über den Verlauf der Erdöl-Pipelines von Ostsibirien, die den russischen Fernen Osten durchschneiden. Weitere Beispiele sind der Konflikt zwischen Russland und China über die Kohlehäfen an der russischen Ostküste und die Meinungsverschiedenheiten beider Staaten hinsichtlich der Migration landloser armer Bauern in die nichtbewirtschafteten Gebiete nördlich des Heilongjiang-Flusses. Vor diesem Hintergrund wird die Entwicklung der strategischen Partnerschaft zwischen Russland und China behandelt und es werden Aussichten für eine komplementäre Entwicklung beiderseits der russisch-chinesischen Grenze erörtert. (ICE)

[156-L] Gulina, Olga:

Menschenrechte: einige Gedanken aus russischer Perspektive, in: MenschenRechtsMagazin : Informationen, Meinungen, Analysen, Jg. 13/2008, H. 1, S. 72-75 (Standort: USB (Köln)38-XF537; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Nach Artikel 5 der Wiener Deklaration der Weltkonferenz über Menschenrechte aus dem Jahre 1993 sind alle Rechte universell und unteilbar und befinden sich in wechselseitiger Abhängigkeit und Zusammenhang. Diese knappe Definition wirft nach Ansicht der Autorin eine Reihe von Fragen auf, die sie aus russischer Perspektive kurz umreißt. Sie listet ferner folgende Menschenrechte auf, die in der russischen Rechtstheorie als grundlegend, universell, unveräußerlich und untrennbar gelten: Recht auf Leben, Recht auf Freiheit, Recht auf Gleichheit, Recht auf Menschenwürde, Recht auf persönliche Unantastbarkeit, Recht auf Gesund-

heitsschutz, Recht auf Unverletzbarkeit des Privatlebens, Recht auf Kontakt mit Gleichartigen und Gattungsfortsetzung, Recht auf Eigentum, Recht auf das individuelle/persönliche Äußere, Recht auf Sicherheit und auf Widerstand gegen Unterdrückung, Recht auf freiwillige Vereinigung und auf ein faires Gerichtsverfahren, Recht der Nationen auf Selbstbestimmung, Recht auf Hilfe dem Volk, das Opfer einer Aggression ist, Recht auf Gleichwertigkeit in wirtschaftlichen Beziehungen. (ICI2)

[157-F] Hockmann, Heinrich, Dr.; Buchenrieder, Gertrud, Prof.Dr.; Glauben, Thomas, Prof.Dr. (Bearbeitung):

Agroholdings im Agrar- und Ernährungssektor in Russland: Entstehungsgründe, Funktionsweise und Entwicklungsperspektiven

INHALT: keine Angaben *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Russland

ART: *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa -IAMO- (Theodor-Lieser-Str. 2, 06120 Halle)

KONTAKT: Hockmann, Heinrich (Dr. Tel. 0345-2829-255, Fax: 0345-2829-299, e-mail: hockmann@iamo.de); Buchenrieder, Gertrud (Prof.Dr. Tel. 0345-2928-110, e-mail: buchenrieder@iamo.de); Glauben, Thomas (Prof.Dr. Tel. 0345-2928-200, e-mail: glauben@iamo.de)

[158-F] Ivleva, Irina (Bearbeitung); Schrader, Heiko, Prof.Dr. (Betreuung):

Russische Klein Händler im Spannungsfeld zwischen Markt und Moralökonomie

INHALT: Russische Marktplätze in der Transformation. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Russland

VERÖFFENTLICHUNGEN: Ivleva, Irina: Die Straßenökonomie im russischen Alltag Händler und Märkte in der Übergangsperiode. Gesellschaftliche Transformationen, Bd. 15. Zugl. Magdeburg, Univ., Diss., 2007. Berlin: Lit Verl. 2008, 195 S. ISBN 978-3-8258-1604-9.

ART: *BEGINN:* 2003-02 *ENDE:* 2007-07 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Landesstipendium Sachsen-Anhalt

INSTITUTION: Universität Magdeburg, Fak. für Geistes-, Sozial- und Erziehungswissenschaften, Institut für Soziologie Bereich Makrosoziologie (Postfach 4120, 39016 Magdeburg)

KONTAKT: Bearbeiterin (e-mail: ivlevai@yandex.ru)

[159-L] Kuszniir, Julia:

Der politische Einfluss von Wirtschaftseliten in russischen Regionen: eine Analyse am Beispiel der Erdöl- und Erdgasindustrie, 1992-2005, (Soviet and post-soviet politics and society, Vol. 73), Stuttgart: Ibidem-Verl. 2008, 342 S., ISBN: 978-3-89821-821-4 (Standort: UB Bochum(294)-DVA12801)

INHALT: "Als Wladimir Putin Anfang 2000 russischer Präsident wurde, versuchte er, sich von der als 'chaotisch' empfundenen Amtszeit seines Vorgängers Boris Jelzin abzugrenzen. Wesentliches Element seiner Herstellung von 'Ordnung' war es, potentielle politische Konkurrenten unter die Kontrolle seiner sogenannten 'Machtvertikale' zu bringen. Dies betraf nicht zuletzt die regionalen Eliten und nationalen Wirtschaftsakteure. Die Dreiecksbeziehung zwi-

schen föderalem Zentrum, den Vertretern der Regionen und Big Business in Russland ist das Thema des vorliegenden Buches. Die Untersuchung zeigt anhand einer Reihe von Fallstudien zu den größten Erdöl- und Erdgasförderregionen Russlands, dass sich die Beziehungen der Großunternehmen mit den regionalen und föderalen politischen Eliten bis 2005 unterschiedlich entwickelten. Sie reichten von staatlicher Patronage, wie etwa in Tatarstan, bis hin zur 'Privatisierung politischer Macht', wie in einigen westsibirischen Regionen geschehen. Es werden die spezifischen Bestimmungsfaktoren für diese Unterschiede herausgearbeitet. Auf dieser Grundlage erfolgt eine präzisere Einschätzung der Natur politischer Entscheidungsprozesse und Einflussmöglichkeiten von Wirtschaftsinteressen im Machtgefüge der heutigen Russischen Föderation." (Autorenreferat)

[160-L] Lehbruch, Barbara:

Staat, Markt und Schwarzmarkt: Überlebensstrategien rußländischer Behörden, in: Osteuropa : interdisziplinäre Monatszeitschrift zur Analyse von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Zeitgeschichte in Osteuropa, Ostmitteleuropa und Südosteuropa, Jg. 55/2005, H. 10, S. 109-120 (Standort: USB Köln(38)-M-AP04813; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Öffentliche' und 'private' Sphären sind in Russland erst ansatzweise getrennt. Dies gilt für den Staat wie für Privatunternehmer. Viele Regierungsbehörden sind über ihre eigentlichen Regulierungsaufgaben hinaus kommerziell tätig. Der Ursprung solcher Praktiken liegt häufig im Überlebensstreben der Institution. Dies zeigt die Untersuchung zweier Fallstudien aus dem Forstsektor. Die Folgen sind ambivalent. Hybride Verwaltungen erleichtern die Zweckentfremdung öffentlicher Ressourcen für private Zwecke. Damit korrumpieren sie Russlands Marktwirtschaft, tragen jedoch in vielen Bereichen dazu bei, dem Staat die Erfüllung seiner Aufgaben überhaupt erst möglich zu machen." (Autorenreferat)

[161-F] Menkhoff, Lukas, Prof.Dr.; Osler, Carol, Prof.Dr. (Bearbeitung):

Mikrostruktur des russischen Devisenmarktes: vertiefende Analyse heterogener Akteure

INHALT: So wichtig Wechselkurse in einer weltweit verflochtenen Wirtschaft sind, so wenig verstehen wir ihre kurz- und mittelfristigen Veränderungen. Die deshalb naheliegende, eingehende Untersuchung der Prozesse auf Devisenmärkten ist Gegenstand der Mikrostrukturforschung. Das vorliegende Projekt trägt zu dieser Forschungsrichtung mit einem neuen, ungewöhnlich umfassenden Datensatz bei. Dieser eröffnet zwei bisher kaum erforschte Bereiche: Erstens beziehen sich vergleichbare Datensätze ausschließlich auf wenige führende Währungen, aber bisher niemals auf ein Schwellenland. Aufgrund der anderen institutionellen Verhältnisse (bspw. der ungleich wichtigeren Zentralbankinterventionen) kann man aber von einer Übertragung (Analyse von Order Flows, Interventionen, Quotierungen) interessante Aufschlüsse erwarten. Zweitens sind sämtliche Transaktionen auf diesem Markt mit einer anonymisierten Teilnehmerkennzeichnung versehen, so dass sich ein quasi vollständiges Abbild des Marktgeschehens ergibt. Dies ist Voraussetzung für die Anwendung neuer statistischer Methoden, die von Aktienmärkten auf Devisenmärkte übertragen werden. Tick-by-Tick-Daten erfordern die Berücksichtigung diskreter Preisänderungen und uneinheitlicher Zeitabstände zwischen Transaktionen (Durationen) bei der Modellierung des Preisprozesses. Entsprechende Modelle erlauben eine statistische Analyse von Interdependenzen zwischen Akteuren, die durch traditionelle Methoden "inhaltlich" vervollständigt werden sollen. Letztlich erwarten

die Bearbeiter neue Aufschlüsse über Informationsflüsse an Devisenmärkten. *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Russland

ART: AUFTRAGGEBER: nein **FINANZIERER:** Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Universität Hannover, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Institut für Geld und Internationale Finanzwirtschaft (Königsworther Platz 1, 30167 Hannover)

KONTAKT: Menkhoff, Lukas (Prof.Dr. Tel. 0511-762-4551, Fax: 0511-762-4796, e-mail: menkhoff@gif.uni-hannover.de)

[162-L] Millar, James R.:

Markets, money, and private property: the presistence of Soviet socialism in Russia today,

in: Thomas Lahusen, Peter H. Solomon, Jr. (Hrsg.): *What is Soviet now? : identities, legacies, memories*, Münster: Lit Verl., 2008, S. 26-39, ISBN: 978-3-8258-0640-8 (Standort: StUB Frankfurt am Main(30)-88/495/57)

INHALT: Aus einer wirtschaftsgeschichtlich vergleichenden Perspektive untersucht der Beitrag die Erfahrungen mit Märkten im sowjetischen und postkommunistischen Russland. Rekonstruiert wird, dass und wie in der kommunistischen Staats- und Planwirtschaft der UdSSR aus der Sicht der kapitalistischen Ökonomie die wichtigsten Märkte (Arbeit, Grund und Boden, Finanzen) mehr und mehr trotz der weiterhin bestehenden Existenz von Konsummärkten (Kolchosen, Genossenschaften, Agrarmärkte in kleinem Umfang) erodierten. Der Autor zeigt, dass die mangelnde Erfahrung der politischen Eliten - aber auch der Masse der Bevölkerung - mit den Marktregularitäten der verschiedenen Märkte zu der katastrophalen Entwicklung der postkommunistischen Wirtschaft geführt hat. Er macht insgesamt deutlich, wie die postkommunistische russische Ökonomie (vor allem ihre oligarchischen Führer) vom Fehler des "utopischen Sozialismus" in den eines "utopischen Kapitalismus" verfielen. Eingedenk dieser historischen Erfahrungen und verfehlten Strategien sucht die gegenwärtige Politik unter Putin einer Kompromiss durch einen Rückgriff auf die noch von Lenin entwickelte und favorisierte "Neue Ökonomische Politik" (NEP) zu finden. (ICA)

[163-L] Pleines, Heiko:

Informelle Einflußnahme und Demokratie: Wirtschaftsakteure in Rußland und der

Ukraine, in: *Osteuropa : interdisziplinäre Monatszeitschrift zur Analyse von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Zeitgeschichte in Osteuropa, Ostmitteleuropa und Südosteuropa*, Jg. 55/2005, H. 10, S. 99-108 (Standort: USB Köln(38)-M-AP04813; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "In Russland und der Ukraine ist die zivilgesellschaftliche Selbstorganisation von Wirtschaftsakteuren sehr schwach. Nur die Agrar- und die Kohlelobby, die bereits in der Sowjetunion relevante Ressourcen erworben hatten, konnten auch nach dem Umbruch Einfluss auf die Politik gewinnen. Illegale oder zumindest rechtlich fragwürdige Praktiken der Einflussnahme auf Politik spielen hingegen eine große Rolle. Dies hat Folgen für wirtschaftliche Reformstrategien, für die Machterlangung und den Machterhalt der politischen Elite sowie für die Legitimität des gesamten politischen Systems." (Autorenreferat)

[164-F] Zaozerna, Valeriya, M.A. (Bearbeitung); Engelhard, Johann, Prof.Dr. (Betreuung):
Der Zusammenhang von Wertpapiererträgen und Qualität der Corporate Governance am Beispiel des IPOs ukrainischer Unternehmen

INHALT: keine Angaben **ZEITRAUM:** 1991-2010 **GEOGRAPHISCHER RAUM:** Osteuropa, Ukraine

ART: *BEGINN:* 2008-10 *ENDE:* 2011-09 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Universität Bamberg, Fak. Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, Graduiertenkolleg "Märkte und Sozialräume in Europa" (Lichtenhaidestr. 11, 96045 Bamberg)

KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 0176-83005724,
e-mail: valeriya.zaozerna@uni-bamberg.de od. vzaozerna@yahoo.de)

3.5 Kunst / Kultur / Medien

[165-F] Besters-Dilger, Juliane, Prof.Dr. (Leitung):

Language policy in Ukraine. Anthropological, linguistic and further perspectives

INHALT: 1. Analyse der Sprachensituation in der Ukraine; 2. Empfehlungen für zukünftige Sprachenpolitik, unter Berücksichtigung der Forderungen des Europarats. **ZEITRAUM:** 2006-2008 **GEOGRAPHISCHER RAUM:** Ukraine

METHODE: Interdisziplinäres Projekt mit verschiedenen Ansätzen (Diskursanalyse, Analyse von Gesetzen, teilnehmende Beobachtung, Umfrage, Interviews ...). Untersuchungsdesign: Querschnitt **DATENGEWINNUNG:** Beobachtung, teilnehmend (Bevölkerung der Region Odessa). Gruppendiskussion (Stichprobe: 200; je 4 Gruppen in 5 ukrainischen Städten -Kiev, Lemberg, Odessa, Donetsk, Luck-). Qualitatives Interview (Stichprobe: ca. 20; je 4 Gruppen in 5 ukrainischen Städten -Kiev, Lemberg, Odessa, Donetsk, Luck-). Standardisierte Befragung, face to face (Stichprobe: 2.015; Bevölkerung der Ukraine -alle Regionen-; Auswahlverfahren: Quota). Feldarbeit durch ein kommerzielles Umfrageinstitut.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Besters-Dilger, Juliane (Hrsg.): Sprachpolitik und Sprachensituation in der Ukraine. Analyse und Empfehlungen / Language policy and language situation in Ukraine. Analysis and recommendations. ISBN 978-966-518-461-4.

ART: *BEGINN:* 2006-08 *ENDE:* 2008-07 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* INTAS - Internationale Assoziation zur Förderung der Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern der unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion

INSTITUTION: Universität Freiburg, Philologische Fakultät, Slavisches Seminar (Universitätsstr. 9, 79098 Freiburg im Breisgau)

KONTAKT: Leiterin (Tel. 0761-2038315)

[166-L] Elias, Nelly; Bernstein, Julia:

Wandering Jews, wandering stereotypes: media representation of the Russian-speaking Jews in the FSU, Israel and Germany, in: Martin Liepach, Gabriele Melischek, Josef Seethaler (eds.): Jewish images in the media, Wien: Verl. d. Österreich. Akad. d. Wiss., 2007, S. 15-38, ISBN: 978-3-7001-3878-5

INHALT: Der Beitrag vergleicht zum ersten Mal die Persönlichkeitsbilder der jüdischen Minderheit in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion, vorwiegend in der russischen Presse, mit den medienvermittelten Persönlichkeitsbildern russischsprachiger Juden nach ihrer Einwanderung nach Israel und Deutschland. Dadurch ergibt sich die seltene Gelegenheit, die Dialektik der Konstruktion der Vorstellungen über diese Minderheit innerhalb unterschiedlicher ideologischer, politischer und kultureller Kontexte zu untersuchen: denen einer "einheimischen" ethnischen Minderheit im post-sowjetischen Russland und denen einer "eingepflanzten" Minderheit in Israel und Deutschland. Die Ergebnisse zeigen, dass in allen drei untersuchten Ländern die von den herrschenden Medien vermittelten stereotypen Vorstellungen der russischsprachigen Juden die weitergehenden Veränderungen reflektieren, die sich im nationalen Kontext vollziehen, und damit das Bedürfnis der Mehrheit nach Selbstdefinition erfüllen. (RGübers.)

[167-L] Khineyko, Ilya:

The View from Russia: Russian press coverage of the 2004 presidential elections in Ukraine, in: Bohdan Harasymiw, Oleh S. Ilnytskyj (Eds.): *Information and manipulation strategies in the 2004 Ukrainian presidential elections*, Stuttgart: Ibidem-Verl., 2007, S. 107-139, ISBN: 978-3-89821-699-9 (Standort: UB Bonn(5)-2008/4206 (2))

INHALT: "The article investigates Russian print media coverage of the 2004 presidential elections in the period between January 1 and December 31, 2004. The content of six Russian newspapers is surveyed. The article's methodology is based on a combination of content and frame analysis. The former is used to examine quantitative patterns of coverage as well as to identify what topics and issues received media attention. Frame analysis is employed as the method to examine how news was presented and interpreted. The findings of this study demonstrate that all selected media but the official Rossiiskaia gazeta, in spite of significant differences in their politics, were initially reluctant to express their support for Viktor Yanukovich and raised doubts regarding his candidacy until the end of September when Yanukovich came out in support of the official status of the Russian language. At the same time, throughout the period Viktor Yushchenko was portrayed as the candidate backed by the West and thereby considered automatically unacceptable to Russian interests. Furthermore, the Ukrainian elections were often presented not as an internal Ukrainian affair but as another clash between the West and Russia over zones of influence in the post-Soviet space." (author's abstract)

[168-L] Richter, Andrei:

Post-Soviet perspective on censorship and freedom of the media: an overview, in: *International Communication Gazette*, Vol. 70/2008, Nr. 5, S. 307-324 (gaz.sagepub.com/content/vol70/issue5/)

INHALT: Der Beitrag gibt einen Überblick darüber wie Journalisten und Medien in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion durch das Gesetz reguliert werden und wie in der soziopolitischen Struktur einer rechtsstaatlichen Ordnung ihre Arbeit so optimiert werden kann, dass sie die Grundlage für öffentliche Eintracht und Stabilität bilden kann. Der Autor sieht die gesetzlichen Bedingungen für eine freie Presse in der Entwicklung von Mechanismen für den Zugang von Journalisten zur Information, der Errichtung von öffentlich-rechtlichem Rundfunk, dem Zugang der politischen Opposition zu öffentlichen (oder staatlichen) Medien, der Privata-

tisierung der Massenmedien, usw.. Einschränkungen unter dem Vorwand von informationeller Souveränität oder dem Kampf gegen Terrorismus und politischen Extremismus dürfen die ideologische und politische Vielfalt in den Medien und in der Gesellschaft nicht untergraben. Der Beitrag schließt mit einer vergleichenden Bestandsaufnahme zum Grad der Pressefreiheit in allen 15 Staaten der ehemaligen Sowjetunion. (RGübers.)

[169-L] Zaretsky, Yevgen:

Anglizismen im Russischen seit 1991: ein Vergleich mit dem Ukrainischen und Deutschen, (Studien zur Anglistik und Amerikanistik, Bd. 12), Hamburg: Kovac 2008, 679 S., ISBN: 978-3-8300-3766-8 (Standort: UB Bonn(5)-2008/5697)

INHALT: "In dieser Studie wird der Einfluss des Englischen auf die russische Sprache untersucht, vor allem in der Zeit nach dem Zerfall der Sowjetunion (1991). Im Mittelpunkt der Untersuchung steht das Lehngut, das in die Umgangssprache und verschiedene Fachsprachen eingegangen ist und schon jetzt eine vergleichsweise hohe Wortbildungsaktivität aufweist, obwohl es morphologisch und graphematisch zum Teil noch wenig integriert ist. Es geht um die Verwendung von Anglizismen in den ehemaligen Republiken der Sowjetunion, in denen Russisch als Muttersprache oder lingua franca verwendet wird: Russland, Ukraine, Kasachstan, Weißrussland, Moldawien etc. Zu den wichtigsten Themen zählen die Gründe für die Übernahme des fremden Wortschatzes, die Geschichte des englischen Einflusses auf das Russische, die Einstellung von verschiedenen Bevölkerungsschichten zu Anglizismen und zur Amerikanisierung der russischen Kultur im Allgemeinen, die Sprachpolitik der russischen Regierung, der kulturelle und historische Hintergrund der Amerikanisierung. Besondere Aufmerksamkeit wurde den soziologischen Aspekten der Amerikanisierung geschenkt. Es wird der Versuch unternommen, kultur- und sprachwissenschaftliche Ansätze, die fast immer getrennt untersucht werden, in Verbindung zueinander und außerdem auch zu empirischen Untersuchungen zu bringen. Die wichtigsten Ziele des Verfassers bestehen in der Zusammenfassung der bisher erschienenen Werke über Anglizismen, in der kritischen Auseinandersetzung mit den Ergebnissen dieser Werke, in der Beschreibung der neuesten sprachlichen und kulturellen Erscheinungen, falls diese in Verbindung mit den sprachlichen gebracht werden können, sowie in der Erschließung der Quellen, die bisher in diesem Kontext noch nicht untersucht wurden." (Autorenreferat)

3.6 Nationalitätenpolitik / Migration

[170-L] Dietz, Barbara:

Die Ukraine im europäischen Migrationssystem, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2008, H. 35/36, S. 33-38 (www.bpb.de/files/VZ5NWG.pdf)

INHALT: "Seit ihrer Unabhängigkeit und insbesondere seit der Osterweiterung der Europäischen Union hat sich die Ukraine verstärkt zu einem Sendeland von Arbeitsmigranten in verschiedene EU-Staaten entwickelt. Schwerpunkte bilden Deutschland, die neuen osteuropäischen Mitgliedsländer und Südeuropa." (Autorenreferat)

[171-F] Henrich, Christian Johannes, Mag.phil. (Bearbeitung); Kipke, Rüdiger, Prof.Dr. (Leitung):

Die Politik der aserbaidischen Regierung gegenüber der armenischen Minderheit in Aserbaidischland in der Zeit von 1982 bis 1992

INHALT: keine Angaben **ZEITRAUM:** 1982-1992 **GEOGRAPHISCHER RAUM:** Aserbaidischland, Kaukasus

ART: *BEGINN:* 2008-10 *ENDE:* 2010-04 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsch-Aserbaidischlandisches Forum, Berlin

INSTITUTION: Universität Siegen, FB 01 Sozialwissenschaften, Philosophie, Theologie, Geschichte, Geographie, Fach Politikwissenschaft Lehrstuhl Politische Systeme, Öffentliches Recht (57068 Siegen)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0163-436-7424)

[172-L] Hofmann, Martin:

Regulierte Migration, Expansion und Modernisierung: Migrationsgeschichte der CIS-Region, in: Albert Kraller, Karl Husa, Veronika Bilger, Irene Stacher (Hrsg.): *Migrationen : globale Entwicklungen seit 1850*, Wien: Mandelbaum Verl., 2007, S. 101-120, ISBN: 978-3-85476-240-9 (Standort: ULB Düsseldorf(61)-his486k89)

INHALT: Der Verfasser stellt die historische Entwicklung der Migration auf dem Gebiet der heutigen GUS-Staaten seit der Mitte des 19. Jahrhunderts dar. Sie stellt sich zunächst in erster Linie als Ergebnis staatlicher Intervention dar und war von massiven Zwangsmigrations-, Flucht- und Vertreibungswellen bestimmt. Vor allem in der Zeit des Kalten Krieges konnte das Kontrollparadigma in der Migrationspolitik in der Region am eindeutigsten umgesetzt werden. Die interne Migration kehrte sich seit Mitte der 1970er Jahre zu einem Migrationsstrom in Richtung auf die westliche Zentralräume der UdSSR um. Die politische Wende der 1990er Jahre stellte auch einen Wendepunkt in der Migrationsgeschichte der Region dar. Drei zentrale Muster sind zu konstatieren: (1) Migrationsbewegungen als Fortführung historischer Migrationsprozesse; (2) Migrationsbewegungen als Resultat ethnischer Konflikte und als Reaktion auf vorangegangene migrationspolitische Interventionen; (3) Migrationsbewegungen als Ergebnis der Integration der GUS-Staaten in das globale Migrationssystem. (ICE2)

[173-L] Protsyk, Oleh:

Majority-minority relations in the Ukraine, in: *JEMIE : Journal on ethnopolitics and minority issues in Europe*, Vol. 7/2008, Iss. 1, 42 S. (www.ecmi.de/jemie/download/1-2008-Protsyk.pdf)

INHALT: "Majority-minority relations in Ukraine, as in any other country, are a complex phenomenon. What differentiates the Ukrainian case from many old polities and from some recently established ones is that the identities of both majority and minority groups probably have been settled to a much lesser degree than is usually the case in Europe. The process of defining what it means to be a majority or a minority group in Ukraine goes along with all the other identity-related processes that a newly independent country has to face. The fact that the identity of both majority and minority is still 'in the making' has numerous implications for how the Ukrainian state positions itself with regard to various international standards and mechanisms of minority protection and how international bodies - both intergovernmental and

nongovernmental - approach the issue of Ukraine's adherence to these standards and mechanisms." (author's abstract)

[174-L] Rupp, David:

Die Rußländische Föderation und die russischsprachige Minderheit in Lettland: eine Fallstudie zur Anwaltspolitik Moskaus gegenüber den russophonen Minderheiten im "Nahen Ausland" von 1991 bis 2002, (Soviet and post-soviet politics and society, Vol. 70), Stuttgart: Ibidem-Verl. 2007, 138 S., ISBN: 978-3-89821-778-1 (Standort: Bayer. SB München(12)-2008.7143)

INHALT: "Infolge des Zusammenbruchs der Sowjetunion wurden rund 25 Millionen russischsprachiger Menschen in den ehemaligen Sowjetrepubliken zu Minderheiten. Die größten russischsprachigen Gemeinden befanden sich 1991 in Estland, Kazachstan und Lettland. Die Rußländische Föderation (RF) beanspruchte 1991 eine Anwaltschaft für diese Menschen, die häufig der Möglichkeit beraubt waren, die Staatsbürgerschaft ihres Heimatlandes zu erlangen und am politischen Leben teilzunehmen. Die vorliegende Studie untersucht am Beispiel Lettlands die Glaubwürdigkeit dieses Anwaltsanspruchs. Vor dem Hintergrund der rußländischen Außenpolitik zwischen 1991 und 2002 werden die lettische Staatsbürgerschaftspolitik und die rußländische Anwaltspolitik beschrieben. Die Außenpolitik Rußlands durchlief drei Phasen, die als Folge nationaler Diskurse nachgezeichnet werden. Von kooperativer Politik zu Beginn des Jahrzehnts über den Versuch neoimperialer Durchdringung des postsowjetischen Auslandes betreibt die RF seit der Jahrtausendwende eine besonnene Großmachtpolitik. Die lettische Staatsbürgerschaftspolitik zeigt über den Untersuchungszeitraum hinweg ebenfalls Veränderungen: zu Beginn des Jahrzehnts wurde der russischsprachigen Minderheit die Naturalisierung verweigert; eine restriktive Regelung ging einem Gesetz voran, das heute praktisch jedem Einwohner Lettlands die Bewerbung um die Staatsbürgerschaft ermöglicht. Die Anwaltspolitik Rußlands nahm hingegen keinen stringenten Weg. Wohlkalkulierte Machtpolitik, hilflose Polemik und Desinteresse lösten einander ab." (Autorenreferat)

[175-L] Szakonyi, David:

Ethnic mobilization in post-Soviet Georgia: the case of the Yezidi-Kurds, in: JEMIE : Journal on ethnopoltics and minority issues in Europe, Vol. 6/2007, Iss. 2, 19 S.

INHALT: "The aim of this article is to examine the failure of the Yezidi-Kurdish minority to attain a high level of ethnic mobilization in order to protect its political and cultural interests after the fall of the USSR and the creation of an independent Georgia in 1991. This inability has intensified the threat of the complete cultural, religious, and linguistic assimilation of the Yezidi-Kurds into the wider Georgian society, instead of allowing the minority to achieve healthy integration into society and the preservation of its ethnic identity. The author argues that the convergence of three sets of factors best explains the present tenuous position of the minority. First, structural changes affected the ability of minority leaders to gather sufficient human and financial resources necessary for mobilization. Secondly, problems in determining a unified identity as well as conflicts between minority elites prevented the consolidation of the ethnic group and limited its organizational capacity. Lastly, Georgian state policies and larger societal trends have subtly contributed to the dismantling of certain core components of the Yezidi-Kurdish ethnic identity, thereby accelerating the process of assimilation. This article

concludes with a discussion of the prospects of the Yezidi-Kurdish community in Georgia, arguing that only efforts to reunite the minority and cooperate with existing minority civil society structures will prevent the effective disappearance of the group in this country." (author's abstract)

3.7 Verschiedenes

[176-L] Darst, Robert G.; Dawson, Jane I.:

Global denken, lokal endlagern?: Russland und das Problem des Atommülls, in: Osteuropa : interdisziplinäre Monatszeitschrift zur Analyse von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Zeitgeschichte in Osteuropa, Ostmitteleuropa und Südosteuropa, Jg. 56/2006, H. 4, S. 221-233 (Standort: USB Köln(38)-M-AP04813; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Im Juni 2004 ging Russland mit dem Vorschlag an die Öffentlichkeit, ein Endlager für Atomabfälle aus der ganzen Welt zu errichten. Technisch und sicherheitspolitisch wäre ein zentrales Endlager wünschenswert. Doch ob Russland die nötigen Sicherheitsstandards erfüllt, das radioaktive Material umweltverträglich lagern und gegen Missbrauch und terroristische Angriffe schützen kann, ist fraglich. Auch sind moralische Zweifel angebracht, da Russlands Regierung den Widerstand der Bevölkerung gegen ein solches Endlager bisher ignoriert. Je stärker Russland bereit ist, mit der internationalen Gemeinschaft zusammenzuarbeiten, desto eher lassen sich diese Defizite ausgleichen." (Autorenreferat)

[177-L] Dubin, Boris:

Goldene Zeiten des Krieges: Erinnerung als Sehnsucht nach der Breznev-Ära, in: Osteuropa : interdisziplinäre Monatszeitschrift zur Analyse von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Zeitgeschichte in Osteuropa, Ostmitteleuropa und Südosteuropa, Jg. 55/2005, H. 4/5/6, S. 219-233 (Standort: USB Köln(38)-M-AP04813; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Der Sieg im Großen Vaterländischen Krieg ist in Russland zum zentralen Symbol der kollektiven Erinnerung geworden. Nur scheinbar wird jedoch des Krieges gedacht. Tatsächlich handelt es sich um eine Sehnsucht nach der Breznev-Zeit. Diese Ära, in der die heroischen, von jeglichem Leid gesäuberten Vorstellungen von diesem Krieg geschaffen wurden, gilt nach einem Jahrzehnt des sozialen Niedergangs als goldene Zeit materiellen Wohlstands und nationalen Ruhms. Dieses Bild greift heute eine neue Generation auf und passt es den aktuellen Bedürfnissen an. Wie die alte Repräsentation des Krieges im kollektiven Gedächtnis basiert auch die neue Erinnerung auf Großmachtphantasien, sozialer Passivität und Isolationsismus, den Ingredienzien autoritärer Regime." (Autorenreferat)

[178-L] Fieseler, Beate:

Arme Sieger: die Invaliden des "Großen Vaterländischen Krieges", in: Osteuropa : interdisziplinäre Monatszeitschrift zur Analyse von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Zeitgeschichte in Osteuropa, Ostmitteleuropa und Südosteuropa, Jg. 55/2005, H. 4/5/6, S. 207-217 (Standort: USB Köln(38)-M-AP04813; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die Historiographie in Russland hat die Frage nach dem sozialen Erbe des Großen Vaterländischen Krieges bisher kaum gestreift. Wie jetzt zugängliche Archivalien belegen, waren die Kriegsversehrten einer rigorosen staatlichen Mobilisierungspolitik unterworfen, die sie trotz unzureichender Umschulungsmöglichkeiten und fehlender Versorgung mit medizinischen Hilfsmitteln zur Rückkehr ins Erwerbsleben zwang. Trotz beeindruckender Wiedereingliederungszahlen war die berufliche Reintegration für viele mit beruflichem und sozialem Abstieg verbunden." (Autorenreferat)

[179-L] Gel'man, Vladimir:

Wahlen à la russe: formale Normsetzung und informelle Methoden, in: Osteuropa : interdisziplinäre Monatszeitschrift zur Analyse von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Zeitgeschichte in Osteuropa, Ostmitteleuropa und Südosteuropa, Jg. 55/2005, H. 10, S. 85-97 (Standort: USB Köln(38)-M-AP04813; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "In Russland finden Wahlen statt. Ein Präsidentenerlass und das Wahlgesetz von 1994 schufen die Grundlagen. Zahlreiche Normen regeln die Zulassung und Finanzierung der Kandidaten, den Wahlkampf und die Durchführung der Wahlen. Gleichzeitig haben sich informelle Methoden herausgebildet, welche die formalen Wahlregeln unterlaufen und wirkungsvolle Mechanismen darstellen, den Wahlausgang zu beeinflussen. Diese informellen Methoden können die Stabilität der politischen Herrschaft erhöhen, jedoch auch ihren Zusammenbruch fördern. Die Frage, ob Wahlen zu einem Machtwechsel in Russland führen können, ist weiter offen." (Autorenreferat)

[180-L] Götz, Roland:

Putins Nachfolge: Rückschritt oder Fortentwicklung des politischen Systems?, (Diskussionspapier / Forschungsgruppe Russland-GUS, Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit), Berlin 2007, 7 S. (Graue Literatur; www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=4406)

INHALT: Der Beitrag erörtert den bevorstehenden Machtwechsel in Russland, da Präsident W. Putin für eine dritte Amtszeit als Präsident nicht mehr zur Verfügung steht. Die Ausführungen gliedern sich in folgende Punkte: (1) Ausgestaltung des Machtwechsels, (2) das politische Szenario 'Restauration', (3) die Hinterlassenschaft Putins, (4) das politische Szenario 'Fortentwicklung' sowie (5) den politischen Umgang mit Russland. Die Umstände der Nachfolge des russischen Präsidenten erwecken auf den ersten Blick den Eindruck eines Abgleitens in sowjetische Verhältnisse. Gegen die Verfestigung eines totalitären Systems spricht aber der Umstand, dass die russische Wirtschaft weitgehend privatisiert ist und es nicht einleuchtet, dass die neuen Reichen eine den Interessen des Landes nicht dienliche Bürokratenherrschaft tolerieren werden. Plausibler ist die Vorstellung eines Anknüpfens an die vorrevolutionäre zaristische Vergangenheit mit einem durch Bürokratie und Geheimdienst kontrollierten Staat. Statt des Paradigmas 'Restauration' ist aber auch das Szenario 'Weiterentwicklung' denkbar, das größere Beteiligung der Gesellschaft an politischen Entscheidungen meint. Putins Verzicht auf eine dritte Amtszeit und sein angekündigtes Engagement für parlamentarische Aktivitäten stützen diese Idee. Es wäre daher verfrüht, auf die Ereignisse in Moskau in Abwendung vom Konzept der Annäherung mit einer Politik der Eindämmung zu agieren. (ICG2)

[181-L] Lahusen, Thomas; Solomon, Peter H. (Hrsg.):

What is Soviet now?: identities, legacies, memories, Berlin: Lit Verl. 2008, 324 S., ISBN: 978-3-8258-0640-8 (Standort: StUB Frankfurt am Main(30)-88/495/57)

INHALT: "Economists and political scientists wrestle with the challenges faced by Russian officials and public alike in adapting to a market economy and democracy, including the fragility of property rights and elections still rooted in old institutional structures. Contributors examine the reforms of health and welfare, and the hierarchy of privilege and access, and consider how Putin's Statist approach to mythmaking compares to that of previous Soviet and post-Soviet regimes. Historians and anthropologists explore the issue of nostalgia, gender, punishment, belief, and how history itself is being created and perceived today. The volume concludes with a journey through the ruined landscape of real socialism." (author's abstract). Contents: Thomas Lahusen and Peter H. Solomon, Jr.: Introduction (1-14); 1. Markets and Facades: Robert E. Johnson: "I lost it at the market": Some Thoughts on the Political Economy of Post-Soviet Russia (15-25); James R. Millar: Markets, Money, and Private Property: The Persistence of Soviet Socialism in Russia Today (26-39); Jessica Allina-Pisano: Klychkov i Pustota: Post-Soviet Bureaucrats and the Production of Institutional Facades (40-56); Alena V. Ledeneva: Informal Networks in Postcommunist Economies: A "Topographical Map" (57-77); Peter H. Solomon, Jr.: Administrative Styles in Soviet History: The Development of Patrimonial Rationality (78-92); 2. History Inside Out: Ben Eklof: "By a Different Yardstick": Boris Mironov's 'A Social History of Imperial Russia: 1700-1917', and its Reception in Russia (93-119); Nikolai Kremontsov: From a "Prominent Biologist" to a "Red Frankenstein": Ilya Ivanov in Soviet and Post-Soviet Biographies (120-132); Tracy McDonald: Who's Afraid of Joseph Stalin? (133-152); Kathleen E. Smith: Whither Anti-Stalinism? (153-172); 3. Dispensing Welfare and Punishment: Dan Healey: "Untraditional Sex" and the "Simple Russian": Nostalgia for Soviet Innocence in the Polemics of Dilia Enikeeva (173-191); Andrea Chandler: The Social Promise: Rights, Privileges, and Responsibilities in Russian Welfare State Reform since Gorbachev (192-213); Michael Z. David: Social Welfare or Wasteful Excess?: The Legacy of Soviet Tuberculosis Control Programs in Post-Soviet Russia (214-233); Judith Pallot: Continuities in Penal Russia: Space and Gender in Post-Soviet Geography of Punishment (234-256); 4. Landscape after the Future: Alexei Yurchak: Post-Post-Communist Sincerity: Pioneers, Cosmonauts, and Other Soviet Heroes Born Today (257-276); Heather DeHaan: Finding the Soviet in Post-Soviet Space: An Excavation of the Post-Soviet City of Nizhni Novgorod (277-306); Thomas Lahusen: Decay or Endurance? The Ruins of Socialism (307-320).

[182-L] Luchterhandt, Otto:

Auf dem Wege zur Gleichschaltung der Zivilgesellschaft: die Gesellschaftskammer

Russlands, (Diskussionspapier / Forschungsgruppe Russland-GUS, Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit), Berlin 2006, 40 S. (Graue Literatur; www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=3004)

INHALT: Der Beitrag zum politisch-administrativen System Russlands beschreibt die politische Verankerung der Zivilgesellschaft durch die Installierung der Gesellschaftskammer. So wird im ersten Schritt zunächst die entsprechende Vorgeschichte skizziert, indem der politische Prozess von 2000 bis zur Verabschiedung des föderalen Gesetzes über die Gesellschaftskammer durch Präsident Putin 2005 dargelegt wird. Der zweite Schritt umfasst die Hauptaufgaben

der Gesellschaftskammer, und zwar: (1) die Heranziehung der Bürger und gesellschaftlichen Vereinigungen zur Realisierung der Staatspolitik, (2) die Begutachtung der Entwürfe von Gesetzen und Rechtsakten der Exekutive, (3) die gesellschaftliche Kontrolle über die Tätigkeit der Exekutivorgane, (4) die Kontrolle der Medien unter dem Gesichtspunkt der Meinungsfreiheit, (5) funktionale Nebenkompetenzen sowie (6) Empfehlungen zur Förderung zivilgesellschaftlicher Fördermaßnahmen. Der dritte Schritt informiert sodann über die Errichtung der Gesellschaftskammer 2005/2006. Dazu gehören (1) die Ernennung der Präsidialmitglieder, (2) die Kooptierung der föderalen und regionalen Kammermitglieder und (3) die Verweigerung der regimekritischen Bürgerrechtsorganisationen. Der vierte Schritt widmet sich schließlich den ersten Arbeitsschritten hinsichtlich der Organe der Gesellschaftskammer und ihren Hauptbefugnissen: (1) die Konstituierung der Kammer und das Problem ihres führenden Repräsentanten, (2) das Problem des Vorsitzes und der Sekretär der Gesellschaftskammer, (3) die Organisationsstruktur der Kammer im Überblick, (4) der Apparat sowie (5) erste Aktionen der Gesellschaftskammer. Der fünfte Schritt blickt auf die Novellierung der NGO-Gesetzgebung, ein flankierender Angriff auf die Zivilgesellschaft. In diesem Zusammenhang werden die Gründe für die Versagung der Registrierung von NGOs, die staatlichen Kontrollmechanismen über die NGOs und der Widerstand gegen das NGO-Gesetzespaket betrachtet. Im sechsten Schritt werden abschließend zusammenfassende Schlussfolgerungen zur Gesellschaftskammer und der NGO-Gesetzgebung formuliert. (ICG2)

[183-L] Meyer, Gert:

Arm und Reich in Russland, in: Stefan Schmalz, Anne Tittor (Hrsg.): *Jenseits von Subcomandante Marcos und Hugo Chávez : soziale Bewegungen zwischen Autonomie und Staat ; Festschrift für Dieter Boris*, Hamburg: VSA-Verl., 2008, S. 192-204, ISBN: 978-3-89965-318-2 (Standort: UB Köln(38)-36A845)

INHALT: Der Verfasser erklärt die Schwäche linker Bewegungen, Parteien und Gewerkschaften in Russland, indem er die ökonomischen und sozialstrukturellen Folgen des Transformationsprozesses in Russland beschreibt, der mit einer beispielelosen sozialen Polarisierung und Verarmung einherging. Es wird gezeigt, dass sich seit 2000 die Hoffnungen der russischen Bevölkerung auf eine Besserung der Lage durch staatliche sozial- und arbeitspolitische Maßnahmen, die durch die immensen Öl-, Gas- und Rohstoffeinnahmen und die Haushaltsüberschüsse möglich geworden sind, verstärken. Diese treffen auf die vielfältigen Verlockungen der in den Metropolen und den Öl- und Gasstandorten aufblühenden Konsumangebote. Wie die wachsende Ausstattung der privaten Haushalte mit Autos, PCs, audiovisuellen Geräten, Handys, neuen Möbeln und modernen Haushaltsmaschinen zeigt, entstehen im Rahmen des polarisierten Grundmusters der Gesellschaft neue Mittelschichten, die in den 1990er Jahren weitgehend erodiert waren. Getragen werden sie vor allem von den jüngeren, gut ausgebildeten, aufstiegsorientierten urbanen Generationen, die einen stärker individualisierten Lebens- und Konsumstil pflegen. Gleichwohl bleibt das aktuelle Problem einer immer noch großen Schicht von armen Menschen in einem potenziell reichen Land. (ICF2)

[184-L] Naumescu, Vlad:

Modes of religiosity in eastern Christianity: religious processes and social change in Ukraine, (Halle studies in the Anthropology of Eurasia, Vol. 15), Berlin: Lit Verl. 2007, XII, 255 S., ISBN: 978-3-8258-9908-0 (Standort: UB Siegen(467)-31OQC3111)

INHALT: "This volume offers original insights into the religious transformations taking place in postsocialist western Ukraine. Applying a cognitive theory based on two modes of religiosity, the doctrinal and the imagistic, Vlad Naumescu reveals the mechanisms of reproduction and change that make the local eastern Christian tradition a living tradition of faith. He combines rich ethnographic materials with historical and theological sources to depict a religion in equilibrium between the two modes, maintaining revelation at the core of its doctrinal corpus. He argues that religion is a potential source for social change that empowers people to act upon reality and transform it. With his innovative exploration of the dynamics of an eastern Christian tradition, Naumescu makes a major contribution to the emerging anthropology of Christianity as well as to studies of postsocialism." (author's abstract)

[185-F] Nohejl, Regine, Dr. des.; Carl, Friederike, M.A. (Bearbeitung); Cheauré, Elisabeth, Prof. Dr. (Leitung):

Genderdiskurse und nationale Identität in Russland. Historische Perspektiven und aktuelle Tendenzen

INHALT: Mithilfe der Gender Studies sollen die Besonderheiten des nationalen Diskurses in Russland seit dem 18. Jahrhundert herausgearbeitet werden. Die Ergebnisse sollen für ein Verständnis der aktuellen innen- und außenpolitischen Probleme Russlands nutzbar gemacht werden. *ZEITRAUM:* 18. bis 21. Jahrhundert *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Russland

METHODE: Identitäts-/ Diskursanalyse; Alteritätsdiskurse, Nationalismusforschung; Gender Studies; Postcolonial Studies

ART: *BEGINN:* 2007-07 *ENDE:* 2009-06 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Universität Freiburg, Philologische Fakultät, Slavisches Seminar (Universitätsstr. 9, 79098 Freiburg im Breisgau)

KONTAKT: Nohejl, Regine (Dr. Tel. 0761-203-8321, Fax: 0761-203-8328, e-mail: nohejl@uni-freiburg.de)

[186-L] Poletaev, Maxim:

Die nationalen Wohnungsprojekte in Russland und Deutschland: eine vergleichende Analyse, (Diskussionspapier / Forschungsgruppe Russland-GUS, Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit), Berlin 2007, 56 S. (Graue Literatur; www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=3827)

INHALT: "Die Schaffung eines sachgerechten Systems zur staatlichen Regulierung des Wohnungsmarktes ist eines der schwierigsten sozial-ökonomischen Probleme, mit denen Länder mit einer Übergangswirtschaft konfrontiert sind. Unzureichende Erfahrungen mit staatlicher marktwirtschaftlicher Regulierung im Bereich der Wohnungswirtschaft und benachbarter Wirtschaftszweige, sowie fehlende Instrumente und Infrastrukturen zur staatlichen Lenkung des Wohnungsmarktes, wie sie für entwickeltere Länder charakteristisch sind, verschärfen

das Ausmaß und den Schwierigkeitsgrad dieser Aufgabe und verkomplizieren ihre Verflechtung mit einem weiten Spektrum ökonomischer und sozialer Fragen. In der Periode des Abbaus des planwirtschaftlichen Modells in Russland und der nachfolgenden beispiellosen sozial-ökonomischen Krise kam es zu einer faktischen Abkehr von dem über Jahrzehnte gewachsenen, vorwiegend staatlichen System der Verteilung von Wohnraum als wichtigstes soziales Gut. Aber auch heute ist, ungeachtet der qualitativen Veränderung der makroökonomischen Situation in Russland, der Prozess der Heranbildung marktwirtschaftlicher Verhältnisse im Wohnungssektor bei weitem noch nicht abgeschlossen. Ziel dieser Arbeit ist die Formulierung von Vorschlägen zur Verbesserung der staatlichen Wohnungspolitik der Russischen Föderation. Das erste Kapitel der Arbeit gibt eine allgemeine Darstellung des Wohnungsmarktes und befasst sich mit den Faktoren, die die Erzeugung von Angebot und Nachfrage auf ihm beeinflussen und von maßgeblicher Bedeutung für die Herausbildung der staatlichen Wohnungspolitik sind. Im zweiten Kapitel werden die Instrumente der staatlichen Regulierung des Wohnungsmarktes in Russland beschrieben und es werden die hauptsächlichen Bestimmungen und Zwischenergebnisse des nationalen Projekts 'Erschwinglicher Wohnraum' untersucht. Das dritte Kapitel befasst sich mit den Erfahrungen der staatlichen Regulierung des Wohnungsmarktes in der Bundesrepublik Deutschland, wie sie im Zeitraum 1950-1970 in der Logik einer sozial orientierten Marktwirtschaft für Wirtschaftsverhältnisse formuliert wurde, die denen im heutigen Russland ähneln. Im abschließenden vierten Kapitel der Arbeit werden die Möglichkeiten analysiert, die Erfahrungen der Bundesrepublik Deutschland auf die Verbesserung der staatlichen Wohnungspolitik in Russland anzuwenden, und es werden diesbezügliche Vorschläge gemacht." (Textauszug)

[187-F] Schilling, Jan, Dr. (Bearbeitung):

Berufliche Werte, implizite Führungstheorien und Führungsverhalten im interkulturellen Vergleich

INHALT: Angesichts der globalen Ausweitung der Geschäftstätigkeiten nicht nur großer, sondern auch vieler mittelständischer Unternehmen wächst die Zahl der Personen, die auf Zeit oder dauerhaft in anderen Ländern und Kulturen tätig sind. Kooperationen zwischen Führungskräften und Mitarbeitern unterschiedlicher Kulturen sind nicht immer einfach, da im Umgang miteinander unterschiedliche Werte, Vorstellungen und Praktiken der Führungsinteraktion aufeinander treffen. Während für den Bereich der beruflichen Werte eine große empirische Grundlage über kulturelle Unterschiede zwischen verschiedenen Ländern vorliegt, sind die Studien zu persönlichen Vorstellungen von Führung (implizite Führungstheorien) vergleichsweise seltener. Ziel des Projekts ist die Analyse der Führungsvorstellungen in verschiedenen Kulturen, ihre Beziehung zu den landesspezifischen beruflichen Werthaltungen und ihre Auswirkungen auf das Führungsverhalten. Besondere Schwerpunkte des Projekts liegen zurzeit im osteuropäischen (insbesondere Russland) und asiatischen Raum (insbesondere China), die als zukünftige Wachstumsmärkte von besonderem Interesse für globale Kooperationen sind. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* osteuropäischer Raum (insbes. Russland), asiatischer Raum (insbes. China)

ART: *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Technische Hochschule Aachen, Philosophische Fakultät, Institut für Psychologie Lehrstuhl Betriebs- und Organisationspsychologie (Jägerstr. 17-19, 52066 Aachen)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0511-1609-456, e-mail: Jan.schilling@nsi-han.de)

[188-L] Simon, Gerhard:

Farbenrevolutionen - zur Demokratie?: Ukraine, Georgien, Kirgistan ; Rückblick nach drei Jahren, in: Europäische Rundschau : Vierteljahresschrift für Politik, Wirtschaft und Zeitgeschichte, Jg. 36/2008, Nr. 2, S. 65-71 (Standort: USB Köln(38)-XE337; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: In allen drei Fällen, so der Verfasser, handelt es sich um konzertierte Aktionen der politischen Eliten einerseits, die sich von den autoritär regierenden Präsidenten abwendeten, und der mobilisierten Gesellschaft bzw. der Straße auf der anderen Seite. Die Gewichte dieser beiden Faktoren waren unterschiedlich verteilt. Die gesellschaftliche Mobilisierung spielte in der Ukraine die größte und in Kirgistan die geringste Rolle; hier kam vielmehr den rivalisierenden Klans die entscheidende Rolle beim Sturz von Präsident Akajew zu. Es wird die These vertreten, dass die Farben- und Blumenrevolutionen ein starker Impuls für Demokratie waren. Sie waren aber offenbar ein in dieser Form einmaliges und nicht leicht zu wiederholendes Ereignis. Dieser Aufbruch allein war nicht in der Lage, ein demokratisches Institutionengefüge zu schaffen und einen demokratischen Konsens in der Gesellschaft zu garantieren, aber er hat einen wichtigen Beitrag dazu geleistet. Die geopolitischen und kulturellen Nachbarn der "orangen" Länder - Russland in Europa und Usbekistan in Asien - haben den Weg der Konsolidierung autoritärer Regime beschritten. Die Ukraine, Georgien und Kirgistan bewegen sich in die entgegengesetzte Richtung. (ICF2)

[189-L] Stulberg, Adam N.:

Russlands Nuklearsektor: Zentralisierung, Kontrolle, Wettbewerb, in: Osteuropa : interdisziplinäre Monatszeitschrift zur Analyse von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Zeitgeschichte in Osteuropa, Ostmitteleuropa und Südosteuropa, Jg. 56/2006, H. 4, S. 199-219 (Standort: USB Köln(38)-M-AP04813; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Tschernobyl, die Auflösung der UdSSR und der wirtschaftliche Niedergang in den 1990er Jahren führten zu einem Niedergang des Nuklearsektors in Russland. Nach widersprüchlichen Reformen unter El'cin versucht das Putin-Regime, die Branche wieder zu zentralisieren, um die nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Ziel ist es, den Nuklearkomplex neben dem Gas- und ölsektor zu einem Pfeiler zu machen, auf dem die angestrebte 'Energiegroßmacht' Russland basieren soll. Doch eine neoinstitutionalistische Analyse zeigt: Die Zentralisierung führt zu Steuerungsverlusten. Diese begrenzen die Chancen, dass der Nuklearsektor eine strategische Bedeutung gewinnen kann." (Autorenreferat)

[190-F] Wetzels, Peter, Prof.Dr.; Enzmann, Dirk, Dr.; Schtschedrin, Nikolai, Prof.Dr.; Golbert, Valentin, Dr.; Dumov, Sergei, Dr. (Bearbeitung):

Jugendkriminalität in Deutschland und Russland: kulturvergleichende Dunkelfeldstudie zur Prüfung anomie- und kontrolltheoretischer Ansätze

INHALT: keine Angaben *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland, Russland
ART: *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft
INSTITUTION: Universität Hamburg, Fak. für Rechtswissenschaft, Institut für Kriminalwissenschaften Abt. Kriminologie (Schlüterstr. 28, 20146 Hamburg)

KONTAKT: Wetzels, Peter (Prof.Dr. Tel. 040-4283-4585,
e-mail: peter.wetzels@uni-hamburg.de); Enzmann, Dirk (Dr.
e-mail: dirk.enzmann@kfn.uni-hamburg.de)

[191-L] Zakharov, Sergei:

Russian Federation: from the first to second demographic transition, in: Demographic Research, Vol. 19/2008, Art. 24, S. 907-972
(www.demographic-research.org/volumes/vol19/24/19-24.pdf)

INHALT: "The demographic transition in Russia was accelerated by several social cataclysms during the 'Soviet type' modernization. Frequent changes in the timing of births and marriages engendered a mass 'abortion culture'. Contraceptive devices of poor quality were produced on a limited scale. The Soviet regime promulgated pronatalism and considered contraception to contradict this ideology. There have been two waves of government policy interventions. In the 1930s and 1940s restrictive and propaganda measures prevailed. These failed to yield serious effects. In the 1980s, policies aimed at lessening the tension between full-time employment and maternal roles. These generated shifts in birth timing, namely shorter birth intervals and earlier second and third births, however increase in completed cohort fertility was minimal. A third wave started in 2007. Preoccupied with continuous depopulation, authorities intend to boost births by substantially increasing benefits. The mid-1990s was a turning point in the change of fertility and nuptiality models. The 1970s birth cohorts marry and become parents later. They delay first and second births and increasingly begin partnerships with cohabitation. Contraception is replacing abortion. New attitudes and perceptions about family, partnership, childbearing, and family planning are emerging. A major transformation typical for developed countries, the Second Demographic Transition, is underway. Nevertheless, many neo-traditional features of fertility and nuptiality remain. These distinguish Russia from most European countries and will persist in the near future. Completed fertility, however, hardly differs from the average European level." (author's abstract)

4 Balkanländer

[192-L] Autengruber, Christian:

Bulgarien: Zwischen anfänglichen Konsolidierungstendenzen und aktuellen Umbrüchen, in: Ellen Bos, Dieter Segert (Hrsg.): Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? : Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts, Opladen: B. Budrich, 2008, S. 133-146, ISBN: 978-3-86649-161-8 (Standort: UB Bonn(5)-2008/3983)

INHALT: Ausgangspunkt der Parteienentwicklung seit 1989/90 war in Bulgarien ein nicht-kompetitives Einparteiensystem. Heute ist Bulgarien nach allgemeiner Meinung eine konsolidierte Demokratie mit Parteienpluralismus und demokratisch herbeigeführten Regierungswechseln sowie seit dem 1. 1. 2007 auch Mitglied der EU. Das bulgarische Regierungssystem ist eine parlamentarisch-präsidentielle Republik, in der das Parlament die zentralen Kompetenzen besitzt und die Rechte des Präsidenten sehr eingeschränkt sind. Kennzeichnend für das politische System ist das Wahlsystem, das in bestimmten Phasen die Parteienkonzentration mittels Wahlkoalitionen (gemeinsame Listen von mehreren Parteien) gefördert hat. Eingeführt wurde

eine nationale Vier-Prozent-Sperrklausel ohne Erhöhung im Falle von Parteienverbänden oder Wahlkoalitionen mit gemeinsamen Listen. Da gerade in den Anfängen des Parteienwettbewerbs die Unsicherheit von neuen Gruppierungen groß war, oh sie die Prozenzhürde überspringen würden, wurden so (wenig stabile) Zusammenschlüsse gefördert. Dominante inhaltlich Spaltungslinie ist die zwischen Sozialismus versus Antisozialismus, der in den 1990er Jahren zu einer Bipolarität des Parteiensystems führte. In weiterer Folge strukturierte sich die Parteienlandschaft anhand einer wirtschaftspolitischen Konfliktlinie (Wirtschaftsliberalismus versus wirtschaftsdirigistische Stellung des Staates). (ICA2)

[193-L] Bachmeier, Peter:

Die Bildungspolitik Bulgariens vom Staatssozialismus zum neoliberalen Modell, in: Iskra Schwarcz, Arnold Suppan (Hrsg.): Quo vadis EU? : Osteuropa und die EU-Erweiterung, Münster: Lit Verl., 2008, S. 309-324, ISBN: 978-3-8258-1240-9 (Standort: LB Speyer (107)-1084267)

INHALT: Das Bildungswesen sollte, so der Verfasser, einer der entscheidenden Faktoren in der Strategie des Wiederaufbaues Bulgariens nach dem Sturz des Kommunismus und der Hauptmechanismus für die Entwicklung der bulgarischen Gesellschaft und Kultur sein. Tatsächlich wurden jedoch in der Periode seit dem Umbruch von 1989 die Ausgaben für Bildungswesen auf Empfehlung des Internationalen Währungsfonds gekürzt, und der Staat will viele Ausgaben nicht mehr tragen. Es wird argumentiert, dass eine kulturelle Renaissance notwendig ist, um die Vergangenheit aufzuarbeiten und die Zukunft zu gestalten, aber es ist die Frage, ob die "globalen kulturellen Werte", die in Wirklichkeit die Werte der Konsumgesellschaft sind, dazu die richtige Grundlage sind. Bulgarien sollte angesichts der Krise der Gesellschaft die eigenen Bildungstraditionen aus der Zeit der nationalen Wiedergeburt im 19. Jahrhundert nicht voreilig - wie Ende der vierziger Jahre - als überflüssigen Ballast über Bord werfen, sondern wesentliche Elemente davon, die von der Aufklärung und der humanistischen Erziehung geprägt waren, beibehalten und eine Synthese finden, um damit die Aufgaben der Gegenwart und des 21. Jahrhunderts zu bewältigen. (ICF2)

[194-L] Bendiek, Annegret:

Der Stabilitätspakt für Südosteuropa, in: Martin Große Hüttmann, Matthias Chardon, Siegfried Frech (Hrsg.): Das neue Europa, Schwalbach: Wochenschau Verl., 2008, S. 141-167, ISBN: 978-3-89974-355-5 (Standort: UB Bielefeld(361)-IE960/N4E8)

INHALT: "Der Stabilitätspakt für Südosteuropa ist der ernsthafte Versuch, eine langfristige Politik der Konfliktprävention zu entwickeln. Er soll Staaten der südosteuropäischen Region an euro-atlantische Strukturen heranführen und ihnen die Perspektive eines EU-Beitritts eröffnen. Der auf Initiative der EU 1999 geschlossene Stabilitätspakt ist eine Reaktion auf den Kosovokrieg und will mithin 'Lehren' aus der außen- und sicherheitspolitischen Handlungsunfähigkeit bzw. aus dem erfolglosen Krisenmanagement der EG/EU bei den Zerfallskriegen auf dem Balkan ziehen. Das Leitmotiv 'Frieden durch Integration' umschreibt die Intention dieses Paktes: Unter maßgeblicher Beteiligung der EU soll den südosteuropäischen Staaten bei der Bewältigung ihrer politischen und ökonomischen Probleme geholfen werden. Die 'Europäisierung Südosteuropas' erfordert ein Mehr an Verantwortung seitens der EU und umfasst neben der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) die Unterstützung in verschiedenen Politikfeldern (Sicherheitsfragen, Wirtschaft und Demokratisierung). Die Vorgeschich-

te des Stabilitätspaktes und dessen einzelne Etappen, die in dem Beitrag von Annegret Bendiek erörtert werden, zeigen, dass die eigentlichen Friedens- und Stabilisierungsanstrengungen letztlich aus der Region heraus entstehen müssen. Deshalb soll der Stabilitätspakt im Laufe des Jahres 2007 in das Konzept der Regional Ownership überführt werden. Durch den Umbau ihrer politischen und wirtschaftlichen Systeme im Hinblick auf eine EU-Beitrittsperspektive tragen die südosteuropäischen Staaten die Hauptlast der Verantwortung, den Frieden in Europa zu bewahren. Hierzu muss die Mitgliedschaftsperspektive dieser Länder aufrechterhalten werden, um die Stabilisierung Südosteuropas nachhaltig zu stützen." (Autorenreferat)

[195-L] Bieber, Florian:

Europa-Vorstellungen in einem gespaltenen Serbien, in: Iskra Schwarcz, Arnold Suppan (Hrsg.): Quo vadis EU? : Osteuropa und die EU-Erweiterung, Münster: Lit Verl., 2008, S. 397-412, ISBN: 978-3-8258-1240-9 (Standort: LB Speyer (107)-1084267)

INHALT: Die Spaltung der politischen Elite Serbiens in Bezug auf Modernisierung und Reformtempo kommt auch, so der Verfasser, in den unterschiedlichen Sichtweisen zu Europa zum Ausdruck. Nach einer Analyse des serbischen Sonderweges unter Slobodan Milosevic untersucht der Autor die Europasymbolik in der Zeit seit 2000. Anschließend wird der Annäherungsprozess an die EU und dessen Perspektive analysiert. Es wird gezeigt, dass sich das Desinteresse an Europa durch den technokratischen und oft komplexen Prozess der EU-Erweiterung und die Bedeutung von emotional aufgeladenen Themen wie das Kriegsverbrechertribunal und das Kosovo erklären lässt. Es ist jedoch bezeichnend, so der Autor, dass in Serbien und in den anderen Staaten des Balkans (insbesondere in Bosnien und Herzegowina) jene Themen dominieren, die spaltend und nicht einigend auf die politische Elite und die Gesellschaft wirken. Die Spaltung der politischen Elite erschwert eine Identifizierung mit dem europäischen Projekt. Die Wahrnehmung Europas und der Europäischen Union in Serbien bietet, so die These, Aufschluss über die politischen Hoffnungen und Ängste des Landes. Als eine Zukunftsvision ist "Europa" nicht eine serbische Realität, sondern eine Projektionsfläche, an der sich unterschiedliche und widersprüchliche Sichtweisen bezüglich des serbischen Staates und seiner Rolle in Europa spiegeln. (ICF2)

[196-L] Clewing, Konrad:

Albanische Fragen, europäische Antworten: Makedonien und Kosovo als Prüfsteine für die EU als internationaler Akteur, in: Iskra Schwarcz, Arnold Suppan (Hrsg.): Quo vadis EU? : Osteuropa und die EU-Erweiterung, Münster: Lit Verl., 2008, S. 447-476, ISBN: 978-3-8258-1240-9 (Standort: LB Speyer (107)-1084267)

INHALT: Den Prüfstein Makedonien hat, so der Verfasser, die EU seit 2001 im Ganzen gut überwunden. Für Kosovo, das nach den laufenden Brüsseler Planungen die zentrale Bewährungsprobe als internationaler Akteur von Rang werden sollte, ist indessen bis auf weiteres große Skepsis angebracht. Wie sich die neue Situation nach der Unabhängigkeitserklärung Kosovos auf die Verhältnisse in Serbien und dessen Beziehungen zur EU auswirken wird, ist nicht absehbar. Dies betrifft auch die Frage, wieweit die EU ihren Doppelkurs fortführen kann: in Kosovo einen neuen Staat zu beaufsichtigen und zu unterstützen und zugleich Serbien an sie selbst heranzuführen. Zwei grundlegende Dinge, so die These, zeichnen sich klar ab: Erstens stellt sich Europa in seiner jetzigen Antwort auf die Kosovofrage der Herausforderung, sich

als internationaler Akteur zu bewähren und die Stabilität in diesem Teil des Kontinents in wesentlichen Teilen in die eigene Verantwortung zu nehmen. Zweitens liegt nun für den Kosovo-Konflikt in seiner Form als Territorialkonflikt um ganz Kosovo eine eindeutige Antwort vor, die ihn beendet. Angesichts der militärischen Kräfteverhältnisse zwischen Serbien und der internationalen Staatengemeinschaft sowie angesichts der mittelfristig weiterhin zu erwartenden Attraktionskraft der europäischen Integration ist es ganz unwahrscheinlich, dass sich hier auf Dauer ein "eingefrorener Konflikt" um ganz Kosovo etablieren wird, der eines Tages wieder zum Ausbruch kommen und zu einer Revision des jetzigen Geschehens führen könnte. Diejenigen Momente, die noch immer von einem Territorialkonflikt sprechen lassen können, reduzieren sich demgegenüber auf die kleinen serbisch kontrollierten nördlichen Gebiete Kosovos, deren staatliche Zugehörigkeit vielleicht noch wirklich in Frage gestellt werden wird. (ICF2)

[197-L] Dzihic, Vedran:

Zwischen Ethnonationalismus und europäischer Zukunft: Skizzen aus dem heutigen Serbien, in: Europäische Rundschau : Vierteljahreszeitschrift für Politik, Wirtschaft und Zeitgeschichte, Jg. 36/2008, Nr. 3, S. 67-74 (Standort: USB Köln(38)-XE337; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Im Gegensatz zu anderen Republiken des ehemaligen Jugoslawien war der Systemwechsel des Jahres 1990 in Serbien kein wirklicher. Slobodan Milosevic hatte die absolute Macht in Serbien bereits 1987 an sich gerissen und begonnen, im großen Stil am Ausbau und der Festigung der eigenen Machtbasis zu arbeiten. Das notwendige Vehikel dazu sollte der Nationalismus werden. So wurde unter Milosevic das Programm einer "Wiederauferstehung" der serbischen Nation verfolgt. Dieser von Milosevic und nationalen Kreisen betriebene aggressive Nationalstaatsbildungsprozess führte dazu, nur noch wahrzunehmen, was dem nationalen Deutungsraaster entsprach. Mit dem Sturz von Milosevic im Oktober 2000, aber im Grunde erst mit dem politischen Pragmatismus von Zoran Djindjic, setzte - mit enormer Verspätung im Vergleich zu anderen ost- und mitteleuropäischen Staaten - der Prozess eines demokratischen Wandels Serbiens ein. Sehr bald zeigt sich, dass das Erbe der Milosevic-Zeit ein großes Hindernis auf dem Weg Serbiens zu einer offenen und demokratischen Gesellschaft darstellt. Die Ermordung von Zoran Djindjic im März 2003 war der schlagende Beweis dafür. (ICA2)

[198-L] Eminov, Ali:

Social construction of identities: Pomaks in Bulgaria, in: JEMIE : Journal on ethnopolitics and minority issues in Europe, Vol. 6/2007, Iss. 2, 25 S.
(www.ecmi.de/jemie/download/2-2007-Eminov.pdf)

INHALT: "There is an ongoing debate about whether individual and group identities are fixed and resistant to change or fluid, changing according to evaluation by individuals and groups of circumstances at a given time and place. This article, by examining the history of Pomak identities during the twentieth century, concludes that identities are socially constructed through performance, political struggle and compromise. Individuals and groups often use identities strategically to adapt to a variety of situations to produce and support effective self-concepts." (author's abstract)

[199-L] Fischer, Martina:

Friedens- und Versöhnungsprozesse im westlichen Balkan: von den Schwierigkeiten des Umgangs mit gewaltsamer Vergangenheit, (Berghof Working Papers, No. 4), Berlin 2008, 21 S. (Graue Literatur; www.berghof-center.org/uploads/download/wp4d_mf_znf.pdf)

INHALT: Vor mehr als 15 Jahren brach der Staat Jugoslawien auseinander. Ein Kreislauf von organisierter Gewalt, Krieg und Vertreibung - aufgeheizt durch ethnopolitische Propaganda von Machthabern und Medien aller beteiligten Seiten - erschütterte den westlichen Balkan. Dabei waren die unterschiedlichen Regionen des ehemaligen Jugoslawien verschieden stark von Gewaltverletzungen betroffen. Internationale Friedensmissionen haben dazu beigetragen, dass es in der Region bislang nicht zu weiteren Kriegen kam. Aber von stabilen Friedensordnungen kann im westlichen Balkan insgesamt noch immer keine Rede sein. Die Gesellschaften in der gesamten Region leiden weiterhin stark an den Nachwirkungen der jeweiligen Kriege und Menschenrechtsverletzungen. Der vorliegende Beitrag geht folgenden Fragen nach: (1) Welchen Beitrag zur Aussöhnung kann Strafjustiz wirklich leisten? Was ist darüber hinaus für eine Transformation kriegszerstörter Gesellschaften erforderlich? (2) Welche Initiativen zur Versöhnung und zu einem konstruktiven Umgang mit Vergangenheit werden von zivilgesellschaftlichen Organisationen unternommen? (3) Welchen Zusammenhang sehen sie zwischen dem Anspruch an Versöhnung, Wahrheit und Gerechtigkeit? Was ist von den politischen Mandats- und Entscheidungsträgern zu erwarten? (4) Was können externe Akteure zur Unterstützung von Versöhnungsprozessen in kriegszerstörten Gesellschaften leisten? Die genannten Fragen werden anhand von praktischen Ansätzen der Friedens-, Menschenrechts- und Vergangenheitsarbeit in Bosnien, Kroatien und Serbien beleuchtet. (ICD2)

[200-L] Gjonca, Arjan; Aassve, Arnstein; Mencarini, Letizia:

Albania: trends and patterns, proximate determinants and policies of fertility change, in: Demographic Research, Vol. 19/2008, Art. 11, S. 261-292 (www.demographic-research.org/volumes/vol19/11/19-11.pdf)

INHALT: "For a very long time, Albania has had one of the highest levels of fertility in Europe: in 2002 the total fertility rate of 2.2 children per woman was the highest in Europe. Although this current level is high, the country has experienced a rapid fertility reduction during the last 50 years: a TFR decline from 7 to 2.2. This reduction has occurred in the absence of modern contraception and abortion, which indicates the significance of investments in the social agenda during the communist regime that produced policies with indirect effects on fertility. Most significant of these were policies focused on education, in particular on female education. Social and demographic settings for a further fertility reduction in Albania have been present since 1990. Contraception and abortion have been legalized and available since the early 1990s, but knowledge of their use is still not widespread in the country, largely due to the interplay between traditional and modern norms of Albanian society. This chapter points out that future fertility levels will be determined not only by new policies that might be introduced, but predominantly by the balance of this interplay." (author's abstract)

[201-L] Helmerich, Antje:

Kroatien: Vom "faktischen" Einparteiensystem zum polarisierten Pluralismus, in: Ellen Bos, Dieter Segert (Hrsg.): Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? : Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts, Opladen: B. Budrich, 2008, S. 167-186, ISBN: 978-3-86649-161-8 (Standort: UB Bonn(5)-2008/3983)

INHALT: Der Beitrag diskutiert zwei Thesen: Der kroatische Systemwechsel Anfang der 90er Jahren wurde durch die so genannten "Balkan-Kriege" geprägt. Kroatien sah sich gezwungen, seine noch junge Staatlichkeit mit Waffengewalt zu verteidigen, und es dauerte mehrere Jahre, bis die staatliche Integrität des postjugoslawischen Kroatien gesichert war. Ein solches Umfeld, so die erste These, begünstigt die Dominanz einer autoritär herrschenden Partei wie der HDZ und verhindert die Entfaltung eines pluralistischen Parteienwettbewerbs. Bis heute ist das kroatische Parteiensystem erheblich polarisiert. Diese Polarisierung, so die zweite These, beruht insbesondere auf der tiefen Spaltung der kroatischen Gesellschaft, die ihren Ursprung im Bürgerkrieg der 40er Jahre des 20. Jahrhunderts hat und bisher nicht nachhaltig überwunden werden konnte. Zunächst wird die Entstehung des Zweiparteiensystems zu Beginn der 90er Jahre nachgezeichnet, wobei vor allem auf die Rolle der damaligen Kommunistischen Partei eingegangen wird. Im Mittelpunkt der daran anschließenden Betrachtungen steht die HDZ. Analysiert werden ihre Struktur, ihre Ideologie sowie ihre Funktionen im kroatischen politischen System unter Franjo Tudman. Weiterhin wird die Rolle der Opposition unter der Tudman-Herrschaft untersucht. Abschließend werden die Veränderungen im Parteiensystem seit dem Jahr 2000 skizziert, die wichtigsten heutigen Parteien vorgestellt und die anhaltende parteipolitische Polarisierung reflektiert. (ICA2)

[202-L] Kanev, Dobrin:

Bulgarien und die EU-Erweiterung, in: Iskra Schwarzcz, Arnold Suppan (Hrsg.): Quo vadis EU? : Osteuropa und die EU-Erweiterung, Münster: Lit Verl., 2008, S. 325-351, ISBN: 978-3-8258-1240-9 (Standort: LB Speyer (107)-1084267)

INHALT: Vor dem Hintergrund umfangreichen Datenmaterials analysiert der Verfasser die post-sozialistische Transformation Bulgariens. Er zeigt eine Reihe von Problemen hinsichtlich der Lage der bulgarischen Gesellschaft auf, die die Situation ihrer Bürger wesentlich beeinträchtigen. Diese Probleme haben den ganzen Übergang des Landes begleitet, sind jedoch im Kontext der Verhandlungen über die Mitgliedschaft in der EU besonders aktuell geworden. Es handelt sich vor allem um den hohen Grad der gesellschaftlichen Differenzierung, den niedrigen Lebensstandard der Mehrheit der Bevölkerung sowie das Fehlen von überzeugenden Ergebnissen in der Bekämpfung der Korruption und des organisierten Verbrechens. Der Autor führt den Ursprung dieser 'Schwachstellen' auf den Beginn der Transformation zurück, als eine rasche Übertragung riesiger ökonomischer Aktiva von staatlichen in private Hände unter den Bedingungen des Fehlens eines politischen Willens für eine effektive öffentliche Kontrolle über diesen Prozess stattfand. Dies erklärt auch die Lage des Gerichtswesens, das trotz der großen Veränderungen weiterhin wenig effektiv und selbst für Korruption anfällig ist. Die Chancen Bulgariens, ein erfolgreiches Land und Mitglied der EU zu werden, hängen, so die These, in großem Ausmaß davon ab, ob es der Politik gelingen wird, mit diesen Problemen fertig zu werden und die Reformen in den problematischsten Bereichen zu einem Erfolg zu führen, insbesondere im Gerichtswesen, im Sozialbereich, im Gesundheitswesen und im Bildungswesen. (ICF2)

[203-F] Kolliarakis, Georgios, M.A.; Prinzl, Ursula; Pedra Jorge-Birol, Alline; Schmiedl, Barbara; Dijck, Maarten van; Jaminon, Petra; Anastasijevic, Dejan; Petrovic, Vesna; Markovic, Andjelka; Radojkovic, Jelena; Kilchling, Michael; Getos, Anna-Maria; Murati, Valon; Berisha, Qerkin; Cro-ne, Manni; Nielsen, Ib; Vucinic, Nebojsa; Zivanovic, Miroslav; Brading, Morgiana; Möstl, Mar-kus; Lelcaj, Lulzim; Franco, Sarah; Svete, Uros; Simonovic, Ivan; Turkovic, Ksenija; Gardasevic, Djordje; et alii (Bearbeitung); Daase, Christopher, Prof.Dr.; Benedek, Wolfgang; Vivona, Madda-lena; Duyne, Petrus van; Dimitrijevic, Vojin; Albrecht, Hans-Jörg; Qirezi, Arben; Andersen, Lars Erslev; Bjekovic, Sinisa; Abazovic, Dino; Hilf, Marianne; Mandia, Ledina; Domingues, Joao; Pre-zelj, Iztok; Kregar, Josip (Leitung):

Human Security in the Balkan Region (HUMSEC)

INHALT: The HUMSEC Project is a Sixth Framework Programme Coordination Action, whose purpose is to contribute to a better understanding of the link between transnational terrorist groups and criminal organisations in the Western Balkans and their role in the peace-building process in the region. Main purpose of HUMSEC is to establish a network of scientists working in the project field and to enhance the dialogue between scientists from the European Union and the Western Balkan region. Particular attention has been paid in the composition of the consortium on the variety and equal distribution of scientific disciplines (the consortium consists of universities and research institutes of criminal law, international law and criminology as well as human rights centres) to allow a truly interdisciplinary scientific dialog. Within the project framework three major issues are identified and each HUMSEC work package will be dedicated to the report and the implementation of the state of the art on one of this focal issues: a) the connection between transnational terrorist and criminal organisations in the Western Balkan region; b) the influence on the state and society; c) the impact of transnational terrorist and criminal organisations on the peace-building process of the region. Dissemination of research for civil society and for future political leaders will be guaranteed through: the publication of the working papers that will be presented at the network Annual Conferences on the project website; the creation of a project related online journal, which will be published yearly; the organisation of three summer academies which has the aim to present and discuss the results of the Annual Conferences among young professionals and provide in this way the basis for capacity building in the field of the project; the presentation of a state of the art book to summarize and present the results of the network activities. Partner Institutions: European Training and Research Centre for Human Rights and Democracy, Graz (ETC); Tilburg University; Munich Universtiy; Belgrade Centre for Human Rights (BCHR); Max Planck Institute for Foreign and International Criminal Law, Freiburg; University of Prishtina; Danish Center for International Studies and Human Rights (DCISM); University of Montenegro; University of Sarajevo; University of Graz; University of Shkoder; Portuguese Institute for International Relations and Security (IPRIS); University of Ljubljana; University of Zagreb; Cardiff University; University of Toulouse. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* West-Balkan-Region

ART: *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Europäische Kommission

INSTITUTION: Universität München, Sozialwissenschaftliche Fakultät, Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft Lehrstuhl für Internationale Politik (Oettingenstr. 67, 80538 München)

KONTAKT: Daase, Christopher (Prof.Dr. Tel. 089-2180-9050, e-mail: christopher.daase@lrz.uni-muenchen.de); Kolliarakis, Georgios (Tel. 089-2180-9084, e-mail: RabbitDuck@gsi.uni-muenchen.de)

[204-L] Kopez, Hedwig:

Democratisation of South Eastern Europe: the role of higher education and research, in: Harald Eberhard, Konrad Lachmayer, Gregor Ribarov, Gerhard Thallinger (Hrsg.): Perspectives and limits of democracy : proceedings of the 3rd Vienna Workshop on International Constitutional Law, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2008, S. 91-108, ISBN: 978-3-8329-3341-8 (Standort: Badische LB Karlsruhe(31)-108A51205)

INHALT: Die Verfasserin gibt einleitend einen kurzen Überblick über die Begriffe Demokratisierung und Demokratie und weist auf verschiedene Demokratisierungswellen hin. Sie beschreibt im Folgenden die aktuelle politische Situation und den Status Quo in Bezug auf Demokratisierung in Südosteuropa, wobei der Schwerpunkt auf Bosnien-Herzegowina liegt. Den Demokratisierungsprozess in Südosteuropa sieht sie als laufenden Prozess mit regionalen Unterschieden, der nur von einem einzigen effektiven Reformmotor in Gang gehalten wird - der Aussicht auf eine Mitgliedschaft in der EU. Notwendig sind ihrer Ansicht nach eine Stärkung der Zivilgesellschaft und die Herausbildung neuer, europäischer Identitäten. In diesem Zusammenhang kommt den Hochschulen eine besondere Verantwortung zu. Eine funktionierende Hochschullandschaft schafft aktive Bürger und Funktionseleiten - beides Voraussetzungen für eine funktionierende Demokratie. Zudem kann die Selbstverwaltung der Hochschulen ein Übungsfeld für politische Demokratie sein. (ICE)

[205-L] Koprivic, Ivan:

Independent local lists in Croatia: In search for a composite theoretical frame, in: Marion Reiser, Everhard Holtmann, (Hrsg.): Farewell to the party model? : independent local lists in East and West European countries, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2008, S. 39-61, ISBN: 978-3-531-15687-3 (Standort: ULB Münster(6A)-MD6500/100)

INHALT: Der Autor zeigt im vorliegenden Beitrag, dass die Bedeutung von unabhängigen kommunalen Listen in Kroatien im Laufe des Dezentralisierungsprozesses und der Konsolidierung des politischen Systems zugenommen hat. Hinter diesen kommunalen Listen können sich z.B. eine zivilgesellschaftliche Organisation, eine bekannte Persönlichkeit mit ihren Freunden oder der Familie, ein Unternehmen oder eine Gruppe von nicht parteigebundenen und politisch interessierten Bürgern verbergen. Der Autor verdeutlicht die gegenwärtige Situation der lokalen Selbstverwaltung in Kroatien anhand von empirischen Daten von Kommunalwahlen des Jahres 2005 und untersucht die Verbreitung und die Wahlerfolge der unabhängigen kommunalen Listen. Er diskutiert die Bedeutung von politischer Unabhängigkeit in einem aus Parteien- und Transformationsforschung zusammengesetzten theoretischen Rahmen. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen stehen insbesondere folgende Fragen: Ist das Vorhandensein von unabhängigen kommunalen Listen ein Bestandteil der politischen Demokratisierung oder einer Entdemokratisierung? Können sie die Mehrparteiensysteme in Übergangsgesellschaften stabilisieren und konsolidieren oder fördern sie eine politische Fragmentierung und Destabilisierung? Repräsentieren sie eine moderne politische Institution oder sind sie Ausdruck eines Niedergangs des politischen Systems? (ICI)

[206-L] Koytcheva, Elena; Philipov, Dimiter:

Bulgaria: ethnic differentials in rapidly declining fertility, in: Demographic Research, Vol. 19/2008, Art. 13, S. 361-402 (www.demographic-research.org/volumes/vol19/13/19-13.pdf)

INHALT: "This chapter provides a detailed description of the fertility changes in Bulgaria during recent decades and discusses possible reasons and consequences. It also gives an overview of the steps that the government has undertaken to offset the considerable decline in fertility. Before the fall of communism, fertility trends in Bulgaria were stable and characterized by a nearly universal entry into parenthood, dominance of a two-child family model, an early start and early end of childbearing, stable mean ages at entry into childbearing and marriage, and low percentages of non-marital births. During the 1990s and in the first years of the new century, we observe a marked, rapid change in fertility behaviour. Together with the severe decline in overall fertility rates, demographic data reveal a significant postponement of entry into motherhood and marriage, a decline of the two-child family model, and an emergence of new family forms. Most research attributes these changes to the particular political and social situation in Bulgaria since 1989." (author's abstract)

[207-L] Kusic, Sinisa; Grupe, Claudia (Hrsg.):

The Western Balkans on their way to the EU?, Frankfurt am Main: P. Lang 2007, 157 S., ISBN: 978-3-631-55896-6

INHALT: Die ökonomischen Entwicklungen der westlichen Balkanländer stehen im Mittelpunkt der Beiträge. Verschiedene Experten der Region analysieren, welche ökonomischen Fortschritte ausgewählte Länder verzeichnen können, welche endogenen Faktoren dafür verantwortlich sind und inwieweit sich dies auf ihre Beziehungen zur Europäischen Union auswirkt. Der erste Beitrag behandelt den Einfluss des politischen Systems in Bosnien und Herzegowina auf die Wirtschaft des Landes und geht im Weiteren der Frage nach, wie sich die Rolle des Landes auf dem europäischen Markt darstellt. Probleme der regionalen Entwicklung werden im zweiten Aufsatz anhand einer Fallstudie zu Albanien thematisiert. Dabei wird vor allem auf die Herausforderungen eingegangen, mit denen sich das Land aufgrund der Fragmentierung der Region, dem vorherrschenden Konfliktpotenzial und den Auswirkungen der Migration vom Hinterland ins Zentrum auseinandersetzen muss. Im dritten Kapitel geht es vor allem darum, auf welche Weise Fachwissen für die Region effizienter genutzt werden kann. Es existiere ein großes Potenzial an Experten, deren Kenntnisse sich positiv auf den politischen und wirtschaftlichen Übergang der Staaten ausüben könnten. Leider werde jedoch weder dieses Wissen noch der internationale Austausch von Ideen gefördert, sodass die Region nicht von einer 'circulation of intellectual capital' (71) profitieren könne. Der folgende Beitrag behandelt Handel und Direktinvestitionen im Kosovo unter der Verwaltung durch die Vereinten Nationen. Diese werden als Bestimmungsfaktoren für den Weg des Kosovos zu einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union herangezogen und evaluiert. Abschließend setzen sich die Herausgeber mit der Frage auseinander, inwieweit der intraregionale Handel des westlichen Balkans und die Verabschiedung entsprechender Freihandelsabkommen zu ökonomischem Fortschritt führen. Der Band stellt eine differenzierte und sachkundige Analyse sowohl der politischen und ökonomischen Gegebenheiten als auch der Perspektiven der Region im europäischen Kontext dar. (ZPol, NOMOS). Contents: Paulina Biernacka: The Impact of the Bosnian State Structure on the Economic Relations between the European Union and Bosnia and Hercegovina (13-40); Daniel Göler: Integration and Peripherisation Processes in the Wes-

tern Balkans - Problems of Regional Development in Albania (41-68); Vedran Horvat: Circulation of Intellectual Capital in South-Eastern Europe - Assuring Transition (69-84); Isa Mujaj: Trade Performance and Foreign Direct Investment in Kosovo during the United Nations Administration as the Determinants of a Distinctive Path of Transition towards the European Union (85-120); Sinisa Kusic and Claudia Grupe: Scrutinising EU Policy: Does Intra-Regional Cooperation in the Western Balkans Contribute to Economic Progress? (121-156).

[208-L] Mesko, Gorazd; Kovco-Vukadin, Irma; Muratbegovic, Elmedin:

Social-demographic and social-psychological perspectives of fear of crime in Slovenia, Croatia and Bosnia and Herzegovina, in: Helmut Kury (Hrsg.): Fear of crime - punitivity : new developments in theory and research, Bochum: Brockmeyer, 2008, S. 173-196, ISBN: 978-3-8196-0695-3 (Standort: UB Bielefeld(361)-IB570F2C9P)

INHALT: "Research and theorising about the fear of crime has, in the main, been dominated by researchers who have relied upon sociological or socio-demographic variables to account for variations in fear levels. Whilst this body of work has contributed greatly to our understanding of the fear of crime, we are still far from a full understanding of this important and most corrosive aspect of contemporary society. This paper first presents three independent evaluations of fear of crime. The data, collected in Slovenia, Scotland and Holland, sheds further light on both the social psychological model proposed and the wider study of fear of crime. These evaluations served as a background for the present study of fear of crime in Slovenia in 2001 and Croatia and Bosnia and Herzegovina in 2002. The results show higher level of fear of crime in women, people who perceive themselves as less physically fit, the unemployed, those who expose themselves by walking alone in dark and those who perceive streets and woods as sources of danger. In addition, higher level of fear of crime can be attributed to respondents who consider themselves a potential victim due to the jealousy of others or being attractive to a Potential criminal in other ways, incapable of chasing of a potential assailant, and perceiving places as dangerous (criminalisable space)." (author's abstract)

[209-L] Parameswaran, Katharina:

Der Rechtsstatus des Kosovo im Lichte der aktuellen Entwicklungen, in: Archiv des Völkerrechts, Bd. 46/2008, H. 2, S. 172-204 (Standort: USB Köln(38)-FHM Ga 00252; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;
www.ingentaconnect.com/content/mohr/avr/2008/00000046/00000002/art00002)

INHALT: Die Unabhängigkeit des Kosovo ist mit dem Völkerrecht vereinbar. Sie ist sowohl aus dem Selbstbestimmungsrecht als auch aus dem Gebot der Friedenssicherung begründet. Dem vielfach vorgebrachten Argument, eine Unabhängigkeit des Kosovo hätte eine gefährliche Präcedenzwirkung und würde zur Nachahmung auffordern, kann entgegengehalten werden, dass es sich hier um eine Sondersituation handelt. Serben und Kosovaren leben seit ihr als einem Jahrhundert unfriedlich und unharmonisch nebeneinander, Rechtfertigt sich die Sezession sowohl vor dem Hintergrund der Friedenssicherung als auch des Selbstbestimmungsrechts, ist sie gerade kein Präcedenzfall für beliebige Sezessionsbestrebungen. All jene Vielvölkerstaaten, die den auf ihrem Gebiet lebenden autochthonen Volksgruppen Autonomie gewähren und die Möglichkeit ihrer Partizipation an der Politik des Gesamtstaates sicherstellen, müssen keine einseitigen Sezessionen befürchten. Nur jene Staaten, die eben diese Autonomie nicht

gewähren, müssen damit rechnen, dass die Anerkennung des Kosovo den von ihnen unterdrückten Minderheiten ein zusätzliches Argument verschafft. Daraus folgt aber keineswegs eine "Gefährdung der Stabilität der Staatenwelt", da in derartigen Situationen eine Sezession bereits nach geltendem Völkerrecht überwiegend für zulässig erachtet wird. Ob die Unabhängigkeit tatsächlich den erhofften Frieden und die Stabilisierung der Region bringt, wird zum Teil bezweifelt. Es spricht aber vieles dafür, dass die Unabhängigkeitserklärung der "Assembly of Kosovo" und deren internationale Anerkennung langfristig zur Stabilisierung der Region beitragen werden. Es war zu erwarten, dass es kurzfristig zu politischen Nachbeben in der Region kommen würde. Gemessen an dem, was hätte geschehen können (und noch vor einem Jahrzehnt auf dem Balkan tatsächlich geschehen ist), sind diese Beben bisher aber eher harmlos gewesen. (LO2)

[210-L] Reljic, Dusan:

Die Balkan-Mafia: organisierte Kriminalität und kriminalisierter Staat im Westlichen Balkan. (Diskussionspapier / Forschungsgruppe EU-Außenbeziehungen, Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit), Berlin 2007, 23 S. (Graue Literatur; www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=4575)

INHALT: "Dieses Diskussionspapier schildert zunächst die Merkmale und das Bedrohungspotenzial der organisierten Kriminalität im westlichen Balkan. Dann wird auf die Bemühungen der EU eingegangen, den Staaten der Region Hilfe bei den Reformen im Bereich Justiz und Inneres zu leisten. Der Schwerpunkt der Studie liegt auf der Analyse der politischen Ursachen, die dazu geführt haben, dass die Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität im Westbalkan bisher nicht den Erwartungen entsprochen hat. In dieser Analyse werden zuerst die bis heute fortdauernden Verbindungen aufgezeigt, die während der viereinhalb Jahrzehnte der Einparteienherrschaft (1945-1989) zwischen dem Sicherheitssektor und kriminellen Gruppen entstanden sind. Danach wird die Rolle des Staates als Brutstätte der organisierten Kriminalität im Verlauf des gewaltsamen Zerfalls der jugoslawischen Föderation sowie des Zusammenbruchs öffentlicher Ordnung in Albanien nachgezeichnet. Des Weiteren werden in der Studie die Verbindungen zwischen ehemaligen Angehörigen politischer Untergrundorganisationen herausgestellt, deren Entstehungsweg unmittelbar mit der organisierten Kriminalität zusammenhing, und den jetzigen Machtstrukturen in einigen Teilen des Westbalkans. Dies ist erforderlich, um die Herausforderungen für die EU und andere externe Akteure in der Region darzulegen. Nach der Festlegung des zukünftigen völkerrechtlichen Status Kosovos, das seit 1999 unter UN-Obhut steht, will die EU dort als 'treibende Kraft' bei der Umsetzung der Statusregelung und der Herstellung von Rechtsstaatlichkeit wirken. In Bosnien-Herzegowina trägt sie schon seit mehreren Jahren die entscheidende Rolle bei der Gewährleistung von Sicherheit und Stabilität und beabsichtigt diese Verpflichtung noch weiter auszubauen. Die Schlussfolgerungen dieser Untersuchung verdeutlichen, dass die konsequente Reform des Sicherheitssektors als Teil der beschleunigten Heranführung der Westbalkan-Staaten an die EU als Strategie zur Bekämpfung der Korruption und organisierten Kriminalität in der Region am ehesten Erfolg verspricht." (Autorenreferat)

[211-L] Schmitt, Oliver Jens:

Albanien - zwischen Staatszerfall und hürdenreicher Annäherung an die Europäische Union, in: Iskra Schwarz, Arnold Suppan (Hrsg.): Quo vadis EU? : Osteuropa und die EU-Erweiterung, Münster: Lit Verl., 2008, S. 435-446, ISBN: 978-3-8258-1240-9 (Standort: LB Speyer (107)-1084267)

INHALT: Der Verfasser zeigt, dass Albanien's Annäherung an die EU ein langer und vor Rückschlägen nicht sicherer Prozess sein wird. Ein übereilter Beitritt kann dabei nicht im Interesse der EU, aber wohl auch nicht Albanien's liegen, dessen staatliche Strukturen erst noch besser entwickelt werden müssen. Auf der anderen Seite muss die EU fortfahren, Albanien eine politische Perspektive in Form einer engeren Zusammenarbeit zu bieten. Spätestens seit der Aufnahme Bulgariens und Rumäniens umfasst die EU territorial die politisch instabile Zone auf dem so genannten Westbalkan: Allein schon zur Unterbindung der illegalen Kriminalität und starker Migrationsströmungen, vor allem aber erneuter politischer Gewalt in der Region ist wirtschaftliche und politische Unterstützung schon kurzfristig von Bedeutung. Europa muss jedes Interesse haben, so die These, dass sich die mehrheitlich muslimischen Gesellschaften im westlichen Balkan nicht angesichts der wirtschaftlichen Misere und Perspektivlosigkeit in die islamische Welt orientieren. Eine gesamtgesellschaftliche Diskussion über die Stellung der Albaner zwischen Ost und West ist im albanischen Raum derzeit im Gang. Es ist daher von besonderer Bedeutung, die Mobilität gerade jüngerer Menschen zu erleichtern, um ihnen zu ermöglichen, an gesamteuropäischen Entwicklungen frei teilzunehmen. Eine Isolierung der jungen Generation, wie sie besonders auch in Serbien festzustellen ist, stellt eine erhebliche Gefährdung für die Stabilität der Region dar. (ICF2)

[212-L] Schroeder, Ursula C.:

Between conflict and cooperation: international police reform efforts in South Eastern Europe, in: David M. Law (Ed.): Intergovernmental organisations and security sector reform, Münster: Lit Verl., 2007, S. 197-217, ISBN: 978-3-03735-187-1 (Standort: ULB Münster, Zweigbibl. Sozialwiss.(6A)-MF9400/359)

INHALT: Eine Vielzahl internationaler Akteure ist an Initiativen der Sicherheitssektorreform (SSR) in Südosteuropa beteiligt. Die große Anzahl juristischer, strafrechtlicher und polizeilicher Reformen im westlichen Teil des Balkans innerhalb des letzten Jahrzehntes haben zu einer unübersichtlichen Situation geführt. Mit dem Fokus auf die regionale Reform polizeilicher Aktivitäten der internationalen Gemeinschaft untersucht der Beitrag den Rahmen und die Durchführung dieser verschiedenen Projekte und identifiziert entstehende Formen der Kooperation zwischen internationalen Akteuren in Südosteuropa. Es wird analysiert, ob und in welchem Ausmaß die internationalen Organisationen begonnen haben, ihre Aktivitäten zu koordinieren, und wie diese neuen Formen der Kooperation und Koordination in der Praxis funktionieren. Vor diesem Hintergrund gibt der Beitrag zunächst eine Übersicht über bestehende internationale Partizipationen und Kompetenzen der Reform im Balkan. Der Autor analysiert anschließend die Grundzüge der Kooperationsabkommen der verschiedenen internationalen Organisationen. Er nimmt ferner eine vorläufige Bewertung zur Umsetzung der Kooperationsabkommen vor und kommentiert die Durchführung der EU-, UNO- und OSZE-Projekte und -Missionen in Bosnien und Mazedonien. Abschließend entwickelt der Autor einige politische Empfehlungen, wie die Kooperation zwischen internationalen Organisationen in der Region verbessert werden kann. (ICG)

[213-L] Smilov, Daniel; Dorosiev, Rashko:

Perceptions of corruption in Bulgaria: a content analysis of interviews with politicians, representatives of the judiciary, police, media, civil society and economy, (Discussion Paper Series / International Research Project "Crime and Culture", No. 16), Konstanz 2008, 20 S. (Graue Literatur;
www.uni-konstanz.de/crimeandculture/docs/Discussion_Paper_No_16_CLS_Bulgaria_May_2008.pdf)

INHALT: Vor dem Hintergrund der theoretischen Grundlagen der Studie sowie der Thematisierung der vorherrschenden Erklärungsmodelle der Korruption setzen sich die Verfasser mit der Wechselwirkung zwischen Korruption und politischer Dynamik auseinander. Dabei wird zwischen einem rationalen Modell und einem kulturell bestimmten Modell unterschieden, was von grundlegender Bedeutung für die Gestaltung der Antikorruptionsstrategien ist. Es wird gezeigt, dass die EU Bulgarien in der Zeit vor dem Beitritt unter Druck gesetzt hat, Reformen in der Antikorruptions- und Antikriminalitätspolitik durchzuführen. Dadurch ist jedoch wenig erreicht worden. Die Regierung hat eine Reihe von Aktivitäten unternommen, um den europäischen Institutionen zu demonstrieren, dass das Land die Probleme der Korruption und des organisierten Verbrechens ernst nimmt. Dabei handelte es sich jedoch eher um Demonstrationen, die nicht zu Systemveränderungen führen konnten. Diese Aktivitäten haben einen wesentlichen Beitrag zur Trivialisierung der Antikorruptionsmaßnahmen geleistet: Der Öffentlichkeit ist das Ausmaß der Korruption in der Gesellschaft klar geworden. Die Antikorruptionsmaßnahmen können, so die These, lediglich erfolgreich sein, wenn sie mit der gesamten Entwicklung der Demokratie im Lande und mit der Lösung von Problemen wie dem drohenden Desinteresse an und Misstrauen gegenüber der Politik sowie der zunehmenden Kommerzialisierung des politischen Prozesses verbunden werden. (ICF2)

[214-L] Sterbling, Anton:

Konturen eines europäischen Migrations- und Sozialraums in Südosteuropa, in: Peter A. Berger, Anja Weiß (Hrsg.): Transnationalisierung sozialer Ungleichheit, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2008, s. 137-160, ISBN: 978-3-531-15207-3

INHALT: Im Mittelpunkt des Beitrages stehen Fragen nach der Reichweite und Bedeutung transnationaler Aspekte sozialer Ungleichheit in Folge massiver und komplexer Migrations- und Mobilitätsprozesse. Es werden zunächst einige aktuelle Migrationsvorgänge aus Südosteuropa exemplarisch aufgegriffen und insbesondere im Hinblick auf ihren Umfang, ihre Dynamik und ihre spezifischen Erscheinungsformen verdeutlicht. Im Anschluss daran werden sozialstrukturelle Auswirkungen und Folgeprobleme dieser Vorgänge in den Herkunfts- und den Aufnahmegesellschaften aufgezeigt, wobei die Transnationalisierung sozialer Ungleichheit im Vordergrund steht. Es schließen sich mit Blick auf die Ansätze der Sozialstrukturforschung einige Überlegungen an, wie die heute erkennbaren Konturen sozialer Ungleichheit im europäischen Sozial- und Migrationsraum systematisch zu erfassen sind. Es werden hierzu soziale Lagen, Beziehungsmuster und Bewusstseinsformen im Europa des Umbruchs schematisch dargestellt. Schließlich wird begründet, warum die Analyse sozialer Ungleichheit neben dem nationalstaatlichen und international-vergleichenden Ansatz auch auf einen solchen transnationalen Bezugsrahmen ausgedehnt werden sollte. (ICI2)

[215-L] Stropnik, Nada; Sircelj, Milivoja:

Slovenia: generous family policy without evidence of any fertility impact, in: Demographic Research, Vol. 19/2008, Art. 26, S. 1019-1058
(www.demographic-research.org/volumes/vol19/26/19-26.pdf)

INHALT: Slovenia was not a typical socialist country; the transformation that had started at the end of the 1980s did not cause such great turbulences as in other countries in transition. However, unfavorable consequences did accompany the transition, particularly for some segments of the population. Fertility trends in Slovenia, as seen in the total fertility rate, have not surpassed the replacement level since the end of the 1970s. The lowest level of 1.21 was reached during the 1999-2003 period. Since then, the total fertility rate has been increasing slightly. Postponement in childbearing began with cohorts born after 1960. In today's Slovenian society, on average young women achieve higher education than men, and they perceive (potential) motherhood as a drawback in the labor market. Almost all parents in Slovenia are employed full-time, even those with small children. Nevertheless, the traditional gender-division of roles persists in the family. Extended education, relatively high unemployment among the young, and a shortage of adequate housing prolong the stay in the parental home. Together with insecure employment, a responsible parenthood norm, and the perceived high costs of children, this results in childbearing postponement and a lower final number of children. Slovenia has a relatively well-developed family policy, particularly on parental leave and pre-school childcare. Notwithstanding, almost no impact of family policy on fertility has ever been observed." (author's abstract)

[216-L] Suber, Daniel:

"Natur" und "Geschichte": kulturwissenschaftliche Aspekte der Konstruktion nationaler Identität in Serbien, in: Karl-Siegbert Rehberg (Hrsg.): Die Natur der Gesellschaft : Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006. Teilbd. 1 u. 2, Frankfurt am Main: Campus Verl., 2008, S. 2241-2251, ISBN: 978-3-593-38440-5

INHALT: Der Autor zeigt in seinem Vortrag, dass die Dichotomie von Natur/Geschichte auch im Hinblick auf die Definition von sozialen Gemeinschaften von Bedeutung ist. Ein analoger Gegensatz zwischen Natur und Geschichte kann zum Beispiel aus der politischen Mythologie serbischer Kulturträger abgeleitet werden. In diesen symbolischen Beschreibungen erscheint der Naturzustand als derjenige, in welchem die Bewohner ihre authentischen, von Gott gegebenen Lebensformen bewahrt haben. Im Gegensatz dazu stehen die urbanen, multi-ethnischen Ballungszentren. Folglich ließen sich die Wurzeln der nationalen Identität nicht im politisch-kulturellen Zentrum der Hauptstadt, sondern in der ländlichen Peripherie auffinden. Der Autor konzentriert sich bei seinen Ausführungen auf eine besondere, von Ernst Cassirer ausführlich untersuchte Welterschließungsfunktion: den Mythos. Denn diese Wahrnehmungsform wird häufig mit einem engen Verhältnis zum natürlichen Ursprung der sozialen Vorstellungswelten in Verbindung gebracht. Der Autor wendet Cassirers Beobachtungen über die Wirkungsweisen und politischen Mobilisierungsfunktionen des mythischen Bewusstseins exemplarisch auf das Verhältnis von Mythos und Krieg der Serben seit Ende der 1980er Jahre an, um einige soziokulturellen Dynamiken, die mit einer mythologischen Wahrnehmung in Verbindung stehen, zu verdeutlichen. (ICI2)

[217-L] Sundhaussen, Holm:

Der Zerfall Jugoslawiens und dessen Folgen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2008, H. 32, S. 9-18 (www.bpb.de/files/BW6O3P.pdf)

INHALT: "Der Zerfall Jugoslawiens war nicht das Ergebnis ethnischen Hasses, sondern wurde von kleinen Akteursgruppen billigend in Kauf genommen oder gezielt betrieben. Im Mittelpunkt des Beitrags stehen die internen Faktoren, die zum Scheitern Jugoslawiens und zur Gewalteskalation in den 1990er Jahren führten." (Autorenreferat)

[218-L] Theesfeld, Insa:

Political power play in Bulgaria's irrigation sector reform, in: Waltina Scheumann, Susanne Neubert, Martin Kipping (Hrsg.): Water politics and development cooperation : local power plays and global governance, Berlin: Springer, 2008, S. 259-276, ISBN: 978-3-540-76706-0 (Standort: UB Karlsruhe(90)wirt3.732008A5316)

INHALT: Der Beitrag fragt nach dem Ausmaß, in dem Staat und Geberländer in der bulgarischen Landwirtschaft, vor allem im Bewässerungssektor, intervenieren und gesetzgeberische Maßnahmen erzwingen. Design und Umsetzung einer solchen Politik im postsozialistischen Bulgarien wird als gezielter, von den jeweiligen Machthabern gesteuerter Prozess verstanden. Aus der Perspektive der Public Choice-Theory institutionellen Wandels werden vier aufeinander folgende Reformschritte im Bewässerungssektor analysiert. Anhand von Beispielen wird empirisch belegt, wie staatliche Stellen über die Implementation von Vorschriften ihre Kompetenzen ausweiten und wie individuelle Akteure private, kurzfristige Renten aus dem System ziehen. Das Engagement politischer Führer erscheint als entscheidende Determinante für eine effektive, auf Dezentralisierung setzende Politikimplementation beim Umgang mit natürlichen Ressourcen. (ICEÜbers)

[219-L] Vidmar, Jure:

Democratic transition and democratic consolidation in Slovenia, (Marie Jahoda sozialwissenschaftliche Studien, Bd. 2), Frankfurt am Main: P. Lang 2008, 251 S., ISBN: 978-3-631-57075-3 (Standort: UB Siegen(467)-31PDGJ4682)

INHALT: "The study examines the democratization in Slovenia and compares it to democratization processes elsewhere, drawing patterns upon not only other post-communist democratizations but also upon general patterns in other third-wave democratizations. The book begins with a theoretical overview: the problem of defining democracy, democratic transition and democratic consolidation. It proceeds to an examination of the historical, political, and economic factors relevant for the democratization. The transition is explained from Yugoslav, Slovenian, and external aspects, where foundations for patterns in Slovenian democratization are sought. The consolidation is examined on the institutional level and on the level of the actors. In the concluding analysis, the indicators of democratic consolidation are examined in a comparative perspective and applied to Slovenia." (author's abstract)

[220-L] Volcic, Zala:

Former Yugoslavia on the World Wide Web: commercialization and branding of nation-states, in: International Communication Gazette, Vol. 70/2008, Nr. 5, S. 395-413
(gaz.sagepub.com/content/vol70/issue5/)

INHALT: Seit dem gewaltsamen Zusammenbruch des früheren Jugoslawien versuchen die "neuen" Nationalstaaten Slowenien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Serbien, Kosovo, Montenegro und Mazedonien sich auf der globalen Landkarte zu positionieren und dabei gleichzeitig unterschiedliche "Marken" (nationaler) Identität zu schaffen. Der Beitrag untersucht auf der Basis einer Textanalyse offizieller regierungsamtlicher Webseiten wie diese vormals jugoslawischen Staaten das Internet zur Schaffung und Verbreitung ihrer Selbstbilder für die Welt benutzen. Die analysierten regierungsamtlichen Webseiten "framen" die Nation als einen "Markenartikel", indem sie Mechanismen der Werbung einsetzen um ihre jeweiligen Nationen zu fördern und zu verkaufen. Die Webseiten präsentieren die nationalen Territorien, die Geschichte, Produkte und Bürger als Gebrauchsgegenstände, die an ausländische Investoren und Touristen verkauft werden können. Auf diese Weise werden die ehemaligen jugoslawischen Länder zu Markenartikelstaaten transformiert, die die Funktion haben, ihre Bürger entweder auf die Rolle der exotischen Anderen, die dazu da sind, von reichen westlichen Touristen konsumiert zu werden, oder die von Waren für ausländische Investitionen zu degradieren. (RGübers.)

5 Baltische Länder

[221-L] Berzins, Ivars:

Privatisierung im Kulturbereich: Lettland auf dem Wege vom Staatsapparat zur freien Kulturlandschaft, Saarbrücken: VDM Verl. Dr. Müller 2007, VII, 257 S., ISBN: 978-3-8364-2317-5 (Standort: UB Greifswald(9)-MG59930B553)

INHALT: "Die Frage nach der Rolle der Kultur im Transformationsprozess in Lettland impliziert schon die Idee eines politischen Gebrauchs der Kultur. Man soll die parlamentarische Demokratie entwickeln. Derzeit vollzieht sich auch eine zeitgleiche Verwaltungsmodernisierung. Kultur war Medium und Austragungsort bei der Entwicklung von bürgerlichem Selbstbewusstsein und nationaler Identität sowie Kampfplatz um die politische Hegemonie in Lettland. Eine der größten politischen Herausforderungen des unabhängigen und demokratischen Lettland wird im 21. Jahrhundert dessen multinationale Gesellschaft sein. Deshalb ist es auch die wichtigste zukünftige Aufgabe der Gesellschaft, bei aller Verantwortlichkeit des Staates für die kulturpolitischen Ziele und kulturellen Angebote, zu beweisen, wie flexibel sie sich zwischen kultureller Identität und zukunftsorientierten Strategien bewegen kann." (Autorenreferat)

[222-L] Eamets, Raul:

Flexicurity specificities in small open economies: the Baltic states, (F.I.T. Discussion Papers, No. 1/05), Frankfurt an der Oder 2005, 35 S. (Graue Literatur;
www.euv-frankfurt-o.de/de/forschung/institut/institut_fit/publikationen/2005/01-05-Eamets.pdf)

INHALT: "In this paper, I try to analyze flexicurity problems from the point of view of new EU member states which are small and open economies. I will use for illustration examples from all three Baltic states and particularly from Estonia which is a textbook example of very liberal economic policy and successful economic reforms. I will pay attention to labor market flexibility, job insecurity and recent labor market and welfare state reforms in the Baltic states. I also observe the effects of the transformation to market economy on labor flexibility and particularly job insecurity and social cohesion: What are the current mechanisms of adjustment of the labor markets? The role of the informal sector and the families are analyzed in this context. To which degree is labor flexibility a condition to improve the competitiveness of the Baltic countries? The paper is structured in following way. First, I give some overview of latest economic and labor market developments. In a second section, I treat security issues, how workers are protected, what is the legal framework for labor market. Subsequently, labor policy questions, trade unions and wage flexibility are treated. Then, flexibility aspects are described, like workers and job flows. Finally, I conclude with a discussion where I try to find answers to the questions raised before, as well as with some recommendations for political action." (author's abstract)

[223-L] Kajnc, Sabina:

Die slowenische EU-Ratspräsidentschaft 2008, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2008, H. 32, S. 18-25 (www.bpb.de/files/BW6O3P.pdf)

INHALT: "Der Ratspräsidentschaft Sloweniens im ersten Halbjahr 2008 wurde im Vorfeld vor allem eine symbolische Bedeutung zugeschrieben. Dieser ist das Land - ungeachtet seiner Schwächen, denen es sich vielleicht sogar zu bewusst war - vollkommen gerecht geworden." (Autorenreferat)

[224-L] Kruze, Aida (Hrsg.):

Gefährdete Jugendliche: Aspekte sozialer Arbeit in Lettland und in Deutschland, (Schriftenreihe des Zentrums für Lehrerbildung und Schulforschung (ZLS), Bd. 6), Leipzig: Leipziger Univ.-Verl. 2008, 308 S., ISBN: 978-3-86583-245-0

INHALT: "In allen europäischen Ländern werden derzeit Fragen zur Bildung, Erziehung und sozialpädagogischen Betreuung von Jugendlichen heftig diskutiert. Eine erschreckende Serie von Kindesmisshandlungen in Deutschland hat zum verstärkten Nachdenken über neue Formen öffentlicher Kontrolle und staatlicher Intervention in die familiäre Erziehung geführt. Die fortbestehenden Probleme des deutschen Bildungssystems, dem im internationalen Vergleich wiederholt Versagen bei der Förderung sozial gefährdeter Schülerinnen und Schüler attestiert wurde, verdeutlichen den dringenden Handlungsbedarf. Hinzu kommen weitere pädagogische Problematiken wie Sucht, Delinquenz und Ausländerfeindlichkeit unter Jugendlichen vor dem Hintergrund zunehmender Armuts- und Ausgrenzungserfahrungen, die besonders in den Großstädten wahrnehmbar sind. Unter dem Druck öffentlicher Sparmaßnahmen taucht wiederholt die Frage auf, wer von der Hilfe profitieren soll. Gibt es 'Grenzen der Erziehung'? In all diesen Überlegungen treten dabei längst überwunden geglaubte Vorstellungen von Verwahrung und Disziplinierung auf. Aber welche pädagogische Methode ist die richtige? Die in diesem Band enthaltenen Beiträge setzen sich intensiv mit den benannten Schwierigkeiten und deren Bedeutung für Schule, Jugendhilfe und Justiz auseinander und zeigen po-

sitive Entwicklungen anhand von sozialpädagogischen Angeboten in Lettland und Deutschland." (Autorenreferat)

[225-L] Nienaber, Birte:

Irland und Litauen: "Armenhäuser" Europas auf dem Weg nach oben, in: Sozialwissenschaftliches Journal, Jg. 2/2007, H. 3, S. 25-42

INHALT: "Der sogenannte 'keltische Tiger' Irland wird in jüngster Zeit häufig als Vorbild für die neuen postkommunistischen EU-Mitgliedsstaaten gesehen. Welche Entwicklungen hat Irland genommen, und wie können die postkommunistischen Staaten, insbesondere Litauen, welches diverse Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede zu Irland aufweist, vom 'keltischen Tiger' lernen? Irland hat seit Mitte der 1990er Jahre eine in Europa einmalige wirtschaftliche Entwicklung vollzogen, die jedoch die Disparitäten des Landes verstärkte. Litauen zeigt seit Beginn des 21. Jahrhunderts durch mannigfaltige Reformen ebenfalls gesamtgesellschaftliche Entwicklungstendenzen, die dem Land den Beinamen 'baltischer Tiger' gegeben haben. Dieser Beitrag zeigt Potenziale und Risiken der wirtschaftlichen, politischen sowie sozialen Entwicklung der Übertragbarkeit des irischen Modells auf." (Autorenreferat)

[226-L] Pääbo, Heiko:

The gap between the "social realities" and policies: the Estonian ability to response to the new security threats, in: Josef Schröfl (Hrsg.): Political asymmetries in the era of globalization : the asymmetric security and defense relations from a worldwide view, Frankfurt am Main: P. Lang, 2007, S. 165-175, ISBN: 978-3-631-56820-0 (Standort: ULB Münster(6)-MF9400/354)

INHALT: Die Arbeit analysiert das estnische nationale Sicherheitskonzept von 2004, das die Prinzipien der estnischen Nationalpolitik mit internationalen Verpflichtungen vereint. Der Autor nähert sich der Thematik mit Hilfe der Theorie des Konstruktivismus an. In diesem Kontext definiert er Sicherheit als ein dynamisches Konzept, das von politischen Entscheidungsträgern beeinflusst wird. Weiterhin analysiert der Beitrag den Inhalt des Sicherheitskonzepts und kommt zur Schlussfolgerung, dass dieses nicht in das System der estnischen Überzeugung passt, da es neue Sicherheitsbedrohungen thematisiert, die von der estnischen Zivilbevölkerung nicht als Gefahr empfunden werden. Die Diskrepanz zwischen dem Sicherheitskonzept und der "sozialen Realität" ist in diesem Fall so groß, da sich das Dokument ausschließlich auf Sicherheitsbedrohungen aus internationaler Sichtweise bezieht. Dies kann innenpolitisch eine instabile politische Situation Estlands sowie eine Entfremdung der Zivilbevölkerung von der politischen Elite zur Folge haben. Außenpolitisch besteht die Gefahr, dass Estland seine internationalen Verpflichtungen nicht hinreichend erfüllt. Abschließend gibt der Autor zwei politische Empfehlungen, um die Diskrepanz zwischen der Sicherheitspolitik und den Perzeptionen der Zivilgesellschaft zu verringern. (ICG)

[227-L] Pettai, Vello; Toomla, Rein; Joakit, Elvis:

Citizen electoral alliances in Estonia: Citizen democracy versus cartel parties, in: Marion Reiser, Everhard Holtmann, (Hrsg.): Farewell to the party model? : independent local lists in East and West European countries, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2008, S. 85-104, ISBN: 978-3-531-15687-3 (Standort: ULB Münster(6A)-MD6500/100)

INHALT: Die freien Wählervereinigungen in Estland haben seit ihrem Höhepunkt in den frühen 1990er Jahren kontinuierlich an Bedeutung verloren, wie die Autoren anhand der Ergebnisse von fünf Kommunalwahlen aus den Jahren 1993, 1996, 1999, 2002 und 2005 verdeutlichen. Nach einem Überblick über die Definition und die Organisationsstruktur von bürgerlichen Wählervereinigungen zeigen sie, dass dieser Niedergang vor allem durch eine mangelnde Unterstützung seitens der größeren politischen Parteien verursacht wurde. Sie analysieren die Auswirkungen eines sich konsolidierenden nationalen Parteiensystems im Transformationsstaat Estland, das nicht parteigebundene Gruppierungen weitgehend unterdrückte, um die politische Landschaft zu standardisieren. Die Autoren stellen die Ergebnisse jeweils für die Hochphase der freien Wählervereinigungen in den Jahren 1993 bis 2002 und für die Zeit des Niedergangs zwischen 2002 und 2005 dar. (ICI)

[228-L] Reetz, Axel:

Baltische Staaten: Politiker als Fixpunkte und verschiedene Varianten von parteipolitischer Fluidität, in: Ellen Bos, Dieter Segert (Hrsg.): Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? : Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts, Opladen: B. Budrich, 2008, S. 229-251, ISBN: 978-3-86649-161-8 (Standort: UB Bonn(5)-2008/3983)

INHALT: Die baltischen Staaten werden als geographische Einheit rezipiert. Sie haben jedoch nicht nur eine sehr unterschiedliche politische Kultur und verschiedene Parteiensysteme. Estland hat sich das Image vom "baltischen Tiger" erworben und wird überwiegend von Gegnern des ancien regime regiert, wohingegen in Lettland eine Koalition aus Exilanten und Reformkommunisten tonangebend war und ist. Litauen wurde im ersten Jahrzehnt nach der Unabhängigkeit durch den intensiven Konflikt zweier Lager geprägt. Der vorliegende Beitrag zeigt, dass die Parteien in diesen Staaten, insbesondere aber in Lettland, außer durch ihre hohe Instabilität auch durch ihre niedrigen Mitgliederzahlen auffallen. In vielen Fällen ist sie mit der Zahl der Mandatsträger der Partei auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems identisch. Da sie nur Vehikel des Machterhalts einer kleinen Gruppe sind, ist in ihnen die innerparteiliche Demokratie kaum ausgeprägt. Einstweilen sind die Parteien in den baltischen Staaten vorwiegend Wahlklubs ihrer Spitzenpolitiker ohne Verankerung im Volk. Bei der Betrachtung der Qualität der Demokratien fallen - insbesondere in Lettland - ernsthafte Defizite ins Auge. Die Demokratie ist hier eher formell, oder plakativ ausgedrückt: sie ist eine "Diktokratie", in der starke wirtschaftliche Akteure, entweder direkt oder vermittels populärer Persönlichkeiten, Parteien gründen und damit das demokratische System instrumentalisieren. (ICA2)

[229-L] Stankuniene, Vlada; Jasilioniene, Aiva:

Lithuania: fertility decline and its determinants, in: Demographic Research, Vol. 19/2008, Art. 20, S. 705-742 (www.demographic-research.org/volumes/vol19/20/19-20.pdf)

INHALT: "Since the beginning of the 1990s, Lithuania has been undergoing significant transformations in family life and has experienced a precipitous decline in fertility. The determinants of the changes are diverse in character and are associated with socioeconomic transformations, economic difficulties faced by the post-Soviet society, inadequate social and family policies and changing value orientations and life styles. This article traces the fertility trends in Lithuania from the period and cohort perspective, providing adjusted TFR estimates that reveal the significance of the tempo effect on the recent decline in fertility. Furthermore, the main factors leading to the recently observed changes in family and fertility are identified and analysed. Finally, the characteristic features and necessary improvements of current Lithuanian family policy and its possible effects on individual behaviour and fertility trends are discussed." (author's abstract)

6 Polen

[230-L] Augustynowicz, Christoph:

Quo vadis? Polonia?: eine Annäherung an die europäische Integration Polens in drei Schritten, in: Iskra Schwarz, Arnold Suppan (Hrsg.): Quo vadis EU? : Osteuropa und die EU-Erweiterung, Münster: Lit Verl., 2008, S. 237-249, ISBN: 978-3-8258-1240-9 (Standort: LB Speyer (107)-1084267)

INHALT: Anhand der Auseinandersetzung mit der EU als Integrations- und Stabilisierungsfaktor, mit der nationalen und europäischen Identität sowie mit dem Wechselspiel zwischen der europäischen Integration und der kulturellen Vielfalt wird gezeigt, wie sehr Polen in seiner Geschichte Teil Europas war. Darüber hinaus wird betont, wie früh, wie lange vor der Wende von 1989 die europäische Integration Polens begonnen hat. Das wird gezeigt durch die Darstellung Europas als historischer Projektionsfläche aus polnischer Perspektive, der Integration Polens in das politische Projekt Europa und der Spezifika der polnischen Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur als Brücke nach Europa. (ICF2)

[231-L] Bachmann, Klaus:

Polens langer Weg nach Westen: historische Konfliktlinien, Parteiensystem und europäische Integration nach 1989, in: Iskra Schwarz, Arnold Suppan (Hrsg.): Quo vadis EU? : Osteuropa und die EU-Erweiterung, Münster: Lit Verl., 2008, S. 251-266, ISBN: 978-3-8258-1240-9 (Standort: LB Speyer (107)-1084267)

INHALT: Der Verfasser nimmt Bezug auf Stein Rokkans Modell der historischen Konfliktlinien, das davon ausgeht, dass die Gräben zwischen Gegnern und Anhängern historischer Großereignisse über Generationen, über Jahrhunderte erhalten bleiben. Es wird gezeigt, dass eine Übertragung des Modells keine gesicherten Rückschlüsse auf die Haltung der Anhänger einzelner politischer Richtungen zu bestimmten Sachfragen der europäischen Integration ermöglicht. Linke, Rechte und Liberale können pro- und antieuropäisch sein und sind es auch häufig gewesen. Es wird argumentiert, dass Polens Parteienlandschaft etwas berechenbarer wird, wenn man das Raster historischer Grundtendenzen anwendet. Dann ist es sogar möglich, Rückschlüsse auf die Haltung von Politikern im Bezug auf einzelne Sachfragen der europäischen Einigung zu ziehen. Dies wird an der kontroversesten Frage des Verfassungsvertrags,

der Stimmengewichtung und der Schwelle für Mehrheitsentscheidungen durchgespielt. Dabei wird davon ausgegangen, dass eine hohe Mehrheitsschwelle die Bildung von blockierenden Minderheitskoalitionen erleichtert, während eine niedrige Schwelle dies erschwert, zugleich aber den Entscheidungsfindungsprozess effektiver und das Zustandekommen von Mehrheitsentscheidungen einfacher macht. (ICF2)

[232-L] Bingen, Dieter:

Polen: Wie ein labiles Parteiensystem zu einer Stabilisierung der Demokratie beiträgt, in: Ellen Bos, Dieter Segert (Hrsg.): Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? : Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts, Opladen: B. Budrich, 2008, S. 77-90, ISBN: 978-3-86649-161-8 (Standort: UB Bonn(5)-2008/3983)

INHALT: Erst seit den ersten vollständig freien Parlamentswahlen (Sejm) 1991 kann Polen als eine institutionell konsolidierte Demokratie bezeichnet werden, in der die Prinzipien der Gewaltenteilung in dem Maße eingehalten werden, wie dies für die modernen westeuropäischen Demokratien vorausgesetzt wird, und die bürgerlichen Freiheitsrechte keinen Einschränkungen unterliegen. Der vorliegende Beitrag zum Parteiensystems Polens zeigt, dass die wichtigsten "cleavages" des Parteienwettbewerbs noch aus der Ära der Volksrepublik Polen resultieren. Linke und Rechte trennt das Verhältnis zur Religion und zur Rolle der katholischen Kirche in Politik und Gesellschaft, vor allem also der Bereich des Ideellen und der Werte, und die Haltung in kulturellen Fragen und denen des Lebensstils. In sozioökonomischen Fragen gehen die Polarisierungen dagegen durch die jeweiligen Lager. Traditionalistische Teile der Rechten bevorzugen den fürsorglichen Staat - auch als einen Arbeitgeber - stehen der Privatisierung großer Staatsunternehmen skeptisch gegenüber. Gleichzeitig gibt es einflussreiche Sozialdemokraten (vor allem ehemalige Wirtschafts- und Finanzminister), die eine möglichst liberale Marktwirtschaft favorisieren. (ICA2)

[233-L] Blumberg-Stankiewicz, Katharina:

Rechtsradikale (Re-)Formulierungen eines nationalen Selbstbildes in Polen: die Liga der polnischen Familien und ihre Propagierung einer historisch "wahren" Kernidentität, in: Regina Fritz, Carola Sachse, Edgar Wolftum (Hrsg.): Nationen und ihre Selbstbilder : postdiktatorische Gesellschaften in Europa, Göttingen: Wallstein, 2008, S. 280-305, ISBN: 978-3-8353-0212-9 (Standort: UB Passau(739)-51ME2600F919)

INHALT: Die Verfasserin arbeitet zunächst den einschlägigen Forschungsstand auf, dem zufolge rechtsradikale Ideologie und integrationspolitischer Kontext als Einflussfaktoren auf die Formulierung eines nationalen Selbstbilds betrachtet werden können. Vor diesem Hintergrund wird die "Liga der Polnischen Familien" (LPR) in ihrem politischen Umfeld dargestellt. Es werden unterschiedliche Voraussetzungen aufgezeigt, die zur Formierung der Partei geführt und ihre inhaltliche Ausrichtung geprägt haben. Ihr politischer Aufstieg vor und nach dem EU-Beitritt Polens wird als Prozess ideologischer Profilierung beschrieben. Das Selbstbild der LPR wird durch die "polnische Familie" bestimmt, wobei es nicht so sehr um Anliegen der Familienpolitik geht sondern um die Propagierung einer gestärkten und historisch als wahr empfundenen nationalen Kernidentität. Anhand von Beispielen illustriert die Verfasserin, in wie fern sich spezifische Wahrnehmungen der EU und der Migration im Selbstbild der LPR ausdrücken. (ICE2)

[234-F] Büttner, Sebastian (Bearbeitung); Mau, Steffen, Prof.Dr.; Liebert, Ulrike, Prof.Dr.; Münch, Richard, Prof.Dr. (Betreuung):

Mobilising the new Europe: the world-cultural construction of regional development strategies in Poland (working title)

INHALT: This project conceptualises Europeanization as a project of modernisation that mobilises society - individuals, (political) actors, organisations, nation states, and even the outermost localities and regions of the European Union - around certain global standards and principles of development in a particular way. The study departs from classical assumptions of sociological neo-institutionalism (esp. world-polity approach) and develops a particular perspective regarding the world-cultural construction of regional development strategies in the new Europe. Accordingly, it is assumed that the all-encompassing mobilisation of sub-national units is largely embedded in an "epistemic culture" of "knowledgeable experts" (bureaucrats, scientists, EU consultants, private consultants etc.) fostering the diffusion of scientifically grounded and "approved" world-cultural models, principles and practices. This process is explored and further specified by means of case studies of three selected Polish regions (voivodeships) that were not existing about a decade ago, but were newly created in 1999 in light of EU accession and integration into the European regional development framework (above all: EU Cohesion Policy). Thus, the major research questions of this project can be summarised as following: First, what is driving forward rapid and massive diffusion of world-cultural models, principles and standards of regional development practice? Second, what are the major channels and institutional conditions for diffusion of world-cultural models and practices in contemporary Europe? And, third, how does diffusion take place in newly created regions from Central and Eastern Europe - regions with different historical traditions and different development levels? *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Poland

METHODE: Major argument: On the basis of the world-polity perspective approaches and strategies of regional development are seen as incidences of a highly scientised "world culture" constitutively contributing to the construction of regions as modern actors. It is argued, more particularly, that over the past 20 years a huge common sense on the requirement of mobilising regions and some of the fundamentals of regional development has emerged on world-cultural scale fuelled by both academia and political practice. Especially in the framework of European regional development policies world-cultural models and practices of regional development were strongly promoted (discursive construction) and institutionalised (political construction) fostering diffusion to localities and local life-worlds all around Europe. Yet, on the basis of this theoretical perspective regional development in Europe can be conceived as taking place in the global context, under conditions of "world-culture", and not "just" as being shaped by EU Cohesion Policy. In empirical terms, nonetheless, both processes are strongly interrelated, since EU Cohesion Policy reinforces, accelerates and specifies the diffusion of world-cultural models to the regional level. This has three major implications: first, addressing the scientisation of governance and the huge impact of scientifically grounded justifications and techniques on contemporary political practice; second, showing the tacit knowledge and the assumptions that are often widely shared and taken for granted by "real" political actors; third, instead of focusing exclusively on formal institutional rules and explicit standards taking into consideration the multifaceted dimensions of institutional diffusion, and esp. those factors that are merely "cultural" (e.g. mimetic and normative types). Data and methods: The study starts with an introduction of the theoretical perspective leading to an empirical specification of both a) the world-cultural framework and b) the EU framework of regional development: a) The data for analysing the world-cultural framework of regional development mainly

derives from the literature on regional development and regional planning as well as some more practical guides to regional development, scientific management and strategizing. b) The data for analysing the EU framework mainly derives from EU documents itself (above all: the Strategic Guidelines for Cohesion Policy 2007-13 and the European Spatial Development Perspective, published in 1999, but also some less "binding" documents and official information on the EU webpage). For the analysis of empirical case studies the following three sources were used: a) content analyses of the official regional development strategies; b) expert interviews with key actors in the field of regional development and EU Cohesion policy to reconstruct the process of strategy implementation and implementation of EU Cohesion Policy; c) secondary data on regional development in Poland conducted the by EU, regional experts, scientists and the regional bureaucracies themselves. *DATENGEWINNUNG*: Inhaltsanalyse, offen; Aktenanalyse, offen; (EU-Dokumente, policy-papern). Experteninterview, leitfadengestützt (polnische Bürokraten und Experten im Bereich regionale Entwicklung). Feldarbeit durch den Bearbeiter.

ART: *BEGINN:* 2005-10 *ENDE:* 2009-03 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Heinrich Böll Stiftung e.V.

INSTITUTION: Universität Bremen, FB 08 Sozialwissenschaften, Bremen International Graduate School of Social Sciences Chair of Political Sociology and Comparative Analysis of Contemporary Societies (BIGSSS) (Postfach 330440, 28334 Bremen); Universität Bremen, Jean Monnet Centre for European Studies -CEuS- (Postfach 330440, 28334 Bremen); Universität Bamberg, Fak. Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, Lehrstuhl für Soziologie II (Postfach 1549, 96045 Bamberg)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0421-218-7813, Fax: 0421-218-4153, e-mail: buettner@gsss.uni-bremen.de)

[235-L] Dziubacka, Krystyna:

Das deutsch-polnische Grenzland als Forschungsgegenstand der Dorfsoziologie, in: Lutz Laschewski, Andrzej Kaleta, Krzysztof Gorlach (Hrsg.): *Neue Landsoziologie in Polen und Deutschland : eine Bestandsaufnahme*, Aachen: Shaker, 2008, S. 187-204, ISBN: 978-3-8322-5846-7 (Standort: UB Trier(385)-LJsn49483)

INHALT: Der Beitrag beschreibt die Folgen des Beitritt Polens in die EU und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten für die Grenzregionen und wie diese sich aus der geopolitischen Lage ergebenden Vorteile zu nutzen sind. In keinem Land der Europäischen Union erfolgt diese multifunktionale Entwicklung der ländlichen Regionen von allein, insbesondere wenn dieser Prozess vernachlässigte Regionen betrifft, das heißt solche mit hoher Arbeitslosigkeit, schlechter Infrastruktur und Depopulationsproblemen. In Polen sind dies - neben verschiedenen Initiativen, die die wirtschaftliche Entwicklung der ländlichen Gebiete und vor allem ländliche Kleinunternehmen fördern - bestimmt staatliche Einrichtungen. Jede Region, jede Woiwodschaft zeichnet sich aus durch ein konkretes Gebiet mit bestimmten Ressourcen, aber auch gewissen Emotionen, die eine tiefere oder oberflächlichere Identifikation der Bevölkerung mit ihrem Wohnort bedeuten. Die Identifikation mit dem Wohnort soll als Quelle von Initiative und Unternehmergeist genutzt werden. (ICA2)

[236-L] Gorlach, Krzysztof:

Die neue polnische Landsoziologie: Fortsetzung oder Wandel?, in: Lutz Laschewski, Andrzej Kaleta, Krzysztof Gorlach (Hrsg.): *Neue Landsoziologie in Polen und Deutschland : eine Bestandsaufnahme*, Aachen: Shaker, 2008, S. 11-35, ISBN: 978-3-8322-5846-7 (Standort: UB Trier(385)-LJsn49483)

INHALT: Der Beitrag beschreibt den historischen Wandel der Paradigmen der polnischen Landsoziologie und zeigt auf, dass mit dem gesellschaftlichen Wandel sich die Fragestellungen und theoretischen Perspektiven der Landsoziologie ausdifferenzieren. Dennoch bleiben Zweifel an der Eigenständigkeit einer ländlichen Soziologie. Die Schlussfolgerung des Autors ist, dass die Landsoziologie zunehmend weniger aus einem eigenen theoretisch Fundus schöpfen kann, sondern dem Prozess der Pluralisierung ihrer Fragestellungen und der theoretischen Zugänge unterworfen ist. Letztlich wirft die Zustandsbeschreibung der Disziplin die Frage auf, ob es so etwas wie einen bewahrenswerten inhaltlichen und ggf. auch methodischen Kern der Landsoziologie gibt. Der Autor plädiert für eine dezidiert breitere Öffnung für andere wissenschaftliche Subdisziplinen oder gar Disziplinen, als dies bislang der Fall gewesen ist. Man braucht dabei nicht zu befürchten, dass die Landsoziologie sich damit einer Desintegration oder Auflösung aussetzen wird. Die polnische Landsoziologie sollte sich der Tendenz anschließen, die Mauern und Schranken zwischen einzelnen wissenschaftlichen (Sub)disziplinen zu überschreiten. (ICA2)

[237-L] Grzeszczyk, Ewa:

American models of consumption and their presence in Poland, in: Sebastian M. Herrmann, Katja Kanzler, Anne Koenen, Zoe A. Kusmierz, Leonard Schmieding (Hrsg.): *Ambivalent Americanizations : popular and consumer culture in Central and Eastern Europe*, Darmstadt: Winter, 2008, S. 139-163, ISBN: 978-3-8253-5488-6 (Standort: UB Köln(38)-35A9514)

INHALT: "This essay deals with the cultural models of consumption which have evolved in American culture and their possible equivalents in contemporary Poland. I will differentiate between three general models (the puritan model, the veblenesque model and the model of contemporary hedonist) which have different manifestations and are realized by various groups of consumers. The assumption is that the possible similarities between Polish and American patterns of consumption are a result of a complex process of cultural diffusion and not a simple imitation. History, cultural and religious tradition, dominant values, and the present economic situation influence the differences in both consumer motivations and consumer behavior in the two countries." (author's abstract)

[238-L] Hahn, Irene:

Polen und Europa: Europabilder und nationale Identität im Beitrittsprozess zur Europäischen Union, Wrocław: Oficyna Wyd. ATUT 2007, 87 S., ISBN: 978-83-7432-236-2 (Standort: UB Münster Zweigbibl. Sozialwiss.(6A)-ML7332/19)

INHALT: Zur empirischen Untersuchung des polnischen Europadiskurses werden die politischen Parteien als Hauptakteure ausgewählt. Europa- und EU-Bilder der Parteien in Sejmreden zu außenpolitischen Grundsatzfragen werden inhaltsanalytisch untersucht. Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich über die vierte Legislaturperiode (September 2001 bis September

2005). Der zeithistorische Kontext unterschiedlicher Europabilder und -vorstellungen wird herausgearbeitet. Es zeigt sich, dass die politischen Akteure in Polen, Euroenthusiasten, -realisten und -skeptiker, die gleichen, mit der Provenienz polnischer Identitätskonzepte zusammenhängenden nationalen Grundinteressen konstruieren. Diese implizieren im Speziellen, dass Polen sich als Nation und Staat aufgrund seiner Historie in seiner Souveränität und Sicherheit bedroht fühlt und nach internationaler Anerkennung und gesichertem Wohlstand strebt. Diese polnischen Identitätskonzepte legitimieren allerdings unterschiedliche europapolitische Präferenzen. (ICE2)

[239-L] Halamska, Maria:

Neugestaltung des Dorf-Stadt-Verhältnisses in Polen?, in: Lutz Laschewski, Andrzej Kaleta, Krzysztof Gorlach (Hrsg.): *Neue Landsoziologie in Polen und Deutschland : eine Bestandsaufnahme*, Aachen: Shaker, 2008, S. 167-185, ISBN: 978-3-8322-5846-7 (Standort: UB Trier(385)-LJsn49483)

INHALT: Der Beitrag versucht eine Analyse des Stadt-Land-Gegensatzes für Polen. Die Autorin beschreibt die gesellschaftliche und damit auch politische Signifikanz dieses Gegensatzes als prägendes gesellschaftliches Element des heutigen Polens. Die Position des Dorfes in seinem Verhältnis zur Stadt bestimmt heute auch seinen Platz in der globalen Gesellschaft, ein "Standort", der Veränderungen unterliegt und immer neu definiert werden muss. Dies zeigt sich auch in einer veränderten Terminologie. Es wird nicht mehr über ein Dorf, sondern über "ländlich" gesprochen. Das Substantiv wird durch das Adjektiv ersetzt, um nicht nur den Dorfbewohner selbst zu bezeichnen, sondern gleichzeitig auch seinen Lebensraum und die soziale Umwelt, in der dieser lebt. Zu dieser Ebene gehören vor allem Bilder, Symbole und Mythen, die Gruppendiskurse indizieren und Komponenten des ideologisch-politischen Kampfes sind. (ICA2)

[240-L] Jäger, Thomas; Dylla, Daria W.:

Ballistic Missile Defense und polnische Sicherheitsinteressen: eine Analyse der Diskussion über die Stationierung der US-Raketenbasis auf polnischem Territorium, in: Thomas Jäger, Daria W. Dylla (Hrsg.): *Deutschland und Polen : die europäische und internationale Politik*, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2008, S. 289-323, ISBN: 978-3-531-15933-1 (Standort: UB Bonn(5)-2008/4092)

INHALT: Mit der Debatte um die Einrichtung einer amerikanischen Radaranlage in der Tschechischen Republik und der parallelen Aufstellung von zehn "Ground Based Interceptor" (GBI)-Abfangraketen in Polen verbinden sich derzeit wichtige Fragen der internationalen Politik sowie der außenpolitischen Handlungsfähigkeit einiger betroffener Staaten. Im Zentrum stehen die USA, die über eine Ausweitung ihres Raketenabwehrsystems und die untergeordnete Integration der europäischen NATO-Verbündeten nicht nur die nationale Sicherheit weitergehend zu gewährleisten beabsichtigen, sondern auch ihre internationale Vormachtrolle zu stabilisieren versuchen. Der Autor zeichnet im vorliegenden Beitrag die öffentlichen Diskussionen um die Aufstellung der GBI-Abfangraketen in Polen nach, die insbesondere in den letzten Monaten zu einer Eskalation der politischen Auseinandersetzung geführt haben. Er analysiert ausführlich den Weg, der in Polen von einer breiten öffentlichen Unterstützung für die USA generell hin zu einer eng geführten Position der Vertretung nationaler Interessen ge-

führt hat. Weitere Schwerpunkte seines Beitrages sind Russlands Bedenken gegen das US-Raketenabwehrsystem und die polnische Forderung nach einem Luftabwehrsystem, die Auswirkungen der Debatte auf NATO und EU sowie ordnungspolitische Konsequenzen. (IC12)

[241-L] Kaleta, Andrzej:

Land- und Agrarsoziologie in Polen und in Deutschland: Versuch eines Vergleichs, in: Lutz Laschewski, Andrzej Kaleta, Krzysztof Gorlach (Hrsg.): Neue Landsoziologie in Polen und Deutschland : eine Bestandsaufnahme, Aachen: Shaker, 2008, S. 55-68, ISBN: 978-3-8322-5846-7 (Standort: UB Trier(385)-LJsn49483)

INHALT: In Polen wie in Deutschland gehört die Landsoziologie zu den ältesten soziologischen Subdisziplinen (welche sich ab Anfang des 20. Jahrhunderts herausbildeten), doch hier wie dort ging diesem Prozess eine zumindest hundert Jahre lange sogenannte vorwissenschaftliche Periode voran, die durch zahlreiche wichtige Arbeiten zu sozialen Fragen gekennzeichnet und für die spätere Entwicklung der Landsoziologie als wissenschaftlicher Disziplin grundlegend waren. Der vorliegende Beitrag rekonstruiert einige gemeinsame Motive in der inzwischen mehr als hundert Jahre währenden Entwicklung polnischer und deutscher Landsoziologie. In beiden Ländern stützt sich die Landsoziologie methodologisch stärker als in amerikanischen oder englischen Variante auf die Überzeugung, dass die Aufgabe der Soziologie und ihrer Subdisziplinen, darunter auch der Landsoziologie, darin liegt, soziale Erscheinungen und gesellschaftliche Prozesse "deutend zu verstehen und zu kausal zu erklären" (Max Weber). Dieser Ansatz drückt(e) sich in der polnischen Landsoziologie in hervorragender Weise hauptsächlich in Form der sozialen Dorfforschung mit Hilfe biographischer und monographischer Methoden aus. (ICA2)

[242-L] Kalka, Piotr (Hrsg.):

Die Anpassungen an die EU-Erfordernisse: Beispiel Polen, (Prace Instytutu Zachodniego, Bd. 79), 2007, 398 S., ISBN: 978-83-87688-85-1 (Standort: SUB Göttingen(7)-2008A13830; Graue Literatur)

INHALT: "Dieses Buch stellt die Ergebnisse eines Forschungsprojekts vor, das gemeinsam vom 'Instytut Zachodni' aus Posen und der 'Forschungsstelle zum Vergleich wirtschaftlicher Lenkungssysteme' der Philipps-Universität Marburg durchgeführt worden ist. Daran haben sich auf polnischer Seite Mitarbeiter des 'Instytut Zachodni', der Wirtschaftsuniversität Posen sowie der Adam Mickiewicz-Universität beteiligt, auf deutscher Seite Wissenschaftler der genannten 'Forschungsstelle', des Marburger Herder Instituts und der Fachhochschule Pforzheim. Das Projekt ist vom Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung finanziert worden. Die Gründe, die die Teilnehmer des Projekts veranlasst haben, die Anpassung Polens an die EU-Regeln zu untersuchen, sind sowohl theoretischer als auch praktischer Natur. Eine derartige Forschung kann helfen, den Prozess der Integration von Ländern eines unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungsstandes besser zu verstehen. Indem die im Anpassungsprozess auftretenden Schwierigkeiten systematisch aufgedeckt werden, kann die Forschung dazu beitragen, politische Begleitmaßnahmen zu unterstützen und die notwendigen Anpassungsschritte zu beschleunigen. Hauptziel der Arbeiten ist es, den Anpassungsprozess Polens an die EU-Erfordernisse auf einigen ausgewählten Gebieten zu zeigen. Es handelt sich um komplexe wirtschaftliche Gebiete, die für die gesamte ökonomische

Sphäre bedeutsam erscheinen." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Boiena Popowska: Polen zwischen Zentralisierungs- und Dezentralisierungstendenzen (unter besonderer Berücksichtigung der Wirtschaftssphäre) (13-34); Piotr Kalka: Gütermarktanpassungen und der Handel Polens mit den Mitgliedsstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (Europäischen Gemeinschaft) (37-60); Tomasz Budnikowski: Die Anpassungen auf dem Arbeitsmarkt (63-82); Ilona Romiszewska: Der Anpassungsprozess des polnischen Bankensektors (85-103); Wanda Dugiel: Gemeinsame Agrarpolitik: Konsequenzen für Polen am Beispiel von Wielkopolska (105-133); Ryszard Barczyk: Geldstabilitätspolitik Polens als Element des europäischen Integrationsprozesses (135-162); Karl von Delhaes: Risiken, Chancen und regionale Implikationen des Verzichts auf eigene Währungspolitik - Polen auf dem Weg in die Eurozone (163-201); Ryszarda Formuszewicz: Kontrolle der ordnungsgemäßen Verwendung der Strukturfonds - Herausforderungen für die polnische Verwaltung (203-222); Andrzej Grat: Anpassung Hessens an die Anforderungen des Schengener Abkommens: die Schlüsse für die Region Wielkopolska (225-245); Natalia Jackowska: Die Rolle der Information im Beitrittsprozess Polens zur Europäischen Union am Beispiel Wielkopolska (247-265); Alfred Schüller: Wettbewerbs- und Industriepolitik in der EU: Lissabon-Strategie zwischen konkurrierenden Integrationsmethoden (269-308); Helmut Leipold: Der Wettbewerb der Standorte vor neuen Aufgaben (311-330); Dirk Wentzel: Der Ausschuss der Regionen in Europa: Stützpfeiler der Subsidiarität oder Rent Seeking Society? (333-353); Ewa Matuszynska: Wielkopolska als Wirtschaftsregion (355-374); Reinhard Peterhoff: Perspektiven für deutsche Unternehmen im Gebiet Wielkopolska (377-398).

[243-L] Kossowska, Anna; Rzeplinska, Irena; Wozniakowska, Dagmara:

Criminal policy based on fear of crime: case of Poland, in: Helmut Kury (Hrsg.): *Fear of crime - punitivity : new developments in theory and research*, Bochum: Brockmeyer, 2008, S. 371-392, ISBN: 978-3-8196-0695-3 (Standort: UB Bielefeld(361)-IB570F2C9P)

INHALT: Der Beitrag behandelt die Entwicklung der Kriminalität in Polen und die Konsequenzen, die sich für die Kriminalpolitik ergeben. Die Verfasser stellen die Politisierung der Verbrechensbekämpfung in Polen seit dem Zusammenbruch des Ostblocks und der Westöffnung des Landes dar und zeichnen die Entwicklung der beiden wichtigsten Indizes in diesem Zusammenhang nach, der polizeilichen Kriminalstatistik und der Furcht vor Verbrechen. Dem zunehmenden Gefühl der Unsicherheit, so betonen die Verfasser, ist auch mit härteren Gesetzen nicht beizukommen. Die Justiz reagierte auf diese Situation mit der häufigeren Verhängung von Freiheitsstrafen seit der Jahrtausendwende, was bereits zu einer Überfüllung der Haftanstalten geführt hat. Tatsächlich bewegt sich die Verbrechensrate in Polen auf europäischem Durchschnitt. Die Medien vermitteln ein anderes Bild. Das Ergebnis der Politisierung der sozialen Kontrolle ist ein Anstieg der Punitivität. (ICE)

[244-L] Krajewski-Siuda, Krzysztof; Romaniuk, Piotr; Madaj, Barbara; Forbes, John; Hubicki, Lech:

Brain drain threat - polnische Studenten sind nicht Polish students are not satisfied with labor market options for health professionals in Poland, in: Journal of public health : Zeitschrift für Gesundheitswissenschaften, Vol. 16/2008, No. 5, S. 347-351
(www.springerlink.com/content/ju133524p2621825/?p=bba643e8e34844d9a4147f761d44b15d&pi=6)

INHALT: "Background: Following the EU expansion in 2004, the threat of mass migration of medical doctors in the new member states has become a widely debated issue. It is particularly relevant in the context of skills shortages in developed countries that seek to fill gaps in their systems with foreign labor. This makes doctors from the former Eastern bloc an attractive resource. Aim: To explore and quantify the potential scale of medical migration, a study of intentions of medical and dentistry students was conducted at the largest medical university in Poland. Methods: A total of 367 students of the first and final degree was examined using our own questionnaire. Binary and multivariate analyses based on logistic regression models were used to examine the data. Results: The study shows that 85% of students admit they are considering going abroad, mainly because of poor financial and professional development perspectives at home. No clear profile of a potential migrant could be built. Only those with better grades are less inclined to move, suggesting that overall people from different backgrounds are equally dissatisfied with their professional options at home. Almost 80% of those considering migration would reconsider their decisions if appropriate job opportunities were available locally. Conclusion: The majority of medical students are considering going abroad to work, and those in their final year have been actively preparing to do so. If Poland wants to retain its doctors, it needs to take action to improve both the financial and development perspectives in the medical profession." (author's abstract)

[245-L] Krezminski, Ireneusz:

Nationale Opferkonkurrenz und Beharrlichkeit der Tradition: Antisemitismus in Polen und der Ukraine, in: Lars Rensmann, Julius H. Schoeps (Hrsg.): Feindbild Judentum : Antisemitismus in Europa, Potsdam: Verl. f. Berlin-Brandenburg, 2008, S. 347-376, ISBN: 978-3-86650-642-8 (Standort: ULB Münster(6)-MS3400/471)

INHALT: Der Beitrag stützt sich auf eine empirische Längsschnittstudie am Anfang der demokratischen Wende 1992 und 10 Jahre später, im Jahr 2002. Zwei theoretische Prämissen leiten die Untersuchung zweier Typen antisemitischer Einstellungen: erstens eine konzeptionelle Fassung des Begriffs der Einstellung selbst, die drei Elemente umfasst: das Erkenntniselement, das Beurteilungs- und Gefühlselement und das behavioristische Element. Zweitens die Annahme, dass Gefühle wie Hass und Abneigung für das Individuum selber unangenehm sind und für deren Kontinuität daher eine starke Motivierung erforderlich ist. Zwei Typen von antisemitischen Einstellungen lassen sich an Hand der Studie in Polen und der Ukraine identifizieren: Die Einstellung eines traditionellen Antisemitismus stützt sich auf religiös motivierte Abneigung und Feindseligkeit, wohingegen sich die Einstellung des modernen Antisemitismus auf Motive aus antisemitischer Ideologie stützt, die sich in verschiedenen nationalen Ausprägungen seit der Französischen Revolution in ganz Europa verbreitete. Die zweite Ideologie basiert auf drei Überzeugungen: Juden regieren die Finanzwelt, sie streben nach Macht und zuletzt der Weltherrschaft und es charakterisiert sie eine außergewöhnliche Loyalität un-

tereinander. Die empirischen Studien belegen, dass in Polen und der Ukraine über Juden genauso antisemitisch gedacht wird wie in Europa und der Welt. (ICA2)

[246-L] Kubanek, Martina:

Untersuchung zur Anwendung von public-private partnership im polnischen Gesundheitssektor, (Mitteilungen / Technische Universität Berlin, Fakultät Bauingenieurwesen und Angewandte Geowissenschaften, Fachgebiet Bauwirtschaft und Baubetrieb, H. 36), Berlin: Univ.-Verl. der TU 2008, ISBN: 978-3-7983-2076-5 (Standort: UuStB Köln(38)-13Y5410)

INHALT: "Die Diskussion um Effizienzsteigerung und Kostenersparnis im öffentlichen Sektor auf Grund defizitärer Finanzhaushalte war seit den 1990er Jahren verbunden mit einer vermehrten Einbindung Privater in öffentliche Dienstleistungsbereiche, wobei die Kooperationen je nach Aufgabenübertragung und Intention des öffentlichen Partners unterschiedliche Ausprägungen haben. Aktuell werden auch in der Gesundheitsversorgung vor dem Hintergrund knapper Budgets, rückläufiger öffentlicher Investitionen und stark wachsender Ausgaben erste Modelle öffentlich-privater Partnerschaften initiiert. Die Problematik von Investitionsstau und mangelnden Finanzmitteln findet sich verstärkt in den neuen osteuropäischen EU-Mitgliedsländern: Nach der Transformation ihrer politischen und wirtschaftlichen Ordnung herrscht hier ein großer Investitionsbedarf, der von den nationalen Haushalten nicht ausreichend bedient werden kann. Der Fokus der vorliegenden Arbeit zu Public-Private Partnership im Gesundheitssektor liegt auf Polen als bevölkerungsreichstem Beitrittsland. Strukturelle Defizite finden sich hier überwiegend in der geringen Qualität der bestehenden Versorgungseinrichtungen, die in vielen Fällen mit veralteten Gerätschaften und überholten Einrichtungsstandards arbeiten, womit effiziente und Kosten sparende Behandlungsabläufe erschwert werden. Die Untersuchung zeigt an Hand einer vergleichenden Analyse von Public-Private Partnerships in verschiedenen europäischen Ländern das erforderliche politische und legislative Umfeld sowie die notwendigen Rahmenbedingungen im Gesundheitssektor auf. Ergänzt wird dies durch eine Darstellung der gegenwärtigen Regelungen und zukünftigen Ausrichtung der PPP-Politik der Europäischen Union. Auf dieser Basis erfolgen eine Analyse des aktuellen Umfelds für öffentlich-privater Partnerschaften in Polen, der dort verfügbaren Finanzierungsmöglichkeiten sowie Aussagen zu optionalen Anwendungsbereichen von PPP-Modellen im polnischen Gesundheitswesen. Die Ausprägung von Leistungspakten und Eigentumsstellung der Vermögenswerte im Gesundheitssektor wird im Rahmen von Investitionsmodellen untersucht sowie Vorschläge zur Risikoteilung im polnischen Gesundheitswesen formuliert. Das Ergebnis dieser Untersuchungen führt zu einem Katalog von Handlungsempfehlungen, deren Umsetzung für eine erfolgreiche Durchführung von Public-Private Partnerships im polnischen Gesundheitssektor unerlässlich ist." (Autorenreferat)

[247-L] Normann, Christine:

Vor dem Beitritt - nach dem Beitritt: Hat sich das polnische Europabild gewandelt?, in: Frank Baasner (Hrsg.): Von welchem Europa reden wir? : Reichweiten nationaler Europadiskurse, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2008, S. 77-94, ISBN: 978-3-8329-3277-0 (Standort: UB Siegen(467)-31PEN11973)

INHALT: Die Verfasserin argumentiert, dass sich die Europavorstellung Polens mit dessen Beitritt zur EU verändert hat. Als immer wiederkehrende Narrative in der von Politikern und In-

tellektuellen geführten Diskussion über Europa prägen die Verantwortung für ein christliches Europa sowie die Forderung nach einem solidarischen Europa den polnischen Diskurs. Letzteres wird vor dem Hintergrund eines wirtschaftlich schwachen Polens gefordert, um als gleichberechtigter Staat in der EU anerkannt zu sein und nicht aufgrund noch zu bewältigender politischer und wirtschaftlicher Transformationsprozesse zu einem Mitgliedsstaat zweiter Klasse zu werden. Dementsprechend wehrt sich Polen gegen jegliche Möglichkeit der Dominanz durch große Staaten, wie dies in der EU-Verfassungsdebatte gegenüber Deutschland und Frankreich zum Ausdruck kam. Wenngleich Polen seine Sicherheit weiterhin von den USA und durch die NATO garantiert sieht, setzt es sich für eine Weiterentwicklung der GASP und ESVP ein, um Europa global handlungsfähig zu machen. Wie dies in der orangenen Revolution in der Ukraine sichtbar wurde, begreift sich Polen als eine Brücke zwischen der EU und seinen östlichen Nachbarstaaten und steht nicht nur Erweiterungen um diese Ländern, sondern auch einer Aufnahme der Türkei in die EU positiv gegenüber. Somit hat sich das Europabild Polens im Vergleich zu dem von vor dem Beitritt inhaltlich nicht verändert, sondern nur punktuell verfeinert, wie das Beispiel der Erweiterungsfrage zeigt. Es wird gezeigt, dass sich seit dem Beitritt Polens zur EU weniger die Inhalte polnischer Außen- und Europapolitik sondern vielmehr die Tonlage, in der diese betrieben wird, verändert hat. Die Verteidigung nationaler Interessen unter Wahrung der Unabhängigkeit Polens steht, so die These, mit der Frage nach der Solidarität und damit einer Vertiefung der EU in einem gewissen Spannungsverhältnis innerhalb des polnischen Europabildes, welches darin begründet ist, dass Polen sich auf der einen Seite entsprechend seiner Bevölkerungszahl als einen großen Mitgliedsstaat ansieht und somit eine politisch starke Rolle in der EU einnehmen möchte und sich andererseits seiner wirtschaftlichen Schwäche bewusst ist und somit, aus Furcht vor einer EU-Mitgliedschaft zweiter Klasse, auf die europäische Solidarität hofft. (ICF2)

[248-L] Podkaminer, Leon:

Warschau: wenig Enthusiasmus für Euro-Einführung, in: Europäische Rundschau :

Vierteljahresschrift für Politik, Wirtschaft und Zeitgeschichte, Jg. 36/2008, Nr. 3, S. 23-29
(Standort: USB Köln(38)-XE337; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Beitrag erörtert Polens Zweifel hinsichtlich der ökonomischen Vorteile einer Euro-Einführung, die ein Aufgeben der nationalen Währung mit sich bringt. Angesichts der Tatsache, dass es der Wirtschaft der Eurozone in Hinsicht auf reales Wachstum und Inflation schlechter geht als den Ländern, die nicht beitraten (Schweden, Großbritannien, Dänemark), sind diese Zweifel nicht unberechtigt. Es spricht noch mehr dafür, außerhalb der Eurozone zu bleiben, wenn man die Entwicklung in Portugal und Italien in Betracht zieht, die unter der gemeinsamen Währung sehr schlechte Wirtschaftsergebnisse zeigen. Dass die polnische Wirtschaft unter Beibehaltung der eigenen Währung recht gute Resultate vorweisen kann, spricht nicht für eine baldige Übernahme des Euro. Natürlich können sich die Dinge ändern, sollte sich Polens Wirtschaftswachstum verlangsamen und es wieder zu einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit kommen. Ebenso könnte sich die Einstellung Polens gegenüber dem Euro ändern, wenn andere neue Mitgliedstaaten (die Tschechische Republik und Ungarn in erster Linie) den Euro einführen - und damit annehmbar gute Resultate erzielen. (ICA2)

[249-L] Raabe, Stephan Georg:

Potenzielle Stabilität: Polen nach dem Ende der IV. Republik, in: KAS-Auslands-Informationen, 2008, Nr. 6, S. 27-40 (Standort: USB Köln(38)-M XE 00681; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.kas.de/wf/doc/kas_14422-544-1-30.pdf)

INHALT: "Mit den Neuwahlen 2007 endete die 'IV. Republik' in Polen, in der die Kaczynski-Zwillinge das Land nach ihrem Verständnis säubern und zu neuer Größe führen wollten. Nun bemüht sich Donald Tusk von der Bürgerplattform PO als neuer Regierungschef um den Wiedergewinn verlorenen Vertrauens bei den Europäern und um die Rückkehr zu seriöser Politik. Zu tun gibt es genug: Demokratie und Marktwirtschaft sind auf einem guten Weg, doch die politisch-soziale Integration ist schwach, Reformen im Steuer- und Justizwesen drängen, das Haushaltsdefizit ist hoch und die anhaltende Armut vieler Polen bereitet Sorgen. In der Europapolitik fehlt dem Land die Linie und auch im Verhältnis zu Deutschland liegt manches im Argen. Das polnische Parteiensystem ist instabil, eine unabhängige Berichterstattung der Medien bleibt ein Desiderat. Und der Aufbau der Zivilgesellschaft stockt, wenn auch die katholische Kirche manches kompensiert. Polens Probleme sind zahlreich, doch das Land hat Chancen, diese zu lösen. Es gibt keinen Grund, verzagt zu sein oder Komplexe zu pflegen." (Autorenreferat)

[250-L] Schäfer, Claudia:

Semi-Präsidentialismus à la polonaise: zum Einfluss des Regimetyps auf die demokratische Konsolidierung der Republik Polen, (Politikwissenschaftliche Theorie, Bd. 4), Würzburg: Ergon Verl. 2008, 110 S., ISBN: 978-3-89913-626-5 (Standort: BSB München(12)-PVA2008.2237)

INHALT: "Die vorliegende Studie arbeitet vor dem Hintergrund der Transitionsforschung den Einfluss des Regimetyps auf die demokratische Konsolidierung in der Republik Polen heraus. Die Wirkungen des für Polen identifizierten semi-präsidentiellen Regimes werden dabei durch einen diachronen Vergleich der Verfassungstexte und -wirklichkeiten vor und nach der Neuen Verfassung von 1997 herausgearbeitet. Diese beiden Ausprägungen des Semi-Präsidentialismus werden dann vor dem Hintergrund der breiten politikwissenschaftlichen Debatte um die Vor- und Nachteile des Parlamentarismus bzw. Präsidentialismus identifiziert, bevor die beiden Konsolidierungsphasen der polnischen Demokratie von 1992-1997 und 1997-2005 auf die Konsolidierungsindikatoren Inklusion, institutionelle Transparenz und institutionelle Effizienz untersucht werden. Entgegen gängiger Argumentationsmuster gelangt die Studie dabei zu dem Ergebnis, dass der Semi-Präsidentialismus im vorliegenden Fall über mehr institutionelle Flexibilität als die beiden klassischen Regimetypen verfügt und mit dieser auf dekonsolidierende Entwicklungen mit fallspezifischen Veränderungen im Kompetenzspektrum einzelner Institutionen reagiert." (Autorenreferat)

[251-L] Schwan, Gesine:

Die deutsch-polnischen Beziehungen seit 1989 - Chancen und Perspektiven einer asymmetrischen Nachbarschaft, in: Walter Hallstein Institut für Europäisches Verfassungsrecht (Hrsg.): Das alte Europa in neuer Verfassung?, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2007, S. 117-122, ISBN: 978-3-8329-2809-4 (Standort: UB Konstanz(352)-juc300b72)

INHALT: Bis heute wird, so die Verfasserin, das deutsch-polnische Verhältnis bestimmt durch eine Asymmetrie zwischen den beiden Partnern, die kulturell, historisch und ökonomisch geprägt ist. Eine asymmetrische Beziehung ist für eine gute Partnerschaft und ein gegenseitiges Einvernehmen nicht gerade förderlich. Und zwischen Polen und Deutschen geht es bisher alles andere als symmetrisch zu: Viele Polen sprechen deutsch, wenige Deutsche polnisch, Polen interessieren sich für Deutschland und wissen über das Land viel mehr als umgekehrt. Polen finden die Deutschen zwar nicht immer sympathisch, und ihnen fällt auf Anhieb - wenn sie danach gefragt werden - die bittere Erfahrung der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg ein, aber auch die hohe wirtschaftliche Tüchtigkeit, von der sie lernen zu können. Deutschen dagegen fällt nur Negatives ein: Rückständigkeit, Unfähigkeit zu wirtschaften, religiöser Konservatismus. Diese Auto- und Heterostereotypen klar zu benennen, so die These, bedeutet nicht, Gemeinsamkeiten und Verständigungen, die mit Mut und Geduld in den letzten Jahrzehnten von beiden Seiten, gerade auch von polnischer, aufgebaut worden sind, klein zu reden. Das entstandene Netz wichtiger und verlässlicher Vertrauensträger ist solide und wird tendenziell tragfähiger. Aber jetzt müssen mehr und mehr Jüngere es knüpfen. Und vor allem: Der Mut der großzügigen Schritte und Gesten der Nachkriegsvergangenheit wird in Zukunft von dem Erfordernis abgelöst, auch die kleinen Schritte des demokratischen Alltags so zu tun, dass sie das gegenseitige Verständnis fördern und bekräftigen. Dazu gehört die realistische Einsicht in die Unvermeidlichkeit von Interessenkonflikten im Rahmen der gemeinsamen EU-Mitgliedschaft ebenso wie in die Notwendigkeit, vor allem für die Deutschen, sich genauer und ohne die Scheuklappen hartnäckiger Vorurteile über unsere Nachbarn im Osten zu informieren. (ICF2)

[252-L] Smolar, Aleksander:

Geschichtspolitik in Polen, in: Transit : europäische Revue, 2008, H. 35, S. 50-67 (Standort: USB Köln(38)-24A1544; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Autor kommentiert die jüngsten Debatten um die Geschichte und ihren politischen Gebrauch sowie die Emotionen, die sie in Polen ausgelöst haben. In den Zuständigkeitsbereich dieser Politik fallen z.B. die Festsetzung staatlicher Feiertage, die Regelung patriotischer Bräuche und Rituale, die Einrichtung von nationalen Gedenkortern und Museen, die Benennung von Straßen, die Förderung von Werken mit einer besonderen Bedeutung für das nationale Gedächtnis und Bewusstsein sowie die Erarbeitung von Lehrbüchern. Wenn die Geschichtspolitik in Polen lebhaftere Emotionen ausgelöst hat, so gilt diese nach Meinung des Autors jedoch nicht der dem Staat zugeschriebenen Rolle, sondern den politischen Kräften, die die Geschichtspolitik zu einem Werkzeug der "moralischen Revolution" umfunktioniert haben. Es lassen sich dem Autor zufolge mehrere Modelle von Geschichtspolitik unterscheiden, die ein Staat praktizieren kann: eine Politik der Unterwerfung, eine Politik des kalten Bürgerkriegs, eine Politik des begrenzten demokratischen Konsenses sowie eine Politik der Differenzierung und des friedlichen Miteinanders. Der Autor zeigt, dass die Popularisierung der polnischen Geschichte nach 1989 das wichtigste geschichtspolitische Unternehmen der vergangenen Jahre war, insbesondere während der PiS-Regierung. Er thematisiert in seinem Beitrag ferner das Verhältnis von Geschichte und gesellschaftlichem Zusammenhalt und die Rolle der Geschichtspolitik in der Europäischen Union. (ICI)

7 Rumänien

[253-L] Christova, Christiana; Förger, Dirk:

Zur Situation der Medien in Rumänien, in: KAS-Auslands-Informationen, 2008, Nr. 8, S. 43-67 (Standort: USB Köln(38)-M XE 00681; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.kas.de/wf/doc/kas_14774-544-1-30.pdf)

INHALT: "Von einer konsolidierten Medienlandschaft ist Rumänien noch entfernt. Gewiss, die Pressefreiheit hat sich nach 2004 verbessert und die Verfassung spricht von Gewissens-, Meinungs- und Religionsfreiheit, verbietet Zensur und sichert das Recht auf Information. Doch hört 'freie Meinungsäußerung' da auf, wo 'die Ehre' anderer und die 'nationale Sicherheit' betroffen sind. Die Medienlandschaft des Landes selbst ist vielfältig: Lokal und regional gibt es ein breites Angebot an Tages- und Wochenzeitungen. Im TV-Bereich sind die Privaten im Kommen. Der öffentlich-rechtliche Hörfunk hat zahlreiche Kanäle sowie internationale, lokale und regionale Sender. Noch kaum verbreitet ist das Internet. Bei den Besitzverhältnissen sind Korruption und 'oligopolistische' Marktstrukturen kennzeichnend. Die Werbung für Staatsfirmen und die Subventionierung vieler Medien schaffen wirtschaftlich-politischen Druck, setzen journalistischer Unabhängigkeit Grenzen. Soll Medienfreiheit in Rumänien Wurzeln finden, wäre eine Reform der institutionellen Voraussetzungen ebenso vonnöten wie eine Rückbesinnung auf ethische Standards." (Autorenreferat)

[254-L] Corbea Hoisie, Andrei:

Rumäniens Beitritt zur NATO und EU, in: Iskra Schwarcz, Arnold Suppan (Hrsg.): Quo vadis EU? : Osteuropa und die EU-Erweiterung, Münster: Lit Verl., 2008, S. 295-307, ISBN: 978-3-8258-1240-9 (Standort: LB Speyer (107)-1084267)

INHALT: Der Beitritt zur NATO und zur EU bietet dem rumänischen Staatsbürger, so der Verfasser, einerseits eine Garantie für eine sichere Zukunft, und andererseits die Möglichkeit der freien Entfaltung des Individuums in einer demokratischen Gesellschaftsordnung. Außerdem werden dadurch auch die weiterhin nötigen politischen, sozioökonomischen, sowie institutionellen Modernisierungsmaßnahmen gefördert. Darüber hinaus kann Rumänien seiner Stimme auf der europäischen und internationalen Bühne besseres Gehör verschaffen. Durch die Erweiterung hat sich das Land die Möglichkeit geschaffen, sich als ein wichtiges Mitglied der europäischen und euro-atlantischen Gemeinschaft zu erweisen und seine Interessen in die Wirklichkeit umzusetzen. Als Ergebnis der zwei Erweiterungsprozesse erwartet man in Rumänien, dass das Land ein einflussreicher und respektierter Akteur der Allianz und der EU wird. Der Beitritt Rumäniens zur NATO und zur EU bedeutet im regionalen Kontext, die Möglichkeit eines deutlichen Beitrages zu der Neubewertung der geopolitischen und geostrategischen Rolle Südeuropas. Die Aufgabe Rumäniens in dieser Hinsicht ist, sein Spielraum in der NATO und der EU in solcher Weise zu gestalten, dass seine Einsätze die bestmöglichen Ergebnisse für die künftige Entwicklung der Region bewirken. (ICF2)

[255-L] Friedlmeier, Mihaela:

Transmission of values within families in Romania, Konstanz 2008, XV, 190 S. (Graue

Literatur;

deposit.d-nb.de/cgi-bin/dokserv?idn=988931400&dok_var=d1&dok_ext=pdf&filename=988931400.pdf)

INHALT: "Kulturelle Kontinuität ist eine Frage der Transmission, der Weitergabe von Werten und Wissen von Generation zu Generation, von Individuum zu Individuum (z.B. Cavall-Sforza & Feldman, 1981). In der Sozialisationsforschung wird anerkannt, dass intergenerationale Transmission ein komplexer Prozess ist, der nicht nur unmittelbar erfolgt, sondern bestimmten Randbedingungen unterliegt, die förderlich oder hinderlich sind (z.B. Grusec & Goodnow, 1994). Es gibt bislang nur wenige Studien, die solche Bedingungen untersuchen. Ein wichtiges Ziel dieser Studie war es, einige solche Randbedingungen für Wertetransmission von Eltern auf ihre Kinder empirisch zu testen. Effekte der Erziehungs- und Beziehungsmerkmale der Eltern und Jugendlichen auf die Transmission von Werten und Selbstauffassungen wurden untersucht. Es wurde auch geprüft, ob das Ausmaß, in dem die Eltern in ihren Werthaltungen und Selbstauffassungen übereinstimmen, einen Einfluss auf die Transmission nimmt. Da diese Studie in Rumänien durchgeführt wurde, ein Land, das durch einen starken sozialen Wandel gekennzeichnet ist, wurde hier der gesellschaftlich-historische Kontext berücksichtigt. Dieser Kontext macht eine Erweiterung der Fragestellung der Transmission von Werten auf die Frage nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden der Generationen notwendig. Aus psychologischer Sicht wird der gesellschaftlich-historische Kontext in Form der Wahrnehmung des sozialen Wandels auf Seiten der Individuen und der möglichen Auswirkungen dieser Wahrnehmung auf die Wertetransmission analysiert. 100 rumänische Familien nahmen an der Studie teil. Standardisierte Interviews wurden getrennt mit Vater und Mutter durchgeführt, während die Jugendlichen einen Fragebogen in Gruppensitzungen an den jeweiligen Schulen ausfüllten. Die Kinder (48 Jungen und 52 Mädchen) waren zwischen 14 und 17 Jahre alt. Das Interview setzte sich aus verschiedenen Instrumenten zusammen, die zum großen Teil aus dem Value of Children Projekt (Trommsdorff & Nauck, 2001) entnommen wurden. Die Ergebnisse zeigen, dass der soziale Wandel die Eltern- und die Kindgeneration in unterschiedlicher Weise betrifft und dass psychologische Merkmale wichtige Ressourcen sind, die zu weniger negativen Wahrnehmungen des sozialen Wandels beitragen. Sowohl für die Werte, aber vor allem für Selbstauffassung traten Generationseffekte auf. Die Unterschiede zeigten sich auch innerhalb der Familie. Dies macht auch deutlich, dass sich im postkommunistischen Rumänien ein sozialer Wandel vollzieht. Die Ergebnisse zur Transmission von Werten und Selbstauffassung zeigen, dass die direkte Transmission zwischen Eltern und Kindern eher gering war und sich ausschließlich auf kollektivistische Werte bezog. Angesichts der gesellschaftlichen Veränderungen ist dieses Ergebnis nicht überraschend. Allerdings konnte auch nachgewiesen werden, dass elterliches Erziehungsverhalten und die Beziehungsqualität zwischen Eltern und Kind einen starken Effekt auf die Werthaltungen und Selbstauffassungen der Jugendlichen ausüben. Eltern, die unterstützend sind und eine positive Beziehung zu ihren Kindern haben, fordern die Haltung der Kinder, der Familie Vorrang gegenüber eigenen Bedürfnissen zu geben (kollektivistische Werthaltungen) und die Kinder fühlen sich stark mit der Familie verbunden (Interdependenz). Auch wenn Effekte für beide Geschlechter auftraten, so waren die Effekte für Töchter insgesamt weitaus stärker. Moderierende Funktion der Erziehungs- und Beziehungsvariablen auf den Transmissionsprozess zeigte sich vor allem für individualistische Werte und Independenz, und dies vor allem in Vater-Tochter-Dyaden. Die Ergebnisse bestätigen insgesamt den komplexen Charakter des Trans-

missionsprozesses und die Notwendigkeit, einen breiteren Bereich von Aspekten zu berücksichtigen, die diese Transmission fördern oder hemmen kann. Diese Arbeit macht auch deutlich, dass Vater und Mutter in Abhängigkeit von Sohn oder Tochter einen differentiellen Beitrag zur Transmission leisten. So ist es wichtig, in zukünftigen Studien diese geschlechtsspezifischen Dyaden ebenfalls einzubeziehen." (Autorenreferat)

[256-F] Hofmann, Martin (Bearbeitung); Löw, Martina, Prof.Dr. (Betreuung):

Oradea/ Nagyvarad/ Großwardein - die Auswirkungen des rumänischen EU-Beitritts auf eine Stadt im Grenzgebiet zu Ungarn

INHALT: keine Angaben *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Europäische Union, Rumänien, Ungarn, Oradea, Nagyvarad, Großwardein

ART: *BEGINN:* 2008-01 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Technische Universität Darmstadt, FB 02 Gesellschafts- und Geschichtswissenschaften, Institut für Soziologie Prof.Dr. Martina Löw (Residenzschloss, 64283 Darmstadt)

KONTAKT: Bearbeiter (e-mail: martin.th.hofmann@gmx.de)

[257-L] Lenich, Oliver:

Beitrittsproblematik Rumäniens zur EU: forcierte Modernisierung und Heimkehr nach Europa ; ein mittel- und osteuropäischer Vergleich, Duisburg: Wiku Verl. 2008, 299 S., ISBN: 978-3-86553-249-7 (Standort: UB Siegen(467)-31PDXJ1373)

INHALT: "Nach dem Ende des Sozialismus 1989 begann in Mittel- und Osteuropa ein tief greifender Wandel. Nahezu alle Staaten dieser Region retteten sich in die Arme der Europäischen Union. Auch Rumäniens Traum der 'Heimkehr nach Europa' erfüllte sich zum Jahresbeginn 2007. Doch zuvor musste das Land eine lange Durststrecke an Reformen und viele Probleme überwinden. Die strenge Überwachung der Fortschritte durch die Institutionen der Union wurden von Rumänien zwar oft als Last empfunden, erwiesen sich aber für eine forcierte Modernisierung als entscheidend." (Autorenreferat)

[258-L] McGarry, Aidan:

Political participation and interest articulation of Roma in Romania, in: JEMIE : Journal on ethnopolitics and minority issues in Europe, Vol. 7/2008, Iss. 1, 25 S.
(www.ecmi.de/jemie/download/1-2008-McGarry.pdf)

INHALT: "By examining processes of political participation and ethnic mobilisation, this article assesses how Roma create organising structures of representation which they use to articulate their shared interests. The utilitarian nature of the democratic system necessarily excludes the voice of minorities who must create their own representation structures to ensure their voice is heard. This article analyses the ability of the Romani community in Romania to articulate interests and assesses the legitimacy of their organising structures of representation. This article starts from the observation that Roma constitute a sizeable minority group in Romania yet they remain under-represented in public life. Following a brief outline of how representation relates to legitimacy, the analysis proceeds in two steps: Firstly, the shared interests of Roma in Romania are determined; secondly, the role and purpose of the three organising

structures of representation (elites, ethnic political parties, and civil society organizations) are assessed. The respective legitimacy of these organising structures of representation is analysed in turn." (author's abstract)

[259-L] Muresan, Cornelia; Haragus, Paul-Teodor; Haragus, Mihaela; Schröder, Christin:
Romania: childbearing metamorphosis within a changing context, in: Demographic Research, Vol. 19/2008, Art. 23, S. 855-906 (www.demographic-research.org/volumes/vol19/23/19-23.pdf)

INHALT: "In 1989, the socialist regime in Romania collapsed and the state's coercive pro-natalist policy ended. Since then, fertility has gone through major changes, namely, a massive reduction in fertility and important structural changes: birth postponement, an end to universal childbearing, and the emergence of non-marital births. Family formation has been postponed, but a pattern of early marriage still persists compared to other European countries. Although unmarried cohabitation is rising, it is rarely seen as an alternative to marriage. Modern contraceptive methods are being used increasingly, but traditional contraceptive methods continue to be widespread. Abortion, which was re-legalized in 1989 and made available after two decades of prohibition, has been practiced extensively ever since, especially after first birth. Romanians in 2004 continue to have a universal preference for parenting. However, the preference for the two-child family has declined and the desire for a larger family has become the exception. The transformation of the socialist regime into a democratic society with a market economy generated a socio-economic crisis, and the majority of social benefits have therefore been oriented towards alleviating poverty. Other social policies, including those affecting the family, were redefined. However, fewer funds were made available than for those geared to promote economic development or reduce poverty and, as a consequence, their impact on childbearing has been small." (author's abstract)

[260-L] Olteanu, Tina:

Rumänien: Vom Einparteiensystem zum Einheitsbrei?, in: Ellen Bos, Dieter Segert (Hrsg.): Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? : Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts, Opladen: B. Budrich, 2008, S. 147-166, ISBN: 978-3-86649-161-8 (Standort: UB Bonn(5)-2008/3983)

INHALT: Trotz zahlreicher ungünstiger Voraussetzungen ist in Rumänien ein pluralistisches Parteiensystem entstanden. Ziel des vorliegenden Beitrags ist es, diesen Entwicklungsprozess von 1991 bis 1997 zu analysieren. Nach einer kurzen Darstellung der institutionellen Rahmenbedingungen des neu entstandenen Parteiensystems werden generelle Entwicklungslinien und besondere Spezifika in Bezug auf die programmatisch-ideologische Ausrichtung des rumänischen Parteiensystems dargestellt. Weiterhin wird das Verhältnis Bürger-Partei näher beschrieben. Abschließend erfolgt eine Einordnung der rumänischen Parteien als "Kartellparteien". Einige Besonderheiten im rumänischen Parteiensystem fallen auf, die der Autorin Grund zur Sorge geben. Generell ist der Versuch gescheitert, in Rumänien ein stabiles Parteiensystem nach westeuropäischem Vorbild zu etablieren. Es lassen sich kaum klare und dauerhafte programmatisch-ideologische Grenzl意思 im Parteiensystem feststellen. Eher Bedeutung haben konkrete Machtkalküle und externe Faktoren - wie die strengen Vorgaben vor dem EU-Beitritt. So ist es nicht verwunderlich, dass Parteien in Rumänien von der Gesellschaft insgesamt sehr kritisch betrachtet werden. Für eine repräsentative Demokratie ist das ein schwer-

wiegendes Problem. Die Autorin resümiert: "Es ist eine Art Einheitsbrei, den die abgehobene Machtelite der Wählerschaft anbietet". (ICA2)

[261-L] Sava, Simona:

Trends in adult and continuing education in Romania, a country in transformation, in:

Report : Zeitschrift für Weiterbildungsforschung : wissenschaftliche Zeitschrift mit Dokumentation der Jahrestagungen der Sektion Erwachsenenbildung der DGfE, Jg. 31/2008, H. 2, S. 28-38 (Standort: USB Köln(38)-EWA-LS-Bal/18)

INHALT: "Der Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft hat in Rumänien zu einem tiefgreifenden Wandel des Arbeitsmarkts, zu hoher Arbeitslosigkeit, aber auch zu einem anhaltenden Reformprozess des Bildungssystems geführt. Während die Regierung darum bemüht ist, die Integration in die EU voranzutreiben und die legislativen Rahmenbedingungen an europäische Standards anzugleichen, waren die Bemühungen um eine kohärente Weiterbildungspolitik gut wahrnehmbar. Die Resultate dieses Prozesses aber sind längst nicht befriedigend, wenn man allein auf die niedrige Beteiligungsrate an Weiterbildungsangeboten von 1,6 Prozent schaut. Aber neben einer Restrukturierung der Sozialsysteme und des Ausbildungssystems kann zumindest auf eine steigende Finanzierung und eine gewachsene öffentliche Aufmerksamkeit für Weiterbildungsfragen verwiesen werden." (Autorenreferat)

[262-L] Schüler, Sonja:

Die ethnische Dimension der Armut: Roma im postsozialistischen Rumänien, (Soviet and post-soviet politics and society, Vol. 51), Stuttgart: Ibidem-Verl. 2007, 305 S., ISBN: 978-3-89821-776-7 (Standort: UB Münster(6)-3F/71049)

INHALT: "Die indisch-stämmigen Roma sind in vielerlei Hinsicht eine besondere und in Europa als millionenstarke Minderheit vertretene Großgruppe. Roma aus der Großregion Ost- und Südosteuropa sind zuletzt in den neunziger Jahren insbesondere durch die Medien als 'Elendsflüchtlinge' ins Bewusstsein der mittel- und westeuropäischen Gesellschaften gerückt. Welche Merkmale aber bestimmen die Lebensrealität von Roma in ihren postsozialistischen Heimatstaaten? Wie haben sich die tief greifenden Umbrüche nach 1989 ausgewirkt? Können die neu erlangten Rechte und Freiheiten durch Roma zur Selbstorganisation und zur Veränderung des status quo genutzt werden? Diesen Fragen geht dieses Buch am Beispiel Rumäniens nach, wobei die verarmten Segmente der dortigen Roma-Bevölkerung im Mittelpunkt der Betrachtung stehen. Auf der Grundlage theoretischer Vorüberlegungen zum Ethnizitätskonzept, zum Randgruppenbegriff sowie zur Bedeutung und Funktion von Stereotyp und Vorurteil werden zunächst spezifische historische Erfahrungen von Roma in Rumänien bis zum Ende des Sozialismus beleuchtet. Nach einer anschließenden Untersuchung rechtlich-institutioneller Grundlagen des Minderheitenschutzes nach 1989 ist der Hauptteil der Studie der Analyse der Dimensionen, Hintergründe und Folgen von Verarmung und verstärkter gesellschaftlicher Isolation sowie der Erörterung von Formen ethnospezifischer Selbstorganisation gewidmet. Eine Zusammenfassung der Ergebnisse mit Blick auf Entwicklungsperspektiven und Handlungsmöglichkeiten einer künftigen Verbesserung der Lage beschließt die Arbeit. Das Buch hinterfragt tradierte Klischees von 'den Zigeunern' und soll über eine Großgruppe informieren, die bislang ein wenig bekannter Bestandteil der europäischen Kulturlandschaften ist.

Gleichzeitig veranschaulicht die Studie die Komplexität einer brennenden europäischen Marginalitätsproblematik." (Autorenreferat)

[263-L] Tanase, Laurentiu D.:

Pluralisation religieuse et société en Roumanie, (Europäische Hochschulschriften. Reihe 22, Soziologie, Vol. 422), Bern: P. Lang 2008, 313 S., ISBN: 978-3-03911-521-1 (Standort: UB Tübingen(21)-48A4198)

INHALT: Der Autor zeichnet im ersten Teil seiner Studie die Genese des religiösen Feldes in Rumänien zwischen 1918 und 1989 nach. Er untersucht die ethnische Diversifizierung des religiösen Feldes vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts sowie die staatliche Regulierung der Religion während der kommunistischen Herrschaftsperiode 1945-1989. Im zweiten Teil geht er auf die Wiederbelebung des religiösen Lebens nach der kommunistischen Periode ein. Er analysiert hier unter anderem die endogenen und exogenen Ursachen für die Dynamik der neuen religiösen Bewegungen nach 1989 und die Herausbildung neuer Religionsgemeinschaften neben der orthodoxen rumänischen Kirche. Im Mittelpunkt des dritten Teils der Studie steht die Ausweitung der religiösen Bewegungen von 1990 bis 2002. Der Autor diskutiert abschließend die gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Auswirkungen der religiösen Pluralisierung in Rumänien. (ICI)

8 Tschechische Republik / Slowakische Republik

[264-L] Hlousek, Vit; Sedo, Jakub:

Tschechien: Konsolidierung des Parteiensystems bei anhaltenden Problemen der Mehrheitsbildung, in: Ellen Bos, Dieter Segert (Hrsg.): Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? : Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts, Opladen: B. Budrich, 2008, S. 91-103, ISBN: 978-3-86649-161-8 (Standort: UB Bonn(5)-2008/3983)

INHALT: Der Beitrag analysiert die "Fragmentierung" bzw. Integration des tschechischen Parteiensystems. Seit 1992 kam es zu einem beständigen Rückgang der effektiven Parteienzahl. Die Mehrheit der relevanten tschechischen Parteien lässt sich zwischen dem Typ Kartell- und "Catch-All"-Partei einordnen. Am Beispiel der beiden stärksten Parteien, ODS und CSSD wird dies demonstriert: Beide nutzen im Wahlkampf "Catch-All"-Strategien, aber ihre Organisationsstrukturen wie auch die Art ihrer Finanzierung stehen dem Kartellparteienmodell näher. Generell sind die Parteien eher klein bezogen auf ihre Mitgliederzahlen, sie sind finanziell von staatlichen Subventionen abhängig, und in ihren internen Entscheidungsprozessen relativ hoch zentralisiert. Alle Parteien verfügen über vier Organisationsebenen (örtliche Ebene, Bezirks-, regionale und nationale Ebene). Mit Ausnahme der Kommunisten haben alle Parteien ein hohes Koalitionspotential. Nach wie vor aber ist es eine offene Frage, ob die Kommunisten ein prinzipielles Koalitionspotential erwerben können. Insgesamt sind die tschechischen politischen Parteien heute in der Lage, alle klassischen Parteifunktionen zu erfüllen, die in der westlichen Literatur als relevant für eine repräsentative Demokratie genannt werden. (ICA2)

[265-L] Jüptner, Petr:

Local lists in the Czech Republic, in: Marion Reiser, Everhard Holtmann, (Hrsg.): Farewell to the party model? : independent local lists in East and West European countries, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2008, S. 21-37, ISBN: 978-3-531-15687-3 (Standort: ULB Münster(6A)-MD6500/100)

INHALT: Im vorliegenden Beitrag werden das Erscheinungsbild, der Erfolg, die Bedeutung und die Perspektiven von unabhängigen und nicht parteigebundenen Koalitionen in der Tschechischen Republik untersucht. Es wird eine Reihe von grundlegenden Voraussetzungen diskutiert, die es ermöglicht, die vorhandenen unabhängigen Gruppierungen im kommunalen politischen System der Tschechischen Republik und in anderen europäischen Ländern miteinander zu vergleichen. Zu Beginn werden die institutionellen Bedingungen für unabhängige Koalitionen beleuchtet und ein direkter Zusammenhang zu den Wohnstrukturen anhand von demographischen Daten des tschechischen Amtes für Statistik hergestellt. Im Anschluss daran wird eine Typologie von unabhängigen Kandidatenlisten auf institutioneller und funktioneller Ebene entworfen und in den Kontext des tschechischen Parteiensystems auf lokaler Ebene eingeordnet. In einem weiteren Abschnitt werden die Beziehungen zwischen den unabhängigen Koalitionen und der politischen Kultur in der Tschechischen Republik beleuchtet und das Konzept der "lokalen Wahrnehmung von Politik" vorgestellt. Der Beitrag schließt mit einer Diskussion von zukünftigen Forschungsperspektiven zu institutionalisierten und nicht-institutionalisierten unabhängigen Koalitionen. (ICI)

[266-F] Keilhauer, Jan, M.A.; Weißflog, Gregor, Dipl.-Psych. (Bearbeitung); Schorb, Bernd, Univ.-Prof.Dr.; Schwarz, Reinhold, Prof.Dr. (Leitung):

PID - Perspektiven im Diskurs. Tschechische und deutsche Jugendliche mit Medien aktiv im Diskurs zur Präimplantationsdiagnostik

INHALT: In diesem transnationalen medienpädagogischen Praxisprojekt wurden Jugendliche aus Tschechien und Deutschland mit Hilfe der aktiven themenzentrierten Medienarbeit dazu befähigt, sich die komplexen Sachverhalte der Präimplantationsdiagnostik anzueignen: in schulischen Praxisprojekten und gemeinsamen Workshops, durch Expertenvorträge und Onlinediskussionen. Aufbauend auf diesem Wissen haben sie sich kritisch mit den Fakten auseinandergesetzt und einen eigenen Standpunkt zum Thema PID entwickelt. Diesen haben sie in selbstgestalteten Filmen zum Ausdruck gebracht und in verschiedenen Öffentlichkeiten präsentiert. Damit tragen sie aktiv zum gesellschaftlichen Diskurs über die Präimplantationsdiagnostik bei und fördern die kritische Auseinandersetzung mit der Problematik. Die im Projekt gesammelten Erfahrungen werden im Sinne der Nachhaltigkeit pädagogisch Tätigen zugänglich gemacht. Am Beispiel der Präimplantationsdiagnostik werden Pädagogen Wege aufgezeigt, wie Jugendliche in Projekten aktiver Medienarbeit gesellschaftlich relevante und ethisch komplexe Themen bearbeiten können. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland, Tschechien

ART: *BEGINN:* 2008-07 *ENDE:* 2010-08 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Bundesministerium für Bildung und Forschung

INSTITUTION: Universität Leipzig, Fak. für Sozialwissenschaften und Philosophie, Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft Professur für Medienpädagogik und Weiterbildung (Postfach 100920, 04009 Leipzig); Universität Leipzig, Medizinische Fakultät, Institut

für Arbeitsmedizin und Sozialmedizin -IfAS- Selbständige Abt. Sozialmedizin (Riemannstr.
32, 04107 Leipzig)

KONTAKT: Keilhauer, Jan (Tel. 0341-9735888, e-mail: keilhau@uni-leipzig.de)

[267-L] Lovacka, Stela:

Introduction to building e-government in Slovakia, in: Ulrike Bucher, Maros Finka (eds.): *The electronic city*, Berlin: Berliner Wissenschafts-Verl., 2008, S. 177-194, ISBN: 978-3-8305-1452-7 (Standort: UB Köln(38)-35A9492)

INHALT: "The notion of space and time has rapidly changed over the last decades. Thanks to technology development, the terms of distance and time gain new spatial and temporal qualities which influence the character of society. The label of so-called information society has more or less penetrated into most branches of professional and private lives of people. The pace of technological progress in computer industry has been a driving force of unlimited increase and innovations in recent years. New technologies accelerate the pace of progress, modernisation and structural adjustment of our economies (Challenges for the European Information Society beyond 2005, 4), simultaneously enhance communication by overcoming geographical distance (Thompson 1999, in West 2004, 16). It is assumed that the most crucial impact of the information society would be a new quality of social, successful economic and political life, as well as creation of such conditions that would contribute to building up knowledge society exploiting the methods and devices of information science. The swift development of modern information and communication technologies (ICTs) has far-reaching effects on all aspects of modern life, including governments who are important suppliers and users of ICTs. They concern with how to exploit the potential of ICTs to promote greater efficiency and transparency having on-line services tailored to the needs of citizens and businesses. The need to adopt current global trends in terms of topical social issues is manifested in myriads of applications. In the conditions of Slovakia, the development of information society in the context of public administration reform is one of them. In order to function effectively it calls for modernisation by implementing ICTs. In the paper, we aim to point out the process of public administration reform and building e-government in the Slovak Republic. In Slovak geographical research e-government and 'the Internet Geography' (Kellerman 2004, 64) are brand new topics that have not been yet much explored. The increasing interest in research of such issues by geographers proves the current interest in space-related and interdisciplinary topics where interregional and intraregional differences are apparent. The paper considers the perspective of new technology on public-sector service delivery as well as the current potential of Slovaks to participate in the process of e-government. The paper is divided into two main parts - the first introducing essentials of e-government, the second depicting Slovakia in the light of selected variables measuring e-indicators of citizens. Closer attention is paid to the region of Presov, one of economically weak regions situated on the eastern part of Slovakia." (author's abstract)

[268-L] Marsic, Tomislav:

The ratification of the Lisbon Treaty in the Czech Republic: between EU-skepticism and raison d'etat, (Diskussionspapier / Forschungsgruppe EU-Integration, Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit), Berlin 2008, 5 S. (Graue Literatur; www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=4760)

INHALT: Der Beitrag zur Europapolitik erörtert die politische Situation bzw. die politischen Auseinandersetzungen in Tschechien 2007/Anfang 2008 hinsichtlich der Verabschiedung des Lissabon-Vertrags. So werden hier die Standpunkte der euroskeptischen Bürgerdemokraten (ODS), die auch die Regierungspartei darstellen, sowie der beiden pro-europäischen Koalitionspartnern, der Grünen (SZ) und der konservativen Christ-Demokratischen Union (KDU-CSL) dargestellt. Trotz der skeptischen Haltung gegenüber dem europäischen Verfassungsvertrag und der Kritik an der Berlin-Deklaration ist die tschechische Delegation an einer konstruktiven Lösung interessiert, nicht zuletzt wegen der anstehenden EU-Ratspräsidentschaft Tschechiens in der ersten Hälfte 2009. Ferner gilt es zu verhindern, durch eine Ablehnung des Lissabon-Vertrages eine Isolierung des Landes im europäischen Integrationsprozess herbeizuführen. (ICG2)

[269-L] Miháliková:

Slovakia in the European Union - problems, expectations, in: Iskra Schwarcz, Arnold Suppan (Hrsg.): Quo vadis EU? : Osteuropa und die EU-Erweiterung, Münster: Lit Verl., 2008, S. 179-196, ISBN: 978-3-8258-1240-9 (Standort: LB Speyer (107)-1084267)

INHALT: In der gesellschaftlichen Diskussion, die sich mit der Position der Slowakei in der EU beschäftigt, lässt sich, so die Verfasserin, eine neue Dimension zugunsten der EU-Integration diagnostizieren. Es wird der Frage nachgegangen, ob der EU-Beitritt der Slowakei helfen kann, das Bild der traditionellen Rückständigkeit zu überwinden und die Lücke zu wohlhabenderen alten Mitgliedern zu reduzieren. Es wird argumentiert, dass die Slowakei jetzt eine Chance hat, von dem "Vorteil der Rückständigkeit" Gebrauch zu machen: wegen des strukturellen Erbes wie auch der negativen demographischen Trends hat die Slowakei die Reformen des Steuersystems, der Rentenversicherung, des Gesundheits- und Bildungswesens beschleunigt. Wenn die relevanten politischen und wirtschaftlichen Akteure richtige strategische Entscheidungen im Prozess der Formulierung und Implementierung der Reformen treffen, hat das Land eine reale Chance, die Lücke zu schließen, die zwischen ihm und den "alten" EU-Mitgliedsländern existiert. Wenn ein Konsens über die Ziele der EU unter den politischen Eliten in der Slowakei gewährleistet und politisch wirksam gemacht wird, kann die Slowakei nicht nur ein passives Mitglied, sondern auch eine treibende Kraft in der vergrößerten Europäischen Union werden. Solche ehrgeizigen Erwartungen können als ein Übergang von der vorherrschenden negativen Selbsteinschätzung hinsichtlich der Entwicklung des Landes zu einem positiven Selbstverständnis in der Zukunft verstanden werden. (ICF2)

[270-L] Moritz, Michael:

Spatial effects of open borders on the Czech labour market, (IAB Discussion Paper : Beiträge zum wissenschaftlichen Dialog aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 30/2008), Nürnberg 2008, 40 S. (Graue Literatur; doku.iab.de/discussionpapers/2008/dp3008.pdf)

INHALT: Westeuropa hat kaum zur Kenntnis genommen, dass der Fall des Eisernen Vorhangs auch Auswirkungen auf die regionalen Arbeitsmarktstrukturen in den osteuropäischen Ländern hatte. Der Beitrag untersucht, ob die tschechische Grenzregion in unmittelbarer Nähe zu den westeuropäischen Hochlohnländern während der zweifellos zunehmenden Integration der Märkte von ihrer geographischen Lage profitierte. Auch ohne grenzüberschreitende freie Arbeitskräftemobilität kann freier Handel und die Ausgliederung von Produktionsaktivitäten zu Veränderungen bei der Nachfrage nach Arbeit und der Lohnstruktur im Hinblick auf unterschiedlich qualifizierte Gruppen führen. Diese Integrationseffekte können sich in den Grenzregionen stärker auswirken. Der Beitrag untersucht auf der Basis von Daten des tschechischen Mikrozensus und vierteljährlicher aggregierter Daten auf Kreisebene die Auswirkungen des Falls des Eisernen Vorhangs auf regionale Unterschiede bezüglich Arbeitslosigkeit sowie Qualifikations- und Lohnstruktur in der Tschechischen Republik. Die Ergebnisse zeigen, dass es keine Hinweise auf überproportionale Veränderungen in der Wirtschafts- und Qualifikationsstruktur in den an Bayern und Österreich angrenzenden tschechischen Kreisen im Vergleich zu den nicht im Grenzgebiet liegenden Bezirken gab. Wenn man die Lohnunterschiede zwischen Arbeitnehmern in den Grenzregionen und Arbeitnehmern im Rest des Landes betrachtet, zeigt sich, dass zwischen 1996 und 2002 die Beschäftigten in den Grenzregionen mit der niedrigsten Qualifikationsstufe einen positiven Lohnunterschied von rund 12 Prozent im Vergleich zu entsprechenden Beschäftigten im Binnenland aufweisen. Für alle anderen Qualifikationsgruppen in der Grenzregion ist die räumliche Lohnkluft negativ und nimmt in absoluten Zahlen mit ansteigender Qualifikation zu. (IAB)

[271-L] Perron, Catherine:

Eine realistische Vision der europäischen Integration?: der tschechische Europadiskurs, in: Frank Baasner (Hrsg.): Von welchem Europa reden wir? : Reichweiten nationaler Europadiskurse, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2008, S. 95-115, ISBN: 978-3-8329-3277-0 (Standort: UB Siegen(467)-31PEN11973)

INHALT: Eine der wesentlichen Determinanten des Diskurses über die europäische Integration, sei er derer, welche die Integration befürworten oder jener, die sie zurückweisen, ist die Befürchtung, als ungleicher Partner in einem Gebilde behandelt zu werden, das von den traditionellen Kontinentalmächten Frankreich und Deutschland regiert wird. Dieses immer wiederkehrende Thema, der Nachdruck, mit dem darauf hingewiesen wird, dass die Tschechische Republik als gleichwertiger Partner und nicht als Mitglied zweiten Ranges ihren Platz in der Union hat, sowie die strikte Ablehnung einer Union mit zwei Geschwindigkeiten bezeugen dies. Im Diskurs der Europhilen wird die Integration als Schutz dargestellt, im Diskurs der Euroskeptiker hingegen als Gefahr. Aber grundlegend für beide ist ein gewisses Gefühl der Ohnmacht und der Fragilität: die Fragilität der tschechischen nationalen Identität nach der Trennung von den Slowaken, die des staatlichen Rahmens und die der nationalen Souveränität nach Jahren kommunistischer Herrschaft. Den Eurorealisten dient die EU zur nationalen Selbstbestätigung durch Abgrenzung. Es wird hervorgehoben, dass es der Tschechischen Republik nicht mehr um die "Rückkehr nach Europa" geht. Dieser Prozess ist bereits abgeschlossen, bei dem westliche "Standards", von denen die 40 Jahre Kommunismus die Tschechen ferngehalten haben, wiederhergestellt wurden. Die Tschechen fühlen sich, so die Schlussfolgerung, als gleichwertige Europäer und wollen auch als solche wahrgenommen werden. (ICF2)

[272-L] Potancokova, Michaela; Vano, Boris; Pilinská, Viera; Jurcová, Danusa:

Slovakia: fertility between tradition and modernity, in: Demographic Research, Vol. 19/2008, Art. 25, S. 973-1018 (www.demographic-research.org/volumes/vol19/25/19-25.pdf)

INHALT: "In the last 60 years, Slovakia has experienced comparatively high and most recently very low fertility, long periods of stable fertility alternating with periods of changes, periods of substantial as well as lesser state interventions. Fertility was above replacement in 1990 and declined to the lowest-low levels during the period of transformation. Postponement of life course transitions - leaving the parental home, marrying and becoming a parent - became widespread among younger cohorts after 1990. High unemployment of young adults, increasing economy-driven migration and problems to gain a stable job contribute to this phenomenon. Reproductive behavior is changing, yet Slovak society remains culturally conservative. The dominant form of partnership is marriage, although extra-marital childbearing is rising. Cohabitation is spreading mainly as a prelude to marriage but is not widely approved. Population measures have a long tradition, although 15 years after regime change their nature is very different than that of the state socialist era. Considerable attention was and is being paid to population problems, however, the government has not designed and implemented a comprehensive system of family and population policies." (author's abstract)

[273-L] Rybar, Marek:

Slowakei: Vom Regimekonflikt zur Dominanz der sozioökonomischen Konflikte, in: Ellen Bos, Dieter Segert (Hrsg.): Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? : Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts, Opladen: B. Budrich, 2008, S. 105-120, ISBN: 978-3-86649-161-8 (Standort: UB Bonn(5)-2008/3983)

INHALT: Seit dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes durchlief die Slowakei eine Serie weitreichender politischer, wirtschaftlicher und sozialer Wandlungen. Diese führten zu einem pluralistischen politischen System, einer funktionierenden Marktwirtschaft und der Mitgliedschaft in der EU. Der vorliegende Beitrag rekonstruiert diese Entwicklung, die nicht linear verlief. Der Prozess der demokratischen Konsolidierung Mitte der Neunziger war durch Rückschritte gekennzeichnet. Erst ab 1998 wurden die Auseinandersetzungen um den Charakter des politischen Regimes durch eine Konzentration auf den Wettbewerb um politische Programme ersetzt. Der Autor analysiert diese Prozesse durch das Prisma der Parteipolitik und zeigt, dass die demokratische Konsolidierung von sich verändernden Mustern des Parteienwettbewerbs begleitet wurde, und die organisatorischen Merkmale der zentralen politischen Parteien in deutlichem Maße von jenen der ersten Zeit der postkommunistischen Ära abweichen. Die Politik seit dem Zusammenbruch des Kommunismus kann in zwei Phasen eingeteilt werden: In der Periode vor 1998 wurde der Parteienwettbewerb bestimmt durch Kämpfe um die Regeln des demokratischen Spiels, die Probleme des politischen Regimes und der Nation strukturierten den Parteienwettbewerb. Seit 1998 wurden die institutionellen Grundlagen des demokratischen Systems gestärkt. Nach dem Beitritt zur EU ist der politische Wettbewerb weitgehend, wenn auch nicht exklusiv, durch sozioökonomische Probleme und den Links-Rechts-Streit geprägt. Während die Institutionalisierung der Parteien generell schwach bleibt, existieren Anzeichen einer Konsolidierung des Parteiensystems. (ICA2)

[274-L] Sobotka, Tomáš; St'astná, Anna; Zeman, Krystof; Hamplová, Dana; Kantorová, Vladimíra:

Czech Republic: a rapid transformation of fertility and family behaviour after the collapse of state socialism, in: Demographic Research, Vol. 19/2008, Art. 14, S. 403-454
(www.demographic-research.org/volumes/vol19/14/19-14.pdf)

INHALT: "Following the swift demise of the state-socialist regime in 1989, a profound transformation of family and fertility patterns has taken place in the Czech Republic. Family formation has been postponed and period fertility rates have fallen to very low levels, especially among young adults. Unmarried cohabitation has become relatively widespread and marriages have been progressively delayed or even foregone. These rapid shifts in family-related behaviour were primarily driven by a period change and resulted in a sharp discontinuity in cohort patterns of union formation and childbearing. The authors argue that the rapid change in family-related behaviour after 1990 was driven by a fundamental shift in the constraints and incentives for childbearing, which was conducive to later and more carefully planned family formation. The rapidity of observed changes can be explained as the outcome of a simultaneous occurrence of several factors, especially the expansion of higher education, the emergence of new opportunities competing with family life, increasing job competition, rising economic uncertainty in young adulthood, and changing partnership behaviour." (author's abstract)

[275-L] Starek, Jana:

Die Tschechische Republik zwischen nationaler Identität und europäischer Integration, in: Iskra Schwarz, Arnold Suppan (Hrsg.): Quo vadis EU? : Osteuropa und die EU-Erweiterung, Münster: Lit Verl., 2008, S. 145-177, ISBN: 978-3-8258-1240-9 (Standort: LB Speyer (107)-1084267)

INHALT: Die Tschechische Republik hat, so die Verfasserin, seit 1989 einen umfassenden Transformationsprozess durchschritten und erreichte fünfzehn Jahre nach der Wende bei im Einzelnen unterschiedlichen Auffassungen, aber dem Grundkonsens der Zugehörigkeit zu Europa, das angestrebte Ziel der EU-Mitgliedschaft und wird nach weiteren fünf Jahren den Vorsitz in der EU führen. Das Ringen um die eigene Identität und die gleichzeitige Stellung in Europa standen auch im Vordergrund der Überlegungen, mit denen sich der spätere Mitbegründer und erste Präsident der Tschechoslowakei, Tomas G. Masaryk, auseinandersetzte. Im 20. Jahrhundert war der Aufbau des Staates nach zwei Jahrzehnten durch das "Münchener Abkommen" jäh beendet, gefolgt von sechs Jahren "Protektorat Böhmen und Mähren". Die Weichen zur politischen Linksorientierung nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges waren gestellt. Nach der Errichtung der "Volksdemokratie" 1948 folgten vier Jahrzehnte totalitären Systems. Reformversuche wie der "Prager Frühling 1968" wurden niedergeschlagen. Mit der Wende 1989 wurde der Zerfall des kommunistischen Regimes besiegelt und der Weg zum Aufbau eines unabhängigen und demokratischen Staates frei. Durch die Verselbständigung der Slowakischen Republik war die Situation der Tschechischen Republik eine neuerlich andere geworden. Die Suche nach nationaler Identität bei gleichzeitiger europäischer Integration ist, so die These, eine große Herausforderung an die Politik, da noch immer Ängste und Vorbehalte, die nur aus der historischen Entwicklung zu verstehen sind, bestehen. Neue Chancen eröffnen sich für die im 21. Jahrhundert heranwachsende Generation, die frei von

traumatischen Erfahrungen und Deformationen ihrer Vorfahren ein Leben als selbstbewusste TschechInnen und EuropäerInnen mit einer erweiterten Identität führen kann. (ICF2)

[276-L] Stefko, Martin:

Sozialreformen in Tschechien in den Jahren 2006 und 2007, in: Zeitschrift für ausländisches und internationales Arbeits- und Sozialrecht, Jg. 21/2007, H. 4, S. 352-368

INHALT: "Nach einer gewissen Phase der Ruhe in der Sozialgesetzgebung begann das tschechische Parlament im Jahre 2006 wieder mit einer Reform und verabschiedete ein Gesetzespaket, welches neue Regelungen für die Kranken- und Unfallversicherung, die Wohnungspolitik und die Sozialhilfe brachte. Ziel dieses Beitrags ist es, die Ergebnisse zweier Reformjahre, nämlich der Jahre 2006 und 2007, aufzuzeigen. Für beide Zeiträume werden zunächst die Hauptprinzipien der Reformen benannt, welche die Schritte, die das tschechische Sozialrecht in diesen Abschnitten getätigt hat, illustrieren." (Textauszug)

9 Ungarn

[277-L] Berger, Ágnes:

Ungarische Identität in Europa: eine qualitative Untersuchung, Saarbrücken: VDM Verl. Dr. Müller 2007, ISBN: 978-3-8364-1505-7 (Standort: UuStB Köln(38)-34A9592)

INHALT: "Bei der größten Erweiterung der EU im Jahr 2004 wurde Ungarn in die europäische Gemeinschaft aufgenommen. Wie erleben Einzelne in diesen Zeiten des Umbruchs ihre ungarische nationale Identität? Dieser Frage versucht die vorliegende qualitative Studie nachzugehen. Auf Basis ausführlicher persönlicher Interviews sind relevante Komponenten des ungarischen Nationalgefühls herausgearbeitet und auf die aktuellen gesellschaftlichen und politischen Veränderungen - insbesondere den EU-Beitritt - bezogen worden. Multinationale Unternehmen stellen dabei den Rahmen dar, in dem die meist abstrakten und alltagsfernen nationalen Selbstbilder durch den direkten Vergleich mit westeuropäisch bestimmten, normativen Strukturen in einem realen Kontext erlebt und formuliert werden." (Autorenreferat)

[278-L] Csengödi, Sandor; Jungnickel, Rolf; Urban, Dieter M.:

Foreign takeovers and wages in Hungary, in: Review of World Economics, Vol. 144/2008, No. 1, S. 55-82 (Standort: USB Köln(38)-FHM-Haa34; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Die Studie untersucht die Lohnzulage in von ausländischen Unternehmen übernommenen Firmen, die an Beschäftigte gezahlt werden, deren Löhne vor der Übernahme am oberen Ende der Lohnskala zu finden waren. Die Analyse ungarischer Daten für die Jahre 1992 bis 2001, die betriebliche Informationen mit Informationen über Beschäftigte verknüpfen, zeigt ein nichtlineares Lohnzulagenprofil vor und nach der Übernahme durch das ausländische Unternehmen. Im Vergleich mit einheimischen Firmen wird nach der Übernahme keine andere Lohnpolitik verfolgt als vor der Übernahme. Zudem wird nicht nur eine Erhöhung im Jahr der Übernahme festgestellt, sondern ein schrittweises Aufstocken einer Lohnzulage in den Jahren

nach der Übernahme. Mithilfe dieses stilisierte Faktums können Lohnverhandlungstheorien von Theorien des technologischen Spillovers unterschieden werden. (IAB)

[279-L] Fischer, Severin:

Verrat an Europa?: Ungarns pragmatische Energieaußenpolitik im Spannungsfeld von Diversifizierung und Versorgungssicherheit, (Diskussionspapier / Forschungsgruppe EU-Integration, Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit), Berlin 2007, 10 S. (Graue Literatur;
www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=4300)

INHALT: Der Beitrag zur EU-Politik erörtert die Energieaußenpolitik Ungarns, wobei sich die Ausführungen in folgende Punkte gliedern: (1) Europa zwischen Diversifizierung und Versorgungssicherheit, (2) das europäische Pipelineprojekt Nabucco unter Ausschluss Russlands, (3) die Entscheidungsnot der ungarischen Regierung sowie (4) Ungarns Disput als Vorreiter für eine neue Diskussion zur europäischen Energiesolidarität. Als ein zentrales Element der europäischen Energiestrategie gilt die Diversifizierung der Erdgasversorgung hinsichtlich der Lieferländer. Hierfür wird dem Bau neuer Gaspipelines eine wichtige Rolle zugeordnet. Fraglich ist jedoch, ob die Pläne für den Bau des wichtigsten europäischen Pipelineprojekts Nabucco nicht dem übergeordneten Paradigma der Versorgungssicherheit entgegenstehen. Die ungarische Regierung steht dem Projekt in jeden Fall kritisch gegenüber. Dass diese Position nicht nur die pragmatische Formulierung eigener Interessen darstellt, sondern zugleich in der besonderen energiepolitischen Situation Ungarns begründet liegt, wird bei aller Kritik an der ungarischen Haltung häufig übersehen. (ICG2)

[280-F] Fritz, Regina, Mag.Phil. (Bearbeitung); Botz, Gerhard, Prof.Dr. (Betreuung):

Schnittstellen der Erinnerung. "Kollektive" und individuelle Erinnerung an den Holocaust in Ungarn

INHALT: Nach dem Einmarsch der deutschen Truppen am 19. März 1944 setzten die ersten Deportationen von ungarischen Juden und Jüdinnen ein. Die tragische Bilanz dieser nicht ganz ein Jahr lang dauernden nationalsozialistischer Besatzungszeit sind mindestens 550.000 ungarische, jüdische Opfer. Fast jede(r) zehnte der insgesamt während der nationalsozialistischen Diktatur in den verschiedenen Lagern des NS-Regimes Ermordeten gehörte somit der ungarischen Nation an. Trotz diesen erschreckenden Zahlen wurde der Holocaust in Ungarn bis zum heutigen Tag nicht zum Teil der ungarischen Erinnerungskultur. Der Politikwissenschaftler Randolph L. Braham begründet dies damit, dass die seit 1945 in Ungarn herrschenden unterschiedlichen Regime den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust immer wieder neu interpretierten und für ihre politischen Interessen manipulierten. Schließlich wird Geschichte in Umbruchzeiten immer wieder "umgeschrieben" und neu konstruiert. Die Thematisierung des Holocaust wurde in Ungarn unter der kommunistischen Herrschaft vernachlässigt. Erst seit den 1990er Jahren kam es zu einer verstärkten öffentlichen Diskussion. Diese Thematik fand auch Eingang in den politischen Diskurs. Hierbei kam es zu einer starken Polarisierung, die nicht nur die Politik, sondern auch die Bevölkerung in gegensätzliche Lager teilte. Im Zentrum der Arbeit steht die Auseinandersetzung mit dem Holocaust in Ungarn während und nach der kommunistischen Diktatur auf "kollektiver" wie individueller Ebene. Dabei wird nicht von einer einheitlichen Erinnerungskultur ausgegangen, sondern mehrere Ebenen der Erinnerung

untersucht. Es werden vor allem die verschiedenen Wendepunkte und Brüche angesprochen, von denen her sich das Bild der Vergangenheit immer wieder verschoben hat. Am Beispiel des Umgangs mit dem Holocaust in Ungarn sollen somit sowohl der Impuls des Vergessens durch den Kommunismus als auch der Impuls der Einschränkung auf die eigene Opferperspektive durch den Nationalismus deutlich werden. Zudem wird danach gefragt, inwieweit sich die ungarische Erinnerungskultur im Prozess der europäischen Integration bzw. mit Blick auf die Europäische Union verändert hat und ob dies als Herausbildung eines neuen "europäischen Gedächtnisses" (Henry Rousso) zu interpretieren ist. *GEOGRAPHISCHER RAUM: Ungarn*

ART: *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Heinrich Böll Stiftung e.V.

INSTITUTION: Universität Heidelberg, Philosophische Fakultät, Historisches Seminar Graduiertenkolleg "Diktaturüberwindung und Zivilgesellschaft in Europa" (Postfach 105760, 69047 Heidelberg)

KONTAKT: Bearbeiterin (e-mail: regina.fritz@univie.ac.at)

[281-L] Kiszelly, Zoltan:

Ungarn: Auf dem Weg zum Kartellparteiensystem?, in: Ellen Bos, Dieter Segert (Hrsg.): *Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? : Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts*, Opladen: B. Budrich, 2008, S. 121-132, ISBN: 978-3-86649-161-8 (Standort: UB Bonn(5)-2008/3983)

INHALT: Ungarn galt lange Zeit als Musterknabe unter den Transformationsländern. Das Wirtschaftssystem wurde früh den Anforderungen westlicher Marktwirtschaften angepasst, und in einer Region instabiler Parteiensysteme galt das Durchhalten der Legislaturperioden als ein Zeichen politischer Stabilität. Im vorliegenden Beitrag wird das Parteiensystem Ungarns im Rahmen der These untersucht, dass in Ungarn gegenwärtig nicht nur die Herausbildung von zwei dominanten politischen Zentren, sondern die Entwicklung zu Kartellparteien zu beobachten ist. Es werden die Gründe dafür eruiert, warum sich im Falle Ungarns ein stabiler Kreis von Parteien im Parlament etabliert hat. Als Hauptmerkmale von "Kartellparteien" wird die Monopolisierung der staatlichen Parteienförderung, das Erschweren des Zugangs für Rivalen zu staatlich kontrollierten, geldwerten Ressourcen (Medienpräsenz, Patronagepositionen bei Staatsunternehmen), die eigennützige Gestaltung der Bedingungen politischen Wettbewerbs (Gesetzgebung zu Wahlen, Fördermittelverteilung) sowie das "Vertuschen" von Skandalen in der Hoffnung auf Entgegenkommen der "anderen Seite" im Bedarfsfall genannt. Dem Begriff der Kartellparteien wird dabei kein ausschließlich negativer Bedeutungsinhalt zugemessen. Ihre Existenz wird entsprechend auch nicht als ein Qualitätsverlust der Demokratie gesehen, sondern als die Übertragung der gleichnamigen wirtschaftlicher Denkweise auf die Politik. (ICA2)

[282-L] Kovács, András:

Judenfeindschaft als politisch-ideologischer Code?: Antisemitismus in Ungarn, in: Lars Rensmann, Julius H. Schoeps (Hrsg.): *Feindbild Judentum : Antisemitismus in Europa*, Potsdam: Verl. f. Berlin-Brandenburg, 2008, S. 377-396, ISBN: 978-3-86650-642-8 (Standort: ULB Münster(6)-MS3400/471)

INHALT: Der Beitrag beschreibt den Antisemitismus im post-kommunistischen Ungarn an Hand der Daten einer Umfrage aus dem Jahr 2002. Ein Anstieg des Antisemitismus innerhalb der erwachsenen Bevölkerung Ungarns konnte seit 1995 nicht festgestellt werden, selbst wenn man die Gruppe der "versteckten Antisemiten" berücksichtigt. Dennoch lassen sich signifikante Veränderungen in Bezug auf den kausalen Hintergrund der antisemitischen Vorurteile konstatieren. Anomie ist nicht länger einer der unmittelbaren Gründe für die Feindseligkeit gegenüber Juden. Faktisch sind in der 2002er Umfrage alle direkt verursachenden Faktoren von antisemitischen Vorurteilen ideologisch-politischen und sozialen Ursprungs. Das bedeutet, dass bestimmte ideologisch-politische Einstellungen als Kanäle fungieren, die Spannungen, die durch den Mangel an Integration verursacht werden, zu kompensieren. Die diffusen antijüdische Haltungen bilden heute eine Art Code, der eher latente soziale Konflikte für eher benachteiligte Gruppen handhabbar macht. (ICA2)

[283-L] Marsovszky, Magdalena:

"Hat denn diese Rasse - habt Ihr endlich Angst?": Antisemitismus in Ungarn, in: Wissenschaft und Frieden : W&F, Jg. 26/2008, H. 4, S. 65-69

INHALT: Unter denen, die vor allem bedroht werden, so die Verfasserin, werden - zurecht - die "jüdischen Minderheiten", die Roma und die Homosexuellen genannt. So richtig diese Feststellungen sind, so wenig tragen sie zur Erklärung der gesamten Komplexität der Situation und der Stimmung in Ungarn bei, weil sie sowohl auf der Täter- als auch auf der Opfer-Seite mit Minderheiten operieren und die Begriffe zu eng interpretieren. So aber wird die Frage als ein marginales Problem an den Rand der Gesellschaft verlagert. Die Objekte der Diskriminierungen werden zwar in unzähligen "antifaschistischen" Initiativen, Deklarationen und Unterschriftensammlungen gegen das "Vorurteil" in Schutz genommen, und es wird um "Toleranz" gegenüber dem "Anderen" geworben, an den hegemonialen Strukturen und Institutionalisierungen wird jedoch nicht gerüttelt. Zum Antisemitismus gesellen sich in Ungarn vor allem der Antiziganismus und die Homophobie. Keine der drei Feindbilderkonstruktionen, so die These, hat etwas mit dem So-Sein von realen Juden, Roma, Schwulen oder Lesben zu tun. Antisemitismus, Antiziganismus und Homophobie unterscheiden sich voneinander lediglich darin, welche speziellen Konstruktionen von Feindbildern die hegemonialen Strukturen und Institutionalisierungen hervorbringen. (ICF2)

[284-L] Pók, Attila:

East and West as historical-political concepts in late and post communist Hungary (1968-2006), in: Iskra Schwarz, Arnold Suppan (Hrsg.): Quo vadis EU? : Osteuropa und die EU-Erweiterung, Münster: Lit Verl., 2008, S. 223-235, ISBN: 978-3-8258-1240-9 (Standort: LB Speyer (107)-1084267)

INHALT: Für zahlreiche ungarische (und andere ost- und mitteleuropäische) Intellektuelle war, so der Verfasser, das totale Verschwinden der homogenen Vorstellung vom Osten eine offensichtliche geistige Folge des Sturzes des sozialistischen Systems. Der erste große Schritt bei der Neugestaltung der geistigen Grenzen war die Vorstellung von Mitteleuropa in den 1980er Jahren. Die unterschiedlichen Muster des postkommunistischen Übergangs nach 1989/90, die Zeitpläne für den EU- und NATO-Beitritt sowie die Unterschiede und die Ähnlichkeiten von parteipolitischen Landschaften vermittelten ein neues Bild des östlichen Teils

des Kontinentes - viel vielfältiger als in den Zeiten des 'Kalten Krieges'. Die Vorstellung von 'Europa' wurde zum demokratischen Kontrapunkt für die autoritäre kommunistische Herrschaft, die zum wirtschaftlichen Rückgang oder zur Stagnation in den Ländern des ehemaligen Ostblocks führte. Die Vorstellung von einem abstrakten, homogenen Westen machte einem realistischeren Bild von Differenzen und Konkurrenz Platz. Während der letzten 15 Jahre wurden nicht nur die politischen Landkarten von Ost- und Mitteleuropa neu gestaltet. Auch die geistigen, intellektuellen Landkarten der Region haben sich beträchtlich verändert. Es wird die These vertreten, dass es nicht mehr zulässig ist, in den Kategorien von eindeutig definierten homogenen Polen zu denken: von einem kulturell oder politisch attraktiven Westen und einem autoritären, antidemokratischen Osten. Die Neugestaltung dieser mentalen Karte der ost- und ostmitteleuropäischen Intellektuellen begann lange vor 1989/90, wurde aber durch die Entwicklungen in diesen Jahren beschleunigt. Sie suchen immer noch nach einer Orientierung, die ihnen helfen kann, den richtigen Weg auf dieser Landkarte zu finden. (ICF)

[285-L] Richter, Sándor:

Ungarn und die Einführung des Euro: der weite Weg von Budapest nach Maastricht, in: Europäische Rundschau : Vierteljahreszeitschrift für Politik, Wirtschaft und Zeitgeschichte, Jg. 36/2008, Nr. 3, S. 15-21 (Standort: USB Köln(38)-XE337; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Während zwei von Ungarns neuen EU-Nachbarn bereits Teil der Eurozone sind (Slowenien) beziehungsweise in einigen Monaten dazugehören werden (Slowakei), ist Ungarn noch mehrere Jahre davon entfernt, diesen Status zu erreichen. Laut dem Konvergenzbericht der Europäischen Zentralbank vom Mai 2008 erfüllt Ungarn keines der vier Maastricht-Kriterien der nominellen Konvergenz. Dies ist das schlechteste Ergebnis unter allen neuen EU-Mitgliedstaaten - einschließlich Bulgariens und Rumäniens, die der EU 2007 beitraten. In der jüngsten Version des Konvergenzprogramms der ungarischen Regierung findet sich nicht einmal ein Zieldatum für die Einführung des Euro. Der vorliegende Beitrag geht der Frage nach, wie es dazu kam, dass Ungarn - der Vorreiter unter den neuen Marktwirtschaften Mittel- und Osteuropas 1989/1990 - in diese Lage geraten ist. Den Hauptgrund für die wachsenden wirtschaftlichen Probleme und die Nichterfüllung der Maastricht-Kriterien sieht der Autor in Ungarns Fiskalpolitik zwischen 2001 und 2006. Dass es auch nicht gelang, alle anderen Maastricht-Kriterien - hinsichtlich öffentlichem Schuldenstand, Inflation und langfristigem Zinssatz - zu erfüllen, war die unmittelbare Folge der falschen haushaltspolitischen Entscheidungen in den betreffenden Jahren. Aus diesem Grund wird die ungarische Fiskalpolitik im Detail erörtert. (ICA2)

[286-L] Soós, Gábor:

Local and national parties in Hungary, in: Marion Reiser, Everhard Holtmann, (Hrsg.): Farewell to the party model? : independent local lists in East and West European countries, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2008, S. 63-84, ISBN: 978-3-531-15687-3 (Standort: ULB Münster(6A)-MD6500/100)

INHALT: Kommunale Parteien werden im Allgemeinen als politische Organisationen aufgefasst, die eigene Kandidaten bei Kommunalwahlen stellen, die sich ausschließlich selbst organisieren und nur in einem bestimmten regionalen Raum tätig sind. Der Autor entwickelt in seinem

Beitrag zunächst einige konzeptionelle Überlegungen, um die Gründung und den politischen Erfolg von neuen kommunalen Parteien in Ungarn zu erklären. Er geht der Frage nach, warum bestimmte kommunale Parteien institutionalisiert werden, während andere hingegen im Laufe der Zeit ganz aus der politischen Landschaft verschwinden. Er gibt anschließend einen Überblick über das kommunale Wahlsystem in Ungarn und die Wahlergebnisse von kommunalen Parteien im Vergleich zu den Wahlerfolgen nationaler Volksparteien. Anhand einer bivariaten und multivariaten Analyse untersucht er ferner die Faktoren und Gelegenheitsstrukturen, die zum Aufstieg kleinerer politischer Parteien oder Organisationen auf lokaler Ebene in Ungarn führen. (ICI)

[287-L] Spéder, Zsolt; Kamarás, Ferenc:

Hungary: secular fertility decline with distinct period fluctuations, in: Demographic Research, Vol. 19/2008, Art. 18, S. 599-664 (www.demographic-research.org/volumes/vol19/18/19-18.pdf)

INHALT: "In this study, the authors demonstrate from different angles that Hungarian fertility basically decreased between 1965 and 2005, but also clearly fluctuated, and showed different patterns in the different periods within this epoch. As a result, the clear communist-era family pattern of 'early marriage and childbearing with two children' was replaced, but new family model(s) have not yet fully emerged. We could show that profound changes in partnership behaviour - divorce and cohabitation - started before the change of the political regime, but also that changes in partnership relations accelerated after 1990, and that partnerships have become more fragile. In addition, Western-style values of 'empty individualism' and consumerism were clearly present under socialism, but their motivating force was tamed by the communist system, in which population policy played a significant role. Of these institutional changes, the authors ascribe the greatest importance to the expansion in the educational system and the changes in the labour market. The authors show that, following the changes in the economic system, the conflict between family and work intensified. The synchronic consideration of values, labour market relations, economic development, and population policy; and the relationship of these factors to fertility and nuptiality trends, enabled us to formulate a developmental scheme of four phases concerning the evolution of fertility since 1965." (author's abstract)

[288-L] Stiegnitz, Peter:

Arbeitsmigration nach und vor Ungarn, in: Ulrich Becker, Hans Habitzel, Eckhard Kressel (Hrsg.): Migration, Beschäftigung und soziale Sicherheit, Berlin: Berliner Wissenschafts-Verl., 2007, S. 23-33, ISBN: 978-3-8305-1454-1 (Standort: ULB Münster(6)-MS1560/543)

INHALT: Der Verfasser skizziert einleitend die "transintegrative Methode" seiner Studie zu den Migrationsströmen von und nach Ungarn, die "fallorientierte Anwendung der überschreitenden Zueinanderordnung". Er stellt im Folgenden ausgewählte Ergebnisse seiner Studie dar, die die besondere Belastung des ungarischen Arbeitsmarkts nach dem EU-Beitritt Ungarns und Rumäniens dokumentieren. Dabei geht es um die Auswanderung von Angehörigen der ungarischen Minderheit in Rumänien, Serbien und der Ukraine nach Ungarn, die Pendler aus der Slowakei, das Problem der doppelten Staatsangehörigkeit, die Transmigration nach Österreich oder Deutschland sowie die ungarische Integrationspolitik für in Ungarn lebende Asylanter und Migranten. Aus wirtschaftlichen und politischen Gründen, so der Verfasser abschließend, ist in Österreich und Süddeutschland mit einer Zunahme legaler und illegaler Ar-

beitragsmigration von Angehörigen der ungarischen Minderheit in Rumänien und Serbien zu rechnen. (ICE2)

[289-L] Vidra, Zsuzanna:

Die EU-Darstellung in der ungarischen Presse während des Erweiterungsprozesses (1996-2004), in: Frank Baasner (Hrsg.): Von welchem Europa reden wir? : Reichweiten nationaler Europadiskurse, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2008, S. 133-154, ISBN: 978-3-8329-3277-0 (Standort: UB Siegen(467)-31PEN11973)

INHALT: Der ungarische Mediendiskurs zum Beitrittsprozess war überwiegend ein innenpolitisches Thema. Das lässt sich an verschiedenen Tendenzen im Mediendiskurs festmachen. Nicht nur der Inhalt der behandelten Themen weist auf den innenpolitischen Tenor des Diskurses hin, sondern auch der Umstand, dass die meisten Themen politisiert werden. Der Blick auf das diskursive Feld der verschiedenen Themen zeigt, dass an erster Stelle die Rechtskonservativen den Diskurs erzeugen und ihm eine stark nationalistische Note verleihen. Der interne und politisierte Charakter des ungarischen Diskurses über den Erweiterungsprozess wird zusätzlich dadurch bestätigt, dass jene Themen, die für die EU im Mittelpunkt standen, wie die Frage der Migration der Arbeitskräfte und die Situation der Roma-Bevölkerung, während des gesamten Beitrittsprozesses in Ungarn Randthemen bleiben. Ein anderer Schwerpunkt der Untersuchung gilt der Frage, wie sich das Bild der EU verändert. Die wichtigste Beobachtung hierzu lautet, dass die Bilder recht stabil bleiben und fast während des gesamten Beitrittsprozesses mit gleicher Intensität vorherrschen. Das erste Bild von der EU als einem Projekt mit allzu komplizierter Struktur taucht zu dem Zeitpunkt, da die Verhandlungen über die EU-Reformen in Brüssel beginnen, etwas häufiger auf, verschwindet aber nie gänzlich. Das wichtigste Element dieses Bildes ist die "Ungewissheit": man weiß nicht so recht, welchem Gebilde man beitrifft. Das zweite Bild betrifft eine alles beherrschende, autoritäre EU, die Vorschriften macht und einem sagt, was man zu tun und zu lassen hat. Dieses Bild wird mit Bezug zu nahezu allen Themen verwendet und zwar vor allem von der rechtsgerichteten politischen Rhetorik und Presse. Die positiven Bilder verweisen auf die Vorschriften und Normen, die Ungarn von der EU vorgegeben werden und so dazu beitragen können, dass überkommene "schlechte Verfahrensweisen" bei der Umsetzung von Projekten überwunden werden können. Dies ist ein klarer Bezug zur "kulturellen Überlegenheit" Europas, es ist Ausdruck des Wunsches, dazuzugehören und damit die alte "historische Bestimmung" zu überwinden, immer zum weniger entwickelten Teil der Welt zu gehören. (ICF2)

Hinweise zur Registerbenutzung

Sachregister

Grundlage für das Sachregister sind die Schlagwörter, die zur gezielten Suche der Literatur- bzw. Forschungsnachweise in unseren Datenbanken SOFIS und SOLIS vergeben wurden.

Um eine differenzierte Suche zu ermöglichen, werden dabei nicht nur die Haupt-, sondern auch Nebenaspekte der Arbeiten verschlagwortet.

- Bei einem maschinell erstellten Verzeichnis wie dem obigen Sachregister führt das zwangsläufig zu einem Nebeneinander von wesentlichen und eher marginalen Eintragungen.

Manche Begriffe machen erst in Verbindung mit anderen Sinn oder wechseln ihren Sinn in Abhängigkeit vom jeweiligen Zusammenhang.

- Solche Zusammenhänge gehen aber bei einem einstufigen Register typischerweise verloren.

Vermeintliche Fehleintragungen gehen fast immer aufs Konto eines dieser beiden Effekte, die sich bei der maschinellen Registererstellung grundsätzlich nicht vermeiden lassen.

Personenregister

Aufgeführt sind

- bei Literaturnachweisen: alle aktiv an dem Werk beteiligten Personen;
- bei Forschungsnachweisen: alle als Leiter, Betreuer oder wissenschaftliche Mitarbeiter („Autoren“) eines Projekts angegebenen Personen.

Institutionenregister

Aufgeführt sind nur die forschenden Institutionen. Institutionelle Auftraggeber, Finanzierer, Förderer oder dergleichen sind zwar in den Forschungsnachweisen selbst aufgeführt, nicht jedoch im Register.

Sortierung

Die Sortierung folgt den lexikalischen Regeln, d.h. Umlaute werden wie der Grundbuchstabe sortiert. Numerische Angaben (z.B. „19. Jahrhundert“) sind ganz ans Ende sortiert, also hinter Buchstabe Z.

Nummerierung

Alle in den Registern angegebenen Zahlen beziehen sich auf die laufenden Nummern der Literatur- und Forschungsnachweise.

Personenregister**A**

Aassve, Arnstein 200
Abazovic, Dino 203
Adam, Frane 40
Adomeit, Hannes 75, 76
Albrecht, Hans-Jörg 203
Anastasijevic, Dejan 203
Andersen, Lars Erslev 203
Apelt, Beate 77
Arel, Dominique 107
Armbruster, Chris 134
Augustynowicz, Christoph 230
Autengruber, Christian 192
Azmanova, Albena 1

B

Baasner, Frank 2
Babayev, Azer 3
Bachmann, Klaus 231
Bachmeier, Peter 193
Bayer, Waltraud 135
Belafi, Matthias 25
Bendiek, Annegret 194
Benedek, Wolfgang 203
Berger, Ágnes 277
Berisha, Qerkin 203
Berndt, Michael 4
Bernstein, Julia 166
Berzins, Ivars 221
Besier, Gerhard 69
Besters-Dilger, Juliane 78, 165
Bieber, Florian 195
Bingen, Dieter 232
Bjekovic, Sinisa 203
Blumberg-Stankiewicz, Katharina 233
Boatca, Manuela 5
Boeckh, Katrin 136
Bohse, Tim 108
Bos, Ellen 41, 42
Botz, Gerhard 280
Brading, Morgiana 203
Bredies, Ingmar 78, 109
Brunce, Valerie 43
Buchenrieder, Gertrud 157
Buckmiller, Michael 137

Büttner, Sebastian 234

C

Carl, Friederike 185
Cazes, Sandrine 44
Challand, Benoît 6
Chandler, Andrea 152
Chardon, Matthias 7
Cheauré, Elisabeth 185
Christova, Christiana 253
Clem, Ralph S. 110
Clewing, Konrad 196
Corbea Hoisie, Andrei 254
Cox, Michael 8
Craumer, Peter R. 110
Crome, Erhard 79
Crone, Manni 203
Csengödi, Sandor 278

D

Daase, Christopher 203
Dahlmann, Dittmar 138
Darst, Robert G. 176
Dawson, Jane I. 176
Deimel, Johanna 80
Dieringer, Jürgen 9, 10, 45
Dietz, Barbara 170
Dijck, Maarten van 203
Dimitrijevic, Vojin 203
Dittrich, Eckhard 68
Dohmen, Thomas 153
Domingues, Joao 203
Domnitz, Christian 11
Dorosiev, Rashko 213
Dubin, Boris 177
Dumov, Sergei 190
Durkot, Juri 154
Duyne, Petrus van 203
Dyczok, Marta 111
Dylla, Daria W. 240
Dzihic, Vedran 197
Dziubacka, Krystyna 235

E

Eamets, Raul 222

Eder, Franz 81
 Eichwede, Wolfgang 138
 Elias, Nelly 166
 Eminov, Ali 198
 Engelhard, Johann 164
 Enzmann, Dirk 190
 Ettl-Huber, Silvia 46

F

Fehr, Helmut 47
 Ferretti, Maria 139
 Fester, Thomas 48
 Fieseler, Beate 178
 Finger, Anne 82
 Fischer, Geertje 112
 Fischer, Martina 199
 Fischer, Sabine 12, 83
 Fischer, Severin 279
 Forbes, John 244
 Förger, Dirk 253
 Fortin, Jessica 49
 Franco, Sarah 203
 Freise, Matthias 50
 Frejka, Tomas 51
 Friedlmeier, Mihaela 255
 Fritz, Regina 280
 Frölich-Steffen, Susanne 13
 Fülberth, Georg 140

G

Gardasevic, Djordje 203
 Gel'man, Vladimir 179
 Getos, Anna-Maria 203
 Gjonca, Arjan 200
 Glauben, Thomas 157
 Golbert, Valentin 190
 Gordyi, Igor 78
 Gorlach, Krzysztof 236
 Gosewinkel, Dieter 14
 Götz, Roland 180
 Grinberg, Ruslan S. 52
 Grodeland, Ase 78
 Grosse Hüttmann, Martin 15
 Grupe, Claudia 207
 Grzeszczyk, Ewa 237
 Gudkov, Lev 141
 Gulick, John 155
 Gulina, Olga 156

H

Hahn, Irene 238
 Haidinger, Bettina 78
 Halajko, Jurij 113
 Halamska, Maria 239
 Hamplová, Dana 274
 Hanshew, Kenneth 16
 Haragus, Mihaela 259
 Haragus, Paul-Teodor 259
 Harasymiw, Bohdan 114
 Havlik, Peter 52
 Havrylyshyn, Oleh 52
 Hayoz, Nicolas 53
 Hecker, Clara 142
 Heinrich, Hans Georg 84
 Heinz, Dominic 85
 Helmerich, Antje 201
 Henrich, Christian Johannes 171
 Herrmann, Sebastian M. 54
 Herron, Erik S. 115
 Hilf, Marianne 203
 Hlousek, Vit 264
 Hockmann, Heinrich 157
 Hofmann, Martin 172, 256
 Holmes, Leslie 55
 Hösler, Joachim 143
 Hrynevyc, Vladyslav 144
 Hubicki, Lech 244
 Hug, Simon 53

I

Isic, Mirela 17
 Ivleva, Irina 158

J

Jäger, Thomas 240
 Jaminon, Petra 203
 Jasilioniene, Aiva 229
 Joakit, Elvis 227
 Johnson, Paul E. 115
 Jordan, Peter 18
 Jungfer, Joachim 48
 Jungnickel, Rolf 278
 Jüptner, Petr 265
 Jurcová, Danusa 272
 Jurczek, Peter 56

K

Kadelbach, Stefan 19

Kahanec, Martin 20
Kajnc, Sabina 223
Kaleta, Andrzej 241
Kalka, Piotr 242
Kamarás, Ferenc 287
Kancs, d'Artis 21
Kanev, Dobrin 202
Kantorová, Vladimira 274
Kanzler, Katja 54
Kappeler, Andreas 78
Karaganow, Sergej A. 86
Katchanovski, Ivan 116
Keghel, Isabelle de 145
Keilhauer, Jan 266
Keller, Rolf 148
Kempe, Iris 22, 117
Khapaeva, Dina 146
Khineyko, Ilya 167
Kielyte, Julda 21
Kilchling, Michael 203
Kipke, Rüdiger 171
Kiszelly, Zoltan 281
Klein, Margarete 57
Kleinhanß, Silke 87
Klymenko, Lina 78
Koenen, Anne 54
Kolliarakis, Georgios 203
König, Helmut 23
Kopez, Hedwig 204
Kopric, Ivan 205
Kossowska, Anna 243
Kovács, András 282
Kovco-Vukadin, Irma 208
Koytcheva, Elena 206
Krajewski-Siuda, Krzysztof 244
Krastev, Ivan 24, 88
Kregar, Josip 203
Krezminski, Ireneusz 245
Krienke, Markus 25
Kristan, Primož 40
Kruze, Aida 224
Kubanek, Martina 246
Kubicek, Paul 26
Kusber, Jan 147
Kusic, Sinisa 207
Kusmierz, Zoe A. 54
Kusznir, Julia 159
Kuzio, Taras 58

L

Lahusen, Thomas 181
Lang, Kai-Olaf 27
Lehmann, Hartmut 153
Lehmbruch, Barbara 160
Lelcaj, Lulzim 203
Lenich, Oliver 257
Leppert, Manuel 118
Liebert, Ulrike 234
Lippert, Barbara 28
Lorenz, Torsten 69
Lovacka, Stela 267
Löw, Martina 256
Luchterhandt, Otto 182

M

Madaj, Barbara 244
Malek, Martin 78, 89, 119
Mandia, Ledina 203
Mangott, Gerhard 90, 91
Manutscharjan, Aschot 92, 120, 121
Marchetti, Andreas 29
Markovic, Andjelka 203
Marples, David R. 122
Marsic, Tomislav 268
Marsovszky, Magdalena 283
Mau, Steffen 234
McGarry, Aidan 258
Mencarini, Letizia 200
Menkhoff, Lukas 161
Meschkat, Klaus 137
Mesko, Gorazd 208
Meyer, Gert 183
Michaleva, Galina 123
Miháliková 269
Millar, James R. 162
Mommsen, Margareta 123, 124
Morawska, Ewa 59
Moritz, Michael 270
Moses, Arkadij 30
Möstl, Markus 203
Münch, Richard 234
Mungiu-Pippidi, Alina 31
Muratbegovic, Elmedin 208
Murati, Valon 203
Muresan, Cornelia 259

N

Nagel, Jens 148

Naumescu, Vlad 184
Nesporova, Alena 44
Neve, Dorothee de 60
Neyer, Jürgen 61
Nielsen, Ib 203
Nienaber, Birte 225
Nivorozhkin, Anton 125
Nivorozhkina, Ludmilla 125
Nohejl, Regine 185
Normann, Christine 247
Nuriyev, Elkhan 93

O

Oispuu, Jane 9
Olteanu, Tina 260
Opitz, Anja 36
Oprach, Marc 94
Osler, Carol 161
Otto, Reinhard 148

P

Pääbo, Heiko 226
Paech, Norman 95
Parameswaran, Katharina 209
Pedra Jorge-Birol, Alline 203
Perelli-Harris, Brienna 126
Perron, Catherine 271
Petrescu, Dragos 62
Petrovic, Vesna 203
Pettai, Vello 227
Philipov, Dimiter 206
Pilinská, Viera 272
Pillinger, Renate 78
Pleines, Heiko 78, 163
Podkaminer, Leon 248
Pohl, Carsten 48
Pók, Attila 284
Poletaev, Maxim 186
Potancokova, Michaela 272
Prezelj, Iztok 203
Prinzl, Ursula 203
Protsyk, Oleh 173

Q

Qirezi, Arben 203

R

Raabe, Stephan Georg 249
Radojkovic, Jelena 203

Rechberger, Walter 78
Reetz, Axel 228
Reljic, Dusan 210
Richter, Andrei 168
Richter, Sándor 285
Riedel, Sabine 32
Romaniuk, Piotr 244
Roth, Klaus 33
Rupp, David 174
Rybar, Marek 273
Rzeplinska, Irena 243

S

Sahm, Astrid 96, 97
Samardzija, Visnja 34
Sava, Simona 261
Schäfer, Claudia 250
Schauer, Martin 78
Schilling, Jan 187
Schmidt, Carmen 63
Schmidt, Julia 23
Schmieding, Leonard 54
Schmiedl, Barbara 203
Schmitt, Oliver Jens 211
Schneider, Eberhard 127
Schneider-Deters, Winfried 98
Schorb, Bernd 266
Schrader, Heiko 68, 158
Schröder, Christin 259
Schroeder, Ursula C. 212
Schtschedrin, Nikolai 190
Schüler, Sonja 262
Schulze, Peter W. 98, 99, 128
Schwan, Gesine 251
Schwarcz, Iskra 35
Schwarz, Reinhold 266
Sedo, Jakub 264
Segert, Dieter 41, 42, 64, 78
Shiryayev, Boris 129
Sicking, Manfred 23
Siedschlag, Alexander 36
Sieg, Hans Martin 100
Simon, Gerd 78
Simon, Gerhard 188
Simonovic, Ivan 203
Sircelj, Milivoja 215
Smilov, Daniel 213
Smith, Kathleen E. 149
Smolar, Aleksander 252

Sobotka, Tomáš 274
Solomon, Peter H. 181
Solomon, Peter H., Jr. 150
Solonenko, Iryna 117
Soós, Gábor 286
Souleimanov, Emil 151
Spéder, Zsolt 287
St'astná, Anna 274
Stankuniene, Vlada 229
Starek, Jana 275
Stefko, Martin 276
Steger, Thomas 65
Steinel, Anna 101
Sterbling, Anton 66, 67, 214
Stewart, Susanne 78
Stiegnitz, Peter 288
Stojanov, Christo 68
Stoklosa, Katarzyna 69
Stropnik, Nada 215
Stulberg, Adam N. 189
Suber, Daniel 216
Sumylo, Ol'ga 37
Sundhaussen, Holm 217
Suppan, Arnold 35
Svete, Uros 203
Szakonyi, David 175

T

Tanase, Laurentiu D. 263
Teckenberg, Wolfgang 70
Theesfeld, Insa 218
Tiemann, Guido 71
Timmermann, Heinz 98, 102, 130
Tomsic, Matevz 40
Toomla, Rein 227
Turkovic, Ksenija 203

U

Umland, Andreas 109, 131
Urban, Dieter M. 278

V

Vano, Boris 272
Vetter, Reinhold 38
Vidmar, Jure 219
Vidra, Zsusanna 289
Vivona, Maddalena 203
Volcic, Zala 220
Vollmer, Michael 56

Vucinic, Nebojsa 203
Vysotskaya, Alena 103

W

Warkotsch, Alexander 104
Wasner, Barbara 72
Weidenfeld, Werner 39
Weisser, Ulrich 105
Weißflog, Gregor 266
Wetzels, Peter 190
Wnuk-Lipinski, Edmund 73
Wolchik, Sharon 43
Woldan, Alois 78
Wolters, Willem 74
Wozniakowska, Dagmara 243

Y

Yakushik, Valentin 109

Z

Zaiceva, Anzelika 20, 153
Zakharov, Sergei 191
Zaozerna, Valeriya 164
Zaretsky, Yevgen 169
Zeman, Krystof 274
Zhurzhenko, Tatiana 106
Zimmer, Kerstin 78, 132
Zivanovic, Miroslav 203
Zollinger, Daniel 133

Sachregister
A

Abgeordneter 127
 Abwanderung 97
 Agrarbetrieb 157
 Agrargesellschaft 239
 Agrarindustrie 157
 Agrarpolitik 218, 242
 Agrarsoziologie 66, 235, 236, 239, 241
 Akteneinsicht 137
 Akteur 50, 159, 160, 161, 163, 219, 234, 254
 Aktiengesellschaft 157, 164
 Albanien 200, 207, 210, 211
 Alleinstehender 259
 Alltag 145
 Ambivalenz 54
 Amerikanisierung 54, 169, 237
 Anerkennungspolitik 178
 Angst 195, 208, 243
 Annäherungspolitik 78
 Antisemitismus 142, 166, 245, 282, 283
 arabische Länder 76
 Arbeiterbewegung 137
 Arbeitnehmer 222
 Arbeitsbedingungen 59, 168, 170
 Arbeitsbeziehungen 44, 222
 Arbeitskräfte 278
 Arbeitslosenversicherung 222
 Arbeitsloser 270
 Arbeitslosigkeit 44, 74, 215, 222
 Arbeitsmarkt 44, 59, 222, 270, 274, 287, 288
 Arbeitsmarktentwicklung 44, 72, 222
 Arbeitsmarktpolitik 1, 44, 222, 242, 261
 Arbeitsmigration 21, 59, 170, 172, 244, 288
 Arbeitsrecht 44
 Arbeitsteilung 215
 Arbeitssuche 59
 Arbeitszeitflexibilität 44
 Armenien 53, 57, 81, 93, 98, 120, 121
 Armenier 171
 Armut 10, 72, 183, 224, 259, 262
 Arzt 244
 Aserbaidschan 3, 57, 81, 93, 98, 105, 121,

171

Asien 7, 15, 29, 36, 76, 77, 82, 90, 128, 129, 155, 166, 187
 Assimilation 14, 175
 Assoziierung 28, 223
 Atommacht 82
 Atomwaffensperrvertrag 82
 Ausbeutung 170
 Ausbildung 56
 Ausländer 20
 Auslandsinvestition 77, 278
 Außenpolitik 4, 22, 27, 28, 29, 75, 76, 84, 87, 88, 91, 94, 99, 117, 128, 130, 174, 194, 238, 247, 249, 271
 Auswanderung 170
 Autarkie 211
 Autonomie 25, 189, 209
 autoritäres System 108, 118, 123, 130, 152, 177, 197
 Autoritarismus 149, 177

B

Baltikum 19, 27, 37, 40, 41, 44, 52, 75, 174, 221, 222, 224, 225, 226, 227, 228, 229
 Bankgewerbe 242
 Bauer, O. 140
 Bayern 270
 Bedrohung 30, 81
 Behörde 160
 Bericht 142
 berufliche Integration 20
 beruflicher Aufstieg 244
 berufliche Reintegration 178
 berufliche Weiterbildung 261
 Berufsaussicht 20
 Berufsmobilität 222
 berufstätige Frau 125, 153
 Berufsverlauf 127
 Beschäftigtenstruktur 270
 Beschäftigungsentwicklung 44
 Beschäftigungsform 44
 Beschäftigungspolitik 191
 besetztes Gebiet 148
 Besteuerung 159

- Betrieb 153, 261, 278
 Bevölkerung 27, 97, 118, 119, 151, 203, 245, 260, 282
 Bevölkerungsentwicklung 27, 97, 126, 236
 Bevölkerungspolitik 287
 Bewässerung 218
 bilaterale Beziehungen 15, 26, 55, 77, 85, 101, 174
 Bildung 193, 200, 215, 224, 261, 274
 Bildungsabschluss 127
 Bildungsangebot 261
 Bildungsbedarf 193
 Bildungsbeteiligung 261
 Bildungsniveau 70
 Bildungspolitik 56, 193, 261
 Bildungsreform 261
 Bildungswesen 56, 202, 224, 261
 Binnenmarkt 28, 270
 Binnenwanderung 172
 Biographie 137
 Börse 164
 Bosnien-Herzegowina 35, 199, 204, 207, 208, 210, 212, 217, 220, 223
 Bulgarien 10, 15, 33, 35, 41, 43, 44, 68, 192, 193, 198, 202, 206, 213, 218
 Bundesrepublik Deutschland 2, 14, 25, 29, 37, 63, 92, 104, 137, 166, 170, 186, 190, 224, 230, 235, 236, 241, 242, 246, 251, 266, 270
 Bundesrepublik Jugoslawien 197, 201
 Bündnispolitik 192
 Bürger 267
 Bürgerbeteiligung 39, 227
 Bürgerbewegung 47
 Bürgerkrieg 194, 197, 201, 216
 Bürgermeister 108
 Bürgerrecht 182
 bürgerschaftliches Engagement 50
 Bürgertum 142
 Bürokratie 150, 159, 160, 180, 181, 189
- C**
- Cassirer, E. 216
 China 77, 90, 128, 129, 155, 187
 Christentum 25, 184, 230, 247
 Corporate Governance 164
- D**
- DDR 54, 241
 Defizit 38, 48
 Dekonstruktivismus 145
 deliberative Demokratie 61
 demographische Faktoren 208, 265
 demographischer Übergang 126, 191
 Demokratie 12, 13, 30, 38, 39, 41, 42, 49, 50, 57, 60, 61, 70, 90, 94, 102, 104, 106, 112, 113, 117, 123, 134, 140, 163, 181, 188, 204, 211, 213, 227, 228, 232, 250, 264, 269, 271, 281
 Demokratieverständnis 13, 30, 41, 42, 49, 50, 57, 60, 70, 90, 94, 102, 104, 112, 123, 134, 143, 163, 181, 213, 228, 264
 Demokratisierung 3, 13, 17, 22, 24, 26, 28, 37, 41, 42, 43, 58, 60, 61, 62, 71, 73, 81, 91, 93, 108, 128, 130, 134, 149, 181, 188, 197, 201, 204, 205, 219, 232, 250, 260, 261, 264, 273
 Deregulierung 40, 222
 Despotie 140
 deutsche Sprache 56, 169
 Deutsches Reich 14, 148
 Deutschland 241
 Devisen 161
 Diagnose 251
 Diagnostik 266
 Die Grünen 268
 Diktatur 118, 122, 137, 147, 280
 Diplomat 115
 Direktinvestition 207, 242
 Diskriminierung 245, 262, 282
 Dissident 47
 Diversifikation 90
 doppelte Staatsangehörigkeit 288
 Dorf 97, 235
 Drittes Reich 142, 148, 280
 Dunkelziffer 190
- E**
- Eigentumsverhältnisse 46, 253
 Eindämmungspolitik 4, 80
 Einkommen 20, 74, 183
 Einkommenseffekt 125
 Einkommensverteilung 72
 Einstellung 114, 118, 151, 187, 191, 245, 282

- Einwanderung 20, 166, 170
Electronic Government 267
Elite 67, 188, 195, 231, 258, 260, 289
Eltern-Kind-Beziehung 255
Elternschaft 125, 206, 259, 272
Emigration 119
Empfängnisverhütung 126, 191, 200, 259
Energie 86, 104
Energiepolitik 27, 30, 34, 77, 83, 85, 90, 91, 93, 104, 189, 279
Energieträger 89
Energieverbrauch 89
Energieversorgung 85, 90, 93, 104, 279
Energiewirtschaft 104, 159, 189
Engagement 254
englische Sprache 56, 169
Enteignung 135
Entgrenzung 214
Entwicklungsland 3, 7, 15, 29, 30, 35, 36, 41, 43, 44, 52, 53, 57, 58, 75, 76, 77, 81, 82, 84, 87, 90, 93, 95, 98, 104, 105, 120, 121, 128, 129, 137, 140, 155, 171, 175, 187, 188, 196, 197, 199, 200, 201, 204, 205, 207, 208, 210, 211, 212, 217, 220, 223
Entwicklungspolitik 28, 235
Erdgas 77, 89, 90, 91, 92, 104, 105, 128, 159, 279
Erdöl 3, 89, 90, 92, 93, 104, 105, 129, 155, 159
Erfolg-Misserfolg 58, 111, 134, 175, 223
Erinnerung 23, 139, 141, 143, 146, 177, 178, 252, 280, 283
Erster Weltkrieg 172
Erwachsenenbildung 261
Erwerbstätiger 72, 153, 270
Erwerbstätigkeit 20, 222
Erziehung 224
Estland 27, 40, 52, 222, 226, 227, 228
ESVP 18, 36
ethnische Beziehungen 3, 196, 289
ethnische Gruppe 20, 69, 171, 172, 175, 198, 258, 262, 288
ethnischer Konflikt 172, 217
Ethnizität 198
EU 3, 4, 6, 7, 9, 12, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 22, 23, 24, 26, 28, 30, 31, 32, 33, 35, 36, 37, 38, 48, 50, 52, 72, 78, 80, 81, 83, 85, 88, 89, 90, 91, 93, 95, 98, 102, 103, 104, 106, 117, 128, 130, 170, 193, 196, 207, 210, 211, 223, 225, 230, 231, 233, 234, 240, 242, 247, 248, 252, 254, 256, 268, 269, 270, 271, 275, 279, 284, 285, 289
EU-Beitritt 5, 7, 10, 11, 16, 22, 27, 28, 29, 31, 32, 33, 35, 61, 106, 202, 204, 228, 230, 231, 235, 238, 239, 247, 248, 254, 256, 257, 260, 269, 271, 275, 277, 289
EU-Erweiterung 5, 7, 10, 16, 18, 22, 24, 26, 28, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 38, 39, 44, 52, 93, 103, 195, 202, 211, 230, 231, 254, 257, 275, 277, 284, 289
EU-Politik 4, 7, 10, 17, 18, 19, 25, 29, 32, 37, 81, 85, 89, 93, 103, 104, 119, 246, 261, 269, 279, 289
Euratom 22
Euro 248, 285
Europa 1, 2, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 13, 14, 15, 16, 17, 20, 21, 23, 24, 25, 27, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 38, 41, 42, 44, 45, 46, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 69, 71, 72, 73, 74, 79, 80, 86, 88, 99, 102, 134, 142, 154, 164, 165, 170, 184, 187, 194, 195, 203, 204, 206, 207, 210, 212, 214, 217, 222, 223, 234, 245, 246, 247, 261, 262, 270, 271, 277, 284
Europäer 16, 18, 247, 271, 275
europäische Identität 2, 15, 16, 18, 19, 25, 35, 38, 39, 204, 269, 271, 275
europäische Institution 32, 36, 39, 213
europäische Integration 2, 6, 7, 9, 11, 15, 16, 17, 18, 19, 23, 24, 29, 32, 33, 34, 35, 36, 41, 78, 106, 194, 195, 197, 234, 242, 261, 268, 269, 270, 271, 275, 279, 280, 285
Europäische Kommission 223
europäischer Markt 93
Europäischer Rat 223
europäische Sicherheit 36, 93, 104, 210
europäische Sozialpolitik 19
europäische Zusammenarbeit 36
Europäisierung 5, 12, 25, 33, 38, 119, 194, 195, 271, 275
Europaparlament 9, 32, 37, 39
Europapolitik 6, 11, 15, 27, 39, 223, 235,

- 238, 249, 268, 271
 EU-Staat 7, 32, 46, 90, 103, 247, 268, 275, 279
 EU-Vertrag 242, 268
 EWG 32
 Exekutive 127, 182
 Exklusion 224
 Expansionspolitik 4, 80
 externe Effekte 61
- F**
- Fachbereich 63
 Fachkraft 21
 Fachsprache 169
 Fachwissen 207
 Familie 206, 224, 229, 255, 274, 287
 Familie-Beruf 126, 287
 Familienbildung 200
 Familiengründung 51, 272, 287
 Familienplanung 191, 206, 259
 Familienpolitik 152, 200, 215, 229, 259
 Familienstand 274
 Feiertag 141
 Feindbild 92, 139, 145, 283
 Fernsehen 111, 253
 Fernsehprogramm 111
 Film 145
 finanzielle Situation 63, 202, 244
 Finanzierung 18, 68, 132, 179, 246, 261
 Finanzmarkt 161
 Finanzpolitik 48, 285
 Finanzwirtschaft 245
 Flucht 172
 Flüchtling 145
 Föderalismus 159
 Formalisierung 132
 Forschung 69, 137
 Forschungsansatz 32, 205, 214, 231
 Forschungspolitik 63
 Forschungsprojekt 137
 Forschungsschwerpunkt 63
 Forschungsstand 173, 236, 241
 Forschung und Entwicklung 52
 Frankreich 2, 14
 französische Sprache 56
 Frau 51, 55, 136
 Frauenerwerbstätigkeit 191, 215
 Frauenpolitik 152
 freie Wählervereinigung 227
- Freihandel 34, 207
 Freiheit 139
 Freizeit 54
 Freizügigkeit 103
 Fremdbild 195, 251, 284
 Fremdeinschätzung 195
 Fremdwort 169
 Frieden 81, 199, 203
 Friedenserziehung 199
 Friedenspolitik 24, 194, 199
 Friedensprozess 199
 Friedenssicherung 199, 203, 209
 Friedensverhandlung 217
 Fruchtbarkeit 51, 126, 191, 200, 206, 215, 229, 259, 272, 274, 287
 Führungskraft 187
 Führungsstil 187
- G**
- GASP 36, 93, 194, 247
 Geburt 126, 215, 259
 Geburtenentwicklung 51, 191, 200, 206, 215, 259, 274, 287
 Geburtenhäufigkeit 200
 Geburtenrückgang 200, 206, 229, 274, 287
 Gedächtnis 23, 141, 144, 251
 Gedenkstätte 143
 Gedenktag 144
 Geheimdienst 180
 Geldleistung 276
 Geldpolitik 48, 242
 Gemeinde 251
 Generation 70, 177
 Generationenverhältnis 255
 Genetik 266
 Geopolitik 75, 84, 86, 98, 102, 113, 129, 131
 Georgien 30, 43, 57, 58, 75, 81, 84, 87, 95, 98, 104, 105, 175, 188
 Gerichtshof 254
 Geschichtsbewusstsein 139, 141, 143
 Geschichtsbild 25, 252
 Geschichtsschreibung 252
 Geschlechterforschung 185
 Geschlechterpolitik 35
 Geschlechterverhältnis 126, 145, 185
 geschlechtsspezifische Faktoren 153
 Gesellschaft 5, 58, 97, 216, 263
 Gesellschaftsordnung 86

Gesellschaftspolitik 191
Gesetzgebung 127, 276
Gesinnungsethik 91
Gesundheit 97
gesundheitliche Folgen 97
Gesundheitspolitik 152, 202, 246
Gesundheitsversorgung 246
Gesundheitswesen 246
Gewalt 87, 217
Gewaltbereitschaft 217
Gewerkschaft 163
Gewerkschaftspolitik 222
Gewinn 92, 164
Ghetto 142
Giddens, A. 66
Glaube 263
Global Governance 86
Globalisierung 1, 54, 88, 193, 239
Gorbatschow, M. 152
Grenzgebiet 87, 235, 256, 270
Griechenland 33
Großbetrieb 153
Großbritannien 2, 14, 208, 246
Großmacht 88, 94, 99, 177
Grundrecht 156
GUS 3, 30, 83, 89, 90, 98, 128, 166, 168, 172
Gütermarkt 242

H

Hafen 155
Häftling 137, 138
Handel 26, 52
Handelspolitik 93, 242
Handlungsfähigkeit 15, 99, 160, 196
Handlungsorientierung 67, 146, 284
Haushaltspolitik 285
Hegemonialpolitik 4, 24, 197
Heirat 126, 206
Herkunftsland 20, 55
Herrschaft 118, 143, 177
Herrschaftsapparat 137
Herrschaftssicherung 136
historische Sozialforschung 67
Hochbegabung 21
hoch Qualifizierter 21, 56
Hochschule 56, 63, 204
Hochschulforschung 63
Hochschullehrer 63

Hochschulwesen 204
Holding 157
Homosexualität 283
Hörfunk 253
humanitäre Hilfe 97
Humankapital 21, 74

I

Identität 5, 25, 141, 173, 174, 175, 198, 277
Identitätsbildung 25, 166, 175, 198, 204, 211
Ideologie 40, 113, 119, 135, 139, 144, 151, 178, 179, 282
illegale Einwanderung 170, 288
immaterielles Wirtschaftsgut 135
Imperialismus 83, 181
Indien 128
Industrialisierung 135
Industrie 52
Industriearbeiter 153
industrielle Beziehungen 65
Industriepolitik 52, 242
Inflation 154
Informationsfreiheit 111
Informationsgesellschaft 267
Informationstechnik 261
Informationstechnologie 267
informelle Kommunikation 132
informelle Struktur 132, 160, 163
Infrastruktur 235
Inhaltsanalyse 167
Innenpolitik 22, 120, 210, 247
innere Sicherheit 203, 210
Institutionalisierung 67, 71, 135, 179, 219, 265, 273
Institutionalismus 250
institutionelle Faktoren 49, 53, 103, 108, 250
institutioneller Wandel 62, 108, 287
Instrumentalisierung 105, 121, 139, 141, 144
Inszenierung 143
Integrationspolitik 29, 288
Intellektueller 143, 284
Interaktion 159
interdisziplinäre Forschung 236
Interessengruppe 70
Interessenkonflikt 70, 87, 129

- Interessenlage 29, 40, 70, 129
 Interessenorientierung 258
 Interessenpolitik 9, 91, 117, 129, 258, 264
 Interessensphäre 167
 Interessenvertretung 9
 interkultureller Vergleich 187, 224, 237
 internationale Anerkennung 99, 209
 internationale Beziehungen 8, 17, 61, 81, 88, 91, 94, 95, 98, 101, 102, 103, 105, 121, 130, 207, 234
 internationale Führungsmacht 88, 128
 internationale Hilfe 97
 internationale Organisation 75
 internationale Politik 7, 12, 75, 76, 86, 95, 98, 117, 128, 129, 130, 131
 internationaler Konflikt 84, 151, 212
 internationaler Vergleich 20, 40, 43, 44, 49, 53, 56, 58, 68, 74, 138, 166, 190, 191, 219, 220, 222, 224, 246
 internationales Abkommen 55, 156
 internationale Sicherheit 75, 76, 82, 86, 95, 101
 internationale Verflechtung 101
 internationale Wanderung 172
 internationale Zusammenarbeit 75, 85, 86, 137, 176, 187, 212, 226
 Internationalisierung 214
 Internet 109, 220, 253, 267
 Intervention 109, 130, 161, 224
 Invalidität 178
 Investition 246
 Irak 76
 Iran 76, 82
 Irland 225
 Islam 73
 Isolationismus 96
 Israel 76, 166
 Italien 2, 248
- J**
- Japan 77, 90, 155
 Journalismus 111
 Journalist 168
 Judentum 142, 245, 282
 Judenverfolgung 142, 280
 Jugend 58, 122
 Jugendkultur 54
 Jugendlicher 190, 224, 266
 Jugoslawien 54, 210, 217, 219
- Justiz 202, 210, 224, 243
- K**
- Kalter Krieg 8, 23, 85, 94
 Kampagne 114
 Kandidatur 114, 167, 205, 227, 286
 Kapital 68
 Kapitalbewegung 55
 Kapitalbildung 72
 Kapitalismus 59, 68, 70, 140, 162, 181, 183
 Karriere 127
 Kartell 260, 281
 Kasachstan 52, 98, 128, 129
 Katastrophe 97
 katholische Kirche 73, 184
 Katholizismus 230
 Kaufmann 158
 Kaukasusregion 3, 57, 79, 84, 95, 98, 105, 121, 128
 Kernenergie 176, 189
 Kernkraftwerk 97
 Kernwaffe 75, 82, 92
 Kindertagesstätte 215
 Kinderzahl 126, 191, 206, 215, 287
 Kino 145
 Kirche 136, 184
 Kirgistan 43, 58, 98, 188
 Klassifikation 49
 Kleinbetrieb 68
 Kleingewerbe 158
 Koalition 154, 192, 265
 Kollektivbewusstsein 143, 177
 kollektive Identität 19, 143, 177
 kommunale Selbstverwaltung 205
 Kommunalpolitik 108, 205, 254, 265, 286
 Kommunalverwaltung 108
 Kommunalwahl 205, 227, 286
 Kommunikation 25
 Kommunikationstechnologie 267
 Kommunismus 62, 137, 142, 147, 231, 263, 280
 kommunistische Partei 264
 Kompromiss 38
 Konflikt 3, 81, 83, 105, 121, 126, 145, 151, 175, 179, 196, 231, 287
 Konfliktbewältigung 194
 Konfliktbewusstsein 231
 Konfliktlösung 102, 119

- Konfliktpotential 105, 119, 121, 196, 231
Konfliktregelung 36, 81
Konfrontationspolitik 94, 105
Konsens 49
Konservatismus 230
konservative Partei 268
Konsolidierung 61, 106, 192, 219, 250, 273
Konstruktivismus 226
Konsum 193
Konsumverhalten 54, 237
Konvergenz 14, 26
Konzentrationslager 146
Korruption 55, 119, 122, 196, 202, 210, 211, 213, 253, 254, 257
Kosovo 80, 85, 95, 194, 196, 197, 207, 209, 210, 220, 223
Kostenfaktor 246
Kosten-Nutzen-Analyse 289
Krankenhaus 115
Krankenversicherung 276
Krieg 76, 79, 81, 95, 101, 104, 139, 141, 144, 151, 197, 199, 217
Kriegsausbruch 86
Kriegsgefangener 148
Kriegsopfer 178
Kriegsverbrechen 142, 217
Kriminalität 190, 203, 208, 243
Kriminalpolitik 55, 243
Krise 15, 38, 51, 60, 105, 113, 154, 162
Kritiker 16
Kroate 217
Kroatien 41, 43, 44, 53, 58, 199, 201, 205, 208, 217, 220
Kultur 3, 18, 109, 110, 113, 116, 141, 193, 195, 213, 221, 230, 237, 283
kulturelle Beziehungen 234
kulturelle Faktoren 78, 116, 163, 169, 175, 190, 272
kulturelle Identität 16, 23, 116, 142
kulturelle Integration 234
kulturelles System 221
kulturelle Vielfalt 16, 116
Kulturpolitik 165
Kulturwandel 54
Kulturwissenschaft 216
Kündigungsschutz 44, 222
Kunst 135
Kunstwerk 135
- Kurde 175
- L**
Landbevölkerung 235
ländliche Entwicklung 66, 239
ländlicher Raum 66, 235, 236, 239, 241, 261
Landwirtschaft 97, 157, 218, 289
Lateinamerika 137, 140
Lebensbedingungen 1
Lebensperspektive 138
Lebenssituation 138
Lebensstandard 202
Lebensstil 126, 229, 272
Lebenszyklus 68
Legalität 170
Legitimation 32, 38, 39, 60, 96, 108, 123, 135, 141, 143, 144, 149, 177, 258
Legitimität 39
Lettland 27, 174, 221, 222, 224, 228
Libanon 76
Liberalisierung 34, 40
Linksradikalismus 13
Litauen 27, 37, 44, 222, 225, 228, 229
Literatur 25, 146
Lobby 160
Lohn 44, 153, 222, 270, 278
Lohnfindung 44
Lohnhöhe 125, 278
lokale Faktoren 108, 196, 286
Luxemburg, R. 140
- M**
Maastrichter Vertrag 85, 248, 285
Macht 7, 81, 89, 95, 136, 146, 159, 163, 188
Machtkampf 106, 110, 188
Machtpolitik 95, 99, 260
Machtwechsel 124
Makroökonomie 186
Management 68
Manipulation 96, 109, 115
Mann 153
Marine 115
Markt 104, 158
Marktanteil 90
Marktreaktion 161
Marktwirtschaft 10, 12, 71, 73, 162, 181, 186, 201, 232, 281, 285

- Marx, K. 140
 Maschinenbau 153
 Massenmedien 46, 111, 166, 179
 Mazedonien 196, 212, 220
 Medien 46, 108, 117, 122, 182, 253, 262, 289
 Medienarbeit 266
 Medienkonzentration 46
 Medienpolitik 168
 Medienrecht 168
 Mehrebenenanalyse 251
 Mehrheitsprinzip 49
 Mehrsprachigkeit 56
 Meinungsfreiheit 182
 Menschenhandel 55
 Menschenrechte 91, 104, 130, 156
 menschliche Sicherheit 203
 Methodologie 148, 241
 Migrant 170
 Migration 14, 21, 37, 69, 97, 106, 155, 170, 172, 214, 233, 289
 Migrationsforschung 170
 Migrationspolitik 172
 Migrationspotential 244
 Mikroökonomie 161
 Militär 145, 148
 Militärdoktrin 92
 militärische Intervention 76
 militärischer Konflikt 79, 105, 121, 217
 militärisch-industrieller Komplex 82
 Militärpolitik 75
 Minderheit 20, 69, 103, 133, 144, 166, 171, 173, 174, 175, 193, 209, 258, 262, 288
 Minderheitenpolitik 133, 136, 174, 258, 262
 Minderheitenrecht 133, 173, 262
 Mitgliedschaft 5, 15, 26, 103, 106, 207
 Mitteleuropa 31, 45, 46, 53, 55, 72, 73, 257, 271, 284
 Mittelmeerraum 15
 Mittelstreckenwaffe 240
 Mobilisierung 58, 113, 175, 178, 188
 Modellvergleich 237
 Moderne 272
 Modernisierung 12, 42, 52, 66, 67, 74, 195, 221, 234, 254, 257, 267, 284
 Modernisierungstheorie 67
 Moldau 30, 52, 75, 98, 102, 119
 Monopolisierung 140
 Montenegro 220
 Moral 53, 146, 158, 252
 multikulturelle Gesellschaft 14, 133
 Multilateralität 75
 multinationales Unternehmen 277
 Musik 109
 Muslim 196, 211, 217
 Mutter 125
 Mutterschaft 215
 Mythologie 216
 Mythos 139, 144, 146, 216
- N**
- Nachbarschaft 3, 30, 36, 37, 102, 106, 230, 251
 Nachhaltigkeit 50
 Nachkriegszeit 136, 143, 144
 Nahost 3, 7, 15, 29, 30, 36, 43, 53, 57, 58, 75, 76, 81, 82, 84, 87, 93, 95, 98, 104, 105, 120, 121, 166, 171, 175, 188
 Nahostpolitik 76
 Nahrungs- und Genussmittelgewerbe 157
 Narration 2
 Nation 2, 133, 271
 Nationalbewusstsein 18, 107, 141, 144, 149, 271, 275, 277, 283
 nationale Entwicklung 113, 133, 283
 nationale Identität 2, 6, 11, 18, 19, 23, 25, 33, 35, 113, 133, 185, 216, 233, 238, 275, 277, 283
 nationale Sicherheit 226, 240
 Nationalismus 79, 84, 139, 149, 197
 Nationalität 133
 Nationalitätenfrage 133, 136
 Nationalsozialismus 142, 280
 Nationalstaat 14, 23, 61, 195, 214, 220
 NATO 4, 12, 26, 30, 36, 75, 80, 83, 86, 92, 94, 95, 101, 105, 121, 240, 254, 269, 275, 284
 Neoliberalismus 65, 193
 neue Technologie 267
 nichtstaatliche Organisation 61, 117, 130, 182
 Niederlande 208
 Nordamerika 2, 4, 18, 53, 80, 86, 87, 90, 92, 94, 95, 99, 100, 105, 113, 117, 129, 193, 237, 240

Norm 26, 51, 146, 200

Normgeltung 156

Norwegen 15

O

öffentliche Aufgaben 160

öffentliche Meinung 213, 240

öffentliche Ordnung 210

öffentlicher Dienst 48

öffentlicher Sektor 125, 267

öffentliche Verwaltung 37, 150, 267

Öffentlichkeit 25, 213, 252

Öffentlichkeitsarbeit 213

öffentlich-rechtliche Einrichtung 253

ökonomische Entwicklung 87, 89, 90,
106, 207, 230

ökonomische Faktoren 51, 89, 126, 219,
229, 274, 287

ökonomischer Wandel 31, 51

ökonomisches Verhalten 158

ökonomische Theorie 74

Ökonomisierung 281

Oktoberrevolution 140

Oligarchie 122, 124, 163

Oligopol 253

Opfer 178, 208, 217, 280, 283

Opposition 43, 96, 111, 118, 122, 139

Ordnungspolitik 48, 240

Organisationen 258, 286

Organisationsstruktur 182

organisierte Kriminalität 202, 210, 211,
213

orthodoxe Kirche 73, 184, 197, 263

Ostasien 77, 90, 128, 129, 155, 187

Österreich 35, 270

Osterweiterung 2, 4, 5, 6, 9, 10, 11, 12,
15, 16, 18, 23, 24, 26, 28, 29, 31, 32,
35, 36, 38, 39, 44, 48, 67, 80, 103,
106, 230, 247, 248, 254, 257, 285

Ostgebiete 142, 148

Ostmitteleuropa 5, 27, 49, 50, 51, 54, 56,
62, 65, 69

Ostpolitik 17

Ostseeraum 52

Ost-West-Beziehungen 23, 96

Ost-West-Konflikt 167

OSZE 83, 96

P

Palästina 76

palästinensisch-israelischer Konflikt 76

paramilitärischer Verband 217

Parlament 45, 123, 127, 281

Parlamentarismus 250, 264

Parlamentswahl 96, 114, 115

Partei 113, 114, 136, 140, 202, 211, 219,
227, 233, 238, 252, 258, 264, 265,
269, 275, 286

Parteiensystem 9, 13, 41, 42, 57, 60, 64,
71, 123, 192, 201, 227, 228, 231,
232, 249, 260, 264, 265, 273, 281

Partizipation 9

Partnerbeziehung 191, 259, 287

Paternalismus 118

Patriotismus 139

Pendler 288

Personalabbau 63

Personalakte 137

Personalführung 187

Personenverkehr 37, 103

Pfadabhängigkeit 40

Planwirtschaft 162, 181

Pluralismus 47, 60, 184, 192, 201, 263,
273

Polarisierung 201

Polen 2, 11, 14, 27, 29, 35, 37, 38, 41, 44,
46, 47, 48, 50, 52, 54, 65, 70, 100,
137, 230, 231, 232, 233, 234, 235,
236, 237, 238, 239, 240, 241, 242,
243, 244, 245, 246, 247, 248, 249,
250, 251, 252

Politik 53, 81, 135, 159, 213, 216, 252

Politiker 127, 159

Politikfeld 103

politisch-administratives System 115, 180,
182

politische Bewegung 47, 109, 265

politische Beziehungen 76, 85, 86, 93

politische Bildung 50

politische Einstellung 106, 107, 109, 110,
183, 202, 231, 238, 269

politische Elite 40, 127, 159, 226, 258

politische Entscheidung 40

politische Entwicklung 62, 86, 87, 98, 99,
118, 180, 219, 227, 234, 249, 250,
252, 277

politische Faktoren 14, 175, 219

- politische Folgen 87
 politische Führung 40, 77, 99, 147, 180
 politische Funktion 182
 politische Gruppe 205, 227, 265, 286
 politische Herrschaft 147
 politische Institution 73, 85, 182, 219, 273
 politische Integration 230
 politische Kommunikation 109, 110, 220
 politische Kontrolle 123, 147, 182
 politische Krise 88, 120
 politische Kultur 6, 11, 13, 25, 39, 42, 57,
 61, 62, 64, 71, 73, 87, 110, 127, 150,
 232, 252, 260, 265, 269, 281
 politische Linke 8
 politische Macht 6, 7, 17, 127, 159, 180
 politische Meinung 268
 politische Mitte 110
 politische Partizipation 226, 258, 262
 politischer Akteur 108, 117, 159
 politischer Einfluss 7, 11, 17, 117, 122,
 168, 182, 205
 politischer Konflikt 79, 155, 240
 politischer Prozess 182
 politischer Wandel 1, 6, 8, 31, 43, 51, 58,
 62, 71, 108, 113, 114, 131, 147, 174,
 184, 205, 206, 221, 229, 263
 politisches Bewusstsein 47
 politische Situation 87, 204, 258, 268
 politisches Regime 62, 122, 136, 250
 politisches System 8, 9, 41, 42, 57, 60, 64,
 86, 99, 113, 114, 119, 122, 124, 132,
 136, 180, 188, 192, 201, 207, 260,
 273, 281
 politische Stabilität 15, 24, 118, 162, 194,
 210, 228, 281
 politische Steuerung 7
 politische Strategie 7, 76, 87, 88
 politische Theorie 81, 205
 politische Willensbildung 9, 64, 232, 264,
 273
 Politisierung 243
 Polizei 203, 262
 Polizeieinsatz 212
 Popkultur 54
 Popmusik 54
 Popularität 154
 Populismus 13, 41
 Portugal 246, 248
 postkommunistische Gesellschaft 9, 10,
 22, 30, 40, 41, 42, 43, 49, 51, 53, 57,
 58, 60, 61, 64, 70, 71, 73, 87, 102,
 107, 110, 113, 114, 116, 136, 141,
 146, 149, 152, 154, 162, 175, 181,
 183, 184, 188, 192, 197, 201, 202,
 211, 215, 229, 230, 231, 254, 259,
 260, 262, 264, 272, 273, 274, 275,
 281, 282, 284, 285, 287
 Poststrukturalismus 25
 Prager Frühling 47
 Präsident 89, 92, 94, 96, 105, 115, 122,
 124
 Präsidentschaftswahl 110, 111, 113, 114,
 117, 120, 122, 131
 Präsidialsystem 124, 250
 Prävention 36, 194, 254
 Preisbildung 161
 Presse 46, 167
 Pressefreiheit 168, 253
 Privateigentum 162, 181, 183
 privater Rundfunk 253
 Privatisierung 72, 159, 180, 183, 202, 221
 Privatsphäre 160
 Privatunternehmen 68
 Problembewusstsein 266
 Produktionsfaktor 56
 produzierendes Gewerbe 153
 Projektion 195
 Proliferation 75
 Prostitution 55
 Protest 96, 113, 118, 178
 Protestantismus 73
 Public Private Partnership 246
- Q**
 Qualifikation 56, 261
 Qualifikationsstruktur 270
 qualitative Methode 241
 quantitative Methode 148, 241
- R**
 Rasse 283
 Rassenpolitik 142, 283
 Rassismus 283
 Ratifizierung 32
 Rational-Choice-Theorie 218
 Rationalität 68, 150
 realer Sozialismus 8, 140
 Realismus 271

- Recht 25, 109
rechtliche Faktoren 109
Rechtsanspruch 174
Rechtsanwalt 174
Rechtsanwendung 109
Rechtsberatung 63
rechtsextreme Partei 233
Rechtsslage 209
Rechtsnorm 156
Rechtsordnung 63
Rechtsradikalismus 13, 233
Rechtsstaat 3, 39, 210
Reflexivität 236
Reformpolitik 22, 152, 162, 181, 218, 222, 261, 276
Regierung 99, 123, 154, 171, 211, 213, 252
Regierungsamt 160
Regierungspartei 268
Regierungspolitik 171, 180, 182, 186, 213, 279
Regierungswechsel 180
Regime 43, 122
Region 107, 109, 116, 270
regionale Entwicklung 34, 106, 107, 109, 116, 121, 132, 207, 234
regionale Faktoren 18, 81, 107, 109, 116, 121, 132
regionale Identität 107, 116, 142
regionale Integration 34
regionale Mobilität 214
regionaler Unterschied 107, 109, 116
regionale Verflechtung 77
Regionalpolitik 242
Regionalwirtschaft 77
Reichtum 183
Religion 73, 175, 184, 263
Religionsgemeinschaft 136, 263
Religionszugehörigkeit 73, 184
religiöse Bewegung 263
religiöse Faktoren 25, 73, 196
religiöse Gruppe 184
Rente 178
Rentenversicherung 72
Rentner 72
repräsentative Demokratie 42
Repression 147, 177
Reproduktion 140, 272
Reproduktionsmedizin 266
Ressourcen 34, 68, 128, 155
Revolution 26, 43, 58, 106, 107, 109, 113, 115, 117, 122, 135, 140, 141, 167, 188
Risikoabschätzung 176
Rohstoff 155
Rollenverständnis 247, 269
Roman 146
Rumänien 10, 15, 33, 35, 41, 43, 46, 53, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 288
Rundfunk 46
Russe 103, 148, 151, 174
russische Sprache 169
Russland 4, 12, 15, 17, 22, 30, 41, 49, 52, 53, 68, 70, 75, 76, 77, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 94, 95, 96, 98, 99, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 112, 117, 121, 122, 123, 124, 125, 127, 128, 129, 133, 137, 139, 140, 141, 143, 145, 146, 149, 150, 151, 152, 153, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 167, 168, 174, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 185, 186, 187, 189, 190, 191, 240, 279
Rüstung 92, 240
- S**
Sanktion 179
Schattenwirtschaft 158, 160
Schule 224
Schüler 224
Schülerin 224
Schwangerschaft 51, 191, 215, 259, 272
Schwangerschaftsabbruch 200
Schweden 246
Schweiz 15, 53
Schwellenland 161
Selbstbestimmungsrecht 209
Selbstbewusstsein 269
Selbstbild 145, 198, 208, 220, 233, 238, 251, 255, 269, 284
Selbstdarstellung 147, 220
Selbsteinschätzung 143
Selbstorganisation 47, 183, 262
Selbstverwaltung 242
Serbe 209
Serbien 33, 35, 43, 54, 58, 80, 194, 195,

- 197, 199, 201, 216, 217, 220, 223, 288
- Sexualität 181
- Sezession 121, 209
- Sibirien 155, 176
- Sicherheit 176, 203, 212
- Sicherheitsbewusstsein 36, 254
- Sicherheitspolitik 17, 22, 24, 27, 28, 29, 34, 35, 36, 37, 75, 76, 77, 81, 92, 95, 101, 104, 129, 194, 212, 240, 254
- Skandinavien 148
- Slowakei 27, 35, 38, 41, 43, 50, 58, 70, 267, 269, 272, 273, 288
- Slowenien 35, 40, 46, 208, 215, 217, 219, 220, 223
- Soldat 145, 148
- Solidarität 18, 247, 279
- Souveränität 3, 116, 119, 289
- Sowjetbürger 148
- Sozialarbeit 224
- soziale Beziehungen 68, 173
- soziale Differenzierung 183, 202
- soziale Entwicklung 234
- soziale Faktoren 169, 208
- soziale Konstruktion 216
- soziale Lage 72, 206
- sozialer Raum 214
- sozialer Wandel 31, 51, 184, 206, 229, 255, 257, 259, 274
- soziale Sicherung 44, 222
- soziales Netzwerk 150, 181
- soziales System 74
- soziale Ungleichheit 1, 214
- soziale Wahrnehmung 216, 226, 255
- soziale Wirklichkeit 226
- Sozialhilfe 276
- Sozialisation 255
- Sozialisierung 135
- Sozialismus 140, 162
- sozialistische Partei 197
- sozialistischer Staat 123, 232
- Sozialleistung 276
- Sozialordnung 67
- Sozialpolitik 1, 19, 72, 152, 259
- sozialpsychologische Faktoren 142, 208
- Sozialrecht 276
- Sozialstaat 1, 152
- Sozialstruktur 64, 214, 236, 239
- Sozialwesen 108, 202
- soziokulturelle Entwicklung 263
- sozioökonomische Lage 262
- Spätaussiedler 170
- Splitterpartei 286
- Sprache 25, 165, 175
- Sprachkenntnisse 56
- SS 142
- Staat 53, 81, 89, 99, 118, 119, 147, 181, 193, 209, 210, 211, 221
- Staatenbildung 24, 132
- Staatenbund 23
- staatliche Einflussnahme 89, 115, 135, 178, 218, 224, 226
- staatliche Lenkung 172, 186, 218
- Staatsangehörigkeit 14, 20, 174
- Staatsfunktion 87, 116, 119, 193, 211
- Staatsgebiet 116, 119
- Staatsgewalt 87
- Staatsgründung 209
- Staatssozialismus 193
- Staatszerfall 217
- Stadt 108, 256, 265
- Städtebau 186
- Stadt-Land-Beziehung 236, 239
- Stalinismus 136, 137, 139, 146, 149, 181
- Standortfaktoren 48
- statistische Analyse 161
- Sterblichkeit 97
- Stereotyp 5, 166, 251, 262
- Steuern 53
- Steuerpolitik 44, 285
- Stiftung 160
- Strafentlassung 138
- Strafgefangener 115
- Straflager 138
- Strafrecht 181, 243
- Straftat 208, 243
- Strafverfahren 97
- Streik 183
- Strukturwandel 13, 52, 150, 192, 259, 261, 270
- Student 56, 122, 244
- Studentenbewegung 47, 122
- Studienabschluss 127
- Studienfach 127
- Subsidiaritätsprinzip 18
- Subvention 230
- Südasien 128
- Südosteuropa 7, 10, 13, 15, 24, 33, 34, 41,

- 42, 60, 64, 66, 67, 72, 80, 170, 194,
203, 204, 207, 210, 212, 214, 217,
223, 262
- Symbol 141, 216
- Syrien 76
- Systemveränderung 67
- Systemvergleich 67
- T**
- Tabu 141
- Tadschikistan 98
- Tageszeitung 167
- Tarifverhandlung 222
- Technikfolgen 267
- Technologietransfer 82, 278
- territoriale Integrität 119, 196
- Terrorismus 4, 75, 101, 151, 284
- tertiärer Sektor 56
- Textanalyse 220
- Theoriebildung 236, 241
- Tod 148
- Totalitarismus 149
- Tradition 66, 73, 145, 162, 181, 184, 193,
245, 272
- traditionelle Gesellschaft 66
- traditionelle Kultur 255
- transatlantische Beziehungen 25
- transnationale Beziehungen 25, 214
- Tschechische Republik 2, 11, 27, 35, 38,
41, 48, 50, 53, 65, 68, 70, 100, 248,
264, 265, 266, 268, 270, 271, 274,
275, 276
- Tschechoslowakei 14, 47
- Tschetschenien 84, 85, 151
- Türkei 7, 15, 29, 36
- Turkmenistan 98
- U**
- Überlebensstrategie 178
- UdSSR 8, 12, 25, 54, 78, 80, 95, 123, 135,
136, 137, 138, 139, 143, 144, 145,
147, 149, 150, 152, 162, 166, 172,
177, 178, 181, 191
- UdSSR-Nachfolgestaat 3, 4, 12, 15, 17,
19, 22, 26, 27, 29, 30, 35, 37, 40, 41,
43, 44, 49, 52, 53, 57, 58, 68, 70, 75,
76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85,
86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95,
96, 97, 98, 99, 101, 102, 103, 104,
105, 106, 107, 108, 109, 110, 111,
112, 113, 114, 115, 116, 117, 118,
119, 120, 121, 122, 123, 124, 125,
126, 127, 128, 129, 130, 131, 132,
133, 136, 137, 139, 140, 141, 142,
143, 144, 145, 146, 148, 149, 150,
151, 152, 153, 154, 155, 156, 157,
158, 159, 160, 161, 162, 163, 164,
165, 167, 168, 169, 170, 171, 173,
174, 175, 176, 177, 178, 179, 180,
181, 182, 183, 184, 185, 186, 187,
188, 189, 190, 191, 221, 222, 224,
225, 226, 227, 228, 229, 240, 245,
279
- Ukraine 15, 26, 29, 30, 35, 37, 41, 43, 52,
58, 75, 78, 83, 96, 98, 102, 106, 107,
109, 110, 111, 113, 114, 115, 116,
117, 122, 126, 128, 131, 132, 136,
144, 148, 154, 163, 164, 165, 169,
170, 173, 184, 188, 245
- Umgangssprache 169
- Umsiedlung 97
- Umwelt 176
- Umweltpolitik 223
- Umweltschutz 176
- Unabhängigkeitserklärung 80, 196, 209,
223
- Unfallversicherung 276
- Ungar 288
- Ungarn 2, 25, 27, 35, 38, 41, 44, 48, 50,
53, 65, 70, 248, 256, 277, 278, 279,
280, 281, 282, 283, 284, 285, 286,
287, 288, 289
- Ungleichheit 72, 126, 251
- Universalismus 156
- UNO 207
- UNO-Sicherheitsrat 95
- Unternehmen 65, 164, 187, 278
- Unternehmensform 157, 163
- Unternehmensführung 164, 187
- Unternehmensgründung 68
- Unternehmenskultur 187
- Unternehmer 68, 163
- Unternehmerverband 163
- Ursachenforschung 229
- Urteil 289
- USA 2, 4, 18, 53, 80, 86, 87, 90, 92, 94,
95, 99, 100, 105, 113, 117, 129, 193,
237, 240

- Usbekistan 77, 98
- V**
- Verantwortung 196
- Verantwortungsethik 91
- Verbraucher 54, 237
- Verbrechensbekämpfung 243
- Verfassung 2, 15, 19, 32, 49, 188, 268
- Verfassungsmäßigkeit 124
- Vergangenheitsbewältigung 23, 62, 141, 143, 144, 146, 149, 177, 252, 280
- vergleichende Forschung 214
- Verhalten 54, 229, 237, 272, 274
- Verhaltensänderung 274
- Verhältnismäßigkeit 192
- Verhandlung 94, 278
- Verkauf 135
- Vernetzung 69
- Versicherung 72
- Versicherungsprinzip 72
- Versorgung 178
- Verteidigungspolitik 75, 100, 240
- Vertrag 2, 32, 37, 104, 223
- Vertrauen 53, 67, 213
- Vertreibung 69, 172, 217
- Vertreter 115
- Verwaltung 132, 160, 221, 242, 267
- Verwaltungsapparat 132
- Vielvölkerstaat 209
- Viktimisierung 208
- Völkermord 142, 217, 280
- Völkerrecht 95, 209, 210, 217
- Volksabstimmung 2
- Volkspartei 286
- Volkswirtschaft 21, 59
- Vorbild 225
- Vorurteil 245, 262, 282, 289
- W**
- Wachstum 48
- Waffe 76
- Wahl 43, 83, 96, 107, 109, 110, 112, 114, 115, 118, 122, 131, 179, 188, 219
- Wahlbündnis 115
- Wahlergebnis 64, 109, 110, 114, 116, 179, 227, 286
- Wahlgesetz 179
- Wahlkreis 115, 131
- Wahlrecht 179, 192
- Wahlsystem 114, 286
- Wahlverhalten 109, 112, 123, 230
- Wahlwerbung 179
- Wahrnehmung 3, 195, 251, 269
- Währung 161
- Währungspolitik 242
- Weber, M. 67, 150, 241
- Wechselkurs 161, 248
- Weißrussland 30, 52, 58, 75, 89, 96, 97, 98, 102, 103, 118, 122, 130, 142
- Weiterbildung 261
- Weltbank 218
- Weltbild 94
- Weltgesellschaft 156
- Weltordnung 86, 94, 99, 128, 284
- Weltpolitik 4, 12, 80, 86, 88, 99, 149, 234
- Weltwirtschaft 161
- Wert 90, 187, 237, 255
- Wertorientierung 2, 39, 90, 91, 177, 187, 193, 237, 255
- Wertpapier 164
- Wertsystem 139
- Wertwandel 51, 200, 287
- Westeuropa 1, 8, 13, 14, 20, 21, 38, 42, 59, 60, 245, 277
- westliche Welt 79, 86, 95
- Wettbewerb 71, 94, 274
- Widerstandsbewegung 142
- Wiedervereinigung 1, 6, 8
- Wirtschaft 52, 104, 154, 159, 163
- wirtschaftliche Abhängigkeit 163
- wirtschaftliche Faktoren 38, 83, 119
- wirtschaftliche Folgen 21, 59, 83
- wirtschaftliche Integration 235
- wirtschaftliche Lage 30, 119, 163, 202
- wirtschaftliche Zusammenarbeit 28, 104, 155, 235
- Wirtschaftsbeziehungen 3, 26, 37, 77, 82, 93
- Wirtschaftselite 159
- Wirtschaftsentwicklung 21, 28, 34, 40, 172, 180, 225, 248
- Wirtschaftspolitik 19, 52, 72, 77, 82, 91, 93, 159, 162, 189, 242
- Wirtschaftsreform 62
- Wirtschaftsstruktur 270
- Wirtschaftssystem 86
- Wirtschaftswachstum 10, 21, 74, 96, 163, 225

Wirtschaftszweig 65
Wissen 56, 207
Wissenschaftsdisziplin 203
Wissenstransfer 234
Wohlfahrt 87
Wohlfahrtsstaat 39, 152, 181
Wohnbevölkerung 265
Wohnen 262
Wohnungsbau 186
Wohnungsmarkt 186
Wohnungswesen 108, 186
Wohnverhältnisse 126
Wortschatz 169
WTO 52

Z

Zeitarbeit 44
Zeitgeschichte 216
Zentralasien 43, 52, 58, 77, 98, 101, 128,
129, 188
Zentralbank 161
Zentralismus 18
Zigeuner 258, 262, 269, 283, 289
Zivilbevölkerung 226
Zivilgesellschaft 37, 47, 50, 58, 61, 107,
108, 117, 130, 182, 199, 203, 204,
205, 234, 249, 258
Zugangsvoraussetzung 168
Zukunftsperspektive 93
Zweiter Weltkrieg 139, 141, 142, 143,
144, 145, 148, 172, 177, 178
Zwischenkriegszeit 172

19. Jahrhundert 151, 172, 185
20. Jahrhundert 172, 185, 198
21. Jahrhundert 23, 140

Institutionenregister

- Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen 78, 138
- ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V. Niederlassung Dresden 48
- Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa -IAMO- 157
- Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit 78
- Technische Hochschule Aachen, Philosophische Fakultät, Institut für Psychologie Lehrstuhl Betriebs- und Organisationspsychologie 187
- Technische Universität Darmstadt, FB 02 Gesellschafts- und Geschichtswissenschaften, Institut für Soziologie Prof.Dr. Martina Löw 256
- Technische Universität Dresden, Philosophische Fakultät, Lehrstuhl für Europastudien 69
- Universität Bamberg, Fak. Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, Graduiertenkolleg "Märkte und Sozialräume in Europa" 164
- Universität Bamberg, Fak. Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, Lehrstuhl für Soziologie II 234
- Universität Bonn, Philosophische Fakultät, Institut für Geschichtswissenschaft Abt. Osteuropäische Geschichte 138
- Universität Bremen, FB 08 Sozialwissenschaften, Bremen International Graduate School of Social Sciences Chair of Political Sociology and Comparative Analysis of Contemporary Societies (BIGSSS) 234
- Universität Bremen, Jean Monnet Centre for European Studies -CEuS- 234
- Universität Erlangen-Nürnberg, Philosophische Fakultät und Fachbereich Theologie, Institut für Politische Wissenschaft Lehrstuhl für Politische Wissenschaft I 45
- Universität Freiburg, Philologische Fakultät, Slavisches Seminar 78, 165, 185
- Universität Hamburg, Fak. für Rechtswissenschaft, Institut für Kriminalwissenschaften Abt. Kriminologie 190
- Universität Hannover, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Institut für Geld und Internationale Finanzwirtschaft 161
- Universität Heidelberg, Philosophische Fakultät, Historisches Seminar Graduiertenkolleg "Diktaturüberwindung und Zivilgesellschaft in Europa" 280
- Universität Köln, Philosophische Fakultät, Historisches Seminar Abt. für Osteuropäische Geschichte 78
- Universität Leipzig, Fak. für Sozialwissenschaften und Philosophie, Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft Professur für Medienpädagogik und Weiterbildung 266
- Universität Leipzig, Medizinische Fakultät, Institut für Arbeitsmedizin und Sozialmedizin -IfAS-Selbständige Abt. Sozialmedizin 266

Universität Magdeburg, Fak. für Geistes-, Sozial- und Erziehungswissenschaften, Institut für Soziologie Bereich Makrosoziologie 68, 158

Universität Marburg, FB 03 Gesellschaftswissenschaften und Philosophie, Institut für Soziologie 78

Universität München, Sozialwissenschaftliche Fakultät, Centrum für angewandte Politikforschung -C.A.P- Forschungsgruppe Europa 7, 17

Universität München, Sozialwissenschaftliche Fakultät, Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft Lehrstuhl für Internationale Politik 203

Universität Siegen, FB 01 Sozialwissenschaften, Philosophie, Theologie, Geschichte, Geographie, Fach Politikwissenschaft Lehrstuhl Politische Systeme, Öffentliches Recht 171

ANHANG

Hinweise zur Originalbeschaffung von Literatur

Die in der Datenbank SOLIS nachgewiesene Graue Literatur enthält nahezu vollständig einen Bibliotheksstandort zur Erleichterung der Ausleihe; dies gilt auch für einen Teil (40%) der nachgewiesenen Verlagsliteratur. In SOLIS nachgewiesene Zeitschriftenaufsätze sind zu über 60% mit einem Standortvermerk versehen.

Beschaffung von Literatur über den Deutschen Leihverkehr

Die Standortvermerke in SOLIS (Kürzel, Ort und Sigel der besitzenden Bibliothek sowie Signatur der Arbeit) beziehen sich auf Bibliotheken, die dem normalen Fernleihverkehr angeschlossen sind. Sollte die gewünschte Arbeit bei Ihrer örtlichen Bibliothek nicht vorhanden sein, ersparen Ihnen die Standortvermerke für die Fernleihe („Direktbestellung“) den u.U. sehr zeitraubenden Weg über das Bibliothekenleitsystem.

Elektronische Bestellungen sind ebenfalls möglich, z.B. über subito - einen bundesweiten Dokumentlieferdienst der deutschen Bibliotheken für Aufsätze und Bücher.

Literaturdienst der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln

Aufsätze aus Zeitschriften, die für SOLIS ausgewertet werden und in der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln vorhanden sind, können über den Kölner Literaturdienst (KÖLI) als Kopie bestellt werden. Diese Aufsätze enthalten den Standortvermerk „UuStB Koeln(38) - Signatur der Zeitschrift“ sowie einen Hinweis auf den Kopierdienst. Die Bestellung kann mit gelber Post, per Fax oder elektronisch erfolgen

Kosten für den Postversand bis zu je 20 Kopien pro Aufsatz betragen 8,- Euro, für Hochschulangehörige 4,- Euro (bei „Normalbestellung“ mit einer Lieferzeit von i.d.R. sieben Tagen); gegen Aufpreis ist eine „Eilbestellung“ (Bearbeitungszeit: ein Arbeitstag) oder auch eine Lieferung per Fax möglich.

Zur Benutzung der Forschungsnachweise

Die Inhalte der Forschungsnachweise beruhen auf den Angaben der Forscher selbst.

Richten Sie deshalb bitte Anfragen jeglicher Art direkt an die genannte Forschungseinrichtung oder an den/die Wissenschaftler(in).

Das gilt auch für Anfragen wegen veröffentlichter oder unveröffentlichter Literatur, die im Forschungsnachweis genannt ist.

Dienstleistungsangebot der Abteilung „Fachinformation für die Sozialwissenschaften“

Das Dienstleistungsangebot der Abteilung Fachinformation dient der Verbreitung, Förderung und Fundierung sozialwissenschaftlicher Forschungsergebnisse sowie dem Wissensaustausch auf nationaler wie internationaler Ebene. Gleichzeitig macht die Fachinformation die sozialwissenschaftliche Forschung des deutschsprachigen Raumes international sichtbar.

Zentrale Aktivitäten sind Aufbereitung, Bereitstellung und Transfer von Wissen durch:

- Konzeption, Aufbau und Pflege von Datenbanken und Serviceangeboten zu Forschungsstrukturen, -aktivitäten und -ergebnissen in den Sozialwissenschaften im deutschsprachigen und östlichen europäischen Forschungsraum und zu wissenschaftsbezogenen chancengleichheitsrelevanten Themen im deutschsprachigen, europäischen und internationalen Rahmen
- Aufbau von und Beteiligung an kooperativen Informationssystemen (Portalen, Themenschwerpunkten, Kommunikationsplattformen und Netzwerken) zur Unterstützung der Wissenschaftskommunikation, insbesondere auf ost-westeuropäischer Ebene und zu wissenschaftsbezogenen chancengleichheitsrelevanten Themen
- Kontinuierlicher Ausbau der Vernetzung von Informationsangeboten und Services durch Erweiterung und Einbeziehung kompetenter Partner auf nationaler wie internationaler Ebene
- Erstellung servicebasierter Publikationen und Informationsdienste zu ausgewählten Themen in Kooperation mit der Wissenschaft
- Nationales Referenzzentrum für das Politikfeld „Gleichstellung in der Wissenschaft“ gegenüber Wissenschaftsorganisationen, Bundes- und Landesministerien, Politik und Medien in Bezug auf Konzept- und Programmentwicklung, Monitoring und Evaluation von Politiken und Maßnahmen

Basisprodukte der Abteilung sind Informationen über Forschungsstrukturen, -aktivitäten und -ergebnisse, die in Datenbanken aufbereitet und zur Verfügung gestellt werden. Neben den nachfolgend skizzierten Datenbanken zu sozialwissenschaftlichen Forschungsprojekten und Publikationen werden Datenbanken mit Informationen zu nationalen und internationalen sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen, Zeitschriften, Netzwerken, Veranstaltungen und Internetquellen aufgebaut und gepflegt. Sie sind Bestandteil einer von GESIS entwickelten und zur Verfügung gestellten integrierten Suche, die weitere internationale Informationssammlungen und solche externer Partner mit einbezieht.

Datenbanken

Die von der Abteilung Fachinformation produzierten Datenbanken SOLIS und SOFIS bilden die Grundlage für den sozialwissenschaftlichen Fachinformationsdienst soFid.

SOFIS (Forschungsinformationssystem Sozialwissenschaften)

Inhalt: SOFIS informiert über laufende, geplante und abgeschlossene Forschungsarbeiten der letzten zehn Jahre aus der Bundesrepublik Deutschland, aus Österreich und der Schweiz. Die

Datenbank enthält Angaben zum Inhalt, zum methodischen Vorgehen und zu Datengewinnungsverfahren sowie zu ersten Berichten und Veröffentlichungen. Die Namen der am Projekt beteiligten Forscher und die Institutsadresse erleichtern die Kontaktaufnahme.

Fachgebiete: Soziologie, Politikwissenschaft, Sozialpolitik, Sozialpsychologie, Psychologie, Bildungsforschung, Erziehungswissenschaft, Kommunikationswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Demographie, Ethnologie, historische Sozialforschung, Sozialgeschichte, Methoden der Sozialforschung, Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie weitere interdisziplinäre Gebiete der Sozialwissenschaften wie Frauenforschung, Freizeitforschung, Gerontologie, Sozialwesen oder Kriminologie.

Bestand der letzten 10 Jahre: rund 47.000 Forschungsprojektbeschreibungen

Quellen: Erhebungen bei Institutionen, die sozialwissenschaftliche Forschung betreiben. In Deutschland wird die Erhebung von GESIS durchgeführt, in der Schweiz von FORS - der Schweizer Stiftung für die Forschung in den Sozialwissenschaften. Für Österreich hatte bis 2001 die Universitätsbibliothek der Wirtschaftsuniversität Wien diese Aufgabe inne; ab 2006/07 wurde diese vom Wiener Institut für Sozialwissenschaftliche Dokumentation und Methodik - WISDOM - übernommen.

Die Ergebnisse der GESIS-Erhebung werden ergänzt durch sozialwissenschaftliche Informationen fachlich spezialisierter IuD-Einrichtungen sowie von Forschungsförderern; ein nicht unerheblicher Teil an Ergänzungen wird schließlich durch Auswertung von Internetquellen sozialwissenschaftlicher Forschungsinstitute gewonnen.

SOLIS (Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem)

Inhalt: SOLIS informiert über die deutschsprachige fachwissenschaftliche Literatur ab 1945, d.h. Aufsätze in Zeitschriften, Beiträge in Sammelwerken, Monographien und Graue Literatur (Forschungsberichte, Kongressberichte), die in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich oder der Schweiz erscheinen. Bei Aufsätzen aus Online-Zeitschriften und bei Grauer Literatur ist im Standortvermerk zunehmend ein Link zum Volltext im Internet vorhanden.

Fachgebiete: Soziologie, Politikwissenschaft, Sozialpolitik, Sozialpsychologie, Bildungsforschung, Kommunikationswissenschaften, Demographie, Ethnologie, historische Sozialforschung, Methoden der Sozialforschung, Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie weitere interdisziplinäre Gebiete der Sozialwissenschaften wie Frauenforschung, Freizeitforschung, Gerontologie oder Sozialwesen.

Bestand: Anfang 2009 ca. 385.000 Literaturnachweise

Jährlicher Zuwachs: zwischen 16.000 und 18.000 Dokumente

Quellen: Zeitschriften, Monographien einschließlich Beiträgen in Sammelwerken sowie Graue Literatur. SOLIS wird von GESIS in Kooperation mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg, den Herausgebern der Zeitschrift für Politikwissenschaft und dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung hergestellt. Absprachen über einen regelmäßigen Datenaustausch bestehen darüber hinaus mit dem Zentrum für Psychologische Information und Dokumentation in Trier und mit dem Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung in Frankfurt/Main.

Zugang zu den Datenbanken

An nahezu allen Hochschulstandorten sowohl in Deutschland als auch in Österreich und der Schweiz sind SOLIS und SOFIS in der Bibliothek oder über Institutsrechner für die Hochschulangehörigen frei zugänglich. Des Weiteren stehen SOLIS und SOFIS über von GESIS betriebene Portale für Recherchen zur Verfügung:

www.sowiport.de

SOLIS und SOFIS können im sozialwissenschaftlichen Fachportal sowiport einzeln oder gemeinsam mit 13 weiteren Datenbanken durchsucht werden. sowiport enthält zurzeit folgende Datenbanken:

- Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem SOLIS
- Sozialwissenschaftliches Forschungsinformationssystem SOFIS
- Literaturdatenbank DZI SoLit des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen
- Katalog der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung
- Katalog des Sondersammelgebietes Sozialwissenschaften der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln
- Katalog der Bibliothek des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung
- Datenbank GeroLit des Deutschen Zentrums für Altersfragen
- Publikationen der Bertelsmann Stiftung
- ProQuest-CSA-Datenbanken (im Rahmen von DFG-Nationallizenzen): Sociological Abstracts, Social Services Abstracts, Applied Social Sciences Index and Abstracts, PAIS International, Worldwide Political Science Abstracts, Physical Education Index
- Fachinformationsführer SocioGuide mit Informationen zu Institutionen, Fachzeitschriften, Sammlungen, Netzwerken und Veranstaltungen

Insgesamt sind in und über sowiport mehr als 2,5 Millionen Quellen zu Literatur, Forschungsprojekten, Institutionen, Zeitschriften, Veranstaltungen sowie Themenschwerpunkte und Links zu Portalen erreichbar.

www.infoconnex.de

Der interdisziplinäre Informationsdienst infoconnex bietet Individualkunden günstige Jahrespauschalen für den Zugang zur Datenbank SOLIS – singular oder im Verbund mit den Literaturdatenbanken zu Pädagogik (FIS Bildung) und Psychologie (Psyndex). Im infoconnex-Bereich „Sozialwissenschaften“ kann darüber hinaus in der Forschungsdatenbank SOFIS und in der Literaturdatenbank DZI SoLit recherchiert werden; zudem stehen auch hier im Rahmen von DFG-Nationallizenzen die sechs Datenbanken des Herstellers ProQuest/CSA zur Recherche an Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen zur Verfügung.

Auftragsrecherchen und Beratung bei der Datenbank-Nutzung

In Ihrem Auftrag und nach Ihren Wünschen führt GESIS kostengünstig Recherchen in den Datenbanken SOFIS und SOLIS durch. Darüber hinaus werden Informationen aus weiteren nationalen und internationalen Datenbanken zu sozialwissenschaftlichen und/oder fachübergreifenden Themengebieten zusammengestellt.

Zur Unterstützung Ihrer eigenen Suche beraten wir Sie selbstverständlich jederzeit bei der Umsetzung sozialwissenschaftlicher Fragestellungen in effektive Suchstrategien in unseren Datenbanken.

Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst – soFid

Regelmäßige Informationen zu neuer Literatur und aktueller sozialwissenschaftlicher Forschung bietet GESIS mit diesem Abonnementdienst, der sowohl in gedruckter Form als auch auf CD-ROM bezogen werden kann. Ältere Jahrgänge stehen unter www.gesis.org/sofid zum kostenfreien Download zur Verfügung. Der Dienst ist vor allem konzipiert für diejenigen, die sich kontinuierlich und längerfristig zu einem Themenbereich informieren wollen.

soFid ist zu folgenden Themenbereichen erhältlich:

- Allgemeine Soziologie
- Berufssoziologie
- Bevölkerungsforschung
- Bildungsforschung
- Familienforschung
- Frauen- und Geschlechterforschung
- Freizeit - Sport – Tourismus
- Gesellschaftlicher Wandel in den neuen Bundesländern
- Gesundheitsforschung
- Industrie- und Betriebssoziologie
- Internationale Beziehungen / Friedens- und Konfliktforschung
- Jugendforschung
- Kommunikationswissenschaft: Massenkommunikation – Medien – Sprache
- Kriminalsoziologie + Rechtssoziologie
- Kulturosoziologie + Kunstsoziologie
- Methoden und Instrumente der Sozialwissenschaften
- Migration und ethnische Minderheiten
- Organisations- und Verwaltungsforschung
- Osteuropaforschung
- Politische Soziologie
- Religionsforschung
- Soziale Probleme
- Sozialpolitik
- Sozialpsychologie
- Stadt- und Regionalforschung
- Umweltforschung
- Wissenschafts- und Technikforschung

Recherche Spezial und sowiport-dossiers: aktuelle Themen im Internet

Zu gesellschaftlich relevanten Themen in der aktuellen Diskussion werden in der Reihe „Recherche Spezial“ Informationen über sozialwissenschaftliche Forschungsprojekte und Veröffentlichungen zusammengestellt. In den Dossiers in sowiport (hervorgegangen aus der Reihe sowiPlus bzw. den thematischen Dokumentationen der Virtuellen Fachbibliothek Sozialwissenschaften) werden solche Informationen darüber hinaus mit Internetquellen unterschiedlichster Art (aktuelle Meldungen, Dokumente, Analysen, Hintergrundmaterialien u.a.m.) angereichert. Alle Themen sind inhaltlich gruppiert zu finden unter www.sowiport.de/themen.

Informationstransfer von und nach Osteuropa

Der Bereich Informationstransfer Osteuropa fördert die Ost-West-Kommunikation in den Sozialwissenschaften. Er unterstützt die internationale Wissenschaftskooperation mit einer Vielzahl von Informationsdiensten.

Eine wichtige Informationsquelle für Kontakte, Publikationen oder Forschung bietet in diesem Zusammenhang auch der Newsletter „Sozialwissenschaften in Osteuropa“, der viermal jährlich in englischer Sprache erscheint.

Kompetenzzentrum Frauen in Wissenschaft und Forschung – CEWS

Als integraler Bestandteil der Fachinformation bietet CEWS disziplinenübergreifend Zugänge zu Themen, Informationen und aktuellen Fragen der Gleichstellung in der Wissenschaft. Durch das Sichtbarmachen des Potentials hoch qualifizierter Wissenschaftlerinnen unterstützt die Datenbank FemConsult die Erhöhung des Frauenanteils bei der Neubesetzung von Professuren und Führungspositionen in Wissenschaft und Forschung und die Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen. Das CEWS-Themenportal integriert Informationen zu allen gleichstellungsrelevanten Themen im Bereich Wissenschaft und Forschung (z.B. Chancengleichheit im Hochschul- und Wissenschaftsprogramm HWP, Statistik und Gleichstellungsrecht an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen).

Internet-Service der GESIS

Umfassende Informationen zu GESIS und zum Angebot an Dienstleistungen finden Sie unter

www.gesis.org

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Abteilung Fachinformation für die Sozialwissenschaften

Lennéstraße 30

53113 Bonn

Tel.:+49 (0)228-2281-0

E-mail:info@gesis.org

GESIS-Servicestelle Osteuropa

Schiffbauerdamm 19 • 10117 Berlin

Tel.:+49 (0)30-23 36 11-0

E-mail:servicestelle@gesis.org

